

Materialien

zur öffentlichen Anhörung von Sachverständigen in Berlin am 2. November 2020 von
13 bis 14:30 Uhr zum

- a) Gesetzentwurf der Bundesregierung
Entwurf eines Gesetzes zur Ermittlung von Regelbedarfen und zur Änderung des
Zwölften Buches Sozialgesetzbuch sowie des Asylbewerberleistungsgesetzes - BT-
Drucksache 19/22750
- b) Antrag der Abgeordneten Uwe Witt, Jürgen Pohl, Jörg Schneider, weiterer
Abgeordneter und der Fraktion der AfD
Taschengeld für die in Heimen lebenden Bürger - BT-Drucksache 19/23128
- c) Antrag der Abgeordneten Pascal Kober, Michael Theurer, Jens Beeck, weiterer
Abgeordneter und der Fraktion der FDP
Liberales Bürgergeld einführen – Einstiegs- und Aufstiegsdynamik im Arbeitsmarkt
verbessern – Hartz IV reformieren - BT-Drucksache 19/15040
- d) Antrag der Abgeordneten Katja Kipping, Matthias W. Birkwald, Susanne Ferschl,
weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.
Rechentricks überwinden - Regelbedarfe sauber berechnen - BT-Drucksache 19/23113
- e) Antrag der Abgeordneten Sven Lehmann, Anja Hajduk, Markus Kurth, weiterer
Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN
Teilhabe am gesellschaftlichen Leben garantieren - Regelbedarfsermittlung reformieren -
BT-Drucksache 19/23124

Zusammenstellung der schriftlichen Stellungnahmen

A. Mitteilung	3
B. Liste der eingeladenen Sachverständigen	5
C. Stellungnahmen eingeladener Verbände und Einzelsachverständiger	
Deutscher Gewerkschaftsbund	6
Inge Hannemann, Lüneburg	30
Deutscher Caritasverband e.V.	47
Zukunftsforum Familie e.V.	59
Deutscher Städtetag	69

Diakonie Deutschland Evangelisches Werk für Diakonie und Entwicklung e.V.	79
Deutscher Landkreistag.....	131
Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände	139
Statistisches Bundesamt	145
Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge e.V.	149

D. Stellungnahmen nicht eingeladenener Verbände

AWO Bundesverband e.V.....	165
Sozialverband VdK Deutschland e.V.	185
SoVD Sozialverband Deutschland.....	200

Mitteilung

Berlin, den 27. Oktober 2020

Die 93. Sitzung des Ausschusses für Arbeit und Soziales

findet statt am

Montag, dem 2. November 2020, 13 bis ca. 14:30 Uhr

10117 Berlin, Adele-Schreiber-Krieger-Str. 1

Marie-Elisabeth-Lüders-Haus

Sitzungssaal: MELH 3.101

Sekretariat

Telefon: +49 30 - 227 3 24 87

Fax: +49 30 - 227 3 60 30

Sitzungssaal

Telefon: +49 30 - 227 3 14 87

Fax: +49 30 - 227 3 04 87

Achtung!

Abweichender Sitzungsort!

Abweichende Sitzungszeit!

Tagesordnung - Öffentliche Anhörung¹

Einzigster Punkt der Tagesordnung

a) Gesetzentwurf der Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes zur Ermittlung von Regelbedarfen und zur Änderung des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch sowie des Asylbewerberleistungsgesetzes

BT-Drucksache 19/22750

Hierzu wurde/wird verteilt:

19(11)741 Information für den Ausschuss

19(11)757 Stellungnahme

Federführend:

Ausschuss für Arbeit und Soziales

Mitberatend:

Ausschuss für Inneres und Heimat

Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz

Haushaltsausschuss (mb und § 96 GO)

Gutachtlich:

Parlamentarischer Beirat für nachhaltige Entwicklung

¹ Aufgrund der Corona-Pandemie wird die Öffentlichkeit über eine TV-Übertragung hergestellt. Die Anhörung wird live im Parlamentsfernsehen und unter www.bundestag.de ausgestrahlt und ist danach in der Mediathek abrufbar.

- b) Antrag der Abgeordneten Pascal Kober, Michael Theurer, Jens Beeck, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP

Liberales Bürgergeld einführen – Einstiegs- und Aufstiegsdynamik im Arbeitsmarkt verbessern – Hartz IV reformieren

BT-Drucksache 19/15040

Bemerkung:

Pet 4-19-11-81503-013249 Petition nach § 109 - (GO-BT)

Pet 4-19-11-81503-027354 Petition nach § 109 - (GO-BT)

Pet 4-19-11-81503-006503 Petition nach § 109 - (GO-BT)

Pet 4-19-11-81503-023132 Petition nach § 109 - (GO-BT)

Pet 4-19-11-81503-029225 Petition nach § 109 - (GO-BT)

Pet 4-19-11-81503-005393 Petition nach § 109 - (GO-BT)

Pet 4-19-11-81503-013128 Petition nach § 109 - (GO-BT)

- c) Antrag der Abgeordneten Uwe Witt, Jürgen Pohl, Jörg Schneider, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD

Taschengeld für die in Heimen lebenden Bürger

BT-Drucksache 19/23128

- d) Antrag der Abgeordneten Katja Kipping, Matthias W. Birkwald, Susanne Ferschl, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.

Rechentricks überwinden – Regelbedarfe sauber berechnen

BT-Drucksache 19/23113

- e) Antrag der Abgeordneten Sven Lehmann, Anja Hajduk, Markus Kurth, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Teilhabe am gesellschaftlichen Leben garantieren – Regelbedarfsermittlung reformieren

BT-Drucksache 19/23124

Federführend:

Ausschuss für Arbeit und Soziales

Mitberatend:

Haushaltsausschuss

Federführend:

Ausschuss für Arbeit und Soziales

Federführend:

Ausschuss für Arbeit und Soziales

Mitberatend:

Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
Haushaltsausschuss

Federführend:

Ausschuss für Arbeit und Soziales

Mitberatend:

Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Dr. Matthias Bartke, MdB
Vorsitzender

Liste der Sachverständigen

zur öffentlichen Anhörung am Montag, 2. November 2020, 13.00 – 14.30 Uhr

Verbände:

Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände

Statistisches Bundesamt

Deutscher Gewerkschaftsbund

Zukunftsforum Familie e.V.

Deutscher Caritasverband e.V.

Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge e. V.

Diakonie Deutschland Evangelisches Werk für Diakonie und Entwicklung e.V.

Deutscher Landkreistag

Deutscher Städtetag

Einzelsachverständige:

Prof. Dr. Andreas Peichl, München

Inge Hannemann, Lüneburg

Schriftliche Stellungnahme

Deutscher Gewerkschaftsbund

zur öffentlichen Anhörung von Sachverständigen in Berlin am 2. November 2020 von
13 bis 14:30 Uhr zum

a) Gesetzentwurf der Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes zur Ermittlung von Regelbedarfen und zur Änderung des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch sowie des Asylbewerberleistungsgesetzes - BT-Drucksache 19/22750

b) Antrag der Abgeordneten Uwe Witt, Jürgen Pohl, Jörg Schneider, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD

Taschengeld für die in Heimen lebenden Bürger - BT-Drucksache 19/23128

c) Antrag der Abgeordneten Pascal Kober, Michael Theurer, Jens Beeck, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP

Liberales Bürgergeld einführen – Einstiegs- und Aufstiegsdynamik im Arbeitsmarkt verbessern – Hartz IV reformieren - BT-Drucksache 19/15040

d) Antrag der Abgeordneten Katja Kipping, Matthias W. Birkwald, Susanne Ferschl, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.

Rechentricks überwinden - Regelbedarfe sauber berechnen - BT-Drucksache 19/23113

e) Antrag der Abgeordneten Sven Lehmann, Anja Hajduk, Markus Kurth, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN

Teilhabe am gesellschaftlichen Leben garantieren - Regelbedarfsermittlung reformieren - BT-Drucksache 19/23124

siehe Anlage

Stellungnahme des Deutschen Gewerkschaftsbundes zum
Gesetzentwurf der Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes zur Ermittlung von Regelbedarfen und zur Änderung des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch sowie des Asylbewerberleistungsgesetzes (BT-Drs. 19/22750) und weiterer Anträge BT-Drs. 19/15040, 19/23113 und 19/23124

**Öffentliche Anhörung im BT-Ausschuss für Arbeit und Soziales
am 2. November 2020**

27.10.2020

1. Zusammenfassung

Das Verfahren zur Herleitung der Regelsätze ist bis auf eine Verbesserung (Berücksichtigung der Kosten für die Handy-Nutzung) identisch mit dem Verfahren, das unter der Regierungsverantwortung von CDU, CSU und FDP beim Regelbedarfsermittlungsgesetz (RBEG) 2011 eingeführt und auch bei der letzten Neuermittlung im Jahr 2016 praktiziert wurde. Das Verfahren ist mit erheblichen Defiziten behaftet:

- Es bleibt die zentrale Schwachstelle im Herleitungsverfahren, dass die statistisch gemessenen Konsumausgaben nach der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) der „Ärmsten der Armen“ unreflektiert mit dem soziokulturellen Existenzminimum gleichgesetzt werden. Es fehlen jedwede qualitative Kriterien zur Auswahl der Referenzgruppe, die sicherstellen würden, dass die Referenzgruppe nicht völlig von einer normalen Lebensführung in der Mitte der Gesellschaft abgekoppelt ist.
- Weiterhin kommt es zu Zirkelschlüssen, da „verdeckt Arme“ und auch Aufstocker/innen mit geringem Erwerbseinkommen in der Vergleichsgruppe verbleiben. Die Regelsätze werden somit auch von den Ausgaben von Haushalten abgeleitet, deren Einkommen unter dem Grundsicherungsniveau liegt.
- Es wird eine Vielzahl von Ausgabepositionen als nicht regelsatzrelevant herausgerechnet; dadurch sinkt der Regelsatz deutlich. Bei vielen der herausgerechneten Ausgaben handelt es sich um Ausgaben, die aus Sicht des DGB dem soziokulturellen Existenzminimum zuzurechnen sind. Ein Teil dieser Herausnahmen ist zudem methodisch unsauber, da er die Ergebnisse der EVS unzulässig verzerrt.

Im Ergebnis sollen die Regelsätze für Erwachsene gegenüber dem geltenden Recht um rund 3 Prozent steigen. Die Veränderungen bei den Sätzen für Kinder und Jugendliche differenzieren stark: Vorgesehen sind nahezu eine „Nullrunde“ bei den Kindern zwischen 6 und 13 Jahren bis hin zu einer Steigerung um knapp 14 Prozent bei Jugendlichen ab 14 Jahren.

Deutscher Gewerkschaftsbund
DGB Bundesvorstand

Martin Künkler
Referatsleiter
Abteilung Arbeitsmarktpolitik

Martin.Kuenkler@dgb.de

Telefon: +49 30 240 60 754
Telefax: +49 30 240 60 771

Henriette-Herz-Platz 2
10178 Berlin

www.dgb.de

Ein Vergleich mit der Armutsrisikogrenze zeigt, dass das neue Leistungsniveau (Summe aus neuen Regelsätzen plus Wohnkosten) bei der überwiegenden Anzahl von Haushaltstypen die Armutsgrenze unterschreitet. Armut wird nicht überwunden, sondern vielfach festgeschrieben.

Aufgrund der vielfältigen und gravierenden Defizite fordert der DGB eine grundlegende Neubemessung der Regelsätze. Dazu sollte eine Sachverständigenkommission eingerichtet werden, die Empfehlungen für den Gesetzgeber erarbeitet. Als schnell wirksame Sofortmaßnahmen sollten Einmalbeihilfen insbesondere für langlebige Gebrauchsgüter und für Brillen eingeführt werden und als zusätzliche Zwischenlösung, bis die Ergebnisse der Kommission vorliegen, die Regelsätze um einen weiteren Prozentsatz als Ausgleich für die gegebene Bedarfsunterdeckung angehoben werden.

2. Vorbemerkung

Der DGB bedankt sich für die Möglichkeit, im Rahmen der Ausschussanhörung den Gesetzesentwurf zur Neuermittlung der Regelsätze (RBEG-E 2021) bewerten zu können.

Mit dem vorliegenden Gesetzesentwurf wird das erstmals 2010 unter Regierungsverantwortung von CDU, CSU und FDP vom Arbeitsministerium unter Leitung von Ursula von der Leyen entwickelte Herleitungsverfahren, das auch bei der letzten Neuermittlung der Regelsätze im Jahr 2016 angewendet wurde, abermals (nahezu) unverändert wiederholt. Wohlfahrts- und Sozialverbände, der ganz überwiegende Teil der Wissenschaft und der DGB haben mehrfach grundlegende Kritik an diesem Verfahren vorgetragen und Alternativen aufgezeigt – zuletzt in einem gemeinsamen Appell an Bundesarbeitsminister Hubertus Heil sowie die Mitglieder im Ausschuss für Arbeit und Soziales des Bundestags.¹ Der DGB bedauert, dass es im Vorfeld der nun bevorstehenden Neuermittlung der Regelsätze keinen Dialog zwischen dem BMAS und den Verbänden über die grundlegende Kritik am Herleitungsverfahren gegeben hat. Der DGB erkennt an, dass das BMAS in den letzten Monaten in Folge der Corona-Pandemie unter hohem Zeitdruck eine Vielzahl von Gesetzgebungsverfahren zu Hilfsmaßnahmen erarbeiten musste. Aber auch bei extrem hoher Arbeitsbelastung muss das BMAS einen Dialog sicherstellen können, zumal die Kritik der Verbände lange bekannt und die nun turnusmäßige anstehende Neuermittlung der Regelsätze lange absehbar war.

Für hochproblematisch erachtet der DGB auch das wiederholte Vorgehen, bei dem das BMAS im Vorfeld des Gesetzgebungsverfahrens ohne Beteiligung von Bundestag und Bundesrat und ohne öffentlichen Diskurs beim Statistischen Bundesamt Sonderauswertungen der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe in Auftrag gibt, die die entscheidende Basis für die Regelsatzermittlung darstellen. Beim angewendeten Statistikmodell werden bekanntlich die Regelsätze aus dem Verbrauchsverhalten von Haushalten mit geringem Einkommen herge-

¹ „Spaltungen verhindern, Zusammenhalt stärken – kein „Weiter-So“ bei den Regelsätzen!“, gemeinsamer Brief vom 10. März 2020, siehe: <https://t1p.de/4j4l>

leitet. Die Höhe der Regelsätze wird somit maßgeblich von der Frage bestimmt, welche Referenzgruppe von Haushalten gewählt wird und diese entscheidende Vorgabe findet bereits bei den Vorgaben des BMAS ans Statistische Bundesamt statt. Zwar ist die Auswahl der Referenzgruppe auch Gegenstand des Regelbedarfsermittlungsgesetzes – sie soll also im Nachhinein von Bundestag und Bundesrat legitimiert werden. Die Erfahrungen aus den beiden letzten Gesetzgebungsverfahren zu Neuermittlung der Regelsätze 2010/11 und 2016 zeigen jedoch, dass mit dem Vorliegen der Sonderauswertungen des Statistischen Bundesamtes nach den Vorgaben des BMAS faktisch eine Vorentscheidung getroffen worden ist, die im Parlament nicht mehr in Frage gestellt wird.

Die Stellungnahme des DGB beschränkt sich auf den Kerninhalt des vorliegenden Gesetzentwurfs, auf die Herleitung der Regelsätze².

3. Neues Leistungsniveau

Nach dem vorliegenden Gesetzentwurf und den vom BMAS veröffentlichten Daten³ zur Fortschreibung der Regelsätze auf den 1.1.2021 sollen im Ergebnis die Regelsätze für Erwachsene (Regelbedarfsstufen 1-3) nur moderat um rund drei Prozent ansteigen. Die Regelsätze für Jugendliche ab 14 Jahre sowie für Vorschulkinder (Regelbedarfsstufe 6) sollen jedoch deutlicher um gut 13 Prozent erhöht werden – allerdings ausgehend von einem sehr niedrigen Niveau. Für Kinder zwischen sechs und 13 Jahren (Regelbedarfsstufe 5) ergibt faktisch fast eine Nullrunde (plus einen Euro bzw. plus 0,3 Prozent):

Tabelle 1: Höhe der Regelsätze nach Regelbedarfsstufen (RB)						
	RB 1	RB 2	RB 3	RB 4	RB 5	RB 6
	Alleinstehende, Alleinerziehende	„Partner*innen“, jeweils	„in Einrichtungen“	Kinder, 14 - 17 Jahre	Kinder, 6 - 13 Jahre	Kinder, 0- 5 Jahre
Ist-Betrag (2020) in Euro	432	389	345	328	308	250
Nach RBEG (2020) in Euro	439	395	351	367	304 (308)	278
Nach Fortschreibung auf den 1.1.2021 in Euro	446	401	357	373	309	283
Veränderung absolut in Euro	14	12	12	45	1	33
Veränderung in Prozent	3,2	3,1	3,5	13,7	0,3	13,2
Die Veränderungsangaben beziehen sich auf einen Vergleich der Ist-Regelsätze mit den zum 1.1.2021 geplanten Regelsätzen. Quelle: Eigene Zusammenstellung und Berechnungen des DGB nach Daten des RBEG 2021 (Gesetzentwurf) und BMAS, PM vom 8.9.2020						

² Der Gesetzentwurf enthält darüber hinaus noch die Streichung der abweichenden Erbringung von Leistungen für die dezentrale Warmwasseraufbereitung sowie eine Folgeänderung aufgrund des Wegfalls des Kriteriums des „Führens eines eigenen Haushalts“ bei der Zuordnung von Leistungsberechtigten zu den einzelnen Regelsatzstufen. Beide Änderungen betreffen den Rechtskreis SGB XII.

³ BMAS: Höhere Regelbedarfe in der Grundsicherung und Sozialhilfe, Pressemitteilung vom 8. September 2020

Die Regelsätze wurden aus Sonderauswertungen der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) 2018 abgeleitet. Die EVS wird nur alle fünf Jahre durchgeführt. Die für 2018 ermittelten Werte wurden im Gesetzentwurf entsprechend dem geltenden Fortschreibungsmechanismus aus Preis- und Lohnentwicklung⁴, mit dem die Regelsätze jährlich in den Zeiträumen zwischen den EVS-Erhebungen angepasst werden, auf den Stichtag 1.1.2020 fortgeschrieben. Nachdem aktuellere Daten zur Preis- und Lohnentwicklung vorlagen, hat das BMAS nun die Fortschreibung der Werte auf den 1.1.2021 nachvollzogen und die Regelsätze veröffentlicht, die ab dem 1.1.2021 gelten sollen⁵. Dieser Rechenschritt muss noch in den Gesetzentwurf integriert werden.⁶

Die Erhöhungen der Regelsätze werden den Zielen einer Armutsbekämpfung nicht gerecht. Armut wird nicht überwunden, sondern festgeschrieben. Das neue Leistungsniveau (Summe aus Regelsätzen und durchschnittlichen Wohnkosten) liegt für viele Haushaltstypen unter der Armutsrisikogrenze (Daten nach Mikrozensus, 60-Prozent Median, siehe Anlage 1). Dies betrifft alle Single-Haushalte ohne Kinder, die den größten Anteil der Bedarfsgemeinschaften ausmachen, alle Paarhaushalte ohne sowie alle Paarhaushalte mit Kindern. Der Abstand zur Armutsrisikogrenze ist teilweise extrem und beträgt bis zu 427 Euro bei Paaren mit zwei Kindern ab 14 Jahren. Das heißt, die Erhöhungen von rund 13 Prozent bei zwei der drei Altersklassen für Kinder führen noch nicht zu Leistungen oberhalb der Armutsrisikogrenze.

Bei den Alleinerziehenden ergibt der Vergleich mit der Armutsrisikogrenze ein differenziertes Bild: Bei Alleinerziehenden jüngeren Kindern liegen die Grundsicherungsleistungen etwas – maximal bis sieben Prozent – über der Armutsrisikogrenze. Grund hierfür ist, dass bei dieser Konstellation ein Mehrbedarfzuschlag von 36 Prozent gewährt wird. Bei den anderen Haushaltskonstellationen von Alleinerziehenden wird die Armutsrisikogrenze ebenfalls wie bei den Paarhaushalten mit Kindern unterschritten.

Nach einer Expertise des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes hat sich die Armutslücke, also die Differenz zwischen Hartz-IV-Leistungsniveau und Armutsrisikogrenze seit 2010 vergrößert.⁷

Die Aussage, dass das Hartz-IV-Leistungsniveau in vielen Haushaltskonstellationen die Armutsrisikogrenze unterschreitet, gilt unter der Annahme, dass die Leistungsberechtigten die

⁴ Allerdings wurden die gesetzlich vorgegebenen Vergleichszeiträume (§ 28a SGB XII) leicht modifiziert.

⁵ Siehe Fußnote 3.

⁶ Dies soll im parlamentarischen Verfahren über einen Änderungsantrag zum Gesetzentwurf erfolgen.

⁷ Deuter Paritätischer Wohlfahrtsverband – Gesamtverband: Arm, abgehängt, ausgegrenzt. Eine Untersuchung zu Mangellagen eines Leben mit Hartz IV. Berlin, September 2020, S. 5ff

durchschnittlich von den Jobcentern anerkannten Wohnkosten erhalten, wie sie in der Statistik der Bundesagentur für Arbeit ausgewiesen werden.⁸ Bei überdurchschnittlichen Leistungen für die Wohn- und Heizkosten steigt das Hartz-IV-Leistungsniveau entsprechend an und der Abstand zur Armutsrisikogrenze verringert sich.

Beim Vergleich des Hartz-IV-Leistungsniveaus mit der Armutsrisikogrenze ist zu bedenken, dass sich die zuletzt vom Statistischen Bundesamt im Rahmen der Sozialberichterstattung veröffentlichte Armutsrisikogrenze auf das Jahr 2019 bezieht, die neuen Regelsätze aber ab dem Jahr 2021 gelten sollen. Trotz ggf. negativer Auswirkungen der Corona-Pandemie auf die Einkommensentwicklung kann davon ausgegangen werden, dass die Armutsrisikogrenze im Jahr 2021 über den Werten der Anlage 1 liegt⁹ und das Zurückbleiben der Hartz-IV-Leistungen unter der Armutsrisikogrenze in der Anlage 1 somit noch unterzeichnet ist.

Die geplante „Nullrunde“ bei den Kindern zwischen sechs und 13 Jahren führt aufgrund von Kaufkraftverlusten faktisch zu einer Schlechterstellung, die keinesfalls akzeptabel ist.¹⁰ Der DGB spricht sich für deutlich höhere Regelsätze aus.

4. Relevanz der Regelsätze

Die Höhe der Regelsätze prägt unmittelbar die Lebenssituation von über 7,2 Millionen Leistungsbezieher*innen.¹¹ Zudem beeinflusst die Höhe der Regelsätze mittelbar die Höhe weiterer Leistungen (z.B. Kinderzuschlag, BAföG), die Pfändungsfreigrenze und die Freibeträge im Steuerrecht. Die Regelsätze sind somit eine zentrale Stellschraube im System der sozialen Sicherung und darüber hinaus, die die Verteilungsverhältnisse in Deutschland maßgeblich prägt.

Zudem entscheidet die Höhe der Regelsätze über die „Fallhöhe“ des sozialen Abstiegs nach Arbeitsplatzverlust und bei länger andauernder Erwerbslosigkeit und somit auch über die „Konzessionsbereitschaft“ der Beschäftigten. Je niedriger die Regelsätze, desto größer ist der Druck, aus materieller Not heraus auch prekäre und niedrig entlohnte Arbeit annehmen

⁸ Statistik der Bundesagentur für Arbeit: Wohn- und Kostensituation SGB II (Monatszahlen), Berichtsmonat Juni 2020, Erstelldatum 23.09.2020

⁹ Im Zeitraum seit 2016 stieg die Armutsrisikogrenze jahresdurchschnittlich um 3,5 Prozent an. Vgl. Statistisches Bundesamt: Sozialberichterstattung, Armutsgefährdungsschwelle nach Haushaltstypen und Bundesländern, Datenabruf am 29.09.2020

¹⁰ Zur Interpretation der großen Unterschiede bei den Veränderungsraten der drei Altersklassen siehe S. 8ff.

¹¹ 5.351.654 Regelleistungsberechtigte der Grundsicherung für Arbeitsuchende nach SGB II, 1.085.043 Bezieher von Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung nach SGB XII, 370.159 Bezieher von Sozialhilfe nach SGB XII, 411.211 Bezieher von Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz. Vgl. Statistisches Bundesamt, Soziales, www.destatis.de, Datenabfrage vom 20.7.2020. Die Angaben zu den Leistungsberechtigten nach SGB XII beziehen sich auf den Stichtag 31.12.2019, die Angaben zum Asylbewerberleistungsgesetz auf den Stichtag 31.12.2018; Statistik der Bundesagentur für Arbeit: Bedarfsgemeinschaften und deren Mitglieder (Monatszahlen), Berichtsmonat März 2020

zu müssen. Nicht bedarfsdeckende Regelsätze beeinflussen somit auch die Machtasymmetrie auf dem Arbeitsmarkt zu Ungunsten der abhängig Beschäftigten.

Der Gesetzgeber ist anfangs davon ausgegangen, dass die Hilfe nur vorübergehend in Anspruch genommen wird, insofern sollten auch Anreize gesetzt werden, das System wieder durch Arbeitsaufnahme zu verlassen. Diese Annahme hat sich jedoch als falsch erwiesen. Große Gruppen von Betroffenen sind lange oder gar dauerhaft auf Hilfe angewiesen. Davon ist ein erheblicher Teil erwerbstätig. Die Hilfe muss deswegen so bemessen werden, dass auch eine längere Hilfeabhängigkeit nicht zur Verarmung führt. 3,5 Millionen Bezieher*innen (67 Prozent) im Hartz-IV-Bezug beziehen die Leistungen mindestens zwei Jahre lang, darunter 2,3 Millionen (43 Prozent), die die Leistungen vier Jahre und länger beziehen. Zu denken ist auch an die über eine Million Bezieher*innen von Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung, denen eine Ausstiegsperspektive über die Aufnahme einer Erwerbstätigkeit gänzlich fehlt und die bis zu ihrem Lebensende auf die Regelsätze angewiesen sind.

5. Bewertung einzelner Aspekte der Regelsatz-Neuermittlung

5.1 Interpretation von Verbrauchsausgaben als Existenzminimum

Wie auch in der Vergangenheit werden die Regelsätze aus den Konsumausgaben der privaten Haushalte abgeleitet. Datengrundlage sind Sonderauswertungen des Statistischen Bundesamtes zur EVS 2018.

Die EVS erfasst die Konsumausgaben der Haushalte, die von den verfügbaren Einkommen der Haushalte determiniert sind. Aus den Daten der EVS lassen sich grundsätzlich keine direkten Aussagen dazu gewinnen, ob mit einer getätigten Ausgabe ein gegebener Bedarf „über die Maßen“, gerade vollständig oder nur teilweise gedeckt wird, so dass Unterversorgungslagen bestehen bleiben.

Bei den Sonderauswertungen zur Herleitung der Regelsätze werden nach den vom BMAS gemachten Vorgaben die Ausgaben von Haushalten am unteren Ende der Einkommensverteilung betrachtet (die 15 Prozent der Einpersonenhaushalte mit dem niedrigsten Einkommen bzw. die 20 Prozent der Paarhaushalte mit einem Kind mit dem niedrigsten Einkommen). Diese EVS-Daten geben somit nur an, wie viel Geld Menschen, die nur über sehr geringe finanzielle Möglichkeiten verfügen („Budgetrestriktionen“), für einzelne Ausgabenbereiche wie beispielsweise Ernährung oder Freizeitaktivitäten *ausgeben können*.

Aus Sicht des DGB ist es nicht zulässig, ohne weiteres davon auszugehen, dass diese Ausgaben bedarfsdeckend sind und in der Summe das Existenzminimum darstellen.

Die Interpretation von statistisch gemessenen Durchschnittsausgaben einer Referenzgruppe als soziokulturelles Existenzminimum ist aus Sicht des DGB sozialpolitisch nur dann vertretbar und methodisch zulässig, wenn zunächst qualitative Anforderungen an die Referenzgruppe gestellt werden: Das Existenzminimum einschließlich sozialer Teilhabe lässt sich nur als relatives Minimum mit Bezugnahme auf ein „normales Leben“ und die materiellen Möglichkei-

ten in der Mitte der Gesellschaft bestimmen. Oder mit den Worten des Bundesverfassungsgerichts: Notwendig ist eine „Ausrichtung am Entwicklungsstand des Gemeinwesens und an den bestehenden Lebensbedingungen“¹². Dies erfordert nicht, die Konsumausgaben „der Mitte“ als Ausgangspunkt der Regelsatzermittlung zu nehmen. Die Referenzgruppe darf aber nicht völlig abgehängt von der Mitte sein und nicht nur aus den „Ärmsten der Armen“ bestehen, sondern die Verbrauchsausgaben der Referenzgruppe müssen noch einen Bezug zur Mitte haben und die Unterschreitungen der Ausgaben von Haushalten mit mittleren Einkommen müssen innerhalb gewisser Grenzen liegen. Dies ist aber mit dem Herleitungsverfahren des Gesetzentwurfs eben nicht gegeben. So entsprechen die im Regelsatz für Alleinstehende vorgesehenen Mittel für soziale Teilhabe gerade mal 21,9 Prozent der durchschnittlichen Ausgaben in der gesellschaftlichen Mitte.¹³ Die Sozialwissenschaftlerinnen Irene Becker und Verena Tobsch haben ein konkretes Verfahren zur Bestimmung einer geeigneten Referenzgruppe entwickelt.¹⁴ Dabei werden Mindestversorgungs- und Teilhabestandards in Form von Prozentanteilen der Verbrauchsausgaben der Mitte differenziert nach unterschiedlich relevanten Ausgabenbereichen definiert¹⁵ – das heißt, die maximal zulässigen Rückstände zur Mitte werden vorab in einer politischen Setzung festgelegt. Die Referenzgruppe besteht dann aus den 20 Prozent der nach ihrem Einkommen geschichteten Haushalte, die oberhalb der definierten Mindeststandards liegen.

Die Auswahl der Referenzgruppe im Gesetzentwurf erfolgt hingegen völlig losgelöst von qualitativen Anforderungen an die Referenzgruppe. Es sind somit keine Belege angeführt, die darauf schließen lassen, dass die Ausgaben der Referenzgruppe als Existenzminimum interpretiert werden könnten.

Hinzu kommt: Aus Sicht des DGB war die mit dem RBEG 2011 vollzogene und aktuell beibehaltene Verkleinerung der Referenzgruppe (§ 4 RBEG-E 2021) bei den Einpersonenhaushalten von 20 auf 15 Prozent sachlich nicht begründet. Diese Engfassung führte und führt zu einer deutlichen Reduzierung der statistisch erfassten Konsumausgaben und somit zu einer politisch gewollten Absenkung der Regelsatzhöhe.

¹² BVerfG vom 09.02.2010, Az. 1 BvL 1, 3, 4/09, Rz. 133

¹³ Vgl. Irene Becker/Verena Tobsch: Ermittlung der „Grünen Garantiesicherungs-Regelbedarfe“, Bericht zum Gutachtensauftrag der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen, 2020, S. 19

¹⁴ Vgl. Irene Becker/Verena Tobsch: Regelbedarfsbemessung – methodisch konsistente Berechnungen auf Basis der EVS 2013 unter Berücksichtigung von normativen Vorgaben der Diakonie Deutschland, Projektbericht im Auftrag der Diakonie Deutschland – Evangelischer Bundesverband, 2016 sowie Irene Becker/Verena Tobsch: Ermittlung der „Grünen Garantiesicherungs-Regelbedarfe“, Bericht zum Gutachtensauftrag der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen, 2020

¹⁵ In einer Modellvariante im o.g. Gutachten für die Diakonie werden beispielsweise folgende Werte zur Diskussion gestellt: Im Bereich Ernährung sollen 85 Prozent der Ausgaben der Mitte finanzierbar sein, 75 Prozent der Ausgaben für weitere Grundbedürfnisse sowie 60 Prozent der Ausgaben im Bereich „soziale Teilhabe“.

5.2 Verdeckte Armut

Die Regelung zu den Haushalten, die aus der Vergleichsgruppe auszuschließen sind (§ 3 RBEG-E 2021), ist zu eng gefasst. Zirkelschlüsse werden so nicht vollständig ausgeschlossen. In der Vergleichsgruppe verbleiben Haushalte, deren Einkommen unterhalb des Grundsicherungsniveaus liegen, also Haushalte, die einen bestehenden Anspruch auf Leistungen nach dem SGB II oder SGB XII nicht realisieren (verdeckte Armut). Ebenso nicht herausgerechnet werden alle Haushalte, die Erwerbseinkommen beziehen. Letzteres ist problematisch bei Erwerbstätigen, deren Einkommen das Grundsicherungsniveau nur bis zur Höhe der 100-Euro-Grundpauschale (nach § 11b Abs. 2 Satz 1 SGB II) übersteigt. Da die Grundpauschale typisierend im Wesentlichen die mit der Erwerbstätigkeit verbundenen Kosten abdecken soll, verfügt die genannte Gruppe Erwerbstätiger ebenfalls nur über ein verbleibendes Einkommen in Höhe des Grundsicherungsniveaus.

Aus Sicht des DGB ist es nicht akzeptabel, das Existenzminimum auch aus dem Ausgabeverhalten von Haushalten abzuleiten, die nur ein Einkommen in Höhe des Existenzminimums oder sogar ein geringeres Einkommen haben. Der DGB fordert den Gesetzgeber auf, die verdeckt Armen und Haushalte mit einem Erwerbseinkommen knapp über dem Grundsicherungsniveau aus der Vergleichsgruppe auszuschließen.

Im Gesetzentwurf (S. 17) wird richtigerweise darauf hingewiesen, dass die verdeckten Armen statistisch nicht erfasst, sondern nur im Rahmen von Modellrechnungen simuliert werden können. Da solche Modellrechnungen mit Unsicherheiten und einer gewissen Fehleranfälligkeit behaftet sind, zieht das BMAS die Konsequenz, auf eine Herausnahme der verdeckten Armen aus der Vergleichsgruppe ganz zu verzichten. Der DGB hält diese Schlussfolgerung für nicht überzeugend: Es ist sachgerechter, „kleine Fehler“ bei der Abschätzung der verdeckten Armen in Kauf zu nehmen als den „großen Fehler“ zu begehen, die verdeckten Armen vollständig in der Vergleichsgruppe zu belassen. Auch ist der Hinweis auf ein Gutachten des IAB¹⁶ irreführend, das die Unmöglichkeit einer Herausnahme der verdeckten Armen wissenschaftlich belegen soll. Vielmehr führt das IAB in dem zitierten Gutachten gerade solche Modellrechnungen durch und weist darauf hin, dass Unschärfen durch mehrere Simulationsvarianten minimiert werden können. Tenor des Gutachtens ist eine Abwägung der Vor- und Nachteile unterschiedlicher methodischer Ansätze (Mikrosimulation versus Mindesteinkommensgrenze), nicht jedoch ein Plädoyer für einen Verzicht auf die Herausnahme der verdeckten Armen.¹⁷

¹⁶ Bruckmeier, Kerstin; Pauser, Johannes; Riphahn, Regina T.; Walwei, Ulrich; Wiemers, Jürgen: Mikroanalytische Untersuchung zur Abgrenzung und Struktur von Referenzgruppen für die Ermittlung von Regelbedarfen auf Basis der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2008 - Simulationsrechnungen für das Bundesministerium für Arbeit und Soziales, Endbericht, 17. Juni 2013, Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung. Gutachten. Nürnberg

¹⁷ „Letztlich muss bei der Entscheidung zwischen Mikrosimulation und Mindesteinkommensgrenzen abgewogen werden, ob der Nachteil der vergleichsweise hohen Komplexität und damit vergleichsweise geringeren Transparenz der Mikrosimulation deren grundsätzliche methodische Überlegenheit bei der Identifikation verdeckter Armut überwiegt.“, ebenda, S. 216

Neben dem IAB hat auch Irene Becker praktikable Verfahrensvorschläge zur annäherungsweisen Herausnahme der verdeckten Armen vorgelegt.¹⁸

5.3 Datenqualität zur Ermittlung der Regelsätze für Kinder und Jugendliche

Aufgrund der geringen Fallzahlen in den Vergleichsgruppen bestehen bezogen auf die Regelsätze für Kinder und Jugendliche erhebliche Zweifel, ob die Daten überhaupt valide und hinreichend signifikant sind.

Die Regelsätze für Kinder und Jugendliche haben eine besondere Bedeutung, da sie nicht nur über die materielle Versorgung und Ausstattung, sondern auch über Entwicklungschancen entscheiden. Die Herleitung der Sätze ist daher besonders sensibel. Die bestehenden Zweifel an der Validität und Signifikanz aufgrund der geringen Fallzahlen ist daher aus Sicht des DGB nicht hinnehmbar.

Kleine Fallzahlen führen zu einem großen statistischen Fehler. Als aussagekräftig gelten erst Fallzahlen von 100 und mehr, da der statistische Fehler ab dieser Gruppengröße kleiner als zehn Prozent ist. Bei Fallzahlen zwischen 25 und 99 muss von einem Fehler zwischen 10 und 20 Prozent ausgegangen werden und bei Fallzahlen unter 25 von einem statistischen Fehler, der größer als 20 Prozent ist.

In der nachfolgenden Tabelle sind die Fallzahlen der Vergleichsgruppen dargestellt, aus denen die Regelsätze für Kinder und Jugendliche abgeleitet werden. Die Fallzahlen wurden den Tabellen in der Anlage zum Referentenentwurf entnommen.

Tabelle 2: Geringe Fallzahlen der Vergleichsgruppen zur Ermittlung der Regelsätze für Kinder und Jugendliche			
	Anzahl der Haushalte mit einem Kind		
Alter des Kindes	Konsumausgaben insgesamt	Sonderauswertung Energie	Sonderauswertung Verkehr/Mobilität
0-5 Jahre	278	259	46
6-13 Jahre	144	136	15
14-17 Jahre	105	99	14
0-17 Jahre	520	484	76
Quelle: Eigene Zusammenstellung des DGB nach Daten der Anlagen zum RBEG-REF.			

Die Fallzahlen sind teils extrem niedrig. Die Sonderauswertung zur Ermittlung der Mobilitätskosten für Jugendliche zwischen 14 und 17 Jahren umfasst beispielsweise die Angaben von

¹⁸ Siehe die in Fußnote 5 genannten Arbeiten.

nur 14 Haushalten! Laut Begründung wurde aufgrund der geringen Fallzahlen bei der Ausgabenposition „fremde Verkehrsdienstleistungen“, die Aufwendungen für den ÖPNV beinhaltet und den größten Posten der Mobilitätsausgaben darstellt, auf eine Altersdifferenzierung verzichtet.¹⁹ Aber auch der Durchschnittswert aller Haushalte mit einem Kind (ohne Altersdifferenzierung) liefert keine validen Ergebnisse, da die Fallzahl mit 76 immer noch niedrig ist.

Wie fragwürdig die Datengrundlage ist, zeigt auch ein Vergleich der Verkehrsansätze für die einzelnen Altersgruppen: Für Kinder unter sechs Jahren wurden 25,39 Euro monatlich ermittelt, um den Mobilitätsbedarf zu decken (§ 6 Abs. 1 Nr. 1 RBEG-E). Für Jugendliche ab 14 Jahren, bei denen von einem deutlich höheren Mobilitätsbedarf ausgegangen werden kann, soll jedoch ein etwas niedrigerer Betrag von 22,92 Euro ausreichend sein (§ 6 Abs. 1 Nr. 3 RBEG-E).²⁰

Schließlich möchte der DGB auf eine weitere „Merkwürdigkeit“ bei den ermittelten Verbrauchsausgaben von Haushalten mit einem Kind hinweisen, die im Gesetzentwurf nicht aufgelöst wird: Wie in Tabelle 1 dargestellt, variieren die Veränderungsraten zwischen den bisherigen Regelsätzen und den neu ermittelten Regelsätzen je nach Alter des Kindes stark: Zwischen plus 0,3 Prozent bei den Kindern zwischen 6 und 13 Jahren und fast plus 14 Prozent bei den Kindern ab 14 Jahren. Beachtlich ist zudem, dass diese aktuellen Veränderungsraten deutlich von den Veränderungsraten der letzten Neuermittlung im Herbst 2016 abweichen: Damals gab es den größten Sprung mit einem Plus von 7,8 Prozent gerade bei der Altersgruppe der Kinder, für die nun (fast) eine Nullrunde vorgesehen ist, und damals gab es eine Nullrunde für die Vorschulkinder, bei denen nun eine Erhöhung um über 13 Prozent ermittelt wurde. Da für beide Phänomene – den Unterschieden zwischen den Altersgruppen und den Unterschieden zwischen den Erhebungszeitpunkten 2013 und 2018 – keine plausiblen Begründungen ersichtlich sind, weder aufgrund unterschiedlicher Bedarfsentwicklungen noch aufgrund sich unterscheidender Einkommensentwicklungen der Haushalte, ist zu befürchten, dass hier „Zufälligkeiten“ durchschlagen, die die Belastbarkeit der Daten insgesamt in Frage stellen.

Würden die Ergebnisse der EVS 1:1 für die Regelsätze übernommen, d.h. wenn auf das Herausnehmen vermeintlich nicht regelsatzrelevanter Positionen verzichtet würde (siehe unten), wäre das Problem der kleinen Fallzahlen deutlich entschärft. Denn in der Logik des Statistikmodells sind die ausgewiesenen Durchschnittswerte für einzelne Ausgabenpositionen irrelevant und nur die Summe der Ausgaben relevant, für die ja eine (meist) ausreichende Fallzahl vorliegt. Da aber bei der Herleitung nur ein Teil der Ausgabenpositionen einfließt, ein anderer

¹⁹ RBEG 2021, S. 36. Nach dem Wortlaut der Begründung wird auf die Gruppe „alle Haushalte mit einem Kind“ (ohne Altersdifferenzierung) nur bei der explizit genannten Ausgabenposition „fremde Verkehrsdienstleistungen“ Bezug genommen, nicht jedoch bei allen anderen Ausgabenpositionen der Abteilung „Verkehr“.

²⁰ Bei den genannten Geldbeträgen handelt es sich um die Ergebnisse der EVS 2018 vor der Fortschreibung der Werte auf den 1.1.2020

Teil herausgerechnet wird und sich sowohl bei den einfließenden als auch bei den herausgerechneten Positionen solche mit großem statistischen Fehler befinden, stellen die kleinen Fallzahlen auch die Validität und Signifikanz des Gesamtergebnisses in Frage.²¹

5.4 Streichungen einzelner Ausgabepositionen

Von den statistisch erfassten Verbrauchsausgaben der Referenzgruppe werden erneut nicht alle Ausgaben als regelsatzrelevant anerkannt (siehe Anlage 2). Ausgaben, die als nicht regelsatzrelevant gelten, werden herausgerechnet und senken die Höhe des Regelsatzes ab. Ein kleiner Teil dieser Kürzungen ist begründet, wie etwa die Herausnahme der GEZ-Gebühren, von denen Leistungsberechtigte befreit sind. Der ganz überwiegende Teil der Kürzungen ist aber sachlich nicht begründet, oder führt zu methodisch problematischen Ergebnissen, da die Grundannahme des Statistikmodells ausgehöhlt wird. Viele Ausgabenpositionen, die im Gesetzentwurf als nicht regelsatzrelevant eingestuft werden, gehören aus Sicht des DGB sehr wohl zum soziokulturellen Existenzminimum dazu. Diese Kritik soll anhand einiger Beispiele illustriert werden.

Die Kürzungen der **Ausgaben für alkoholische Getränke und Tabak** (Abteilung 02 der EVS) ist methodisch sehr problematisch: Die Vergleichsgruppe verfügt nur über äußerst geringe finanzielle Mittel und gibt diese im Durchschnitt vollständig aus oder verschuldet sich sogar.²² Aufgrund dieser Budgetrestriktionen müssen Personen, die Alkohol und/oder Tabak konsumieren, an anderer Stelle sparen. Dies schlägt sich in geringeren Konsumausgaben in anderen Abteilungen der EVS nieder. Werden nun die Ausgaben für Alkohol und Tabak herausgerechnet, senkt dies den Regelsatz für alle Leistungsberechtigten ab – unabhängig davon, ob sie tatsächlich rauchen und Alkohol trinken. Zugleich verbleiben jedoch die niedrigeren Ausgaben an anderer Stelle derjenigen Personen, die Alkohol und/oder Tabak konsumieren, in der statistischen Datengrundlage und reduzieren ebenfalls den Regelsatz für alle. Sofern der Alkohol- und Tabakkonsum für nicht regelsatzrelevant bewertet werden soll, besteht ein methodisch sauberes Verfahren darin, die (an anderer Stelle erhöhten) Verbrauchsausgaben von abstinent lebenden Haushalten heranzuziehen. Der DGB lehnt daher das gewählte Verfahren zum Herausrechnen der Ausgaben für Alkohol und Tabak ab, da es die Ergebnisse der EVS in unzulässiger Weise verzerrt. Zudem ist zu bedenken, dass die Ausgaben für Alkohol auch Ausgaben für die Bewirtung von Freunden und Angehörigen oder für Gastgeschenke umfassen, die der Pflege sozialer Beziehungen dienen und dem Bereich der sozialen Teilhabe zuzuordnen sind.

²¹ Vgl. Becker, Irene: Bewertung der Neuregelungen des SGB II (Gutachten im Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung), in: Soziale Sicherheit, Sonderheft September 2011, S. 29ff

²² Die Referenzgruppe der unteren 15 Prozent der Alleinstehenden gibt im Durchschnitt insgesamt 1.037,12 Euro aus (Konsumausgaben, Versicherungen einschl. Beiträge zur privaten Krankenversicherung, Mitgliedsbeiträge). Das durchschnittliche verfügbare Einkommen der Referenzgruppe wird leider im Gesetzentwurf nicht angegeben, nur die „Obergrenze“ der Einkommensklasse. Dieses höchste Einkommen in der Gruppe liegt bei nur 1.086 Euro, sodass in der Regel von einer vollständigen Verausgabung der vorhandenen Mittel ausgegangen werden kann.

Der Ansatz für Kosten im Bereich **Mobilität** wird nicht aus den allgemeinen Verbrauchsausgaben der Referenzgruppe ermittelt. Vielmehr wurde – unverändert wie beim RBEG 2011 und RBEG 2017 – eine weitere Sonderauswertung beim Statistischen Bundesamt in Auftrag gegeben, die die Referenzgruppe abermals einengt: Berücksichtigt werden nur Haushalte ohne Ausgaben für Kraftstoffe. Das sind Haushalte, die sich für ihre Mobilitätszwecke noch nicht einmal gelegentlich ein Auto ausleihen und nutzen müssen. Es ist zu vermuten, dass in dieser Vergleichsgruppe Personen aus innerstädtischen Bereichen überrepräsentiert sind, deren Mobilität vielfach aus kurzen Wegen besteht, die teils auch zu Fuß oder mit dem Fahrrad zurückgelegt werden können. Ein solches Mobilitätsverhalten, das mit geringen Kosten einhergeht, kann aber nicht als typisch für alle Leistungsberechtigten angesehen werden.

Die Beschränkung der Sonderauswertung auf Haushalte ohne Ausgaben für Kraftstoffe ist eine Folge der Annahme, dass Kosten für die Nutzung eines Kraftfahrzeugs nicht zum soziokulturellen Existenzminimum gehören. Diese Annahme ist aber zumindest für viele Regionen des ländlichen Raums, die über keinen ausgebauten ÖPNV verfügen, nicht zutreffend. In vielen Regionen des ländlichen Raums ist die Nutzung eines Kraftfahrzeugs zwingend erforderlich, um die eigene Versorgung sicherzustellen und um Kindern den Zugang zu Sport- und Freizeitangeboten zu ermöglichen.²³ Der DGB spricht sich deshalb dafür aus, auch Aufwendungen für ein Kraftfahrzeug anzuerkennen.

Der DGB hält es für nicht sachgerecht, die Ausgaben der Vergleichsgruppe für **Gaststätten-dienstleistungen** generell als nicht regelsatzrelevant einzustufen. Laut Begründung des Gesetzentwurfs zählt „auswärtige Verpflegung (...) nicht zum physischen Existenzminimum“ (S. 30) und folglich wird nur der Wert des Wareneinsatzes berücksichtigt.²⁴ Es ist darauf hinzuweisen, dass bei den Gaststättendienstleistungen (Abteilung 11 der EVS) auch Besuche in Kantinen und Mensen mit erfasst werden, auf die erwerbstätige Leistungsberechtigte und Studierende vielfach angewiesen sind und die eine kostengünstige Versorgung bieten. Zudem ist es nicht sachgerecht, die Ausgaben nur unter dem Aspekt der Nahrungsaufnahme zu betrachten, da gelegentliche Gaststättenbesuche sowie die Teilnahme an einer Gemeinschaftsverpflegung in Kantinen und Mensen ebenfalls die Soziale Teilhabe berühren.

Nicht sachlich begründet oder zumindest fragwürdig sind zudem beispielsweise auch die Kürzungen bei den Ausgaben für einen Garten, für Schnittblumen (wozu auch ein Weihnachtsbaum gehört) und Zimmerpflanzen sowie für ein Haustier (alle in der Abteilung 09 der EVS).

Positiv zu bewerten ist, dass mit dem RBEG-E 2021 eine bisher praktizierte Streichung korrigiert wurde. Zukünftig werden die Verbrauchsausgaben für Kommunikationsdienstleistungen vollständig als regelsatzrelevant anerkannt. Dies bedeutet, dass neben den schon bisher berücksichtigten Ausgaben für Flatrates für Festnetztelefone und Internet auch die Kosten

²³ Vgl. Martens, Rudolf: Mobilitätsbedarf: Ein verdrängtes Thema in der Regelsatzdiskussion, in: WSI-Mitteilungen Heft 10/2010, S. 531-536

²⁴ Im Ergebnis werden von den statistisch erfassten Ausgaben der Referenzgruppe im Bereich „Gaststättendienstleistungen“ 31,3 Prozent in den Regelsatz übernommen. (RBEG-REF, S. 32).

für die Nutzung eines Handys (Gebühren für Mobilfunkverträge oder Prepaidkarten) berücksichtigt werden. Begründet wird diese Verbesserung zutreffender Weise damit, dass die Verwendung von Handys „heute Bestandteil des Alltags und gesellschaftliche Realität“ (RBEG-E, S. 27) sei. Umso unverständlicher bleibt, warum das Kriterium der „gesellschaftlichen Realität“ nicht auch auf weitere Ausgabenpositionen (z.B. alkoholische Getränke, Nutzung eines PKW) angewandt wird und weitere Streichungen korrigiert werden.

Die Summe der insgesamt herausgerechneten Ausgabenpositionen ist beachtlich. Ausweichlich der Anlagen zum Referentenentwurf betragen die Gesamtausgaben eines Einpersonenhaushaltes der Vergleichsgruppe 1025,25 Euro.²⁵ Abzüglich der Wohnkosten (EVS-Codes 041, 042, 044) sowie der Heizkosten (EVS-Code 045, Energiekosten ohne Strom) in einer Gesamthöhe von 393,24 Euro, die nach dem SGB II und dem SGB XII gesondert zu erbringen sind, bleiben Ausgaben in Höhe von 632,01 Euro. Davon sollen laut Gesetzentwurf nur 434,90 Euro (69 Prozent) anerkannt werden; fast ein Drittel der Ausgaben (197,11 Euro) wird als nicht regelsatzrelevant eingestuft und herausgerechnet.²⁶ Aufgrund der hohen Zahl der als nicht regelsatzrelevant eingeschätzten und herausgenommenen Ausgabenpositionen stellt sich die Frage, ob die Vorgabe des Bundesverfassungsgerichts noch erfüllt ist, wonach ein interner Ausgleich zwischen den einzelnen Ausgabebereichen möglich sein muss²⁷.

In Anlage 2 ist eine Auflistung der gekürzten Ausgabenpositionen dargestellt.

Das dargestellte Herausrechnen vieler Ausgabenpositionen schlägt anteilig auch auf die Regelsätze für Kinder und Jugendliche durch. Zusätzlich beinhaltet der Gesetzentwurf zwei spezifische Abzüge für Kinder und Jugendliche, die der DGB ablehnt: So werden bei Kindern ab sechs Jahren Ausgaben für „Schreibwaren und Zeichenmaterialien“ herausgerechnet, da diese Position vermeintlich bereits über die Leistungen für den Schulbedarf im Rahmen des Bildungspakets abgedeckt sei. Es ist jedoch nicht sachgerecht, diese Ausgabenposition ausschließlich unter schulischen Aspekten zu sehen²⁸ und die Leistungen für den Schulbedarf in Höhe von zukünftig insgesamt 154,50 Euro²⁹ sind auch nicht in allen Schulstufen bedarfsdeckend.

²⁵ Privater Konsum insgesamt 989,63 Euro (Zeile 215 der Anlage) zuzüglich „Versicherungen“ in Höhe von 28,08 Euro (Zeile 216) und „Mitgliedsbeiträge“ in Höhe von 7,54 Euro (Zeile 228).

²⁶ Alle Werte beziehen sich auf die Ursprungswerte der Sonderauswertung der EVS 2018; die Fortschreibung auf den 1.1.2021 anhand der Preis- und Lohnentwicklung ist nicht berücksichtigt.

²⁷ Die Bedingung, dass ein interner Ausgleich möglich sein muss, knüpft an den Umstand an, dass eine individuelle Lebenssituation und Bedarfslage deutlich von den Durchschnittswerten abweichen kann. Von einer trotzdem ausreichenden Bedarfsdeckung kann ausgegangen werden, sofern erforderliche Mehrausgaben in einem Ausgabenbereich durch Einsparungen in einem anderen kompensiert werden können (interner Ausgleich). Je mehr Ausgabenpositionen aus dem Regelsatz herausgestrichen werden, desto schwieriger ist ein interner Ausgleich zu verwirklichen.

²⁸ Diese Kürzung bedeutet, dass Hartz-IV-Kindern Mal- und Bastelutensilien nur im schulischen Kontext aber nicht zur Freizeitgestaltung zugebilligt werden.

²⁹ BMAS: Höhere Regelbedarfe in der Grundsicherung und Sozialhilfe, Pressemitteilung vom 8. September 2020

Ebenfalls nicht anerkannt werden die Ausgaben für ein Girokonto, was zumindest für Jugendliche ab 14 Jahren ebenfalls nicht realitätsgerecht ist.

Aber auch die Ausgabenpositionen, die ungekürzt zu 100 Prozent aus der EVS übernommen wurden, garantieren aufgrund der Bezugnahme auf die Ausgaben der „Ärmsten der Armen“ keine Bedarfsdeckung: Birgit Bürkin und Heide Preuße haben die Empfehlungen der Deutschen Gesellschaft für Ernährung (DGE) in einen möglichen, kostenminimalen Warenkorb für gesunde übersetzt und weisen nach, dass sich dieser Warenkorb mit dem im Regelsatz enthalten Ansatz für Ernährung und alkoholfreie Getränke nicht finanzieren lässt.³⁰ Zu einem ähnlichen Ergebnis kommt der Wissenschaftliche Beirat für Agrarpolitik, Ernährung und gesundheitlichen Verbraucherschutz beim Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft: „Die derzeitige Grundsicherung reicht ohne weitere Unterstützungsressourcen nicht aus, um eine gesundheitsförderliche Ernährung zu realisieren.“³¹

5.5 Stromkosten

Aus Sicht des DGB ist die EVS methodisch ungeeignet, um einen realitätsgerechten Betrag für die notwendigen Ausgaben für Haushaltsstrom zu ermitteln: Viele Haushalte im unteren Einkommensbereich haben aufgrund besonderer Wohnverhältnisse keine separat darstellbaren Stromkosten. Sie verbrauchen tatsächlich Strom, werden in der EVS aber z.B. aufgrund eines Untermiet- oder Heimwohnverhältnis mit Stromkosten „Null“ erfasst.³² so behandelt, als verursachten sie keine Stromkosten. Zudem ist die Strompreisentwicklung regional sehr unterschiedlich, so dass ein bundesweiter Durchschnittswert wenig aussagekräftig ist und Grundsicherungsbezieher sind voraussichtlich öfter auf die teuren Tarife der Grundversorgung angewiesen als die Haushalte der Referenzgruppe. Darum ist es notwendig, die Stromkosten aus der Regelsatzermittlung nach der EVS herauszunehmen und gesondert aus anderen Quellen zu ermitteln. Dazu hat der Deutsche Verein für Öffentliche und private Fürsorge Lösungsperspektiven aufgezeigt.³³

5.6 Langlebige Konsumgüter

Die EVS ist nicht geeignet, um die notwendigen Ausgaben für langlebige Gebrauchsgüter (z.B. für eine Waschmaschine) sowie für aufwändige Leistungen der Gesundheitspflege (z.B.

³⁰ Preuße, Heide: Referenzbudgets in ihrer Bedeutung als sozial-kulturelle Existenzminima – dargestellt am Beispiel von Erfahrungen aus einem europäischen Pilotprojekt, in: Hauswirtschaft und Wissenschaft, 2018

³¹ Wissenschaftlicher Beirat für Agrarpolitik, Ernährung und gesundheitlichen Verbraucherschutz beim Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft: Politik für eine nachhaltigere Ernährung. Eine integrierte Ernährungspolitik entwickeln und faire Ernährungsumgebungen gestalten. Gutachten. 2020, S. 214

³² Dies betrifft sieben Prozent der in der EVS-Sonderauswertung für Energie erfassten Haushalte. Vgl. Anlagen zum Referentenentwurf.

³³ Deutscher Verein: Problemanzeige des Deutschen Vereins zur Bemessung des Bedarfs an Haushaltsenergie und des Mehrbedarfs bei dezentraler Warmwasserbereitung in Haushalten der Grundsicherung und Sozialhilfe – Lösungsperspektiven vom 20. März 2019.

Brille) sachgerecht zu ermitteln. Diese Ausgaben fallen sehr selten und in großen zeitlichen Abständen an. Entsprechend erfasst die EVS nur sehr wenige Haushalte, die im dreimonatigen Befragungszeitraum der EVS eine größere Anschaffung getätigt haben. Von den 2.311 in der Sonderauswertung erfassten Single-Haushalte ohne Kinder hatten beispielsweise nur 42 Haushalte Ausgaben für die Verbrauchsposition „Kühlschränke, Gefrierschränke und -truhen“ und 38 Haushalte Ausgaben für die Verbrauchsposition „Waschmaschinen, Wäschetrockner, Geschirrspül- und Bügelmaschinen“. Aufgrund der Durchschnittsbildung über alle 2.311 erfassten Haushalte hinweg ergeben sich Kleinstbeträge in Höhe von 1,67 Euro für die Anschaffung eines Kühlschranks und 1,60 Euro für eine Waschmaschine. Diese Durchschnittswerte geben jedoch keinen Hinweis auf die tatsächlichen Kosten für den Fall, dass ein Gerät angeschafft werden muss.

Der DGB spricht sich daher dafür aus, die Kosten für die Anschaffung langlebiger Gebrauchsgüter nicht mehr aus der EVS zu ermitteln, sondern im Bedarfsfall bedarfsdeckende Einmalbeihilfen zu gewähren. Einmalige Leistungen sollten insbesondere gewährt werden für Möbel, „weiße Ware“ sowie für Brillen.

5.7 Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts

Die Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts (BVerfG) aus dem Jahr 2014 (1 BvL 10/12 vom 23.7.2014) werden mit dem vorliegenden Gesetzentwurf immer noch nicht vollständig umgesetzt. Aus Sicht des DGB ist noch nicht sichergestellt, dass – wie vom BVerfG ausdrücklich gefordert – „der existenznotwendige **Mobilitätsbedarf**“ tatsächlich gedeckt werden kann.“ (Rz. 145) Aufgrund der Ausklammerung der Kosten für die Nutzung eines Kraftfahrzeugs bestehen Zweifel, ob die Vorgabe im ländlichen Raum als erfüllt angesehen werden kann.

Das BVerfG sah 2014 zudem „die Gefahr einer Unterdeckung hinsichtlich der akut existenznotwendigen, aber **langlebigen Konsumgüter**, die in zeitlichen Abständen von mehreren Jahren angeschafft werden, (...)“. Ausdrücklich genannt wurden Anschaffungskosten für „Weiße Ware“ (Kühlschrank, Waschmaschine usw.) und „Gesundheitskosten wie für Sehhilfen“ (Rz. 120). Explizit sprach das BVerfG in seinem Prüfauftrag an den Gesetzgeber von „gesondert neben dem Regelbedarf zu erbringende einmalige, als Zuschuss gewährte Leistungen“. Zunächst sollten die Sozialgerichte prüfen, ob solche Einmalleistungen im Wege der Gesetzesauslegung gewährt werden könnten. „Fehlt die Möglichkeit entsprechender Auslegung geltenden Rechts“, – was sich in der Praxis so darstellt – „muss der Gesetzgeber einen Anspruch auf einen Zuschuss neben dem Regelbedarf schaffen“, so das BVerfG (Rz. 116). Dieser Vorgabe wird der Gesetzentwurf wie bereits das RBEG 2017 noch nicht gerecht.

Im Begründungsteil des Gesetzentwurfs wird das gewählte Verfahren zur Herleitung der Regelsätze an vielen Stellen damit begründet, dass das BVerfG mit seinen Entscheidungen das Verfahren „gebilligt“ und „bestätigt“ habe. Dazu stellt der DGB fest: Laut BVerfG waren die Regelsätze 2014 mit dem Grundgesetz „derzeit noch vereinbar“. Aber, so die Richter einschränkend, mit der Regelsatzbemessung „kommt der Gesetzgeber jedoch an die Grenze dessen, was zur Sicherung des Existenzminimums verfassungsrechtlich gefordert ist.“ (Rz.

121) Nicht alle Prüfaufträge und Vorgaben des Gerichts – wie hier vorstehend dargestellt – wurden bisher umgesetzt. Selbst wenn der vorliegende Entwurf verfassungskonform sein sollte, bleibt festzuhalten: Nicht jede Regelsatzhöhe, die gerade noch verfassungsgemäß ist, ist auch politisch richtig und erfüllt die Anforderungen einer dringend notwendigen Eindämmung der Armut im reichen Deutschland.

6. Übertragung auf das Asylbewerberleistungsgesetz / Leistungsberechtigte in besonderen Wohnformen

Die neuen Regelsätze gelten nach § 1 Abs. 2 RBEG-E unmittelbar für das SGB II (Grundsicherung für Arbeitsuchende, „Hartz IV“) und das SGB XII (Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung und Sozialhilfe).

Mit Artikel 3 des Gesetzentwurfs werden die Erhöhungen der Leistungssätze ins Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) übertragen. Anders als in der Vergangenheit werden keine weiteren strukturellen Änderungen wirksam, die Leistungsberechtigte des AsylbLG gegenüber Leistungsberechtigten der Grundsicherung schlechter stellen.

Der DGB erneuert in diesem Zusammenhang jedoch seine Kritik an der im Rahmen des RBEG 2017 vollzogenen Neu-Zuordnung von Personen zu den Regelbedarfsstufen, die weiterhin unverändert wirksam ist:

Damals wurden alle erwachsenen, alleinstehenden Leistungsberechtigten ausnahmslos der Regelsatzstufe 2 zugeordnet, wenn sie in einer Aufnahmeeinrichtung, Gemeinschaftsunterkunft oder einer vergleichbaren Unterkunft leben. Die Regelbedarfsstufe 2 ist eigentlich für zusammenlebende (Ehe)paare gedacht und beträgt 90 % der Regelbedarfsstufe 1 (für Alleinstehende, die in einer eigenen Wohnung leben). Aus Sicht des DGB ist die Annahme nicht haltbar, dass alleinstehende, erwachsene Flüchtlinge, die zwangsweise miteinander in einer Unterkunft leben müssen, ebenso gemeinsam wirtschaften wie Paare und die gleichen Kostenersparnisse über gemeinsame Großeinkäufe generieren sowie Gebrauchsgegenstände gemeinsam verwenden. Bei dieser 2017 eingeführten neuen Zuordnung handelt es sich um eine versteckte Leistungskürzung, die korrigiert werden muss.

Gleiches gilt für die ebenfalls im Rahmen des RBEG 2017 vorgenommenen Zuordnung von Personen zur Regelbedarfsstufe 2, die nicht in einer eigenen Wohnung leben, sondern in besonderen Wohnformen leben. Dies betrifft insbesondere Menschen mit einer Behinderung. Auch hier kann beim Zusammenleben nicht generell dieselbe Haushaltsersparnis wie in Paarbeziehungen unterstellt werden.³⁴

³⁴ Die Kritik an der neuen Zuordnung beider Personenkreise zur Regelsatzstufe 2 ist ausführlich in der DGB-Stellungnahme zum Entwurf eines Gesetzes zur Ermittlung von Regelbedarfen sowie zur Änderung des Zweiten und des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch (BT-Drs. 18/9984) und zum Entwurf eines Dritten Gesetzes zur Änderung des Asylbewerberleistungsgesetzes (BT-Drs. 18/9985) vom 24.11.2016 erläutert.

7. Forderungen des DGB

Aufgrund der Vielzahl der festgestellten Defizite und der Relevanz der Regelsätze für das System der sozialen Sicherung und darüber hinaus, spricht sich der DGB für eine grundlegende Neuermittlung der Regelsätze aus mit dem Ziel, Armut wirksam zu bekämpfen und die tatsächlichen Kosten der Bedarfe, die zum soziokulturellen Existenzminimum gehören, besser abzudecken.

Der DGB fordert, eine Sachverständigenkommission einzusetzen, bestehend aus Wissenschaftler/innen, Vertreter/innen der Sozialpartner, von Sozial- und Wohlfahrtsverbänden sowie von Betroffenenorganisationen. Aufgabe der Kommission soll es sein, für den Gesetzgeber Vorschläge für armutsfeste und bedarfsdeckende Regelsätze zu entwickeln. Besondere Relevanz hat dabei die Entwicklung von Kriterien zur Bestimmung der Referenzgruppe, die sicherstellen, dass die Verbrauchsausgaben der Gruppe als existenzsichernd interpretiert werden können.

Dem DGB ist bewusst, dass die Arbeit einer solchen Kommission einige Zeit beanspruchen wird und nicht bis zum Stichtag 1.1.2021 abgeschlossen werden kann. Deshalb schlägt der DGB ein zweistufiges Verfahren vor: Noch in diesem Jahr sollte die Sachverständigenkommission auf den Weg gebracht werden und im Hinblick auf die Regelsatzfestsetzung zum 1.1.2021 sollte das RBEG 2021 um schnell wirksame Sofortmaßnahmen ergänzt werden: So sollten Einmalbeihilfen für langlebige Konsumgüter und Brillen eingeführt und die Regelsätze als Zwischenlösung um einen bestimmten Prozentsatz – quasi um eine Art „Abschlagszahlung“ zum Ausgleich bestehender Defizite – erhöht werden. Beide Sofortmaßnahmen erfordern keine aufwendige grundlegende Neuermittlung der Sätze auf Basis einer neu definierten Referenzgruppe. Mit beiden Sofortmaßnahmen könnte die bestehende materielle Unterversorgung und soziale Ausgrenzung abgemildert werden und zugleich das Signal gesendet werden, dass der Gesetzgeber eine deutliche Verbesserung der Lebenssituation der Leistungsberechtigten anstrebt.

Anlage 1

Vergleich Grundsicherungsniveau und Armutsrisikogrenze					
Haushaltstyp	Anteil des HH-Typs an allen Bedarfsge- meinschaften in Prozent	Armutsrisiko- grenze 2019* in Euro	Leistungen der Grundsicherung** in Euro	Armutslücke***	
				absolut in Euro	in Prozent
Single-Haushalte ohne Kind	55	1074	828	-246	-23
Paar ohne Kind	9	1611	1331	-280	-17
Alleinerziehende mit einem Kind	10				
5 Jahre		1396	1417	21	2
8 Jahre		1396	1336	-60	-4
14 Jahre		1611	1400	-211	-13
16 Jahre		1611	1400	-211	-13
Alleinerziehende mit zwei Kindern	5				
5 und 7 Jahre		1718	1820	102	6
7 und 9 Jahre		1718	1846	128	7
12 und 14 Jahre		1933	1910	-23	-1
14 und 16 Jahre		2148	1920	-228	-11
Paare mit einem Kind	5				
5 Jahre		1933	1718	-215	-11
7 Jahre		1933	1744	-189	-10
14 Jahre		2148	1808	-340	-16
16 Jahre		2148	1808	-340	-16

Vergleich Grundsicherungsniveau und Armutsrisikogrenze					
Haushaltstyp	Anteil des HH-Typs an allen Bedarfsgemeinschaften in Prozent	Armutsrisikogrenze 2019* in Euro	Leistungen der Grundsicherung** in Euro	Armutslucke***	
				absolut in Euro	in Prozent
Paare mit zwei Kindern	5				
5 und 7 Jahre		2255	2104	-151	-7
7 und 9 Jahre		2255	2130	-125	-6
12 und 14 Jahre		2470	2194	-276	-11
14 und 16 Jahre		2685	2258	-427	-16
Paare mit drei Kindern	6				
3, 5 und 7 Jahre		2578	2464	-114	-4
5, 10 und 12 Jahre		2578	2490	-88	-3
10, 12 und 14 Jahre		2792	2580	-212	-8
12, 14 und 16 Jahre		3007	2644	-363	-12
<p>Quelle: Eigene Berechnungen des DGB</p> <p>* Armutsrisikogrenze (60 Prozent vom Median) nach Daten des Mikrozensus, Quelle: Statistisches Bundesamt, Sozialberichtserstattung. Die aktuell verfügbaren Daten beziehen sich auf das Jahr 2019</p> <p>** Summe aus neuen Regelsätzen (nach BMAS, Pressemitteilung vom 8. September 2020) und durchschnittlich anerkannten Wohnkosten nach Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Wohn- und Kostensituation SGB II, 23.09.2020, Datenstand Juni 2020; bei den Alleinerziehenden zuzüglich des Mehrbedarfzuschlag.</p> <p>*** Differenz zwischen „Leistungen der Grundsicherung“ und „Armutsrisikogrenze“</p> <p>Quelle für Anteile der Haushaltstypen: Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Bedarfsgemeinschaften und deren Mitglieder (Monatszahlen), Berichtsmonat März 2020</p>					

Anlage 2

Liste der als nicht regelsatzrelevant eingestuft und gestrichenen Ausgabepositionen

Liste der nicht oder nicht vollständig berücksichtigten Verbrauchsausgaben (Referenzgruppe untere 15 Prozent der Single-Haushalte, ohne Wohn- und Heizkosten)				
EVS-Codes	Ausgabenposition	Durchschnittsausgaben je Haushalt	In Regelsatz übernommen	Kürzungsbeitrag
0210 000	alkoholische Getränke (auch alkoholfreie Biere und Weine) (substituiert durch Mineralwasser)	9,47 €	3,13 €	- 6,34 €
0220 000	Tabakwaren	10,82 €	0,00 €	- 10,82 €
0312 300	Bekleidung für Kinder unter 14 Jahre	0,44 €	0,00 €	- 0,44 €
0321 300	Schuhe für Kinder unter 14 Jahre	0,02 €	0,00 €	- 0,02 €
0314 200	chemische Reinigung, Waschen, Bügeln und Färben von Bekleidung	0,52 €	0,00 €	- 0,52 €
0451 010	Strom	35,71 €	35,30 €	- 0,41 €
0520 901	Anfertigen sowie fremde Reparaturen von Heimtextilien	0,07 €	0,00 €	- 0,07 €
0551 901	Motorbetriebene Gartengeräte (inkl. Reparaturen, Miete)	0,53 €	0,00 €	- 0,53 €
0552 901	nicht motorbetriebene Gartengeräte (inkl. Reparaturen, Miete)	0,24 €	0,00 €	- 0,24 €
0562 130	Kinderbetreuung (ohne Verpflegung) - durch Privatpersonen	0,69 €	0,00 €	- 0,69 €
0562 900	Haushaltshilfen und andere häusliche Dienstleistungen	1,33 €	0,00 €	- 1,33 €
0621 901	Arztleistungen (einschl. Eigenanteile)	2,95 €	0,00 €	- 2,95 €
0622 000	Zahnarztleistungen (einschl. Eigenanteile)	3,87 €	0,00 €	- 3,87 €
0623 900	sonstige medizinische Versorgung außerhalb von Krankenhäusern (einschl. Eigenanteile)	1,40 €	0,00 €	- 1,40 €
0630 000	Dienstleistungen der Krankenhäuser (einschl. Eigenanteile)	0,63 €	0,00 €	- 0,63 €
Abteilung 07	Verkehr	76,81 €	39,01 €	- 37,80 €
0912 000	Foto- und Filmausrüstungen, optische Geräte und Zubehör	0,74 €	0,00 €	- 0,74 €
0932 020	Campingartikel	0,29 €	0,00 €	- 0,29 €

Liste der nicht oder nicht vollständig berücksichtigten Verbrauchsausgaben

(Referenzgruppe untere 15 Prozent der Single-Haushalte, ohne Wohn- und Heizkosten)

0933 900	Gartenerzeugnisse und Verbrauchsgüter für die Gartenpflege	1,81 €	0,00 €	- 1,81 €
0933 901	Schnittblumen und Zimmerpflanzen	2,95 €	0,00 €	- 2,95 €
0934 900	Haustiere	6,19 €	0,00 €	- 6,19 €
0942 330	Gebühren für Kabelfernsehen	2,79 €	0,00 €	- 2,79 €
0942 340	Gebühren für Pay-TV, Online-Videotheken	0,89 €	0,00 €	- 0,89 €
0942 901	Miete/Leihgebühren für Fernseher, DVD-Player/Recorder u. Ä., Videofilme, DVDs	0,12 €	0,00 €	- 0,12 €
0943 000	Glücksspiele	3,61 €	0,00 €	- 3,61 €
096	Pauschalreisen	12,44 €	0,00 €	- 12,44 €
1020 900	Studien-, Lehrgangs- und Prüfungsgebühren an Schulen (auch berufsbildend) und Hochschulen	7,29 €	0,00 €	- 7,29 €
111	Verpflegungsdienstleistungen (Warenwert übernommen)	36,30 €	11,47 €	- 24,83 €
1120 000	Übernachtungen	12,55 €	0,00 €	- 12,55 €
1231 901	Schmuck (auch Reparaturen)	1,04 €	0,00 €	- 1,04 €
1232 000	sonstige persönliche Gebrauchsgegenstände	2,31 €	0,00 €	- 2,31 €
1211 102	Friseurdienstleistungen für Kinder (Kosten einschl. Trinkgelder)	0,01 €	0,00 €	- 0,01 €
1220, 1240-1270	sonstige Dienstleistungen	7,00 €	2,73 €	- 4,27 €
Summe Kürzungen Konsumausgaben				- 152,19 €
Nicht zu den privaten Konsumausgaben (Abteilung 1-12 der EVS) zugerechnete sondern in Abteilung 15 erfasste Ausgaben, die ebenfalls regelsatzrelevant sind:				
1533 000	Kfz-Haftpflicht	8,76 €	0,00 €	- 8,76 €
1539 100	private Haftpflicht	4,07 €	0,00 €	- 4,07 €
1539 300	Hausratversicherung	3,96 €	0,00 €	- 3,96 €
1542 000	Geldspenden (und Ähnliches)	2,07 €	0,00 €	- 2,07 €
1545 000	Gerichtskosten, Geldstrafen	0,40 €	0,00 €	- 0,40 €
Summe Kürzungen Konsumausgaben				- 171,45 €

Quelle: Eigene Zusammenstellung und Berechnungen des DGB nach Daten des RBEG-E 2021 (Gesetzentwurf) und der Anlagen zum Referentenentwurf

Nicht aufgelistet sind Streichungen von Positionen, die bei Grundsicherungsbezieher*innen nicht anfallen (GEZ-Gebühren) oder über andere Leistungen abgedeckt werden (z.B. Materialkosten Zahnersatz über GKV oder orthopädische Schuhe über Sonderleistung nach § 24 SGB II).

Zum Antrag von Bündnis 90/Die Grünen

Die Kritik an der methodischen Erhebung der Regelsätze wird vom DGB geteilt. Die Einzelheiten dazu sind in der Stellungnahme zum Entwurf der Bundesregierung ausgeführt. Bei der Erhebung der statistischen Daten müssen Zirkelschlüsse vermieden werden, deswegen ist es sinnvoll, die in dem Antrag genannten Gruppen aus den Grunddaten herauszurechnen.

Darüber hinaus schlagen die Grünen vor, den Bedarf nicht mehr an dem Einkommen der unteren Haushalte zu ermitteln, sondern sich an der gesellschaftlichen Mitte zu orientieren. Dabei sollen für bestimmte Gütergruppen Abschläge vorgenommen werden. Allerdings wird nicht dargelegt, wie diese Abschläge zustande kommen. Die Abschläge erscheinen nicht unplausibel, sie bedürfen allerdings einer Begründung oder zumindest näheren Erläuterung, wie diese Abschläge ermittelt wurden.

Der DGB hat alternativ vorgeschlagen, diese Diskussion einem Expertengremium unter Beteiligung der Zivilgesellschaft zu überlassen. Vorbild könnte z.B. der Deutsche Ethikrat sein. Wie beim Ethikrat geht es auch hier um Wertsetzungen, die allein mit statistischen Methoden nicht zu ermitteln sind. Hierdurch wird die Ermittlung der Regelsätze transparent und das Gremium muss ihre Erwägungen öffentlich begründen. Der DGB erwartet, dass die gesellschaftliche Akzeptanz des Vorschlages dadurch erhöht wird. Der Vorschlag dieses Gremiums ist ein Votum an den Deutschen Bundestag, der dann endgültig über die Höhe der Regelsätze befinden muss.

Die Forderung nach Abschaffung der Regelbedarfsstufe drei wird vom DGB unterstützt, ebenso die Forderung nach höheren Leistungen für Leistungsberechtigte in Wohnheimen.

Zum Antrag der Partei Die Linke:

In dem Antrag werden ebenso die Verfahren zur Ermittlung der Regelsätze kritisiert. Der Vorschlag ist, die Ermittlung des Existenzminimums an den Ausgaben der unteren 20 Prozent der Haushalte zu ermitteln, dadurch steigt gegenüber den Annahmen der Bundesregierung der Grundbetrag deutlich an. Das ist sachlich gerechtfertigt, zumal die Bundesregierung ursprünglich auch von 20 Prozent ausgegangen ist. Darüber hinaus wird vorgeschlagen, mit Ausnahme der Wohnungskosten keine Abschläge vorzunehmen. Dadurch würde der Regelsatz deutlich steigen. Langlebige Haushaltsgüter sollen zusätzlich im Rahmen von Einmalhilfen gewährt werden.

Allerdings hat dies zur Folge, dass auch die Zahl der Anspruchsberechtigten auf Leistungen der Grundsicherung stark ansteigen wird, vor allem auch in der Gruppe der Beschäftigten. Die Anhebung muss deswegen einhergehen mit einer Anhebung der Mindestlöhne und einer Stärkung der Tarifbindung. Bereits heute ist ein zu großer Anteil von Beschäftigten auf Leistungen der Grundsicherung angewiesen. Das gesellschaftliche Ziel sollte sein, dass das Existenzminimum aus dem Einkommen sichergestellt ist und nicht dauerhaft Kombi-Einkommen entstehen.

Diese Fragen müssen in einem größeren Zusammenhang diskutiert werden, die Diskussion muss deswegen in die Zivilgesellschaft verlagert werden.

Zum Antrag der FDP

Der Antrag der FDP geht nicht direkt auf die Methodik der Regelsatzbemessung ein. Er enthält aber viele interessante Vorschläge zur Weiterentwicklung der Grundsicherung. Die Analyse, dass das bisherige System zu Fehlanreizen führt und zu bürokratisch ist, wird vom DGB geteilt. Insbesondere die Anrechnung von Einkommen bei Aufnahme einer Beschäftigung ist reformbedürftig.

Bei einer Neuordnung sollten Anreize geschaffen werden, so dass längere Arbeitszeiten belohnt werden. Über diese Probleme der Anrechnung ist in der Vergangenheit mehrfach diskutiert worden, ohne dass es zu einer befriedigenden Lösung gekommen ist. Dazu ist aber auch eine Reform des Minijobsystems notwendig. Das Minijobsystem ist derzeit das größte Hindernis bei der Erreichung von Existenz sichernder Beschäftigung und verschärft den Fachkräftemangel. Arbeiten ausschließlich in Minijobs, wie dies in vielen Paarhaushalten von einem Partner praktiziert wird, ist zudem oft eine Ursache für Bedarfsabhängigkeit oder zu geringer Renten, wenn die Ehe scheitert oder eine Trennung vollzogen wird.

Der DGB unterstützt die Vorschläge zu Erhöhung des Schonvermögens, insbesondere für langjährig Beschäftigte und die Herausnahme von selbstgenutzten Immobilien sowie die Schaffung von einheitlichen Regelsätzen auch für Paarhaushalte. Allerdings bedarf es auch Verbesserungen bei der Angemessenheit der Wohnkosten für Mieterhaushalte, denn die berechnete Sorge, beim Wechsel ins SGB II die vertraute Wohnung nicht halten zu können, betrifft Eigentümer*innen und Mieter*innen gleichermaßen.

Arbeitslose mit Erwerbseinkommen sollten einheitlich durch die Arbeitsagenturen betreut werden. Da sie auch Beiträge zur Arbeitslosenversicherung entrichten, sollten die aktiven Hilfen nach den Regeln der Arbeitslosenversicherung bemessen werden.

Kritisch sind hingegen die Zusammenfassung der Leistungen und die Pauschalierung der Wohnungskosten. Die Wohnungskosten sind durch den Haushalt auf die Schnelle nicht veränderbar. Es muss aber in jedem Fall sichergestellt sein, dass die Kosten übernommen werden. Auch eine regionale Ausdifferenzierung dürfte nicht dazu führen, dass die Wohnungskosten immer gedeckt sind. Das lehnt der DGB ab.

Der Antrag der FDP kann in all seinen Teilen nicht ausreichend bewertet werden, da insbesondere Abschätzungen zu den Wirkungen und Folgekosten fehlen. Die Vorschläge sollten aber weitergehend geprüft werden.

Schriftliche Stellungnahme

Inge Hannemann, Lüneburg

zur öffentlichen Anhörung von Sachverständigen in Berlin am 2. November 2020 von
13 bis 14:30 Uhr zum

a) Gesetzentwurf der Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes zur Ermittlung von Regelbedarfen und zur Änderung des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch sowie des Asylbewerberleistungsgesetzes - BT-Drucksache 19/22750

b) Antrag der Abgeordneten Uwe Witt, Jürgen Pohl, Jörg Schneider, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD

Taschengeld für die in Heimen lebenden Bürger - BT-Drucksache 19/23128

c) Antrag der Abgeordneten Pascal Kober, Michael Theurer, Jens Beeck, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP

Liberales Bürgergeld einführen – Einstiegs- und Aufstiegsdynamik im Arbeitsmarkt verbessern – Hartz IV reformieren - BT-Drucksache 19/15040

d) Antrag der Abgeordneten Katja Kipping, Matthias W. Birkwald, Susanne Ferschl, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.

Rechentricks überwinden - Regelbedarfe sauber berechnen - BT-Drucksache 19/23113

e) Antrag der Abgeordneten Sven Lehmann, Anja Hajduk, Markus Kurth, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN

Teilhabe am gesellschaftlichen Leben garantieren - Regelbedarfsermittlung reformieren - BT-Drucksache 19/23124

siehe Anlage

Schriftliche Stellungnahme

Inge Hannemann, Lüneburg

zur öffentlichen Anhörung im Ausschuss für Arbeit und Soziales in Berlin am 2. November 2020

zum Gesetzentwurf der Bundesregierung:

„Entwurf eines Gesetzes zur Ermittlung von Regelbedarfen sowie zur Änderung des
Zwölften Buches Sozialgesetzbuch sowie des Asylbewerberleistungsgesetzes“

Antrag der Abgeordneten Amira Mohamed Ali, Dr. Dietmar Bartsch, weiterer
Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE – Drucksache 19/**23113**

Antrag der Abgeordneten Katrin Göring-Eckardt, Dr. Anton Hofreiter, weiterer
Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 19/**23124**

Antrag des Abgeordneten Christian Lindner, weiterer Abgeordneter und der Fraktion
der FDP – Drucksache 19/**15040**

Antrag der Abgeordneten Dr. Alice Weidel, Dr. Alexander Gauland und der Fraktion
der AfD – Drucksache 19/**23128**

Inge Hannemann
e-mail: inge.hannemann2010@gmail.com

Lüneburg, 2. November 2020

Ich bedanke mich für die Gelegenheit zur Stellungnahme zum genannten Gesetzentwurf. Zur fachlichen Beurteilung des Gesetzentwurfes fließen u.a. auch Erfahrungen von Leistungsberechtigten nach dem SGB II und SGB XII und praktische Hilfe vor Ort meinerseits ein.

I. Zusammenfassende Beurteilung des Gesetzentwurfs

Das Sozialstaatsprinzip, gemäß Art. 20 Abs. 1 Grundgesetz garantiert, dass jeder Bürger*in einen Anspruch auf einen angemessenen Lebensstandard und ein menschenwürdiges Leben hat. Es ist ein grundlegendes Verfassungsrecht und beinhaltet materielle Rechte wie Kleidung, Wohnung, Körperpflege, Ernährung, Teilhabe am soziokulturellen und politischen Leben, Bildung und vielem mehr. Weit mehr als die materiellen Rechte soll das Sozialstaatsprinzip auch die Menschenwürde nach Art. 1 Grundgesetz gewährleisten. Die Menschenwürde und das Sozialstaatsprinzip verdingen einander. Dieses wurde auch vom Bundesverfassungsgericht mit dem Urteil¹ vom 9. Februar 2010 bestätigt. Das Urteil beschränkt sich auch nicht auf ein sog. „Übergangsrecht“ und der Argumentation, dass Sozialleistungen nach den Sozialgesetzbüchern II und XII und dem Asylbewerberleistungsgesetz nur übergangsweise gezahlt werden sollen. Zahlen der Bundesagentur für Arbeit zeigen auf, dass im Mai 2020² rund zwei Drittel der erwerbsfähigen Leistungsberechtigten (ELB – 4.021.178) Langzeitleistungsbeziehende (LZB – 2.665.920) waren. *„Knapp die Hälfte der erwerbsfähigen Leistungsberechtigten sind bereits seit vier Jahre und länger auf Leistungen der Grundsicherung für Arbeitsuchende angewiesen“*³, heißt es durch die Bundesagentur für Arbeit. Diese Personengruppe war in den vergangenen 24 Monaten mindestens 21 Monate vom Arbeitslosengeld II abhängig. Die Grundsicherung nach SGB II und SGB XII bestimmen somit auf längere Zeit oder gar dauerhaft das Einkommen von derzeit rund sieben Millionen Menschen⁴.

Die Berechnung der Regelsätze nach dem SGB XII und nachfolgend in der Gültigkeit auch für das Sozialgesetzbuch II (Hartz IV) und dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) wird anhand der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) nach Vorgaben des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales (BMAS) alle fünf Jahre durchgeführt. Erfasst werden über drei Monate die Angaben der Haushalte zur persönlichen und sozialen Situation, Vermögen, Quellen und Höhe des Einkommens, Wohnverhältnisse sowie Ausgaben nach Zweck und ist damit eine Ist-Analyse. Nach dem Gesetzentwurf § 4 wurden zur Bestimmung der sogenannten Referenzhaushalte von den Einpersonenhaushalten die unteren 15 Prozent (27,2 Prozent Erwerbstätige, 40 Prozent Rentner*innen, 19,1 Prozent Studierende, 13,7 Prozent Nichterwerbstätige⁵) und von den Familienhaushalten jeweils die unteren 20 Prozent ausgewählt. Die von der verdeckten Armut Betroffenen oder nach dem SGB II Aufstockenden

¹ Vgl. BVerfG Urteil - Leitsätze:

https://www.bundesverfassungsgericht.de/SharedDocs/Entscheidungen/DE/2010/02/Is20100209_1bvl000109.html - abgerufen am 15. Oktober 2020

² Vgl. – Grundsicherung für Arbeitsuchende in Zahlen – September 2020 – Seite 17

https://statistik.arbeitsagentur.de/Statistikdaten/Detail/202009/iii7/grusi-in-zahlen/grusi-in-zahlen-d-0-202009-pdf.pdf?__blob=publicationFile&v=1 – abgerufen am 15. Oktober 2020

³ Ebd. – Grundsicherung für Arbeitsuchende in Zahlen – September 2020 – Seite 3

⁴ Ebd. – Grundsicherung für Arbeitsuchende in Zahlen – September 2020 – Seite 6.

Vgl. Statistisches Bundesamt – Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung -

<https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Soziales/Sozialhilfe/Tabellen/zgs-t06-2019-bq4-empf-bl-alter-geschl.html> - abgerufen am 15. Oktober 2020

⁵ Vgl. Fraktion DIE LINKE 2020

sind inkludiert. Ausgeschlossen sind die Grundsicherungsberechtigten. Allerdings sind auch die unteren 20 Prozent, wie auch die unteren 15 Prozent, Einkommensarme und materiell Unterversorgte (Alleinstehende) und somit auch hier der große Zirkelschluss besteht. Gemäß der Urteile des Bundesverfassungsgerichts (BVerfG) aus 2010 und 2014 muss der Regelsatz / der Regelbedarf das soziokulturelle Existenzminimum einer Person absichern. Klare Vorgaben hat auch das BVerfG zur Transparenz und der Bedarfsdeckung gemacht. Im Nachhinein lässt sich festhalten, dass im Vergleich in der zuvor verwendeten Warenkorbmethode normative Kürzungen einzelner Positionen vorgenommen wurden und im vorliegenden Gesetzentwurf die gleiche Vorgehensweise wie schon in den Regelbedarfsermittlungsgesetzen 2011 und 2017 angewandt wurde. Ebenso ist die Berechnungsweise gleichgeblieben. Einzig allein wurde diesmal die Handy-Nutzung berücksichtigt.

Die Ermittlung der Regelbedarfe nach dem SGB II und SGB XII spielen auch eine wichtige Rolle in der Berechnung des Notwendigen beim Pfändungs- und Unterhaltsrechts sowie bei der Festlegung der steuerlichen Grundfreibeträge für Erwachsene und Kinder. Hier wird bestimmt, welches Einkommen der Staat nicht besteuern darf und sichert damit ein Existenzminimum aller Steuerpflichtigen. Das ist bei der Berücksichtigung zur Ermittlung der Regelbedarfe zu berücksichtigen, da es ein Zusammenspiel aller genannten Faktoren ist.

Der vorliegende Gesetzentwurf wird den Anforderungen eines soziokulturellen Existenzminimums nicht gerecht. Das BMAS hält weiter an den intransparenten Berechnungen fest und verkennt dabei, dass die bereits schon in der Vergangenheit liegenden Regelsätze nach der benannten EVS-Berechnungsmethode zu niedrig lagen und fehleranfällig waren. Die geplanten Erhöhungen entsprechen nicht dem tatsächlichen Bedarf, welchen eine Person benötigt, um nicht über Schulden, auch wenn sie temporär sind, seinen Lebensstandard zu sichern. Insbesondere wird im Gesetzentwurf erneut vorausgesetzt, dass sich „Weiße Ware“ zusammengespart werden muss. Die außer der Reihe Regelbedarf-Erhöhlungen entsprechen kaum mehr als den sowieso jährlich stattfindenden Erhöhungen. Systematisch wird der notwendige Bedarf weiterhin kleingerechnet und ist nicht bedarfsgerecht. Damit ist u.a. eine ausgewogene Ernährung nicht möglich. Die soziokulturelle Teilhabe, wie auch diverse Ausgaben, die nicht als regelbedarfsrelevant eingestuft wurden bleiben bestehen: Urlaub, Grabschmuck, Futter für Haustiere, alle Ausgaben für's Auto oder Motorrad – auch im ländlichen Raum, wo der ÖPNV in unregelmäßigen oder kargen Abständen fährt. Das sind nur wenige Beispiele von Vielen, die das Leben von Menschen im Sozialleistungsbezug sehr erschweren und gesellschaftlich ausgrenzen. Der Bezug von Sozialleistungen ist mittlerweile zu einem Synonym für ein Leben in Armut geworden. Die gesellschaftliche Ausgrenzung ist der Alltag vieler, die von Sozialleistungen abhängig sind.

Die Corona-Pandemie hat noch deutlicher aufgezeigt, dass die Not von Armut Betroffenen vorhanden ist. Hamsterkäufe, verteuerte Lebensmittel (gerade bei Obst und Gemüse), Schließungen der Tafeln oder der Ausfall des Mittagessens in den geschlossenen Kitas und den Schulen führten zu erhöhten Ausgaben, die mit den Regelsätzen nach SGB II und SGB XII nicht mehr zu leisten waren oder auf andere Art und Weise kompensiert wurden. Die Bemühungen der Bundesregierung der letzten Wochen für eingeleitete Schutzmaßnahmen möchte ich nicht kleinreden. Trotzdem ist es unverständlich, dass bei allen Sozialschutzpaketen die Ärmsten und damit auch die Schwächsten einer Gesellschaft keine zusätzlichen Hilfen erhalten haben. Aufwendungen für grundlegende Ausrüstungen, wie Mund-Nasen-Schutz oder Desinfektionsmittel, führten gerade zu Beginn der Pandemie zu erhöhten Ausgaben, die

oftmals nicht aufgefangen werden konnten. Digitale Hilfsnetzwerke, wie der Twitteraccount *@sorgeweniger* gründeten sich zwar vor der Corona-Pandemie, waren jedoch gerade zu Beginn der steigenden Corona-Fallzahlen in Deutschland, den damit verbundenen Hamsterkäufen und den steigenden Ausgaben durch die erhöhten Lebensmittelpreise ein stützendes Element für Menschen, die von Armut betroffen sind. Verifizierte Zahlen ergaben von Anfang 2019 bis September 2020 rund 26.800 Euro an Geldmitteln die zur Verfügung standen. Diese Gelder wurden gespendet und über viele bundesweite Freiwillige in Form von Paketen mit notwendigen digitalen Geräten (Homeschooling), Lebensmitteln (#Bratenpaten) und für notwendige Bekleidung (#Kleiderpaten) gesammelt und postalisch versandt. Hinzugerechnet sind hier nicht folgende weitere Spenden: Digitale E-Geräte und Zubehör, Kühlschränke, Waschmaschinen, Herde, Staubsauger, Bekleidung und allgemeine Haushaltsgegenstände (Bettwäsche, Möbel u.a.). Gerade zu Beginn des Weihnachtsfestes wird regelmäßig der Hashtag #100Kinderwünsche eingeführt, um auf diese Weise Kindern und deren Familien den Gabentisch zumindest ein wenig zu decken. Dazu gehören auch materielle Dinge wie ein Tannenbaum, Adventskalender, Weihnachtsessen oder Julklapp in den Schulen. Diese Artikel finden bis heute keine Berücksichtigung in der Regelbedarfsberechnung und müssen zusätzlich aus dem derzeitigen Regelsatz beglichen werden. Forderungen nach einem einmaligen Corona-Zuschuss in Höhe von 200 Euro und der Erhöhung der Regelbedarfe um 100 Euro von Seiten der Wohlfahrts- und Sozialverbände, Gewerkschaften, dem Deutschen Kinderhilfswerk, dem Deutschen Kinderschutzbund, Verbraucherschutzorganisationen und aus der Opposition wurden im Bundestag abgelehnt. Deutlicher konnte nicht zum Ausdruck gebracht werden, dass die Leistungsberechtigten im Sozialleistungsbezug oder nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) keine Stimme in der Politik haben. Sie wurden schlichtweg ignoriert.

II. Regelbedarfe und deren Zusammensetzung – Gesetz zur Ermittlung der Regelbedarfe nach § 28 des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch ab dem Jahr 2021

In meiner Stellungnahme werde ich auf vier Bereiche der Regelbedarfe näher eingehen. Diese sind: Nahrung, Wohnungsmieten, Energiekosten und der Regelbedarf für Bildung. Diese Bereiche entsprechen den häufigsten Wortmeldungen, schriftlichen oder mündlichen Anfragen oder der Kritik am Mangel der nicht ausreichenden Regelsätzen von Leistungsberechtigten im gesamten Bundesgebiet nach dem SGB XII und SGB II an mich.

Der Regelbedarf 2021⁶ nach dem Sozialgesetzbuch II zeigt in der Grafik schon deutlich auf, welchen Anspruch eine erwachsene alleinstehende Person für die gesellschaftliche Teilhabe hat. Einzelne betrachtet sind diese Posten bereits deutlich zu niedrig. Dieses zeigt sich signifikant beim Bildungswesen in einer Höhe von 1,58 Euro pro Monat.

6 Vgl. Hartz IV Regelsatz 2021 – hartziv.org – <https://www.hartziv.org/news/20200702-hartz-iv-erhoehung-2021-so-steigen-die-saetze.html> - abgerufen am 16. Oktober 2020



Noch deutlicher wird es, wenn der Regelbedarf für Kinder und Jugendliche genauer betrachtet wird:

Regelbedarfsstufen 2020 und 2021 in Euro je Monat – Quelle: BMAS⁷

Regelbedarfsstufen 2020 und 2021 in Euro je Monat

Regelbedarfsstufe (RBS)	2020 ¹⁾	ab 1. Januar 2021	Veränderung in Euro
RBS 1: Volljährige, die nicht in einer Partnerschaft lebend	432	446	+14
RBS 2: Volljährige Partner	389	401	+12
RBS 3: SGB XII: Volljährige in Einrichtungen	345	357	+12
SGB II: 18 bis 24-Jährige im Elternhaus			
Kinder im Alter von			
RBS 4: 14 bis 17 Jahre	328	373	+45
RBS 5: 6 bis 13 Jahre	308	309	+1
RBS 6: 0 bis 5 Jahre	250	283	+33

1) geltendes Recht

⁷ Vgl. Höhere Regelbedarfe in der Grundsicherung und Sozialhilfe – Pressemitteilung 8. September 2020 – BMAS <https://www.bmas.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2020/hoehere-regelbedarfe-in-der-grundsicherung-und-sozialhilfe.html> - abgerufen am 16. Oktober 2020

1. Regelbedarfsstufen nach ihren Positionen - § 5 / § 6 Gesetzentwurf

1.1. Abteilung 1 und 2 - Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren

- a) Einpersonenhaushalt (150,93 Euro / Monat) → (5,03 Euro / Tag)**
- b) Kinder bis zur Vollendung des sechsten Lebensjahres (90,52 Euro / Monat) → (3,02 Euro / Tag)**
- c) Kinder vom Beginn des siebten bis zur Vollendung des 14. Lebensjahres (118,02 Euro / Monat) → (3,93 Euro / Tag)**
- d) Jugendliche vom Beginn des 15. Lebensjahres bis zur Vollendung des 18. Lebensjahres (160,38 Euro / Monat) → (5,34 Euro / Tag)**

Hinweis: Die Ausgaben für Tabak und alkoholische Getränke werden im RBEG-E 2021 nicht anerkannt! Stattdessen wird der Anteil an den Ausgaben an alkoholischen Getränken in eine äquivalente Menge Mineralwasser umgerechnet. Diese Umrechnung erfolgt auch in Einpersonenhaushalten, in denen kein Alkohol konsumiert wird. Die Regelbedarfsberechnung verringert in diesem Fall künstlich die Bedarfe für Haushalte, in denen kein Alkohol verausgabt werden. Das ist unsachgemäß.

Zwischen 3,02 Euro (Kleinkinder) und 5,34 Euro (Erwachsene) belaufen sich die Regelbedarfe für die tägliche Ernährung. Sie erhöhen sich geringfügig nach der weiteren Fortschreibung für 2021. Das ist entschieden zu wenig. Um sich gesund zu entwickeln benötigen gerade Kleinkinder und Kinder im Schulalter eine ausgewogene und gesunde Ernährung von Anfang an. Das Dortmunder Forschungsinstitut für Kinderernährung schreibt dazu:

„Die Ernährung hat dabei vorrangig das Ziel, bei adäquater Energiezufuhr die altersgemäße Versorgung mit allen benötigten Nährstoffen für Gesundheit, Wachstum, Entwicklung und Leistungsfähigkeit sicherzustellen. Neben dieser zentralen Bedeutung für die Kindergesundheit kann eine gesunde Ernährung von Anfang an auch zur Vorbeugung von Krankheiten im späteren Erwachsenenalter, z.B. Herz- Kreislauf-Krankheiten oder Typ-2-Diabetes beitragen⁸.“

Die empfohlenen Richtwerte für die Energiezufuhr für Mädchen / Jungen liegen im Altern von 1 bis 18 Jahren zwischen 1.100 und 2.600 kcal/Tag, um sich mit optimierter Mischkosten ausreichend und gesund zu ernähren.

⁸ Vgl. „Von Nährstoffen zu Lebensmitteln und Mahlzeiten“ – Autoren: M. Kersting, H. Kalhoff, T. Lücke - https://www.klinikum-bochum.de/files/klinikum-bochum/dokumente/fachbereiche/kinder-und-jugendmedizin/Sonstiges/OMK%20Akt%20Ernmed%202017_Kersting_Online-PDF.pdf – abgerufen am 16. Oktober 2020

Altersgruppe	Empfohlene Zufuhr (mg/Tag)	Richtwert für die Energiezufuhr (PAL = 1,4) (kcal/Tag, Mädchen-Jungen)	Abgeleitete Referenz für die Nährstoffdichte (mg/1000 kcal)
1 bis 3 Jahre	600	1100 – 1200	545 – 502
4 bis 6 Jahre	750	1300 – 1400	577 – 536
7 bis 9 Jahre	900	1500 – 1700	600 – 529
10 bis 12 Jahre	1100	1700 – 1900	644 – 579
13 bis 14 Jahre	1200	1900 – 2300	631 – 522
15 bis 18 Jahre	1200	2000 – 2600	600 – 462

► **Abb. 1** Die im Altersbereich 1 – 18 Jahre maximale Nährstoffdichte als Zielgröße für die Optimierte Mischkost am Beispiel von Kalzium. Aus dem Referenzwert pro Tag (Spalte 2) und dem Richtwert für die Energiezufuhr (Spalte 3) für die jeweilige Altersgruppe lässt sich ein Referenzwert für die Nährstoffdichte (Spalte 4) berechnen. Für Kalzium ist diese Referenz-Nährstoffdichte bei den 10 – 12-jährigen Mädchen am höchsten (644 mg/1000 kcal). Der Speiseplan sollte dementsprechend so optimiert werden, dass diese maximale Nährstoffdichte erreicht wird. Analog wurde für die anderen Nährstoffe verfahren.

Bild: Forschungsdepartment Kinderernährung (FKE, Bochum); Westfälisches Kinderzentrum (Klinikum Dortmund)

Für eine körperliche und geistige Entwicklung, Konzentrations- und Leistungsfähigkeit sowie für ein starkes Immunsystem benötigen Kinder und Jugendliche eine optimale Versorgung mit allen Nährstoffen. Neben dem Alter gibt es noch weitere Faktoren, die das Essen eines Kindes beeinflussen. Demnach werden diese Faktoren von der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (kindergesundheit-info.de) genannt:

- Geschlecht: Jungen essen oft mehr als Mädchen.
- Bewegungsintensität: Kinder, die sich viel bewegen und auch sonst aktiver sind, essen schon mal mehr als ruhigere Kinder.
- Körpergröße und Körperstatur: Kleinere Kinder mit eher zartem Körperbau essen weniger als größere Kinder mit eher kompakterem Körperbau.
- Gesundheitszustand: Gesunde Kinder haben in der Regel mehr Appetit als kranke Kinder.
- Stress: Sowohl positiver als auch negativer Stress, wie zum Beispiel freudiges Aufgeregtsein oder eine Konfliktsituation, können dazu führen, dass Kinder mehr oder auch weniger als gewöhnlich essen. (Stand: 27.11.2018)

Bild: kindergesundheit-info.de

Stellt man nun die pauschalierten Regelbedarfe diesen Faktoren gegenüber, die das Essen eines Kindes auch beeinflussen können, ist ersichtlich, dass diese einheitlich sind und die Faktoren in keinem Punkt berücksichtigen. Das ergibt aus der Sachlogik bereits eine Unterdeckung beim notwendigen Ernährungsbedarf, um ein gesundes Wachstum zu garantieren.

Für Menschen mit Behinderung oder chronischen Erkrankungen sind oftmals notwendige Nahrungsergänzungsmittel, wie z.B. Vitamin D3 und K2 in der Regelbedarfsberechnung überhaupt nicht berücksichtigt.

Forderungen:

Das Resultat die Anpassungen der Regelbedarfe an die Preis- und Lohnentwicklung zeigt sich insbesondere bei der Veränderung der zukünftigen Regelsätze 2021 bei den sechs- bis 13-jährigen. Sie erhalten nur ein Euro mehr. Das ist beschämend und hat mit der Lebenswirklichkeit nichts zu tun. Vielmehr untergräbt es den gesteigerten Bedarf an gesunder und optimaler Mischkost für Heranwachsende. Diese Regelung ist ab sofort auszusetzen und die aktuellen Beträge entsprechend der tatsächlichen Preisentwicklung fortzuschreiben. Die derzeitigen Regelsätze müssen bedarfsorientiert überprüft werden. Weiterhin ist gesetzlich darauf hinzuwirken, dass das kostenlose Kita- oder Schulessen entsprechend den Empfehlungen der Deutschen Gesellschaft für Ernährung für eine ausgewogene Ernährung umgesetzt wird.

1.2. Abteilung 4 – Wohnungsmieten, Energie und Wohnungsinstandhaltung

1.2.1 Wohnungsmieten

Die Kosten der Unterkunft (KdU) werden gemäß § 35 SGB XII, § 22 SGB II und §3 AsylbLG in sogenannter „angemessener“ Höhe übernommen und werden regional analog eines vorhandenen Mietspiegels, kommunalen Konzepten oder frei nach erhöhten Wohngeldwerten bestimmt, wenn weder ein Mietspiegel noch Konzepte vorliegen. Dabei sind die zu übernehmenden Mietkosten von der Anzahl der Personen in den Bedarfsgemeinschaften abhängig und pro Person begrenzt. Eine Schriftliche Frage⁹ durch die Fraktion DIE LINKE im September an die Bundesregierung ergab, dass mindestens eine Differenz in Höhe von 13 Euro bei der Übernahme der tatsächlichen Mietkosten besteht. So betragen die durchschnittlichen laufenden tatsächlichen Kosten der Unterkunft aller Haushaltsgemeinschaften mit einer Person 412 Euro. Die durchschnittlichen laufenden anerkannten Kosten der Unterkunft betrugen allerdings nur 399 Euro.

Eine weitere aktuelle Anfrage¹⁰ der Linksfraktion ergab, dass rund eine halbe Million Leistungsberechtigte nach dem SGB II 2019 eine Zuzahlung zu den staatlichen Mietzuschüssen von rund 86 Euro jährlich aus ihren Regelleistungen leisten mussten. Damit beläuft sich der gesamte Differenzbetrag bundesweit auf 518 Millionen Euro. Die Zuzahlungen erhöhten sich nach Hochrechnungen der Linksfraktion von 80 Euro im Jahr 2017 auf 82 Euro im Jahr 2018 und die benannten 86 Euro im Jahr 2019.

Diese zusätzlichen Kosten, die aus dem Regelbedarf nach dem SGB II geleistet werden müssen, zeigen auf, dass die Übernahme der tatsächlichen Mietkosten häufig nicht realistisch ist. Auch, wenn die eigentlichen Kosten der Unterkunft nicht zur EVS-Berechnung zugehören, sind sie

⁹ Vgl. Schriftliche Frage – Arbeitsnummer 307 v. 28. September 2020 - <https://www.katja-kipping.de/de/article/1809.was-bekommt-eine-hartz-iv-beziehender-monatlich-im-durchschnitt.html> - abgerufen am 23. Oktober 2020

¹⁰ Vgl. „Mietausgaben für halbe Million Hartz-IV-Empfänger stetig gestiegen - <https://wirtschaft.com/mietausgaben-fuer-halbe-million-hartz-iv-empfaenger-stetig-gestiegen/> - abgerufen am 23. Oktober 2020

doch ein Posten, der durch die Zuzahlungen aus den Regelbedarfen zusätzlich gedeckt werden muss. Das reduziert das eigentliche Existenzminimum erneut; ohne eine rechnerische Beachtung in der EVS zu finden. Damit wird die Armut verstärkt, da die Kosten bei anderen Posten abgezweigt werden müssen. Weiterhin haben die Jobcenter bei ständiger Überschreitung der angemessenen Kosten der Unterkunft das Recht Leistungsberechtigte zum Umzug aufzufordern. Das kann dazu führen, dass Personen ihr gewohntes Umfeld und die damit verbundenen sozialen Kontakte verlassen müssen. Sind Kinder im Haushalt kann es auch heißen, dass sie ihren Kindergarten, ihre Kita oder ihre Schule wechseln müssen und damit Kontakte oder Freundschaften sich auflösen. Gerade die steigenden Mieten – insbesondere in größeren Städten – und die gesetzlichen Regelungen klaffen weit auseinander. Erschwerend kommt hinzu, dass Sozialleistungsberechtigte und sonstige marginalisierte Gruppen auf dem Wohnungsmarkt schwer eine Wohnung finden.

Forderungen:

Das derzeit „Vereinfachte Verfahren“ für die Beantragung von Arbeitslosengeld II übernimmt die tatsächlichen Mietkosten für sechs Monate. Das gilt aber nur für Neuanträge bis Ende Dezember 2020. Die Begrenzungen der Kosten der Unterkunft sind zumindest während der Corona-Pandemie für alle auszusetzen. Eine derzeitige Zwei-Klassengesellschaft an Erwerbslosen fördert nicht den sozialen Frieden.

Die Berechnung der Wohnkosten gemäß § 22 SGB II und §§ 35, 42a SGB XII müssen weitaus mehr an der Realität des vorhandenen Wohnraums und den jährlichen Preissteigerungen am Immobilienmarkt angepasst werden. Dabei sind Angebots- und Neuvertragsmieten zu berücksichtigen. Die bisherige Berücksichtigung in der Angemessenheit einer Miete nach dem einfachen Wohnungsstandard und Lage muss gerade in Regionen mit einem angespannten Wohnungsmarkt auf mittleren Standard und Lage heraufgestuft werden. Bisher werden auch Wohnungen in die Berechnung der Angemessenheitswerte einbezogen, die dem Grunde nach unzumutbar sind: fehlende Heizung, Kochgelegenheiten oder Bad. Diese Wohnungen müssen aus der Berechnung heraus.

Zwangsumzüge, wenn Mietkosten die Angemessenheitswerte überschreiten, sind zu vermeiden, um Wohnungslosigkeit zu verhindern. Eine konkrete Angemessenheit ist im Einzelfall zu überprüfen. Unabhängig der derzeitigen Regelungen im „Vereinfachten Verfahren“ Arbeitslosengeld II zu beantragen, sollten während der ersten zwei Jahre eines Leitungsbezuges die tatsächlichen Mietkosten übernommen werden. Kostensenkungsaufforderungen sollten erst dann stattfinden, wenn die konkrete Wohn- und Lebenssituation im Einzelfall geprüft wurde.

Die Sonderregelung (§22 (5) SGB II) für unter 25-Jährige, die sie dazu verpflichten bei ihren Eltern zu wohnen, ist aufzuheben. Gerade die Beweislast von schwerwiegenden Gründen um einen Auszug zu rechtfertigen, welche nach §22 (5) vorausgesetzt wird, sind zusätzliche psychische Belastungen der jungen Menschen. Hierzu müssen sie oftmals psychologische Gutachten oder ausführliche Erklärungen einer Straßensozialarbeit vorlegen. Diese Verbindungen bestehen jedoch nicht immer. Allen Erwachsenen sollte die Gründung eines eigenen Haushalts ermöglicht werden.

1.2.2. Energie:

- a) **Einpersonenhaushalt** 36,87 Euro / Monat
- b) **Kinder bis zur Vollendung des sechsten Lebensjahres** 8,63 Euro / Monat
- c) **Kinder vom Beginn des siebten bis zur Vollendung des 14. Lebensjahres** 13,90 Euro / Monat
- d) **Jugendliche vom Beginn des 15. Lebensjahres bis zur Vollendung des 18. Lebensjahres** 19,73 Euro / Monat

2019 wurden in rund 289.000 Haushalten vorübergehend der Strom abgeklemmt. Damit ist die Zahl um rund 7.000 im Vergleich zum Vorjahr gesunken. Der Strom darf gesperrt werden, wenn Kunden mit mindestens 100 Euro im Zahlungsverzug sind. Nach einer Sperrandrohung darf der Strom frühestens vier Wochen später abgestellt werden. Von Sperrandrohungen waren 2019 rund 4,75 Millionen Haushalte betroffen.

Nach Recherchen des Vergleichsportals Verivox¹¹ enthält auch der Hartz-IV-Satz für 2021 zu wenig Geld für Strom. Demnach beläuft sich der Fehlbetrag für Alleinstehende auf knapp 100 Euro im Jahr. Nach Verivox Berechnungen belaufen sich die Stromkosten für einen Singlehaushalt mit einem Verbrauch von 1.500 Kilowattstunden im Bundesdurchschnitt auf monatlich 43,17 Euro. Ohne die Fortschreibung der EVS (35,30 Euro Stromkosten für 2021) errechnete Verivox ein Minus von 22 Prozent, um die Lücke der Kosten zu füllen. *„Für Hartz-IV-Empfänger, die Strom aus der Grundversorgung beziehen, ist die Lücke noch deutlich größer. Hier übersteigen die tatsächlichen Stromkosten von 48,75 Euro monatlich den Regelsatz um 38 Prozent“*, argumentiert Verivox weiter. Regional sind die Unterschiede noch größer. So müssen Leistungsberechtigte nach dem SGB II und SGB XII in Schleswig-Holstein jeden Monat 51,75 Euro für Strom aufwenden und liegen damit um knapp 47 Prozent höher als die Grundsicherung vorsieht. Jährlich ergeben dieses rund 197 Euro mehr als durch die Sozialleistungen abgedeckt werden. In Hamburg sind es 45 Prozent mehr, in Baden-Württemberg rund 41 Prozent und in Bremen rund 25 Prozent. Ähnliches findet sich bei der Warmwasseraufbereitung mit einem Durchlauferhitzer. Zwar werden von den Ämtern rund 10 Euro monatlich Zuschuss gewährt, der jedoch nicht deckend ist, da sich die tatsächlichen Mehrkosten auf mehr als 20 Euro belaufen. Verivox kritisiert, dass der jährliche Fehlbetrag steigt: *„Waren es 2019 noch 101 Euro, mussten sie 2020 bereits eine Lücke von durchschnittlich 115 Euro in Kauf nehmen. Im kommenden Jahr wird sich der Fehlbetrag auf durchschnittlich 161 Euro in der Grundversorgung belaufen.“* Hartz IV ist seit der Einführung um rund 27 Prozent gestiegen. Die Stromkosten haben sich jedoch im gleichen Zeitraum um durchschnittlich 61 Prozent verteuert – in der Grundversorgung sogar um 78 Prozent. Nach der neuesten Berechnung des Statistischen Bundesamtes (Destatis) haben die privaten Haushalte im 1. Halbjahr 2020 im Durchschnitt 31,94 Cent je Kilowattstunde Strom gezahlt. Die Strompreise stiegen damit gegenüber dem 2. Halbjahr 2019 um 6,8 Prozent¹².

Ein Stromanbieterwechsel ist bei vorhandener schlechter Bonität kaum möglich. So bleiben die Leistungsberechtigten nach SGB XII und SGB II gezwungen die erhöhten Strompreise ihres

¹¹ Vgl. „Stromkosten in Hartz IV: Fast 100 Euro zu wenig“ - <https://www.stromauskunft.de/service/energienachrichten/19802530.stromkosten-in-hartz-iv-fast-100-euro-zu-wenig/> - abgerufen am 16. Oktober 2020

¹² Vgl. Pressemitteilung Nr. 417 vom 22. Oktober 2020 - https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2020/10/PD20_417_61243.html - abgerufen am 22. Oktober 2020

aktuellen oder örtlichen Versorgers zu begleichen. Weiterhin ist zu bemerken, dass Haushalte im Sozialleistungsbezug kaum über energiesparende Geräte verfügen; was die Stromkosten ebenfalls erhöht. Es ist realitätsfern zu glauben, dass diese Haushalte einen unter dem Durchschnitt liegenden Stromverbrauch erreichen können. Durch die tägliche, fast rund um die Uhr Anwesenheit in der Wohnung ist ein erhöhter Stromverbrauch vorprogrammiert. Viele Leistungsberechtigte leben in schlecht isolierten Wohnungen und sind somit in Teilen auf zusätzliche Heizgeräte - die mit Strom betrieben werden – angewiesen. Oftmals kostenlose Energiespar-Beratungen durch Verbände laufen ins Leere, wenn eine energiesparende Ausrüstung nicht zu leisten ist. Bereits 2014 hat das Bundesverfassungsgericht der Bundesregierung auferlegt, dass „die Entwicklung der Preise für Hausstrom berücksichtigt werden. Ist eine existenzgefährdende Unterdeckung durch unvermittelt auftretende, extreme Preissteigerungen nicht auszuschließen, darf der Gesetzgeber dabei nicht auf die reguläre Fortschreibung der Regelbedarfsstufen warten¹³“.

Forderungen:

Ursachen der Zahlungsschwierigkeiten bei den Energiekosten liegen in den erheblichen Preissteigerungen und den Schwierigkeiten beim Wechsel der Stromanbieter, wenn die Bonität eingeschränkt ist. Verbunden ist damit der viel zu niedrig angesetzte Regelbedarf der Energiekosten, um diese zu decken. Die Versorgung mit Strom ist ein Teil unserer Grundrechte. Die derzeitigen Energiekosten im Regelbedarf müssen am tatsächlichen Verbrauch angepasst werden.

Um energiearme Geräte anzuschaffen, muss die „Weiße Ware“ wieder, wie im alten Bundesozialhilfegesetz, als Zuschuss gewährt werden. Diese Forderung entspricht ebenfalls der Forderung durch die Fraktion DIE LINKE in der Drucksache 19/23113. Nur so ist es möglich, bei Austausch von defekten Geräten, energiesparsamere und damit auch klimafreundlichere Geräte anzuschaffen.

1.3. Abteilung 10 – Bildungswesen

- e) Einpersonenhaushalt 1,57 Euro / Monat**
- f) Kinder bis zur Vollendung des sechsten Lebensjahres 1,49 Euro / Monat**
- g) Kinder vom Beginn des siebten bis zur Vollendung des 14. Lebensjahres 1,56 Euro / Monat**
- h) Jugendliche vom Beginn des 15. Lebensjahres bis zur Vollendung des 18. Lebensjahres 0,64 Cent / Monat**

Die zugestandenen Summen für Bildung zwischen 0,64 Cent für Jugendliche und 1,57 Euro für Erwachsene im Monat decken nicht mal ein gebrauchtes Comicheft auf dem Flohmarkt ab. Der Gesetzentwurf verweist mehrmals auf das Bildungs- und Teilhabepaket nach § 28 SGB II, welches zwar für Vereine oder Musikschule eingesetzt werden kann, jedoch häufig nicht deren Kosten decken. So sind zum Beispiel ein paar neue Fußballschuhe oder ein neues gebrauchtes Musikinstrument nicht damit abgedeckt. Diese Beispiele gehören jedoch zum Alltag einer Mitgliedschaft dazu. Zu bedenken ist, dass die Leistungen aus dem Bildungs- und

¹³ Vgl. BVerfG 2014, Rn. 144 -

https://www.bundesverfassungsgericht.de/SharedDocs/Entscheidungen/DE/2014/07/1s20140723_1bvl001012.html - abgerufen am 15. Oktober 2020

Teilhabepaket von der ortsansässigen Struktur abhängig sind und nicht eingelöst werden können, wenn es keine Angebote gibt. Kinder, deren Eltern Leistungen nach dem SGB II oder SGB XII beziehen laufen Gefahr den Anschluss ihrer Schulklasse oder in der Ausbildung zu verlieren. Zumindest werden sie stark eingeschränkt, wenn die finanzielle Möglichkeit nicht besteht, eigentlich notwendige Bücher für den Schulunterricht oder für die Ausbildung zu beschaffen. Es kann nicht davon ausgegangen werden, dass Büchereien / Bücherhallen flächendeckend zu erreichen sind. Die Chance einer Bildungschancengleichheit wird mit dem Regelbedarf für Bildung vertan, wenn nicht sogar negiert.

Forderungen:

Bildungschancengleichheit muss für alle gelten. Für alle Kinder und Jugendlichen ist ein altersspezifischer Bedarf, einschließlich soziokultureller Teilhabe, sicherzustellen. Eine Bildungschancengleichheit darf nicht vom Geldbeutel oder Herkunft des Elternhauses abhängig sein. Aus diesem Grund muss der Regelbedarf bedarfsgerecht nach Alter der Kinder angepasst werden. Der Verweis auf das Bildungs- und Teilhabepaket darf nicht länger als Argumentation herhalten. Dazu eignet sich, dass die bisherigen Referenzgruppen in die nächste höhere Einkommensgrenze ausgeweitet werden, bis eine ausreichend große Stichprobe von Haushalten einbezogen ist, die aussagefähige und belastbare Daten liefern kann. Ergeben sich hier starke Unterschiede, können die Beträge der höheren Einkommensgruppen in die Regelleistungen einfließen. Denkbar wäre auch über die Gesetzgebung, dass bei außerordentlichen Aufwendungen – insbesondere im Schulbedarf – unbürokratisch ein Mehrbedarf von Seiten des SGB II, SGB XII und AsylbLG genehmigt wird. Obwohl das SGB II gemäß § 21 Abs. 6 und gemäß § 27a Abs. 4 S. 1 SGB XII sowie § 6 Abs. 1 S. 1 AsylbLG einen Härtefallmehrbedarf regelt, müssen immer wieder Gerichte bemüht werden, die anschließend die bestehenden gesetzlichen Regelungen bestätigen.

Mittelfristig muss jedoch darüber nachgedacht werden für Kinder und Jugendliche eine existenzsichernde Kindergrundsicherung einzuführen, da die derzeitigen Kinderregelsätze aus der unzureichenden Datenlage nicht ableitbar sind. Dabei sind Kinder und Jugendliche bis 18 Jahren auch aus den Jobcentern herauszunehmen: Kinder sind keine kleinen Erwerbslosen. Die Kindergrundsicherung muss zumindest alle bisherigen Regelsätze nach dem SGB II und XII sowie das Kindergeld und den Kinderzuschlag ersetzen. Ein Anrechnen des Kindergeldes, wie es jetzt nach dem SGB II und XII erfolgt muss ersatzlos gestrichen werden, um so erfolgreich der Elternarmut, und der damit verbundenen Kinderarmut, entgegen zu wirken.

III. Änderung des Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) Artikel 3

Geflüchtete, deren Asylantrag abgelehnt wurde oder sich noch im Asylverfahren befinden, besitzen eine Aufenthaltsgenehmigung bzw. Duldung. Sie erhalten Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG). Das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) hat 2012 entschieden, dass die Leistungen für Asylsuchende regelmäßig an die Einkommens- und Verbrauchsstichproben (EVS) angepasst werden müssen. Zuletzt wurden die Leistungen 2015 angehoben. Eine grundlegende Neuregelung scheiterte 2016 im Bundesrat. Seitdem gelten die alten Regelsätze fort. Diese Leistungen liegen unter dem Niveau des SGB II und SGB XII.

Denklogisch ist es nicht nachvollziehbar, dass das Grundrecht auf ein menschenwürdiges Dasein bestimmten Menschen vorenthalten wird. Asylleistungsberechtigte, Drittstaatsangehörige oder Geflüchtete müssen die gleichen Existenzsicherungsleistungen

erhalten wie Inländer. Ausgrenzungen durch geringeren Leistungsanspruch verletzt die Menschenwürde und schließt auch diese Menschen aus der soziokulturellen Teilhabe aus. Eine erfolgreiche Integration kann so nur schwer oder nicht erfolgen. Erschwerend kommt hinzu, dass sich die Asylverfahren oftmals sehr lange hinziehen und/oder ein Beschäftigungsverbot auferlegt wird. Eine Hilfebedürftigkeit kann so nicht beendet werden. Bereits 2012 hat das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) geurteilt, dass die in Art. 1 Abs. 1 Grundgesetz garantierte Menschenwürde migrationspolitisch nicht zu relativieren sei¹⁴. Trotzdem ist die Leistung nach dem AsylbLG in 2020 mit rund 19 Prozent geringer als nach dem SGB II und SGB XII (alleinstehende Person 351 Euro statt 432 Euro). Im September 2019 wurden im Rahmen des dritten Änderungsgesetz zum AsylbLG weitere Verschärfungen eingeführt. Leistungen für Alleinstehende in Sammelunterkünften wurden um zehn Prozent gekürzt. Bis heute ist das AsylbLG ein diskriminierendes Sonderrecht, welches auch gerne von rechten Parteien populistisch ausgeschlachtet wird.

Forderungen:

Asylsuchende und geduldete Geflüchtete müssen gleiche soziale Leistungen, Rechte und einen gleichberechtigten Zugang zu den Sozialleistungen nach dem SGB II und SGB XII erhalten wie alle anderen. Damit ist auch ein regulärer Krankenversicherungsschutz abgedeckt, um eine optimale Gesundheitsvorsorge zu gewährleisten. Arbeits- und Ausbittungsverbote sind aufzuheben, um somit eine bestehende Hilfebedürftigkeit zu beenden oder zumindest zu verringern.

Fazit:

In meinem Alltag bin ich täglich mit Schreiben von Leistungsberechtigten nach dem SGB II und SGB XII konfrontiert. Zumeist handelt es sich um sogenannte Anfragen zu rechtlichen Leistungen nach den benannten Sozialgesetzbüchern. Sekundär folgen Schreiben oder Stellungnahmen zur eigenen Biographie und Erlebnissen. In Teilen sind gerade diese erschreckend zu lesen. Dabei geht es nicht primär darum sich an den Sozialleistungen zu bereichern. Vielmehr liegt der Fokus darauf die laufenden Kosten- insbesondere Energiekosten und Kosten der Unterkunft (KdU) - die durch das SGB II und XII oftmals nicht vollständig übernommen werden, zu begleichen. Mit dem Ausgleich der erhöhten Energiekosten und Mietkosten aus dem laufenden Regelsatz fehlt dann genau dieser Betrag, um den täglichen Bedarf zu decken. Im Bereich der Erwachsenen wird hier zumeist auf ein tägliches warmes Essen verzichtet und nur alle zwei bis drei Tage gekocht. In Haushalten mit Kindern, inkl. Alleinerziehende, wird am Regelbedarf für die Eltern gespart. Kleinteilig wird darauf geachtet, dass zumindest ihre Kinder im Haushalt ein tägliches warmes Essen erhalten oder der sonstige Bedarf gedeckt wird.

Die Corona-Pandemie verstärkte diese Not und machte sie noch sichtbarer. Die Mehrwertsteuersenkung brachte diesen Haushalten keine spürbare finanzielle Erleichterung, da die drei Prozent MwSt-Senkung bei den geringen Ausgaben kaum Auswirkungen hatte. Auch hatte sie zur Folge, dass rund 650 Tausend, insbesondere Soloselbstständige, im sog. Vereinfachten Verfahren Arbeitslosengeld II (Hartz IV) beantragt haben. Nötig wurde dieses, weil Soloselbstständige, wie Künstler oder sonstige Freischaffende i.d.R. keinen Anspruch auf

¹⁴ Vgl. „Leitsätze zum Urteil des ersten Senats vom 18. Juli 2012“ - https://www.bundesverfassungsgericht.de/SharedDocs/Entscheidungen/DE/2012/07/ls20120718_1bvl001010.html - abgerufen am 17. Oktober 2020

die Bundes-Corona-Soforthilfe haben. Diese setzt nämlich fixe Betriebskosten voraus, die zumeist nicht bestehen, weil Freischaffende oftmals von zuhause arbeiten. In vielen Gesprächen mit Soloselbstständigen ließ sich feststellen, dass das Vereinfachte Verfahren um zumindest Hartz IV zu erhalten, eher von ihnen abgelehnt wurde. Die Komplexität, auch wenn der eigentliche Antrag um viele Seiten verkürzt ist, hindert(e) an der Beantragung. Dazu zählte insbesondere das Einreichen der vollständigen Kontoauszüge der letzten sechs Monate, sämtliche Belege über das eigene Vermögen, Versicherungen, Eigentum, Steuerbelege, Businesspläne oder sonstige Liquiditätsbescheinigungen. Bestand der Haushalt noch aus weiteren Personen und bildeten somit eine Bedarfsgemeinschaft multiplizierten sich die notwendigen Unterlagen entsprechend der zusätzlichen Personenanzahl. Insofern zeigte sich auch hier, dass bürokratische Hürden eigentliche vereinfachte Hilfen kompliziert machten und in Teilen damit wirkungslos waren. In diesem Fall wäre eine unabhängige Sozialkommission, die ich im letzten Abschnitt (Seite 15) näher beleuchtete, wichtig gewesen.

Menschen mit Behinderung und chronisch Erkrankte

Einen größeren Bereich nehmen auch Menschen mit Behinderung oder chronisch Erkrankte ein. Notwendige Bedarf lassen sich mit den durchschnittlichen Datenerfassungen und Werte der EVS nicht pauschalisieren. Ein selbstbestimmtes Leben wird hier unterbunden. Menschen mit Behinderung oder chronisch Erkrankte benötigen oftmals zusätzliche Medikamente, die nicht mehr rezeptpflichtig aber apothekenpflichtig (OTC-Präparate) sind oder Nahrungsergänzungsmittel, die sowieso schon aus dem Budget der Krankenkassen herausgefallen sind. Zuzahlungsbefreiungen zu Medikamenten, Krankenhausaufenthalten, benötigte Physiotherapie oder ähnliches werden bereits zu Beginn des Jahres über die Zuzahlungsbefreiung der Krankenkasse als chronisch erkrankt beantragt und sind i.d.R. bekannt. Erschwerend zu den Zusatzkosten von Medikamenten o.ä. sind die sog. „IGel-Leistungen“ der Ärzte, die angeboten werden, wenn Untersuchungen nicht mehr von den Krankenkassen übernommen werden. Dazu zählt als Beispiel die Krebsvorsorge von Frauen und Männern. Rund 35 Euro für eine Ultraschalluntersuchung sind für Menschen im Sozialleistungsbezug sehr viel Geld. Diese Ausgabe wird dann gerne in Mahlzeiten umgerechnet, die dann wegfallen können, wenn eine eigentlich notwendige IGel-Leistung in Anspruch genommen wird. Zuweilen „siegt“ die Nahrungsaufnahme und eine notwendige Vorsorgeuntersuchung findet nicht statt. Das kann zu einer gefährlichen Unterdeckung und negativen gesundheitlichen Folgen der eigenen Gesundheit führen. Dieses Beispiel kann mit weiteren Beispielen, wie eine neue notwendige Brille, erweitert werden. Der Regelbedarf in Höhe von 16,60 Euro einer alleinstehenden Person nach dem Gesetzentwurf für die Gesundheitsversorgung, die von der Krankenversicherung nicht übernommen wird, reicht hier nicht aus. Den besonderen Bedarf, den Menschen mit Behinderung oder chronischen Erkrankungen haben, wird dieser Satz nicht gerecht. Der Härtefallmehrbedarf nach § 21 Abs. 6 SGB II, § 27a Abs. 4 S. 1 SGB XII und § 6 Abs. 1 S. 1 AsylbLG greifen hier nicht, da die OTC-Präparate im Regelbedarf berücksichtigt sind. Ich fordere daher, dass das Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) und das Bundesministerium für Gesundheit (BMG) eine bedarfsorientierte Lösung für Leistungsberechtigte nach dem SGB II, XII und AsylbLG findet und zeitnah umsetzt. Diese sachgerechte Lösung muss ebenfalls im SGB V und SGB IX Berücksichtigung finden. Weiterhin findet der Gesetzentwurf keine Berücksichtigung von erhöhten Kosten für Menschen mit Behinderung oder chronischen Erkrankungen, wo insbesondere ein erhöhter Energiebedarf (z.B. stromabhängige Geräte) besteht. Dieser Bedarf muss auch hier, wie bei allen anderen Gruppen, bedarfsgerecht überprüft und angepasst

werden. Notwendige Hilfsmittel, müssen, wenn die Krankenversicherungen diese ablehnen, als Einmalleistung und als Zuschuss gewährt werden.

Abschluss

Die Stellungnahme behandelt das soziokulturelle Existenzminimum, welches nicht unterschritten werden darf und es damit um ein Grundrecht unserer Verfassung geht. Die Bedarfsermittlung nach der EVS muss methodisch sauber und transparent sein. Dieses ist auch beim jetzigen Gesetzentwurf nicht sichtbar: Abschlüsse oder gar der Verzicht auf einzelne Posten wird weder begründet noch sind sie transparent. Vielmehr bilden die EVS-Daten den Mangel ab als den eigentlichen bedarfsgerechten und tatsächlichen Bedarf. Größere notwendige Posten (Weiße Ware, Brille, Fahrrad u.a.) sind aus dem in der Vergangenheit und den in der Zukunft festgesetzten Regelbedarfen weder berücksichtigt noch zu finanzieren. Ein Sparen auf längere Sicht ist kaum möglich.

Die Forderungen nach einem höheren Regelsatz des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes, DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN von durchschnittlichen 650 Euro/Monat und der Übernahme der tatsächlichen Stromkosten unterstütze ich. Diese Forderungen unterstreichen auch meine vielfach geführten Gespräche mit Sozialleistungsberechtigten, die ihren jetzigen Regelsatz von 432 Euro/Monat (alleinstehende Person) mit einem Ein-Euro-Job und einem durchschnittlichen Einkommen von 130 Euro bis 160 Euro oder einem Mini-Job bis zur angerechneten Freigrenze von 170 Euro oder der allgemeinen Freigrenze von 100 Euro aufstocken. Mit dieser Argumentation erhöht sich der notwendige Regelsatz nach SGB XII und SGB II auf 600 Euro. Dabei sind die Stromkosten und der eigene Anteil an den Mietkosten nicht berücksichtigt. Auf Nachfrage dieser bei den Sozialleistungsberechtigten wird im Durchschnitt eine Summe von zusätzlichen 50 Euro benannt (30 Euro Stromaufschlag, 20 Euro zusätzlicher Mietanteil). Somit werden mindestens monatlich rund 650 Euro an Leistungen nach dem SGB XII und SGB II benötigt. Dieses zusätzliche Einkommen wird zumeist für nicht kalkulierbare Sonderausgaben, für erhöhte Stromkosten oder für Ausgaben angespart oder verwendet, die nach der EVS-Berechnung ausgeschlossen sind.

Das mittel- und langfristige Ziel muss jedoch sein, dass die Aufnahme einer Tätigkeit, insbesondere im Bereich der Mini-Jobs zum einen den Mindestlohn übersteigt und zum anderen die Hinzuverdienstgrenzen erhöht werden, um die eigene Hilfebedürftigkeit gegenüber des Jobcenters zu reduzieren. Die derzeitigen schlechteren Regelungen des Hinzuverdienstes nach dem SGB XII sind dem anzupassen. Parallel ist es ebenso zwingend notwendig, dass die Mini-Jobs in reguläre sozialversicherungspflichtige Tätigkeiten umgewandelt werden, um so zumindest einen geringen Anspruch auf die gesetzliche Arbeitslosenversicherung zu erlangen. Wie das Statistische Bundesamt (Destatis)¹⁵ neu errechnet hat, war jede/r fünfte abhängig Beschäftigte 2018 im Niedriglohnsektor tätig. Besonders stark ist der Niedriglohn im Gastgewerbe (67 Prozent) und im Handel (29 Prozent) vertreten. Gerade in diesen Bereichen ist die Aufnahme eines Mini-Jobs, um aufstockendes Arbeitslosengeld II zu erzielen, breit vertreten. Da gerade die Gastronomie saisonal abhängig ist, wird es schwierig den eigenen Mini-Job in eine reguläre sozialversicherungspflichtige Tätigkeit umzuwandeln. Der Vorschlag der FDP Fraktion in ihrer Drucksache 19/15040 einer

¹⁵ Vgl. Pressemitteilung Nr. 416 vom 21. Oktober 2020 - https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2020/10/PD20_416_623.html - abgerufen am 22. Oktober 2020

Ausweitung von Lohnkostenzuschüssen im ersten Arbeitsmarkt kann kritisch betrachtet werden. Aus vielen Gesprächen mit Mitarbeiter*innen aus den Arbeitsagenturen ist mir bekannt, dass die Anträge auf Lohnkostenzuschüsse, wie Eingliederungszuschüsse, ohne Scheu übermäßig durch Unternehmen beantragt werden. Die Bewilligung von Eingliederungszuschüssen setzen in der Person begründete Minderleistung oder Vermittlungshemmnisse voraus. Die Unternehmen sind verpflichtet nachzuweisen, dass ihnen mit der Einstellung eines Beschäftigten finanzielle Nachteile entstehen. Eine Überprüfung des Anspruchs auf Eingliederungszuschüssen und den gesetzlichen Anspruch durch die Mitarbeiter*innen der Bundesagentur für Arbeit ist nicht gestattet. Das erleichtert den Missbrauch von Lohnzuschüssen durch die Unternehmen. Aus diesem Grund muss zumindest bei der Forderung der Ausweitung von Lohnkostenzuschüssen durch die FDP eine Kontrollfunktion durch die Mitarbeiter*innen der Bundesagentur für Arbeit geschaffen werden.

Der Gesetzentwurf zeigt deutlich auf, dass die Bemessung der Regelbedarfe nach ministerialbürokratischen Gutdünken entworfen wurde. Und dieser Entwurf geht, wie bereits mehrfach erwähnt, an der Lebensrealität vieler Menschen vorbei. Ich fordere von daher eine unabhängige Sozialkommission, die sich aus Vertreter*innen der Wohlfahrts- und Sozialverbänden, von Armut Betroffene, Wissenschaftler*innen, Sozialpartner*innen aus Erwerbslosen- und Sozialinitiativen und kommunalen Vertreter*innen zusammensetzt. Deren Aufgabe ist die Erarbeitung und Vorlage von Vorschlägen einer bedarfsgerechten EVS-Auswertung für die Bundesregierung sowie den zuständigen Ministerien. Dabei müssen die Regelbedarfsstufen (RBS) – insbesondere die RBS 2 und 3 – in den Fokus genommen werden, um so eine Verfassungsrechtliche Wertung vorzunehmen und anzupassen. Die Forderung, die Regelbedarfsstufen 2 und 3 anzupassen findet sich auch im Antrag der Fraktion DIE LINKE (DR 19/23113) sowie in einer leicht veränderten Forderung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (DR 19/23124) wieder. So wird gefordert, die RBS 3 im SGB XII und SGB II abzuschaffen und Menschen, die nach §42b SGB XII in Wohnheimen leben zukünftig von der RBS 2 in die RBS 1 einzuordnen. Gerade die RBS 2 (Volljährige Partner) kann eine Armutsspirale in Gang setzen, da das Einkommen der oder des Partners als Anspruch auf Leistungen nach dem SGB II herangezogen wird. Bereits eine minimalste Überschreitung der entgeltlichen Anspruchsberechtigung kann dazu führen, dass durch die Hilfeverweigerung nach dem SGB II das einzelne Einkommen der oder des Partners nicht für die gesamte Bedarfsgemeinschaft ausreicht. In diesem Fall werden das Sozialstaatsgebot und der Menschenwürdegrundsatz tangiert und verletzt. Die voraussetzende Einstandspflicht (Einstandsgemeinschaft) und der damit verbundenen Bedarfsgemeinschaft nach §7 (3) Nr. 3 münden in der Beweislastpflicht durch die Bedarfsgemeinschaft in Teilen zu skurrilen und oftmals nicht nachvollziehbaren Entscheidungen durch die Jobcenter. Es stellt sich hier die Frage, wie zwei Personen im Rechtssinn beweisen sollen, dass sie nicht füreinander eintreten wollen?

Die Sozialkommission und deren Ergebnisse können nicht nur zu einer sozialgerechteren Berechnung führen, sondern auch eine gesellschaftliche breitere Debatte eröffnen. Gleichzeitig ist damit die Chance höher, dass die sogenannte „verdeckte Armut“ sichtbar wird. So wird eine realistischere und transparentere Lebensrealität von Armut Betroffenen ersichtlich und Maßnahmen gegen die steigende Armut können zielgerichtet eingeleitet werden. Ziel muss es sein eine interdisziplinäre Entwicklung von Lösungsansätzen mit Einbindung von Armut Betroffene und Institutionen, die tagtäglich mit der Realität von Sozialleistungsberechtigten zu tun haben, ins Leben zu rufen.

Schriftliche Stellungnahme

Deutscher Caritasverband e.V.

zur öffentlichen Anhörung von Sachverständigen in Berlin am 2. November 2020 von
13 bis 14:30 Uhr zum

a) Gesetzentwurf der Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes zur Ermittlung von Regelbedarfen und zur Änderung des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch sowie des Asylbewerberleistungsgesetzes - BT-Drucksache 19/22750

b) Antrag der Abgeordneten Uwe Witt, Jürgen Pohl, Jörg Schneider, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD

Taschengeld für die in Heimen lebenden Bürger - BT-Drucksache 19/23128

c) Antrag der Abgeordneten Pascal Kober, Michael Theurer, Jens Beeck, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP

Liberales Bürgergeld einführen – Einstiegs- und Aufstiegsdynamik im Arbeitsmarkt verbessern – Hartz IV reformieren - BT-Drucksache 19/15040

d) Antrag der Abgeordneten Katja Kipping, Matthias W. Birkwald, Susanne Ferschl, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.

Rechentricks überwinden - Regelbedarfe sauber berechnen - BT-Drucksache 19/23113

e) Antrag der Abgeordneten Sven Lehmann, Anja Hajduk, Markus Kurth, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN

Teilhabe am gesellschaftlichen Leben garantieren - Regelbedarfsermittlung reformieren - BT-Drucksache 19/23124

siehe Anlage

Eva Welskop-Deffaa
Vorstand für Sozial- und Fachpolitik

Referat Lebensläufe und Grundsatzfragen

Postfach 4 20, 79004 Freiburg
Karlstraße 40, 79104 Freiburg
Telefon-Zentrale 0761 200-0

Ihre Ansprechpartnerinnen:
Dr. Birgit Fix
Telefon: 030 284 447-78
Email: Birgit.Fix@caritas.de

Verena Liessem
Telefon 0761 200-611
Email: Verena.Liessem@caritas.de

www.caritas.de

Datum 27. Oktober 2020

Stellungnahme zum Entwurf eines Gesetzes zur Ermittlung von Regelbedarfen und zur Änderung des SGB XII sowie des AsylbLG (Bun- destags-Dr. 19/22750) und Oppositions- anträge

Zusammenfassung

Die Beratungsgegenstände der Anhörung des BT-Ausschusses für Arbeit und Soziales am 2. November 2020 – der Entwurf eines Gesetzes zur Ermittlung von Regelbedarfen (BT Drs. 19/22750) und die Oppositionsanträge (etwa zur Verbesserung von Aufstiegsdynamiken im SGB II) – behandeln Fragen, zu denen sich der Deutsche Caritasverband in den letzten Jahren schon mehrfach positioniert hat. Wir schicken voraus, dass die Corona-Pandemie, die mit ihr verbundenen infektionsschutzrechtlichen Maßnahmen und die daraus folgenden ökonomischen und sozialen Konsequenzen es aus Sicht des Deutschen Caritasverbandes besonders dringlich erscheinen lassen, die Instrumente des Sozialrechts wirksam zum Schutz gegen Armut und zur Unterstützung bei der Arbeitssuche auszugestalten. Transferzahlungen und soziale Infrastruktur müssen gleichermaßen pandemiefest ausgestaltet werden, um auch für vulnerable Personengruppen eine „pandemiesensible Alltagsbewältigung“ zu gewährleisten.

Der Deutsche Caritasverband hält es für geboten, das soziokulturelle Existenzminimum in Relation zum Lebensstandard der Bevölkerung zu definieren. Um in einem solchen Kontext den Regelbedarf in der Grundsicherung zu bestimmen, ist nach Ansicht des Deutschen Caritasverbandes ein Statistikmodell am besten geeignet. Ein solches Statistikmodell wird heute auf Grundlage der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) von der Bundesregierung für die Berechnung verwendet: Problematisch ist, dass im Datensatz 2018, wie schon in vorgegangenen Erhebungen, zum wenig Paarhaushalte mit Kind vertreten sind. Hier besteht für eine sachgerechte Bestimmung der Kinderregelbedarfe dringender Handlungsbedarf bei der Vorbereitung der nächsten Einkommens- und Verbrauchsstichprobe. Überprüft und vereinheitlicht werden sollte die Altersstaffelung mit Blick auf Schnittstellenprobleme zu anderen Leistungssystemen wie z.B. dem Unterhaltsrecht. Die Feststellung des Existenzminimums von Kindern und Jugendlichen ist für das Steuerrecht, aber auch für alle familienbezogenen und sozialen Leistungen von entscheidender Bedeutung. Willkürliche Abzüge/ Anrechnungen führen dazu, dass

Herausgegeben von
Deutscher Caritasverband e.V.
Eva Welskop-Deffaa
Vorstandsbereich Sozial- und Fachpolitik

die Auszahlungsbeträge unterschiedlich hoch ausfallen, abhängig davon, ob die Eltern für ihre Kinder neben dem Kindergeld Grundsicherung, Kinderzuschlag und/oder Unterhaltsvorschuss beziehen oder Kinderfreibeträge haben. Anzustreben ist die Beseitigung von Wertungswidersprüchen und eine Harmonisierung der unterschiedlichen Sicherungssysteme, damit alle Kinder und Jugendliche gleiche Teilhabechancen erhalten.

Der Regelbedarf wird davon abgeleitet, was eine Bevölkerungsgruppe mit niedrigem Einkommen für bestimmte, dem soziokulturellen Existenzminimum zugeordnete Güter ausgibt. Die normative Debatte um die Höhe des Regelbedarfs, die Bedarfe von Kindern oder einen gerade noch tolerablen Abstand zur Mitte wird allerdings unvermindert geführt. Trotz des grundsätzlichen Einverständnisses mit der Methode hat der Deutsche Caritasverband grundlegende Bedenken gegenüber der derzeitigen Berechnung der Regelbedarfe. Wir teilen die Auffassung der Anträge von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN, dass verdeckt arme Menschen und Aufstockerhaushalte bis 100 Euro aus der Referenzgruppe herausgenommen werden müssen. Gefunden werden muss ein Berechnungsverfahren, bei dem der Regelbedarf nicht zu stark von den Ausgaben der gesellschaftlichen Mitte abweicht. Wir sind der Auffassung, dass die Regelbedarfsstufe 2 für Menschen mit Behinderung in bestimmten Wohnformen und für Menschen, die in Sammel- oder Notunterkünften nicht sachgerecht ist.

Wir sehen ebenso wie die Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE die Notwendigkeit, die Anschaffung von „Weißer Waren“ durch die Einführung von einmaligen Bedarfen zu regeln. Der Antrag der Fraktion DIE LINKE problematisiert zu Recht das Thema Stromanteil und Sehhilfen. Der Deutsche Caritasverband fordert, dass der Stromanteil im Regelbedarf auf Grundlage des tatsächlichen Stromverbrauchs zu ermitteln ist. Die Kosten für Sehhilfen sind entweder durch eine Härtefallregelung im SGB V oder die Gewährung von einmaligen Leistungen zu erstatten.

Ergänzend zu den vorliegenden Anträgen weist der Deutsche Caritasverband darauf hin, dass die Pauschalen für Mehrbedarfe bei Warmwasser zu niedrig angesetzt sind. Die im Gesetzentwurf vorgeschlagene Abschaffung der Einzelfallkausal für den abweichenden Bedarf bei dezentraler Warmwasserbereitung wird abgelehnt, da hierdurch Leistungsempfänger gezwungen werden, überschießende Kosten aus dem ohnehin zu knapp bemessenen Regelbedarf zu bestreiten.

Dringend erforderlich ist zudem eine Regelung, damit Kinder- und Jugendliche verlässlichen Zugang zu den digitalen Endgeräten erhalten, die sie u.a. für digitalen Unterricht brauchen. Denkbar ist dazu u.a. eine gesetzliche Klarstellung dieses Bedarfs als unabweisbarer Mehrbedarf oder als neue Bildungs- und Teilhabeleistung, da so auch Kinder im Bezug von Wohngeld und Kinderzuschlag von der Leistung profitieren würden. Alternativ ist die Ausstattung der Schüler und Schülerinnen im Sozialleistungsbezug mit geeigneten digitalen Endgeräten über die Schule ein Weg, der in vielen Fällen die verlässliche Nutzbarkeit der Geräte für Schule und Bildungsangebote umfassender sicherstellt als eine Berücksichtigung dieser Kosten in den Regelbedarf. Sichergestellt werden muss, dass Schüler und Schülerinnen aber in jeden Fall Zugang zu solchen Geräten über den einen oder anderen Weg erhalten.

Der Antrag der FDP weist zu Recht darauf hin, dass bei der Grundsicherung für Arbeitssuchende grundlegender Reformbedarf besteht, der über die passiven Leistungen hinausgeht. Menschen, deren Perspektiven auf dem ersten Arbeitsmarkt schlecht sind, brauchen dauerhaft

te Fördermöglichkeiten. Wir sehen hier die Notwendigkeit § 16 i SGB II zu entfristen und teilen die Auffassung, dass die Weiterbildungsmöglichkeiten auf für diese Gruppen durch Umschulungen und Teil-Qualifizierungen verbessert werden müssen. Die starke Inanspruchnahme der BA durch die KuG-Administration führt aktuell dazu, dass Leistungen der Arbeitsförderung und der Berufsorientierung ungenügend erbracht werden, die aber unter den Vorzeichen etwa eines coronabedingt erschwerten Berufseinstiegs dringender erforderlich sind als in den letzten Jahren.

Allgemeine Kritik

Wahl der Referenzgruppe im Statistikmodell / Abstand zur Mitte

Die Wahl der Referenzgruppe bestimmt, wessen Lebensstandard als Maßstab für die Bemessung des Regelbedarfs dient. Die Referenzgruppe ist die Gruppe, deren Ausgaben die Höhe des Regelbedarfs bestimmen. Nach Ansicht des Deutschen Caritasverbandes soll eine Kontrollrechnung durchgeführt werden, die bestimmt, ob der anhand der Ausgaben der Referenzgruppe ermittelte Regelbedarf in einem noch tolerablen Abstand zu den Ausgaben der gesellschaftlichen Mitte liegt.

Hierzu schlägt der DCV folgendes Vorgehen vor: Der gerade noch tolerable Abstand zur Mitte wird als Ergebnis einer politischen Entscheidungsfindung festgelegt und zwar getrennt für Erwachsene und Kinder, möglicherweise auch getrennt nach den Altersstufen der Kinder. In einem zweiten Schritt wird geschaut, ob die Ausgaben der Referenzgruppe im tolerablen Rahmen liegen. Tun sie dies nicht, wird die Referenzgruppe angepasst (ausgeweitet) bis die Ausgaben wieder im tolerablen Rahmen liegen. Liegen die Ausgaben der Referenzgruppe im tolerablen Rahmen, werden diese verwendet.

Durch dieses Vorgehen wird sichergestellt, dass sich der Regelbedarf zum einen nicht zu stark von der Mitte abkoppelt. Folge einer Abkopplung wäre die Ausweitung der Gruppe der Leistungsbezieher, wenn die unteren Einkommen im Vergleich zu den mittleren Einkommen stark sinken. Zum anderen wird sichergestellt, dass Leistungsempfänger auch profitieren, wenn die Niedrigeinkommen im Vergleich zu mittleren Einkommen aufholen.

Herausnahme der verdeckt armen Menschen und Ausschluss von weiteren Haushalten aus der Referenzgruppe

Aus der Referenzgruppe herausgerechnet werden Menschen, die ausschließlich Grundsicherungsleistungen beziehen. Um die Referenzgruppe weiter zu bereinigen und Zirkelschlüsse zu vermeiden fordert der Deutsche Caritasverband, ebenso die verdeckt armen Menschen (also Menschen, die ihren Anspruch auf Leistungen der Grundsicherung¹ nicht wahrnehmen und somit mit einem Einkommen unterhalb des soziokulturellen Existenzminimums leben) aus der Referenzgruppe herauszunehmen.

¹ Arbeitslosengeld II und Sozialgeld (SGB II), Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung und Hilfe zum Lebensunterhalt (SGB XII).

Der Deutsche Caritasverband hält es darüber hinaus für geboten, dass auch Personen, die über ein Erwerbseinkommen von bis zu 100 Euro verfügen und ihren weiteren Lebensunterhalt durch den Regelbedarf decken, aus der Referenzgruppe herausgenommen werden. Der Betrag von 100 Euro ist ein pauschaler Freibetrag, der Aufwendungen für die Erwerbstätigkeit abdecken soll, die nicht im Regelbedarf abgebildet sind (z.B. Kosten für Versicherungen, Fahrtkosten oder Arbeitskleidung).

Schließlich sind aus Sicht des Deutschen Caritasverbandes auch die Haushalte, die Leistungen nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) beziehen, aus der Referenzgruppe auszuschließen. Denn sie haben aufgrund ihrer Lebenssituation und vielfältiger Vergünstigungen spezifische Bedarfe und Ausgaben, die in der Regelbedarfsbemessung nicht als repräsentativ gelten können.

Sinnvoll ist es, Transparenz darüber zu erhalten, welche soziodemographischen Merkmale die Personen im Datensatz aufweisen. Der Deutsche Caritasverband hält deshalb eine soziodemographische Auswertung des Datensatzes für geboten. Dies kann wichtige Aufschlüsse für die Interpretation der Ergebnisse geben.

Umgang mit Daten mit niedriger Validität

Der Deutsche Caritasverband fordert eine größere Fallzahl an Haushalten in der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe, die die Referenzgruppe zur Bemessung des Regelbedarfs bilden. Die Problematik der statistischen Signifikanz wird vor allem bei der Bemessung der Regelbedarfsstufen von Kindern und Jugendlichen evident. Hier bilden Paare mit einem Kind und einem niedrigen Einkommen die Referenzgruppe; diese sind in der EVS nur in geringem Umfang vertreten. Für einige Gütergruppen lieferte die EVS 2018 keine validen Daten, da zu wenig Menschen Ausgaben in diesen Bereichen hatten. Für diese fordert der Deutsche Caritasverband eine Kontrollrechnung, anhand derer die im Regelbedarf vorgesehenen Mittel für diese Güter auf Angemessenheit überprüft werden können.

Weißer Ware als einmalige Leistung

Die Anschaffungskosten für Kühlschränke, Waschmaschinen und Herde lassen sich über ein Statistikmodell nicht zufriedenstellend abbilden. Ein Ansparen für die Reparatur oder den Kauf eines Ersatzgeräts ist angesichts der großen Differenz des eingerechneten Betrags zu den tatsächlichen Anschaffungskosten nicht realitätsgerecht. Auch die Möglichkeit eines Darlehens über § 24 SGB II ist aufgrund des eng bemessenen Regelbedarfs nicht zielführend. Eine Auswertung der Klienten-Daten der Allgemeinen Sozialberatung der Caritas zeigt, dass fast 34 Prozent der Klienten Rückzahlungen oder Aufrechnungen mit dem Jobcenter haben und knapp 26 Prozent andere Kredite rückzahlen. Insgesamt sind 46 Prozent der ALG II-Bezieher länger als 36 Monate im Leistungsbezug. Es ist zu erwarten, dass bei ihnen der Anteil von Personen mit Rückzahlungen oder Krediten noch höher ist, da sie schon längere Zeit mit dem Regelbedarf haushalten müssen. Die Rückzahlungen, Aufrechnungen oder Kredite schränken das zum Konsum zur Verfügung stehende Budget im sowieso eng bemessenen Regelbedarf weiter ein. Bei einem gekürzten Regelbedarf besteht noch weniger die Möglichkeit, etwas anzusparen.

Deshalb schlägt der Deutsche Caritasverband vor, dass Kühlschränke, Waschmaschinen und Herde im Bedarfsfall als einmalige Leistungen gewährt werden.

Kostenübernahme für eine Sehhilfe

Die Kosten einer Brille müssen bislang in der Regel aus dem Regelbedarf gezahlt werden. Diese seltenen, aber relativ hohen Anschaffungskosten fließen über das Statistikmodell nicht bedarfsdeckend in den Regelbedarf ein. Die Finanzierung über ein Darlehen vom Jobcenter nach den geltenden Regelungen in §§ 24, 42a SGB II ist ebenfalls nicht zufriedenstellend. Auch das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) formulierte, dass es zu einer Unterdeckung kommen kann, „wenn Gesundheitsleistungen wie Sehhilfen weder im Rahmen des Regelbedarfs gedeckt werden können noch anderweitig gesichert sind“. Die Caritas schlägt daher vor, die Kosten für notwendige Sehhilfen als einmalige Leistung zu gewähren, solange und soweit im SGB V eine Härtefall-Regelung für Sehhilfen fehlt.

Strom im Regelbedarf

Der Deutsche Caritasverband hat in einer gemeinsamen Studie mit SSC und ZEW nachgewiesen, dass der Anteil für Strom im Regelbedarf die tatsächlichen Stromkosten von Grundsicherungsempfängern nicht deckt.² Auch weitere Studien kommen zu diesem Ergebnis. Deswegen muss der Stromanteil im Regelbedarf auf Grundlage des tatsächlichen Stromverbrauchs von Grundsicherungsempfängern ermittelt werden.

Auch der Schlüssel, nach dem die Strombedarfe auf die Haushaltsmitglieder verteilt werden und der für die Bemessung der Kinderregelbedarfe maßgeblich ist, ist überholt (vgl. Position des DCV zur Bekämpfung von Energiearmut von 2015).³

Mehrbedarf Warmwasser

Die Kosten für die Warmwasseraufbereitung gehören zu den Mietnebenkosten, d. h. sie müssen nicht aus dem Regelbedarf gezahlt werden, sondern werden zusätzlich gewährt. Für Fälle, in denen Warmwasser dezentral (z. B. in einem Boiler in der eigenen Wohnung) aufbereitet wird, sieht das Gesetz einen sogenannten Mehrbedarf vor. Dieser Mehrbedarf wird über einen prozentualen Aufschlag berücksichtigt. Er beträgt für die Regelbedarfsstufen 1 bis 3: 2,3 Prozent, für Stufe 4: 1,4 Prozent, für Stufe 5: 1,2 Prozent und für Stufe 6: 0,8 Prozent. Ist der tatsächliche Energiebedarf für die Warmwassererzeugung höher, konnten die Leistungsempfänger diesen bisher geltend machen.

² Perspektiven der Wirtschaftspolitik 2017, 18(4): 348 – 367: Aigeltinger, Heindl, Liessem, Römer, Schwengers, Vogt, Zum Stromkonsum von Haushalten in Grundsicherung: Eine empirische Analyse für Deutschland.

³ https://www.caritas.de/cms/contents/caritas.de/medien/dokumente/stellungnahmen/position-zur-bekaempfung/dcv_position_energiearmut_2015_final.pdf?d=a&f=pdf

Der Referentenentwurf wird in zweierlei Hinsicht kritisch bewertet:

1. Pauschalen sind zu niedrig

Der Deutsche Caritasverband führte gemeinsam mit dem Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung und dem Projekt Stromspar-Check eine Analyse des Stromkonsums von Haushalten im Grundsicherungsbezug durch, die gutachterlich geprüft veröffentlicht wurde.⁴ Ein Ergebnis dieser Studie ist, dass die derzeit geltenden Mehrbedarfe für Warmwasser den Bedarf nicht decken. Nach dieser Untersuchung müssten die Mehrbedarfe bei 4,6 Prozent der Regelbedarfsstufe 1; 3,7 Prozent der Regelbedarfsstufe 2; 2,1 Prozent der Regelbedarfsstufe 4; 2 Prozent der Regelbedarfsstufe 5 und 2,6 Prozent der Regelbedarfsstufe 6 liegen und damit deutlich höher sein als derzeit vorgesehen. Weniger als ein Drittel der Haushalte können ihre zusätzlichen Kosten für die Warmwasserbereitung über den dafür vorgesehenen Mehrbedarf decken. Diese Ergebnisse liegen der Bundesregierung vor und der Deutsche Caritasverband fordert die Bundesregierung nachdrücklich auf, die Mehrbedarfe anzupassen.

2. Einzelfallklausel muss beibehalten werden

Die Einzelfallklausel, die die Festsetzung eines abweichenden Bedarfs im Rahmen der dezentralen Warmwasserbereitung erlaubte, wird im Referentenentwurf aufgehoben. Die Begründung überzeugt nicht. Der Stromverbrauch eines dezentralen Warmwasserbereiters (Boiler, Durchlauferhitzer) kann sehr wohl gemessen werden. Das geschieht über die Vorschaltung eines Stromzählers. Je nach Gerät kann die Messung aufwändig und auch teuer sein, unmöglich ist sie jedoch nicht. Gerade weil die Mehrbedarfe für die dezentrale Warmwasserbereitung viel zu niedrig bemessen sind, ist von der Angemessenheit eines höheren Verbrauchs/höherer Kosten regelhaft auszugehen.

Im Übrigen ist im Hinblick auf die Entstehungsgeschichte davon auszugehen, dass die Bundesregierung bereits bei Einführung der Mehrbedarfsregelung zum 1.1.2011 davon ausgegangen ist, dass sich die Kosten der elektrischen Warmwasserbereitung nicht mit einem vertretbaren Aufwand hinreichend belastbar ermitteln lassen (vgl. BSG vom 7.12.2017, B 14 AS 6/17 R, Rn. 29), die Rechtsprechung des BSG nun aber für die Abschaffung der Öffnungsklausel vorschreibt.

Differenzierung der Regelbedarfsstufen (RBS) nach Wohnformen

Gemäß § 8 Abs. 1 Nr. 2 RBEG erhalten erwachsene Personen, die nicht in einer Wohnung leben, weil ihnen allein oder mit einer weiteren Person ein persönlicher Wohnraum und mit weiteren Personen zusätzliche Räumlichkeiten nach § 42a Abs. 2 Satz 3 SGB XII zur gemeinschaftlichen Nutzung überlassen sind, seit Januar 2020 die RBS 2. Auch die Definition der RBS 1 nimmt Bezug auf § 42 a SGB XII. Dies ist nach Auffassung der Caritas eine sachlich nicht zu rechtfertigende Bezugnahme. Denn die Daten der EVS, nach denen die Regelbedarfsstufen bemessen werden, liefern keine Aussagen zu den Wohnformen, die § 42a SGB XII definiert. Grundsätzlich kann man eine Differenzierung nach der Lebenslage in Betracht ziehen. So dürfte der Bedarf von Rentnern sich durchaus von dem junger Erwachsener unterscheiden. Doch

⁴ Diese Untersuchung ist veröffentlicht in: Perspektiven der Wirtschaftspolitik 2017, 18(4): 348 – 367: Aigeltinger, Heindl, Liessem, Römer, Schwengers, Vogt, Zum Stromkonsum von Haushalten in Grundsicherung: Eine empirische Analyse für Deutschland.

der Gesetzgeber des SGB II und XII hat diese Differenzierungen bewusst abgeschafft. Vor diesem Hintergrund ist nicht nachvollziehbar, weshalb im Rahmen von § 8 RBEG diese Differenzierung vorgenommen wird, die sich zum Nachteil für Menschen mit Behinderung auswirkt.

Regelbedarfsstufen 4 bis 6 für Kinder und Jugendliche

Die Regelbedarfsstufen 4 bis 6 für Kinder und Jugendliche sind altersabhängig gestaffelt. Sie werden ebenso wie die Regelbedarfsstufe 1 auf Basis des Statistikmodells unter Verwendung der EVS ermittelt. Die oben aufgeführten Kritikpunkte gelten insofern auch hier.

Überprüfung und Vereinheitlichung der Altersstaffelungen

Die Altersstaffelung der Kinderregelbedarfe, wie sie derzeit im SGB II vorgesehen ist, deckt sich nicht mit den Altersstaffelungen anderer Systeme wie beispielsweise dem Unterhaltsrecht, das ebenfalls auf die Bedarfsdeckung des kindlichen Existenzminimums abzielt (vgl. § 1612a BGB). Hierdurch entstehen Schnittstellenprobleme. Die Altersstaffelung sollte durch aktuelle Forschung zu altersabhängigen Bedarfen überprüft werden. Anschließend sollte sie einheitlich in den verschiedenen Systemen angewendet werden.

Einheitliches Existenzminimum

Die Feststellung des Existenzminimums von Kindern und Jugendlichen ist für das Steuerrecht, aber auch für alle familienbezogenen und sozialen Leistungen von entscheidender Bedeutung. Willkürliche Abzüge oder Anrechnungen führen dazu, dass das Existenzminimum und damit die Auszahlungsbeträge unterschiedlich hoch ausfallen, abhängig davon, ob die Eltern für ihre Kinder neben dem Kindergeld Grundsicherung, Kinderzuschlag und/oder Unterhaltsvorschuss beziehen oder durch die Kinderfreibeträge ein zusätzliches Plus haben. Im Sozialrecht wird damit keine ausreichende gesellschaftliche Teilhabe gewährleistet. Der DCV fordert die Bundesregierung auf, diese Ungleichbehandlung von Kindern und Jugendlichen zu beenden. Bei der Ermittlung der Regelbedarfe für die Grundsicherungsleistungen bedarf es einer einheitlichen, transparenten, konsequent sach- und realitätsgerechten Ermittlung und Umsetzung des kindlichen Existenzminimums für alle Rechtsbereiche.

Umgangsmehrbedarf

Für die verlässliche Existenzsicherung von Kindern, die sich bei getrennt lebenden Eltern in zwei Haushalten aufhalten, soll nach Auffassung des DCV ein umgangsbedingter Mehrbedarf eingeführt werden. So wird dem Umstand Rechnung getragen, dass mehr finanzielle Mittel benötigt werden, um die Aufwendungen für den Aufenthalt im zweiten Haushalt, etwa für Möbel, Bettwäsche oder Kinderspielzeug, zu decken. Sachgerecht ist es dafür auch, dass der volle Regelbedarf des Kindes dem Haushalt zugeordnet wird, in dem der Lebensmittelpunkt des Kindes liegt.

Infrastrukturangebote für Kinder und Jugendliche - Digitale Endgeräte

Die Ausstattung mit digitalen Endgeräten, die für die Schule genutzt werden können, muss während eines coronabedingt eingeschränkten Schulbetriebs unverzüglich für alle bedürftigen Kinder sichergestellt werden. Sofern das nicht umgehend über die Schulen oder Schulträger geschieht, muss ein unabweisbarer Mehrbedarf über die Jobcenter zur Anschaffung von notwendigen Endgeräten unkompliziert anerkannt werden.⁵ Es darf hier nicht zu pauschalen Ablehnungen unter Verweis auf das Sofortausstattungsprogramm kommen, wenn diese Geräte nicht (mehr) zur Verfügung stehen, so dass Schüler_innen am Ende leer ausgehen. Sollten die Leihgeräte, die über das Sofortausstattungsprogramm zur Verfügung standen, bei Wiederaufnahme des Regelschulbetriebs nicht mehr verliehen werden, steht die Frage im Raum, wie Schüler_innen aus einkommensschwachen Familien ohne entsprechende Endgeräte digitale Arbeiten umsetzen sollen. Vor diesem Hintergrund fordert der DCV, die im Rahmen des Sofortausstattungsprogramms angeschafften digitalen Endgeräte auch weiterhin zu verleihen, weil dadurch die Wartung und der Support über die Schule gesichert wären. Darüber hinaus entspricht das Gerät den schulischen Anforderungen. Für die Fälle, in denen digitale Endgeräte über die Schulen kurzfristig nicht (mehr) zur Verfügung gestellt werden können, muss für Kinder im Transferleistungsbezug zukünftig eine rechtssichere Anspruchsgrundlage geschaffen werden.⁶ Vorzugswürdig erscheint eine Regelung im Rahmen der Bildungs- und Teilhabeleistungen des § 28 SGB II, weil neben Kindern im SGB II/XII auch Kinder im KiZ-, Wohngeld- und AsylbLG-Bezug erreicht werden. Denkbar ist aber auch eine gesetzliche Klarstellung dieses Bedarfs als unabweisbarer Mehrbedarf. Neben der Hardware müssen auch die notwendigen Programme und ein ggf. notwendiger Support anerkannt werden. Grundsätzlich braucht es weitere Anstrengungen an den Schulen, um die Medienkompetenz der Schüler_innen zu erhöhen. Denn Studien belegen, dass Schüler_innen teilweise auch das Know How fehlt, die Geräte und die Software förderlich anzuwenden.⁷

Zugang zu kommunalen Infrastrukturleistungen

Neben der Bereitstellung von monetären Leistungen zur Sicherstellung des soziokulturellen Existenzminimums ist es im Hinblick auf wirkliche Teilhabe unerlässlich, dass die Rahmenbedingungen und Ressourcen für eine tragfähige soziale Infrastruktur bereitgestellt werden. Der Bund wird im Rahmen des Corona-Konjunkturpakets dauerhaft 74 Prozent der Kosten der Unterkunft und Heizung in der Grundsicherung für Arbeitssuchende übernehmen (statt bisher 49 Prozent). Er beteiligt sich so an den Lasten der Kommunen jährlich mit 4 Milliarden Euro, die diesen zusätzlich zur Verfügung stehen. Die finanziellen Spielräume, die dadurch für die Kommunen entstehen, sind dringend in guter Abstimmung mit den subsidiären Leistungserbringern

⁵ vgl. LSG NRW, Beschluss vom 22.05.2020 - L 7 AS 719/20 B ER; L 7 AS 720/20 B ER

⁶ Mehrere Sozialgerichte haben den Bedarf über § 21 Abs. 6 SGB II bejaht (vgl. z. B. LSG NRW 20.05.2020 - L 7 AS 719/20 B ER, L 7 AS 720/20 B ER; LSG Schleswig-Holstein L 6 AS 238/18 B ER). Die BA aktualisierte daraufhin ihre Wissensdatenbank und lehnt einen Zuschuss über § 21 Abs. 6 SGB II ab und gewährt allenfalls ein Darlehen.

⁷ ICILS 2018, Computer- und informationsbezogene Kompetenzen von Schülerinnen und Schülern im zweiten internationalen Vergleich und Kompetenzen im Bereich Computational Thinking, https://kw.uni-paderborn.de/fileadmin/fakultaet/Institute/erziehungswissenschaft/Schulpaedagogik/ICILS_2018_Deutschland_Berichtsband.pdf

für die verlässliche Absicherung der sozialen Infrastruktur zu nutzen. In den vergangenen Monaten hat die Corona-Pandemie gezeigt, wie entscheidend eine funktionsfähige soziale Infrastruktur für das Wohlergehen der Menschen und den gesellschaftlichen Zusammenhalt ist. In jeder Region müssen alle Bürger_innen, insbesondere auch Menschen mit besonderen Belastungen und Einschränkungen, Zugang zu Angeboten der sozialen Infrastruktur haben – beispielsweise zu verlässlicher Kinderbetreuung, Gesundheits- und Pflegeeinrichtungen oder Beratung in schwierigen Lebensphasen. Die verlässliche Finanzierung der Leistungen der freien Träger für die Daseinsvorsorge und ein verlässliches Angebot sozialer Infrastrukturleistungen sind vorrangig wichtig, damit alle davon profitieren können, darunter insbesondere auch Niedrigeinkommensbeziehende, Familien, ältere Menschen und andere vulnerable Zielgruppen.

Zeitnahe Anpassung des Regelbedarfs an außergewöhnliche Preissteigerungen

Die Regelbedarfe werden jährlich an die Preissteigerung (Gewichtung 70 Prozent) und die Entwicklung der Nettolöhne und –gehälter (Gewichtung 30 Prozent) angepasst. Die strikte jährliche Taktung des Fortschreibungsmechanismus ist zu unflexibel, um zeitnah auf schnelle, hohe Preissteigerungen von einzelnen Gütern reagieren zu können. Vor allem bei Gütern, die einen verhältnismäßig großen Anteil des Regelbedarfs ausmachen, besteht damit die Gefahr einer Unterdeckung, da die Beträge – obwohl sie fortgeschrieben wurden – nicht ausreichen. Deswegen muss bei außergewöhnlichen Preissteigerungen einzelner Güter der Regelbedarf auch außerhalb der jährlichen Fortschreibung zeitnah angepasst werden.

Einzelpunkte RBEG/SGB XII

Mobilfunk

Die Caritas begrüßt die längst überfällige Anerkennung von Mobilfunkkosten als gesellschaftliche Realität, auch wenn das nur zu einer sehr überschaubaren Erhöhung der Regelbedarfe führt.

Kinderbetreuungskosten

Die Ausgaben für Kitabeiträge fließen nicht in den Regelbedarf ein. Das ist konsequent, da Familien, die Sozialleistungen beziehen, durch das Gute-Kita-Gesetz von Kitabeiträgen befreit sind. Jedoch können sich Familien im Leistungsbezug keinen Babysitter leisten, da auch die Kosten für private Haushaltshilfe bzw. häusliche Dienstleistungen nicht regelbedarfsrelevant sind. Die Annahme, dass alle Familien auf unentgeltliche Hilfe von Großeltern oder Bekannten zurückgreifen können, trifft nicht zu.

Finanzdienstleistungen /Kontogebühren für Kinder bzw. Jugendliche

Laut Gesetzesbegründung ist für das Existenzminimum davon auszugehen, dass Kinder und Jugendliche kein eigenes Konto haben und das auch nicht brauchen. Jedoch verdienen Kinder ab einem gewissen Alter mitunter Geld in einem Ferienjob oder erhalten Jugendliche mit Beginn der Ausbildung eine Vergütung. In einer auf Konsum ausgerichteten Welt muss der Um-

gang mit Geld gelernt werden. Kinder und Jugendliche brauchen dafür die erforderliche Finanzkompetenz. Diese wird durch ein eigenes Konto gefördert. Die Caritas sieht es daher für sinnvoll an, eine Berücksichtigung der Kontoführungsgebühren auch bei den Kinderregelbedarfen in den Altersgruppen 6 bis 13 und 14 bis 17 Jahre zu prüfen.

AsylbLG

AsylbLG

Liegen die Ergebnisse einer neuen bundesweiten Einkommens- und Verbrauchsstichprobe vor, muss die Höhe des notwendigen persönlichen Bedarfs im Asylbewerberleistungsgesetz angepasst werden. Dies wird mit dem vorliegenden Entwurf umgesetzt. Durch Ausgliederungen und Streichungen liegen die Sätze des Asylbewerberleistungsgesetzes wie in der Vergangenheit deutlich unterhalb der Leistungen des SGB XII. Mit seinem Urteil vom 18. Juli 2012 (1 BvL 10/10, 1 BvL 2/11) verpflichtete das Bundesverfassungsgericht den Gesetzgeber zu einer transparenten und bedarfsgerechten Bemessung der Leistungssätze und stellte klar, dass die Gewährleistung eines menschenwürdigen Existenzminimums keine Abstriche aus migrationspolitischen Erwägungen zulässt. Es bleiben Zweifel, ob es sich bei der Neuregelung um eine bedarfsgerechte Bemessung nach den Kriterien des Bundesverfassungsgerichts handelt. Hier gilt es unter anderem zu berücksichtigen, dass auch Personen Leistungen aus dem Asylbewerberleistungsgesetz erhalten, die sich nicht nur vorübergehend in Deutschland aufhalten.

Menschen die in Sammel- oder Notunterkünften untergebracht sind

Der Deutsche Caritasverband weist im Rahmen seiner Stellungnahme erneut darauf hin, dass die Eingruppierung von Leistungsberechtigten, die in einer Aufnahmeeinrichtung im Sinne von § 44 Abs. 1 AsylG oder einer Gemeinschaftsunterkunft nach § 53 Abs. 1 AsylG oder in einer vergleichbaren sonstigen Unterkunft untergebracht sind, in Bedarfsstufe 2 nicht sachgerecht ist. Die von der Bundesregierung in der Vergangenheit vorgebrachte Begründung, wonach sich für diese Personen Einspareffekte ergeben, die mit Paarhaushalten im Ergebnis vergleichbar sind, ist empirisch nicht belegt und widerspricht den langjährigen Erfahrungen des Deutschen Caritasverbandes in der Flüchtlingsarbeit. Von Familienangehörigen, die in familiärer Gemeinschaft zusammen leben, kann zumutbar erwartet werden, dass sie „aus einem Topf“ wirtschaften. Die Annahme, dass bei Fremden, deren einzige Verbindung es ist, in der Anonymität von Massenunterkünften leben zu müssen, durch eine vermeintliche „Schicksalsgemeinschaft“ (Gesetzesbegründung der Bundesregierung zum Entwurf eines Dritten Gesetzes zur Änderung des Asylbewerberleistungsgesetzes) eine Solidarisierung erfolgt, aus der sich für die Bewohner_innen finanzielle Synergieeffekte ergeben, wird der Realität in Flüchtlingsunterkünften nicht gerecht. Unter anderem die Fluktuation, aber auch sprachliche Barrieren und daraus resultierende Verständigungsprobleme verhindern den Aufbau eines solchen Näheverhältnisses. Auch mehrere Gerichte haben Zweifel an der Verfassungsmäßigkeit dieser Regelung geäußert. Vor diesem Hintergrund spricht sich der Deutsche Caritasverband erneut dafür aus, dass die betroffene Personengruppe Leistungen nach Bedarfsstufe 1 erhält.

Folgen einer Erhöhung des Regelbedarfs und weitere notwendige Maßnahmen

Der Regelbedarf muss so ausgestaltet sein, dass er das soziokulturelle Existenzminimum sichert. Dazu gehört auch ein Mindestmaß an Teilhabe. Der Deutsche Caritasverband hält aus den oben genannten Gründen den derzeitigen Regelbedarf für zu niedrig bemessen und in der Höhe nicht hinreichend geeignet das soziokulturelle Existenzminimum zu sichern.

Ein erhöhter Regelbedarf führt zu höheren fiskalischen Kosten – auch weil mehr Menschen anspruchsberechtigt werden. Der Deutsche Caritasverband weist darauf hin, dass ein Anstieg der Bezieher von Grundsicherungsleistungen infolge der Ausweitung dieser Leistungen nicht dahingehend interpretiert werden darf, dass die Armut gewachsen ist. Wenn also nach der Erhöhung mehr Menschen Grundsicherungsleistungen erhalten, dann wird bei diesen Menschen Einkommensarmut bekämpft bzw. ihre Einkommenssituation verbessert (Bezieher von ergänzendem ALG II).

Neben der Forderung nach der Teilhabesicherung von Beziehern der Grundsicherungsleistungen regt der Deutsche Caritasverband an, weiter nach Mitteln und Wegen zu suchen, die die Aufnahme von Beschäftigung erleichtern. So muss die aktive Arbeitsmarktpolitik auch für Menschen aufrechterhalten werden, die sich im verhärteten Kreis der Langzeiterwerbslosen befinden. Hierzu muss z.B. die Teilhabe am Arbeitsmarkt nach § 16i SGB II entfristet werden.

Berlin / Freiburg, 27. Oktober 2020

Deutscher Caritasverband e.V.
Eva M. Welskop-Deffaa
Vorstand Sozial- und Fachpolitik

Kontakt

Dr. Birgit Fix, Referentin für Armuts- und Arbeitsmarktfragen, DCV (Berliner Büro), Tel. 030 284447-78, birgit.fix@caritas.de

Karin Kramer, Leitung Referat Lebensläufe und Grundsatzfragen, DCV, Tel. 0761 200-676, karin.kramer@caritas.de

Christiane Kranz, juristische Referentin Referat Lebensläufe und Grundsatzfragen, DCV, Tel. 0761 200-683, christiane.kranz@caritas.de.

Dr. Verena Liessem, Referentin für ökonomische Fragen der sozialen Sicherung, Referat Lebensläufe und Grundsatzfragen, DCV, Tel. 0761 200-611, verena.liessem@caritas.de

Claire Vogt, juristische Referentin Referat Lebensläufe und Grundsatzfragen, DCV, Tel. 0761 200-601; claire.vogt@caritas.de

Schriftliche Stellungnahme

Zukunftsforum Familie e.V.

zur öffentlichen Anhörung von Sachverständigen in Berlin am 2. November 2020 von
13 bis 14:30 Uhr zum

a) Gesetzentwurf der Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes zur Ermittlung von Regelbedarfen und zur Änderung des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch sowie des Asylbewerberleistungsgesetzes - BT-Drucksache 19/22750

b) Antrag der Abgeordneten Uwe Witt, Jürgen Pohl, Jörg Schneider, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD

Taschengeld für die in Heimen lebenden Bürger - BT-Drucksache 19/23128

c) Antrag der Abgeordneten Pascal Kober, Michael Theurer, Jens Beeck, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP

Liberales Bürgergeld einführen – Einstiegs- und Aufstiegsdynamik im Arbeitsmarkt verbessern – Hartz IV reformieren - BT-Drucksache 19/15040

d) Antrag der Abgeordneten Katja Kipping, Matthias W. Birkwald, Susanne Ferschl, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.

Rechentricks überwinden - Regelbedarfe sauber berechnen - BT-Drucksache 19/23113

e) Antrag der Abgeordneten Sven Lehmann, Anja Hajduk, Markus Kurth, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN

Teilhabe am gesellschaftlichen Leben garantieren - Regelbedarfsermittlung reformieren - BT-Drucksache 19/23124

siehe Anlage

Stellungnahme des Zukunftsforum Familie e.V.

zur Öffentlichen Anhörung des Ausschusses
für Arbeit und Soziales am 2. November 2020
zum Gesetzentwurf des Bundesministeriums
für Arbeit und Soziales
„Entwurf eines Gesetzes zur Ermittlung von
Regelbedarfen und zur Änderung des
Zwölften Buches Sozialgesetzbuch sowie des
Asylbewerberleistungsgesetzes“ und weiterer
Anträge.

28. Oktober 2020

1. Anlass

Der Ausschuss für Arbeit und Soziales hat das Zukunftsforum Familie e.V. (ZFF) als Sachverständige zur Öffentlichen Anhörung zum Gesetzentwurf zur Ermittlung von Regelbedarfen und weiterer Anträge BT-Drs. 19/22750, 19/23128, 19/15040, 19/23113 und 19/23124 geladen. Das ZFF wird vertreten von Alexander Nöhring und Nikola Schopp. Darüber hinaus wird bis zum 29. Oktober die Möglichkeit gegeben, schriftlich Stellung zu nehmen. Das ZFF nimmt auch diese Gelegenheit gerne wahr und bedankt sich für die Möglichkeit.

2. Die vorgelegten gesetzlichen Änderungsvorschläge

Der vorliegende Gesetzentwurf dient im Wesentlichen der gesetzlich vorgeschriebenen Neuermittlung der Regelbedarfe nach dem SGB XII und dem SGB II nach Vorliegen der Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) 2018. Dabei sind insbesondere das Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 9. Februar 2010, vom 18. Juli 2012 sowie der Beschluss vom 23. Juli 2014 zu berücksichtigen.

Neu an der Regelbedarfsermittlung in diesem Entwurf ist, im Unterschied zu den Regelbedarfsermittlungen 2011 und 2017, dass bei den für die Höhe der Regelbedarfe zu berücksichtigenden Verbrauchsausgaben die Nutzung von Mobiltelefonen aufgenommen wurde.

In Folge des **Bundesverfassungsurteils von 2010** hat der Gesetzgeber darauf zu achten, dass,

- alle existenznotwendigen Aufwendungen in einem transparenten und sachgerechten Verfahren nach dem tatsächlichen Bedarf bemessen werden, Zirkelschlüsse vermieden werden und
- die Höhe der Kinderregelsätze den kindlichen Bedarf abdeckt und an kindlichen Entwicklungsphasen sowie einer kindgerechten Persönlichkeitsentfaltung ausgerichtet ist. Einen zusätzlichen Bedarf sah das oberste Gericht in einer gelingenden Bildungsteilhabe.

Der Beschluss des **Bundesverfassungsgerichts von 2012** beinhaltet, dass die Regelungen zu den Grundleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz mit dem Grundrecht auf Gewährleistung eines menschenwürdigen Existenzminimums aus Art. 1 Abs. 1 GG in Verbindung mit Art. 20 Abs. 1 GG unvereinbar sind und hat in Folge Nachbesserungsbedarf angemahnt.

Darüber hinaus ist laut Beschluss **des Bundesverfassungsgerichts von 2014** ein besonderes Augenmerk auf die Deckung des Mobilitätsbedarfs, die Anschaffungskosten für langlebige Güter, außergewöhnliche Preissteigerungen z. B. beim Haushaltsstrom, die Abzüge beim Regelsatz für Jugendliche sowie auf die Ermittlung der Regelsätze für Familienhaushalte zu legen.

Das ZFF nimmt im Folgenden insbesondere zu den familien- und kindspezifischen Aspekten des Entwurfs Stellung.

3. Bewertung des ZFF

Wie bereits in der ZFF-Stellungnahme 2016 zum damaligen Entwurf des Regelbedarfsermittlungsgesetzes bemängelt¹, weist auch der vorliegende Gesetzentwurf

¹ Vgl. ZFF-Stellungnahme zum Referentenentwurf „Entwurf eines Gesetzes zur Ermittlung von Regelbedarfen sowie zur Änderung des Zweiten und des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch“ vom 14.09.2016, [online]: <https://www.zukunftsforum->

grundlegende methodische Schwächen auf und wird den Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts nicht gerecht. Auch halten die neu ermittelten Regelsätze dem politischen Anspruch, Kindern und Jugendlichen ein Aufwachsen in Wohlergehen zu ermöglichen, zu welchem auch die sozio-kulturelle Teilhabe gehört, nicht Stand.

Zahlreiche zivilgesellschaftliche Akteur*innen haben in den letzten Jahren auf die Mängel bei der Ermittlung der Regelbedarfe und der sich daraus ergebenden unzureichenden Höhe hingewiesen. Zuletzt hat sich das ZFF in einem Verbände-Bündnis im März 2020 mit einem Brief unter dem Titel "Spaltungen verhindern, Zusammenhalt stärken – kein „Weiter-So“ bei den Regelsätzen!" an Bundesminister Hubertus Heil gewandt und gefordert, bei der Neubemessung der Regelsätze nicht das äußerst fragwürdige Verfahren aus den Jahren 2011 und 2017 zu wiederholen. Es sollte insbesondere sichergestellt werden, dass die existenziellen Bedarfe auch tatsächlich gedeckt werden. Diese Kritikpunkte werden bei dem nun vorliegenden Entwurf nirgends aufgegriffen. Auch der Bundesrat kritisiert in seiner Stellungnahme vom 09.10.2020, dass für den vorliegenden Entwurf zur Sicherung des Existenzminimums "(n)euere Erkenntnisse und Methoden der Regelbedarfsfestlegung (...) nicht geprüft (wurden)" und es auch "nicht hinreichend erkennbar" sei, ob der gesetzgeberischer Gestaltungsspielraum ausreichend ausgeschöpft worden sei.²

Ebenfalls geben wir zu Bedenken, dass die zusätzlichen Kosten während der Corona-Krise, etwa durch erhöhte Preise für Lebensmittel, erhöhte Stromkosten oder die Schließung der Tafel und das fehlende Mittagessen in Schule oder Kita, nirgends aufgefangen wurden. Weder wurden den SGB II Leistungsempfänger*innen materielle Soforthilfen³ gewährt, noch werden diese zusätzlichen Aufwendungen im vorliegenden Entwurf erwähnt oder in den nächsten Jahren durch den Regelsatz in adäquater Weise abgebildet.

Insgesamt halten wir die vorliegende Neuermittlung der Regelbedarfe auf Grund methodischer Schwächen und aus unserer Sicht meist willkürlichen Streichungen einzelner Ausgabenpositionen, einer unzureichenden Sicherung von Bildung und Teilhabe und die ungenügende Einteilung von Referenzgruppen und fehlender Fallzahlen für völlig unzureichend.

Auch die mehrfach angeführte Argumentation, dass diese Vorgehensweise das Bundesverfassungsgericht als grundsätzlich verfassungsgemäß beurteilt bzw. nicht beanstandet, überzeugt nicht: **Der Gesetzgeber sollte sich aus Sicht des ZFF bei der Existenzsicherung von Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen nicht nur eine Minimallösung zum Maßstab nehmen.** Insbesondere bei Kindern und Jugendlichen sind die Kosten für ein auskömmliches soziokulturelles Existenzminimum, das die Bildungs- und Teilhabechancen sichert, auch als Investition in die Zukunft zu sehen, die hohe gesellschaftliche Folgekosten von Armut zu vermeiden hilft. **Somit wird mit der gesamten Ausrichtung des sozialrechtlichen Bedarfs auf einem minimalistischen Niveau dem Ziel widersprochen, armen Kindern und Jugendlichen den Anschluss an die Mehrheitsgesellschaft zu ermöglichen.**

3.1. Willkürliche Streichungen von Ausgabenpositionen und fehlender interner Ausgleich

Aus Sicht des ZFF sind die vorgenommenen willkürlichen Streichungen von Ausgabenpositionen, die nicht als Grundbedarf anerkannt werden, besonders kritisch zu

familie.de/fileadmin/user_upload/pdf/infocenter/stellungnahmen/20160914_SN_Ermittlung_Regelbedarfe_ZFF.pdf

² Vgl. Stellungnahme des Bundesrates „Entwurf eines Gesetzes zur Ermittlung von Regelbedarfen und zur Änderung des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch sowie des Asylbewerberleistungsgesetzes“ vom 09.10.2020 (Dr. 486/20), S. 3.

³ DPWV u.a.: Aufruf „100 Euro mehr sofort. Solidarisch für sozialen Zusammenhalt und gegen die Krise“ vom 02.05.2020, [online]: <https://www.der-paritaetische.de/fachinfo/aufruf-100-euro-mehr-sofort-solidarisch-fuer-sozialen-zusammenhalt-und-gegen-die-krise/>; ZFF u.a. (2020): „Ende der Corona-Pandemie noch nicht in Sicht: Arme Kinder und ihre Familien in der Krise mit Soforthilfen materiell absichern!“, [online]: https://www.zukunftsforum-familie.de/fileadmin/user_upload/pdf/pressemitteilungen/Erkl%C3%A4rung_Arme_Kinder_und_ihre_Familien_in_der_Corona-Krise.pdf

beurteilen. Damit wird der vorgesehene interne Ausgleich zwischen verschiedenen Konsumausgaben nicht gewährleistet. Durch das Ausmaß der Streichungen wird ein unzulässiger Methoden-Mix zwischen Statistik- und Warenmodell angewendet und damit eine systematische Bedarfsunterdeckung bei Kindern und Erwachsenen produziert. Es ist davon auszugehen, dass die geringen Ausgaben der Referenzgruppe dadurch um etwa ein Viertel gekürzt werden.⁴ Nach Berechnungen der Diakonie Deutschland machen die Streichungen beim Regelsatz für Erwachsene 160 Euro aus, bei Kindern bis 5 Jahre 44 Euro, bei Kindern von 6 bis 13 Jahren 82 Euro und bei Jugendlichen 97 Euro.⁵

Das Bundesverfassungsgericht hat aber 2014 festgestellt: "Wenn in diesem Umfang herausgerechnet wird, kommt der Gesetzgeber jedoch an die Grenze dessen, was zur Sicherung des Existenzminimums verfassungsrechtlich gefordert ist. Verweist der Gesetzgeber auf einen internen Ausgleich zwischen Bedarfspositionen, auf ein Ansparen oder auch auf ein Darlehen zur Deckung existenzsichernder Bedarfe, muss er jedenfalls die finanziellen Spielräume sichern, die dies tatsächlich ermöglichen, oder anderweitig für Bedarfsdeckung sorgen." (BVerfG, Beschluss des Ersten Senats vom 23. Juli 2014 - 1 BvL 10/12 - Rn. (1-149)).

Das ZFF kann nicht erkennen, dass dieser Feststellung mit dem vorliegenden Entwurf Rechnung getragen wurde. **Dies wird vor allem an der unzureichenden Sicherung von Bildung und Teilhabe deutlich. Das ZFF begrüßt hierzu die Vorschläge in den Anträgen der Bundestagsfraktion DIE LINKE (Dr. 19/23113) und der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen (Dr. 19/23124), die Regelbedarfe von den tatsächlichen Ausgaben der (zirkelschlussbereinigten) Referenzhaushalte abzuleiten.**

3.2. Unzureichende Sicherung von Bildung und Teilhabe

Das Bundesverfassungsgericht hat dem Gesetzgeber mit seinem Urteil 2010 mit auf den Weg gegeben, dass sich die Grundsicherung für Kinder an ihrer Persönlichkeitsentwicklung ausrichten hat. Entsprechend muss sich der Bedarf für Bildung und Teilhabe auch in den Kinderregelsätzen widerspiegeln.

So ist die Streichung etlicher Ausgabepositionen bei Kindern mit Verweis auf Leistungen des Bildungs- und Teilhabepakets (BuT) nicht nachvollziehbar. . Auch wenn es durch das Starke-Familien-Gesetz zu einer Überarbeitung und Erhöhung einzelner Posten im BuT gekommen ist, bleibt die Höhe der Leistungen weiterhin empirisch unbegründet und nicht bedarfsdeckend. Das BuT ist nach wie vor bürokratisch, stigmatisierend und wird von vielen Familien nicht oder nur in Teilen genutzt.⁶ Darüber hinaus können dort, wo die infrastrukturellen Voraussetzungen nicht vorhanden sind, manche Leistungen wie die zur sozialen und kulturellen Teilhabe nicht abgerufen werden, sodass für diese Kinder das Existenzminimum nicht gedeckt ist.

In dieser Weise bricht das hier zur Geltung kommende Sachleistungsprinzip mit der Logik und Funktionsweise des Statistikmodells und ein interner Ausgleich, der Kindern und Jugendlichen individuelle Präferenzen in ihrer soziokulturellen Teilhabe eröffnen könnte (bspw. Lesen an Stelle von Sport), wird systematisch verhindert.

⁴ Vgl. Becker, Irene/Tobsch, Verena (2016): „Regelbedarfsbemessung – methodisch konsistente Berechnungen auf Basis der EVS 2013 unter Berücksichtigung von normativen Vorgaben der Diakonie Deutschland“. Projektbericht im Auftrag der Diakonie Deutschland – Evangelischer Bundesverband.

⁵ Vgl. Diakonie Deutschland (2020): „Regelsatz: willkürliche Abzüge im Gesetzentwurf 2020. Berechnung der Diakonie Deutschland“, [online]:

https://www.diakonie.de/fileadmin/user_upload/Diakonie/PDFs/Pressmitteilung_PDF/20-8-13_Berechnung_Fehlbetraege_Regelsatz_Diakonie.pdf

⁶ Vgl. ZFF-Stellungnahme (2019): Stellungnahme anlässlich der öffentlichen Anhörung im Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend des Deutschen Bundestages am 11. März 2019 zum Gesetzentwurf der Bundesregierung „Entwurf eines Gesetzes zur zielgenauen Stärkung von Familien und ihren Kindern durch die Neugestaltung des Kinderzuschlags und die Verbesserung der Leistungen für Bildung und Teilhabe (Starke-Familien-Gesetz – StaFamG)“ vom 04. März 2019, [online]:

https://www.zukunftsforum-familie.de/fileadmin/user_upload/pdf/infocenter/stellungnahmen/20190304_ZFF_SN_Reform_KIZ_und_BUT.pdf

Das ZFF erwartet, dass die Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts von 2010, neben dem physischen Existenzminimum auch die soziokulturelle Teilhabe von Kindern und Jugendlichen in den Regelsätzen abzubilden, endlich sachgerecht, empirisch fundiert und ohne willkürliche Streichungen bzw. normative ministeriale Setzungen umgesetzt werden. Kinder, Jugendliche und ihre Familien sind Expert*innen in eigener Sache und es ist nicht nachvollziehbar, dass ein viel zu klein gerechnetes Existenzminimum dazu führt, dass ihre Teilhabe stark eingeschränkt wird. Darüber hinaus ist ein Mindestmaß an finanzieller Freiheit insbesondere in der Jugendphase enorm wichtig, um Teilhabe zu erfahren.

Daneben verdeutlicht die Erfahrung der letzten Monate in der Pandemie, wie sehr Bildungs- und Teilhabechancen von Kindern und Jugendlichen vom Geldbeutel der Eltern abhängen: durch fehlende und nicht vom Regelsatz oder dem Bildungs- und Teilhabepaket abgedeckte Kosten für mobile Endgeräte bzw. Computer, Drucker und andere technische Geräte konnten nicht alle Kinder uneingeschränkt an den digitalen Bildungsangeboten teilnehmen und dem Unterricht, aber auch der Vor- und Nachbereitung, adäquat folgen. Bildungsungleichheiten und Leistungsunterschiede haben sich daher weiter verstärkt.⁷

Positiv ist an dieser Stelle aber zu erwähnen, dass bei den zu berücksichtigten Verbrauchsausgaben im Regelsatz eine Erweiterung im Hinblick auf die Kommunikationsausgaben vorgenommen wurde. Gerade für Jugendliche ist es für gleichwertige Teilhabechancen essentiell, über ein Handy mit ihren Freund*innen, aber auch Lehrer*innen zu kommunizieren und Informationen auszutauschen.

Die Corona-Krise hat die Lebenswirklichkeit vieler Kinder und Jugendlicher von einem Tag auf den anderen radikal verändert und es ist Aufgabe des Gesetzgebers, auf diesen Umstand einzugehen und den existenznotwendigen Bedarf eines Computers umfassend anzuerkennen.

3.3. Ungenügende Einteilung von Referenzgruppen und fehlende Fallzahlen

Auch die Referenzgruppeneinteilung bleibt aus Sicht des ZFF fragwürdig: Die untersten 15 Prozent der alleinlebenden Einkommensbeziehenden und die untersten 20 Prozent der Paare mit einem Kind sind diejenigen, die ohnehin bereits jetzt zu wenig haben. Das heißt, je weiter die Referenzgruppen hinter dem gesamtgesellschaftlich durchschnittlichen Niveau zurückbleiben, desto weniger kann von ihren Ausgaben auf ein soziokulturelles Existenzminimum geschlossen werden, das neben dem physischen Existenzminimum auch soziale und kulturelle Teilhabe abdeckt. Hinzu kommt, dass beide Referenzgruppen weiterhin große methodische Schwächen zu Ungunsten der Leistungsbeziehenden aufweisen: Wir begrüßen in dem Zusammenhang zwar, dass Beziehende von Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz in den Referenzgruppen nicht mehr zu finden sind, haben aber kein Verständnis dafür, dass gleiches nicht auch für Aufstocker*innen, Studierende und Einkommensgruppen gilt, die ihrem Einkommen nach Grundsicherungsleistungen beantragen könnten, dieses aber nicht tun (verdeckte Arme).⁸ So werden Zirkelschlüsse nicht vermieden und Mangel zur Grundlage für die Berechnungen von Sozialleistungen gemacht.

Was Kinder und Jugendliche zu ihrer Existenzsicherung brauchen, ist zudem nicht losgelöst vom Haushaltskontext und der Bemessung des elterlichen Existenzminimums zu betrachten. Ist der Bedarf der Eltern nicht gedeckt, hat dies negative Auswirkungen auch auf die Kinder, beispielsweise in der Grundausstattung des Haushalts. Aktuell wird der Bedarf der Eltern aus den Ausgaben der unteren 15 Prozent der Alleinlebenden ermittelt. Der elterliche Bedarf wird somit aus einer ärmeren Gruppe abgeleitet als der der Kinder. Notwendige Aufwendungen von Eltern für ihre Kinder (Begleitkosten ins Schwimmbad oder den Zoo, aber auch der Betreuungs- und Erziehungsaufwand) finden - anders als im Steuerrecht⁹ - keine

⁷ Vgl. DIW (2020): „Corona-Schulschließungen: Verlieren leistungsschwächere SchülerInnen den Anschluss?“, aus DIW-aktuell Nr. 30, S. 6, [online]:

https://www.diw.de/de/diw_01.c.758261.de/publikationen/diw_aktuell/2020_0030/corona-schulschliessungen_verlieren_leistungsschwaechere_schuelerinnen_den_anschluss.html

⁸ Hierzu hat bspw. die Diakonie Deutschland 2016 einen Vorschlag vorgelegt; vgl. Becker, Irene/Tobsch, Verena (2016), a.a.O.

⁹ Vgl. ZFF-Stellungnahmen zum Referentenentwurf „Entwurf des Bundesministeriums der Finanzen eines zweiten Gesetzes zur steuerlichen Entlastung der Familien sowie zur Anpassung weiterer

Berücksichtigung.

Darüber hinaus sind die Fallzahlen für die Bewertung der Ausgaben der Referenzgruppe Familie mit Kind so gering, dass dadurch keinesfalls auf den Bedarf aller Anspruchsberechtigten geschlossen werden kann. Darauf macht auch der Bundesrat in seiner Stellungnahme aufmerksam und vertritt die Auffassung, dass die EVS weiterentwickelt werden muss, damit eine bedarfsgerechte Ermittlung der Bedarfe von Kindern und Jugendlichen sowie des Gesamtbedarfs möglich wird.¹⁰

Das ZFF fordert endlich eine bedarfsgerechte, transparente und methodisch stimmige Ermittlung des soziokulturellen Existenzminimums für Kinder, Jugendliche und Erwachsenen. Hierfür ist u. a. eine Neuorientierung der Referenzgruppenhaushalte und damit eine stärkere Orientierung am Ausgabenverhalten der gesellschaftlichen Mitte sicherzustellen.

4. Weiterer notwendiger Änderungsbedarf

4.1. Neuermittlung des kindlichen Existenzminimums

Aus Sicht des ZFF besteht dringender Korrekturbedarf bei der Feststellung des kindlichen Existenzminimums bzw. des familiären Regelbedarfs, u. a.:

- durch die Ableitung des Existenzminimums für Eltern und Kinder aus einer Referenzgruppe (Paare mit einem Kind) und damit konsistente Berechnung des Familienbedarfs und die Berücksichtigung von Begleitkosten,
- durch die Herausnahme von verdeckt Armen aus der Referenzgruppe, z. B. in dem die untersten zehn Prozent nicht mit einbezogen werden,
- durch die Herausnahme von Aufstocker*innen aus der Referenzgruppe, da auch diese Gruppe kaum über ein ausreichendes soziokulturelles Existenzminimum verfügt,
- durch die Erfassung kindspezifischer Ausgabenpositionen im Haushaltsbuch der EVS. Dies kann durch eine Überarbeitung des Haushaltsbuchs der EVS oder durch das Setzen eines besonderen Themenschwerpunktes "Familie" und die Entwicklung eines Feinaufzeichnungsheftes geschehen,
- durch die Überprüfung und Rücknahme der Streichung von Ausgabepositionen und ggf. durch die Festsetzung eines neuen unteren Einkommensbereichs, für den sichergestellt werden kann, dass er über das soziokulturelle Existenzminimum verfügt und die Abstände zur gesellschaftlichen Mitte bei den einzelnen Ausgabepositionen nicht in größerem Maße abweicht.

Das ZFF fordert, dass Korrekturen an der Bemessung des kindlichen Existenzminimums vorgenommen werden und sich die Regelbedarfe von Kindern und Jugendlichen an einer durchschnittlichen Lebenslage orientieren. Wir begrüßen daher die Vorschläge im Antrag der Bundestagfraktion Bündnis 90/Die Grünen. Durch die vorgeschlagene Art der Ermittlung von Referenzgruppen und die Orientierung dabei an der gesellschaftlichen "Mitte" gelingt es Regelsätze zu ermitteln, die nicht unbegrenzt von dem finanziellen Bedarf einer normalen Lebensweise abweichen.¹¹

Darüber hinaus fordern wir, dass Ausgaben für Bildung und Teilhabe und der Betreuungs- und Erziehungsaufwand in einem neu bestimmten kindlichen Existenzminimum Berücksichtigung finden.¹² Dieses kindliche Existenzminimum ist

steuerlicher Regelungen (Zweites Familienentlastungsgesetz -2. FamEntlastG)“ vom 13.07.2020, [online]: https://www.zukunftsforum-familie.de/fileadmin/user_upload/pdf/infocenter/stellungnahmen/20200713_ZFF_SN_Freibetr%C3%A4ge_Kindergeld.pdf

¹⁰ Vgl. Stellungnahme des Bundesrates, a.a.O.

¹¹ Vgl. Becker, Irene/Tobsch, Verena (2016), a.a.O.

¹² Vgl. Antrag der Bundestagsfraktion DIE LINKE „Rechentricks überwinden – Regelbedarfe sauber berechnen“ vom 06.10.2020 (Dr. 19/23113).

als einheitliche Grundlage den verschiedenen Rechtsgebieten (Steuer-, Sozial- und Unterhaltsrecht) und einer Reform des Familienlastenausgleichs zugrunde zu legen.

Aufbauend auf einer stringenten und transparenten Regelbedarfsermittlung braucht es eine weiterreichende Ermittlung, Überprüfung und Beantwortung der Frage, was ein Mensch für ein gutes Leben braucht. **Hierfür fordern wir die Einsetzung einer unabhängigen Sachverständigenkommission.** Wir gehen davon aus, dass von Armut betroffene Menschen Expert*innen in eigener Sache sind. Sie wissen meistens am besten, was ihnen fehlt und wo sie Hilfe und Unterstützung brauchen. Neben Wissenschaftler*innen sind daher insbesondere Betroffenenorganisation, Vertreter*innen von Sozial- und Wohlfahrtsverbänden sowie von Gewerkschaften in eine unabhängige Sachverständigenkommission mit einzubeziehen, die durch die tägliche Beratungspraxis viel über die Bedürfnisse von Menschen wissen, die von Armut betroffenen bzw. bedroht sind. Darüber hinaus könnte eine unabhängige Sachverständigenkommission die Auswertung der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe endlich auf eine breitere, allgemein akzeptierte Basis stellen, indem sie wissenschaftlich, aber auch über den direkten Kontakt mit Betroffenen überprüft, was Menschen für ein Leben, welches ausreichend Teilhabe, Bildungschancen als auch Gesundheit bereithält, brauchen. Dieses gilt insbesondere für Familien und ihre Kinder. Es geht also um die Diskussion, Festsetzung und Überprüfung von Indikatoren, auf deren Grundlage eine Herleitung eines angemessenen Existenzminimums auf Grund statistischer Verfahren möglich ist.

4.2. Einführung einer Kindergrundsicherung

Um langfristig, effizient und zielgerichtet gegen Kinderarmut vorzugehen, fordert das ZFF seit 2009 im Rahmen des Bündnis KINDERGRUNDSICHERUNG langfristig eine allgemeine und einkommensabhängige Kindergrundsicherung. Das bürokratische und sozial ungerechte System aus Kindergeld, Kinderfreibeträgen, Kinderzuschlag und SGB II-Regelsätzen soll durch eine Kindergrundsicherung in Höhe von aktuell 637 Euro pro Kind und Monat ersetzt werden. Damit wird der grundlegende Bedarf, den Kinder für ihre Entwicklung benötigen, aus öffentlichen Mitteln gedeckt. Zusätzlich werden Kinder aus dem stigmatisierenden Bezug von SGB II-Leistungen und aus verdeckter Armut herausgeholt. Mehrfache Behördengänge und komplizierte Beantragungsverfahren fallen weg. Die Leistung orientiert sich an der aktuellen Höhe des steuerlichen soziokulturellen Existenzminimums von Kindern - und zwar so lange, bis die Neuberechnung eines Existenzminimums vorliegt, welches realitätsgerecht und auskömmlich ist und den Bedarf für die soziokulturelle Teilhabe umfassend mit einbezieht (s. oben). Die Kindergrundsicherung deckt somit nicht nur das sächliche Existenzminimum, sondern sichert auch den pauschlierbaren Teil des Bildungs- und Teilhabebedarfs von Kindern ab. Bei besonderen kindlichen Bedarfen, die sich einer Pauschalierung entziehen, sollen die Kosten auf Antrag und gegen ggf. vorzulegenden Nachweis weiterhin vom Grundsicherungsträger finanziert werden. So kann sichergestellt werden, dass das gleiche soziokulturelle Existenzminimum für alle Kinder gilt und nicht nur für diejenigen angemessen ausgestaltet ist, deren Eltern Steuern zahlen.¹³

Voraussetzung für mehr Chancengleichheit ist neben der Einführung einer Kindergrundsicherung auch ein Bildungs- und Erziehungssystem, das niemanden zurücklässt. Bund, Länder und Kommunen müssen ein gebührenfreies und qualitativ gutes Bildungswesen schaffen. Gelingende Bildungsteilhabe - auch die digitale - ist nicht über die Gewährung eines Bildungs- und Teilhabepakets zu erreichen, sondern erfordert einen qualitativen und quantitativen Ausbau von Kindertagesbetreuung, Ganztagschulen und weiterer Bildungsangebote bspw. im Rahmen des SGB VIII wie Familienbildung oder offene Kinder- und Jugendarbeit.

Zudem ist dies nicht der einzige Vorschlag im politischen Raum, der hierzu vorliegt: Neben der Partei DIE LINKE. haben auch Bündnis 90/Die Grünen und die SPD Konzepte für eine Kindergrundsicherung vorgelegt, einige Landesverbände der CDU haben sich der grundsätzlichen Forderung nach einer Kindergrundsicherung angeschlossen, die FDP hat ein eigenes "Kinderchancengeld" entwickelt, auf Länderebene wird in diesem Jahr ein Grundsatzbeschluss der Arbeits- und Sozialminister*innenkonferenz (ASMK) zur

¹³ Vgl. Bündnis KINDERGRUNDSICHERUNG (2019): „Kinder brauchen mehr! Unser Vorschlag für eine Kindergrundsicherung, Berlin“, [online]: www.kinderarmut-hat-folgen.de

Kindergrundsicherung erwartet, der DGB hat im Sommer 2020 ein eigenes Konzept vorgelegt und auch der Deutsche Verein für öffentliche und private Fürsorge e.V. spricht sich grundsätzlich für eine Kindergrundsicherung aus.¹⁴

Aus Sicht des ZFF ist es dringend notwendig, diese Dynamik zu nutzen und zügig eine Kindergrundsicherung umzusetzen und die Familienförderung „vom Kopf auf die Füße“ zu stellen.

4.3. Berücksichtigung von Trennungsmehrkosten bei Alleinerziehenden oder Trennungseltern

Aus Sicht des ZFF versäumt es der vorliegende Gesetzentwurf, die prekäre Situation des Familienlebens von Alleinerziehenden und Trennungseltern zu verbessern.

Durch das Konstrukt der temporären Bedarfsgemeinschaft wird der Regelsatz des Kindes, das bei getrenntlebenden Eltern aufwächst, aufgeteilt. Dadurch hat der umgangsberechtigte Elternteil Anspruch auf Sozialgeld während des Aufenthalts des Kindes. Für Alleinerziehende bedeutet das, dass ein Anteil des Regelsatzes für die Tage, die das Kind beim umgangsberechtigten Elternteil verbringt, abgezogen wird. Dies geschieht auch, wenn der andere Elternteil gar nicht hilfebedürftig ist. Egalitäre Umgangsmodelle werden im Sozialrecht ebenfalls nicht abgebildet. Dadurch, dass dieser zusätzliche Bedarf nicht abgedeckt wird, verschärfen sich Mangellagen und die Existenzsicherung der Kinder wird massiv gefährdet.

Ein Umgangsmehrbedarf, der den zusätzlichen finanziellen Bedarf der Kinder aufgreift, würde hier weiterhelfen. Bereits 2016 gab es Ideen zur Integration eines Umgangsmehrbedarfs in das SGB II, welche jedoch leider im politischen Verfahren scheiterte.¹⁵ **Als ZFF sprechen wir uns dafür aus, diese Idee wieder aufzugreifen und fordern die Einführung eines sozialrechtlichen Umgangsmehrbedarfes in Form pauschalisierter und gestaffelter Zuschläge als Anspruch des umgangsberechtigten Elternteils und ohne, dass dafür der Regelsatz im Haushalt der*des Alleinerziehenden gekürzt wird.**

4.4. SGB II und Geschlechtergerechtigkeit

Das SGB II insgesamt und damit die Konstruktion und die Einführung einer bedürftigkeitsgeprüften Grundsicherung muss auch aus dem Blickwinkel der Geschlechtergerechtigkeit kritisch beleuchtet werden. Grundsätzlich werden im SGB II zwar Anreize für die Erwerbsarbeit beider Partner*innen gesetzt, denn das „SGB II ist von einem Rollenbild geprägt, in dem von jeder erwerbsfähigen Person bis zum Rentenalter Erwerbsfähigkeit erwartet wird“.¹⁶ Allerdings werden mit dem sozialrechtlichen Konstrukt der Bedarfsgemeinschaft gegenseitige Einstandspflichten innerhalb eines Haushalts stark ausgeweitet: zwischen Verheirateten aber auch zwischen Lebenspartner*innen und für (Stief-)Kinder bis zum Alter von 25 Jahren. Angesichts geschlechtsspezifischer Lohnungleichheiten verlieren damit in vielen Fällen Frauen in Paarhaushalten Ansprüche auf eine eigenständige soziale Absicherung. In der Folge werden sie für ihre Absicherung des Lebensunterhalts und sozialer Risiken wie Krankheit vollständig auf ihre Partner*innen verwiesen. Auch die Zumutbarkeitsregeln (§ 10 Absatz SGB II) stützen ein traditionelles

¹⁴ Vgl. Stellungnahme des ZFF zur öffentlichen Anhörung des Ausschusses für Familie, Senioren, Frauen und Jugend des Deutschen Bundestages am 05. Oktober 2020 zu dem Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN "Faire Chancen für jedes Kind – Kindergrundsicherung einführen" sowie zu dem Antrag der Fraktion DIE LINKE. "Kinderarmut überwinden, Kindergrundsicherung einführen" vom 25.09.2020, [online]: https://www.zukunftsforum-familie.de/fileadmin/user_upload/pdf/infocenter/stellungnahmen/ZFF_Stellungnahme_Anhang_B6run_g_Kindergrundsicherung_20200925.pdf

¹⁵ Vgl. „Kann ich mir Umgang mit dem Vater leisten? Verbände fordern Umgangspauschale für Kinder statt Leistungskürzungen bei Alleinerziehenden“ vom 30.05.2016 ; Deutscher Bundestag (2017): „Umgangsmehrbedarf für getrennt lebende Eltern abgelehnt“, [online]: <https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2017/kw10-de-alleinerziehende-entlasten-494002>

¹⁶ Bundesregierung (2011): „Neue Wege – Gleiche Chancen. Gleichstellung von Frauen und Männern im Lebensverlauf. Erster Gleichstellungsbericht. Thematischer Factsheet – Rollenbilder und Recht“.

Ernährermodell: Konkret erlaubt die Regelung nur einem Elternteil, sich ausschließlich der Sorge für ein Kind unter drei Jahren zu widmen. Dies gilt ebenfalls, wenn sich beide Elternteile dafür entscheiden, gleichzeitig Elternzeit zu nehmen. Auch in diesen Fällen kann sich nur ein*e Partner*in auf (Un-)Zumutbarkeit berufen. Es bleibt insgesamt wenig Spielraum für eine Teilzeiterwerbstätigkeit beider Partner*innen.¹⁷

Das ZFF kritisiert diese Stärkung der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung und fordert, SGB-II-Regelungen grundsätzlich auf ihre Auswirkungen auf Geschlechtergerechtigkeit und eine partnerschaftliche Arbeitsteilung in Beruf und Familie zu überprüfen und ggf. anzupassen.

28. Oktober 2020

¹⁷ Vgl. ZFF-Positionspapier (2019): "Fifty-fifty?! Wie kann partnerschaftliche Aufteilung von Familien- und Erwerbsarbeit gelingen?", [online]: https://www.zukunftsforum-familie.de/fileadmin/user_upload/pdf/infocenter/broschueren/ZFF_PP_2019_Partnerschaftlichkeit.pdf

Schriftliche Stellungnahme

Deutscher Städtetag

zur öffentlichen Anhörung von Sachverständigen in Berlin am 2. November 2020 von
13 bis 14:30 Uhr zum

a) Gesetzentwurf der Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes zur Ermittlung von Regelbedarfen und zur Änderung des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch sowie des Asylbewerberleistungsgesetzes - BT-Drucksache 19/22750

b) Antrag der Abgeordneten Uwe Witt, Jürgen Pohl, Jörg Schneider, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD

Taschengeld für die in Heimen lebenden Bürger - BT-Drucksache 19/23128

c) Antrag der Abgeordneten Pascal Kober, Michael Theurer, Jens Beeck, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP

Liberales Bürgergeld einführen – Einstiegs- und Aufstiegsdynamik im Arbeitsmarkt verbessern – Hartz IV reformieren - BT-Drucksache 19/15040

d) Antrag der Abgeordneten Katja Kipping, Matthias W. Birkwald, Susanne Ferschl, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.

Rechentricks überwinden - Regelbedarfe sauber berechnen - BT-Drucksache 19/23113

e) Antrag der Abgeordneten Sven Lehmann, Anja Hajduk, Markus Kurth, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN

Teilhabe am gesellschaftlichen Leben garantieren - Regelbedarfsermittlung reformieren - BT-Drucksache 19/23124

siehe Anlage

Deutscher Städtetag | Hausvogteiplatz 1 | 10117 Berlin

Deutscher Bundestag
Ausschuss für Arbeit und Soziales
Herr Vorsitzender Dr. Matthias Bartke, MdB
Platz der Republik 1
10117 Berlin

ausschließlich per E-Mail: arbeitundsoziales@bundestag.de

Öffentliche Anhörung des Ausschusses für Arbeit und Soziales zu

- a) Entwurf eines Gesetzes zur Ermittlung von Regelbedarfen und zur Änderung des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch sowie des Asylbewerberleistungsgesetzes (19/22750)**
- b) Antrag der Abgeordneten Uwe Witt, Jürgen Pohl, Jörg Schneider, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD
Taschengeld für die in Heimen lebenden Bürger
19/23128**
- c) Antrag der Abgeordneten Pascal Kober, Michael Theurer, Jens Beeck, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP
Liberales Bürgergeld einführen – Einstiegs- und Aufstiegsdynamik im Arbeitsmarkt verbessern – Hartz IV reformieren
19/15040**
- d) Antrag der Abgeordneten Katja Kipping, Matthias W. Birkwald, Susanne Ferschl, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.
Rechentricks überwinden - Regelbedarfe sauber berechnen
19/23113**
- e) Antrag der Abgeordneten Sven Lehmann, Anja Hajduk, Markus Kurth, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN
Teilhabe am gesellschaftlichen Leben garantieren - Regelbedarfsermittlung reformieren
19/23124**

28.10.2020/thi

Kontakt

Regina Offer
Regina.offer@staedtetag.de
Hausvogteiplatz 1
10117 Berlin

Telefon 030 37711-410
Telefax 030 37711-409

www.staedtetag.de

Aktenzeichen
50.09.00 D

Hauptgeschäftsstelle Berlin
Hausvogteiplatz 1
10117 Berlin
Telefon 030 37711-0

Hauptgeschäftsstelle Köln
Gereonstraße 18-32
50670 Köln
Telefon 0221 3771-0

Europabüro Brüssel
Avenue des Nerviens 9-31
1040 Bruxelles / Belgien
Telefon +32 2 74016-20

Sehr geehrter Herr Dr. Bartke,
Sehr geehrte Damen und Herren,

vielen Dank für die Einladung zur öffentlichen Anhörung des Ausschusses für Arbeit und Soziales des Deutschen Bundestages zu den o.g. Gesetzentwurf und den o.g. Anträgen.

Aufgrund der kurzen Fristsetzung ist uns leider neben der Stellungnahme zur Höhe der Regelbedarfe im Gesetzentwurf nur eine summarische Beurteilung der o.g. Anträge möglich. Wir teilen daher die Grundsatzpositionen des Deutschen Städtetages zu den angesprochenen Themen mit.

a) Entwurf eines Gesetzes zur Ermittlung von Regelbedarfen und zur Änderung des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch sowie des Asylbewerberleistungsgesetzes (19/22750)

Wir begrüßen den Gesetzentwurf zur Ermittlung von Regelbedarfen und zur Änderung des Zwölften Buches Sozialgesetzbuches sowie des Asylbewerberleistungsgesetzes. In diesem Gesetzentwurf sind einige wichtige Schritte zur Anpassung des Gesetzes enthalten. Es gibt jedoch aus unserer Sicht noch Nachbesserungsbedarf insbesondere bei der Regelbedarfsstufe 5 für Kinder zwischen 6 und 13 Jahren, bei der Berücksichtigung der Aufwendungen für Datenverarbeitungsgeräte sowie System- und Anwendungssoftware und beim Mehrbedarf für dezentrale Warmwassererzeugung.

Zur Höhe der Regelbedarfe ab 1. Januar 2021

Regelbedarfsstufen für Kinder

Die deutliche Steigerung der Regelbedarfsstufen 6 (für Kinder bis 5 Jahre) und 4 (für Jugendliche im Alter von 14 bis 17 Jahren) um 28, bzw. 39 Euro begrüßen wir. Kinder zwischen 6 und 13 Jahren (Regelbedarfsstufe 5) erhalten keine Steigerung. Wir haben Zweifel, ob dies insbesondere vor dem Hintergrund der aktuellen Entwicklung während der Corona-Pandemie noch sachgerecht ist. Schülerinnen und Schüler haben deutlich gestiegene Bedarfe, z.B. bei der IT-Ausstattung und Telekommunikation, um unter den aktuellen Bedingungen am Schulunterricht teilnehmen zu können.

Kommunikationsdienstleistungen

Wir begrüßen die vollständige Berücksichtigung der Verbrauchsausgaben für Kommunikationsdienstleistungen als regelbedarfsrelevant. Damit waren Aufwendungen für Mobilfunkverträge neben den bereits im Regelsatz enthaltenen Ausgaben für eine Flatrate für Festnetzanschlüsse (Telefon und Internet) berücksichtigt.

Die fortschreitende Digitalisierung der Lebenswelt macht dies dringend erforderlich, wie aktuell auch durch die Corona-Pandemie sehr deutlich wird.

Datenverarbeitungsgeräte sowie System- und Anwendungssoftware

Für uns ist allerdings nicht nachvollziehbar, dass die berücksichtigungsfähigen Ausgaben für Datenverarbeitungsgeräte sowie System- und Anwendungssoftware für Kinder und Jugendliche mit zunehmendem Alter verringert werden und in der Altersgruppe von 14 bis 17 Jahren sogar auf null reduziert werden. Auch hier verweisen wir auf die aktuellen Erfahrungen der Bildungsbenachteiligung von Jugendlichen aus einkommensarmen Haushalten während der Corona-Pandemie. Die ausreichende IT-Ausstattung ist existenziell notwendig, um Chancengerechtigkeit herzustellen.

Mehrbedarfsregelung für dezentrale Warmwassererzeugung

Wir begrüßen die Überarbeitung des Mehrbedarfs für die dezentrale Warmwassererzeugung im SGB XII. Vorgesehen ist, die Höhe des Mehrbedarfs auf einen bestimmten Betrag zu begrenzen, weil es für eine abweichende Festsetzung im Einzelfall an den dafür erforderlichen objektiven Kriterien fehlt.

Wir unterstützen diese Regelung in § 30 Abs. 7 SGB XX-E, durch die zukünftig eine verwaltungsaufwändige abweichende Berechnung der Bedarfe entfallen kann.

Allerdings wird damit das bestehende Problem bezüglich der steigenden Energiekosten nicht gelöst. Insofern halten wir eine Erhöhung des Mehrbedarfes für Warmwasser bei dezentraler Warmwasserbereitung für angezeigt.

Änderungen des Asylbewerberleistungsgesetzes

In der Begründung fehlen Ausführungen zur Änderung des Asylbewerberleistungsgesetzes. Informationen über die Zusammensetzung der Leistungshöhen wären für die Praxis hilfreich.

Übertragung auf das SGB II

Der Gesetzentwurf sieht keine Anpassung der bislang inhaltsgleichen Regelung im § 21 Abs. 7 SGB II vor. Dies wird zu einer unterschiedlichen Bedarfsdeckung in den beiden Leistungssystemen führen, wenn nicht durch ein weiteres Gesetzgebungsverfahren rechtzeitig eine entsprechende Änderung im SGB II erfolgt.

b) Antrag der Abgeordneten Uwe Witt, Jürgen Pohl, Jörg Schneider, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD Taschengeld für die in Heimen lebenden Bürger 19/23128

Der Notwendigkeit, Bewohnern von stationären Pflegeeinrichtungen ein Mindestmaß an Autonomie und Teilhabe zu ermöglichen, stimmen wir zu. Dieses verfassungsrechtlich verankerte Recht wird durch den Barbetrag nach § 27b Abs. 3 SGB XII gewährleistet. Der Barbetrag entspricht 27 % der Regelbedarfsstufe 1. Wird der Regelbedarf in der Höhe angepasst, steigt damit auch der Barbetrag. Auf diese Weise stellt der Betrag die notwendigen Mittel zur freien Gestaltung der Lebensbereiche zur Verfügung, die nicht vollständig durch die Pflegeeinrichtung abgedeckt werden. Die Sicherung des Existenzminimums unter Berücksichtigung des Rechts auf Teilhabe wird somit durch die Sozialhilfe gesichert. Eine weitere Anpassung des Barbetrags ist nicht notwendig.

Ungeachtet dessen sollte mit einer Reform der Pflegefinanzierung sichergestellt werden, dass ein Großteil der Bewohner von stationären Pflegeeinrichtungen mehr Geld zur freien Verfügung behält und nicht mehr auf Sozialhilfe angewiesen ist

- c) **Antrag der Abgeordneten Pascal Kober, Michael Theurer, Jens Beck, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP**
Liberales Bürgergeld einführen – Einstiegs- und Aufstiegsdynamik im Arbeitsmarkt verbessern – Hartz IV reformieren
19/15040

1. Einschätzung des Deutschen Städtetages zur Grundsicherung für Arbeit-suchende

Aus Sicht des Deutschen Städtetages soll an den Grundstrukturen der Grundsicherung für Arbeitsuchende festgehalten werden. Allerdings müssen die gesammelten Erfahrungen der Städte in einem lernenden System zu Anpassungen führen. Das Wissen aus den Jobcentern verlangt seit Jahren Veränderungen im Detail. So brauchen dauerhaft Hilfebedürftige neue Perspektiven durch einen sozialen Arbeitsmarkt. Die Jobcenter benötigen umfangreichere und verlässlichere finanzielle Ausstattungen gerade für Jobcenter in strukturschwachen Städten. Dies ist auch notwendig, um in Zukunft ein besser ausbalanciertes System des „Förderns“ und „Forderns“ umsetzen zu können. Zentral für eine zukunfts feste Grundsicherung für Arbeitsuchende ist auch eine bessere Verzahnung zu anderen sozialen Leistungen. Die Schnittstellenproblematiken zwischen Grundsicherung, Wohngeld, Kindergeld, Sozialversicherung und Steuerrecht müssen überwunden werden

Neue Kundenstrukturen in den Jobcentern stärker berücksichtigen

Der Deutsche Städtetag fordert, die Veränderungen in der Kundenstruktur noch stärker in den Blick zu nehmen. Zum einen nimmt der Anteil an arbeitsmarktfernen Langzeitleistungsbeziehern in den Jobcentern stetig zu. Gerade gesundheitlich und psychisch stark eingeschränkte erwerbsfähige Leistungsberechtigte brauchen sehr niedrigschwellige Maßnahmen u.a. zur Tagesstruktur, um Schritt für Schritt an den Arbeitsmarkt herangeführt zu werden. Zum anderen sind Zugewanderte eine zentrale Kundengruppe in den Jobcentern, die Themen wie Anerkennung von Abschlüssen, informelle Bildungsbiografien und Spracherwerb mitbringen. Die neue Kundenstruktur in den Jobcentern verlangt nach zusätzlichen Spielräumen für die alltägliche Arbeit. Der starke Fokus der Instrumente im SGB II auf die Integration in den ersten Arbeitsmarkt ist deshalb allein nicht mehr zielführend.

Wenig hilfreich ist in diesem Zusammenhang auch die Berechnung der Betreuungsschlüssel für den Personaleinsatz in den Jobcentern. Es ist mehr als fraglich, ob einzelne Kundengruppen wie Familien mit jungen Kindern oder

Kunden mit Erwerbseinkommen über 800 Euro aus der Berechnung des Betreuungsschlüssels vollständig herausfallen und andere Gruppen nur teilweise eingerechnet werden sollen. Auch diese Kundengruppen werden vom Jobcenter richtigerweise betreut und binden Personal. Die Städte verlangen deshalb, die Betreuungsschlüssel in den Jobcentern zu überprüfen.

Teilhabechancengesetz ein erster richtiger Schritt – weitere Ausweitung notwendig

Erste Schritte im Rahmen des Teilhabechancengesetzes gehen in die richtige Richtung. Die von den Städten lange geforderte Einführung umfangreicher Instrumente für öffentlich geförderte Beschäftigung eröffnet nun für arbeitsmarktferne Menschen längerfristige Erwerbsperspektiven. Alle Jobcenter entscheiden flexibel selbst, wie und wann die neuen Chancen vor Ort angewandt werden. Auch die aktuellen finanziellen Rahmenbedingungen stimmen. Allerdings sind diese neuen Rahmenbedingungen befristet.

Die Städte wollen, dass die Ausweitung der öffentlich geförderten Beschäftigung weiter vorangeht. Im Sinne von Verlässlichkeit und nachhaltiger Arbeit sowie Planungssicherheit ist eine Verstetigung dringend erforderlich. Ebenso muss über die Erweiterung des Personenkreises nachgedacht und die finanziellen Leistungen tarifgerecht angepasst werden. Eine Entfristung der Förderinstrumente des Teilhabechancengesetzes inklusive umfassender finanzieller Ausstattungen ist der notwendige nächste Schritt.

Junge Menschen besser unterstützen

Die Städte zweifeln daran, ob der restriktive Umgang der Grundsicherung für Arbeitsuchende mit jungen Menschen zielführend ist. Die Städte möchten sich um junge Menschen kümmern, ihr Vertrauen gewinnen und ihnen über schwierige Lebenssituation hinweghelfen. In diesem Zusammenhang besteht eine große Skepsis u.a. gegenüber den Einschränkungen bei Bedarfsgemeinschaftsgründungen und vor allem gegenüber den sehr weitgehenden Sanktionsschritten. Die Städte setzen sich deshalb dafür ein, die aktuell im Gesetz verankerte Ungleichbehandlung von jungen Menschen im SGB II zu beenden. Insbesondere die harten Sanktionsregeln sind ungeeignet und müssen abgeschafft werden.

Die Städte wollen, dass jedem jungen Menschen ein Angebot auf Aus- und Weiterbildung gemacht wird. Sie brauchen immer wieder die Chance auf Berufsausbildung und eine enge Begleitung. Flächendeckende Angebote auf

längere Ausbildungszeiten und Teilzeitausbildung sind hierbei die zentralen Elemente.

Wohnen ist ein Grundbedürfnis

Wohnen ist für jeden Menschen ein Grundbedürfnis. Ausreichend bezahlbarer Wohnraum zu schaffen, ist für die Städte ein zentrales Ziel. Alle Akteure sind gefragt. Die Städte tragen dazu bei, dass der Wohnungsbau deutlich zunimmt. Sie mobilisieren Bauland, ermöglichen Nachverdichtung und versuchen eine soziale Mischung der Bevölkerung in den Wohnvierteln zu sichern. Allerdings müssen auch soziale Leistungen wie das Wohngeld funktionieren. Durch die steigenden Wohnkosten nimmt die Wirksamkeit des Wohngeldes ab. Die Unterstützung durch das Wohngeld reicht allein nicht mehr aus, um den Lebensunterhalt durch das eigene Einkommen zu sichern. Eine Dynamisierung des Wohngeldes und eine neue Mietstufe sind erste Schritte zur Stärkung des Wohngeldes. Die Anpassung der Höchstbeträge, eine Heizkosten- und Klimakomponente und eine bessere Ermittlung der Mietstufen bleiben aber weiterhin dringend erforderlich. Auch in der Grundsicherung für Arbeitsuchende muss Wohnen besser geschützt werden. Die Vorgabe angemessener Höchstmieten und die Reduzierung der Leistungen durch Sanktionen erschweren die Mietzahlungen, führen im Einzelfall zu Mietrückständen und erschweren die Wohnung zu halten. Die Gefahr von Obdachlosigkeit untergräbt jegliche Schritte in Richtung Arbeitsaufnahme und gesellschaftlicher Teilhabe.

Lebensleistung anerkennen und Arbeit stärken

Die Städte nehmen die Sorgen und Ängste der Menschen vor Armut und sozialem Abstieg wahr und wollen, dass das Vertrauen in den Sozialstaat wieder wächst. Anpassungen mit Augenmaß bei der Grundsicherung für Arbeitsuchende haben das Potential, hierzu einen Teil beizutragen. Die Städte setzen sich dafür ein, die Lebensleistung eines Erwerbslosen stärker zu würdigen. Abhängig vom Lebensalter und Beschäftigungszeitraum soll die Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes I verlängert werden. Ein größerer Teil des Vermögens erwerbstätiger Leistungsberechtigter soll vor Anrechnung geschützt werden. Auch die Arbeitsaufnahme muss an Attraktivität gewinnen. Höhere Arbeits-einkommen sollen sich mehr lohnen. Die Anrechnungen der Einkommen bei der Berechnung der Leistungen sollen deshalb signifikant sinken.

Grundsatz des „Förderns und Forderns“ maßvoll beibehalten

Der Grundsatz des „Förderns und Forderns“ in der Grundsicherung für Arbeitssuchende funktioniert und soll beibehalten werden. Im Mittelpunkt der Zusammenarbeit zwischen Leistungsberechtigten und Jobcentern steht ein vertrauensvoller Umgang. Arbeitsschritte werden zusammen vereinbart und gemeinsam bewältigt. Eingliederungsvereinbarungen erhöhen in erster Linie den Verwaltungsaufwand und Sanktionen spielen in der täglichen Arbeit kaum eine Rolle. Diese Erfahrungen aus der Praxis sollten sich im Gesetz widerspiegeln. In der alltäglichen Arbeit kann auf Eingliederungsvereinbarungen verzichtet werden. Nur als Ultima Ratio sollte die Mitwirkung mit Sanktionen eingefordert werden. Außerdem sollen Sanktionen gemildert und Härten wie Verluste von Unterkunft oder Krankenversicherungsschutz müssen vermieden werden.

2. Einschätzung des Deutschen Städtetages zu einzelnen Forderungen des Antrags „Liberales Bürgergeld einführen“

Die grundsätzliche Position des Deutschen Städtetages zur Grundsicherung für Arbeitsuchenden sind skizziert. Einzelne Forderungen des Antrags möchten wir im Folgenden kurz aufgreifen.

- Der Deutsche Städtetag teilt die Forderung, dass die Einführung einer Bagatellgrenze für Aufhebungs- und Erstattungsverfahren eine enorme Verwaltungsvereinfachung für die tägliche Arbeit in den Jobcentern darstellen würde. Die Einführung einer Bagatellgrenze ist eine stetige Forderung der kommunalen Familie. Auch eine Ausweitung des Passiv-Aktivs-Tauschs unterstützen wir.
- Die arbeitsmarktliche Betreuung von sozialversicherungspflichtig Beschäftigten SGB II-Leistungsbeziehern liegt aktuell schon bei den Agenturen für Arbeit. Diese Teilung der aktiven und passiven Leistungen sorgt für zusätzliche Schnittstellen zwischen Jobcenter und Agentur. Der Deutsche Städtetag kann bisher keinen Mehrwert durch die Kompetenzübertragung der arbeitsmarktlichen Betreuung erkennen und befürwortet eine Kompetenzbündelungen in den Jobcentern.
- Der Deutsche Städtetag sieht Pauschallösungen für Kosten der Unterkunft und Heizung aktuell als nicht zielführend an. Bei dem Thema Kosten der Unterkunft ist und bleibt das Hauptproblem die Datengrundlage. Die schlüssigen Konzepte greifen auf eine Vielfalt an

Datenquellen zurück und kombinieren in der Regel mehrere Datenquellen. Die Vielfalt ist groß. In der Regel werden lokale Primärdaten erhoben. Der Aufwand ist erheblich und den Kommunen entstehen hohe Kosten. Der Gesetzgeber kann einen Mehrwert schaffen, in dem „richtige“ bzw. „angemessene“ Datenquellen definiert werden. Außerdem wäre die Bereitstellung von Daten durch den Bund eine große Entlastung.

- d) Antrag der Abgeordneten Katja Kipping, Matthias W. Birkwald, Susanne Ferschl, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.**

**Rechentricks überwinden - Regelbedarfe sauber berechnen
19/23113**

- e) Antrag der Abgeordneten Sven Lehmann, Anja Hajduk, Markus Kurth, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN**

**Teilhabe am gesellschaftlichen Leben garantieren - Regelbedarfsermittlung reformieren
19/23124**

Zu den beiden unter d) und e) genannten Anträgen ist festzuhalten, dass uns innerhalb der kurzen Frist leider keine inhaltliche Auseinandersetzung mit alternativen Systemen der Berechnung der Regelbedarfe möglich war. Wir verweisen daher zunächst auf unsere o.g. Anpassungsbedarfe innerhalb des bestehenden Systems der Anpassung der Regelbedarfe.

Mit freundlichen Grüßen
In Vertretung



Stefan Hahn

Schriftliche Stellungnahme

Diakonie Deutschland Evangelisches Werk für Diakonie und Entwicklung e.V.

zur öffentlichen Anhörung von Sachverständigen in Berlin am 2. November 2020 von
13 bis 14:30 Uhr zum

a) Gesetzentwurf der Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes zur Ermittlung von Regelbedarfen und zur Änderung des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch sowie des Asylbewerberleistungsgesetzes - BT-Drucksache 19/22750

b) Antrag der Abgeordneten Uwe Witt, Jürgen Pohl, Jörg Schneider, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD

Taschengeld für die in Heimen lebenden Bürger - BT-Drucksache 19/23128

c) Antrag der Abgeordneten Pascal Kober, Michael Theurer, Jens Beeck, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP

Liberales Bürgergeld einführen – Einstiegs- und Aufstiegsdynamik im Arbeitsmarkt verbessern – Hartz IV reformieren - BT-Drucksache 19/15040

d) Antrag der Abgeordneten Katja Kipping, Matthias W. Birkwald, Susanne Ferschl, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.

Rechentricks überwinden - Regelbedarfe sauber berechnen - BT-Drucksache 19/23113

e) Antrag der Abgeordneten Sven Lehmann, Anja Hajduk, Markus Kurth, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN

Teilhabe am gesellschaftlichen Leben garantieren - Regelbedarfsermittlung reformieren - BT-Drucksache 19/23124

siehe Anlage

Stellungnahme der Diakonie Deutschland zum Entwurf eines Gesetzes zur Ermittlung von Regelbedarfen und zur Änderung des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch sowie des Asylbewerberleistungsgesetzes (BT-Drs. 19/22750 vom 23.09.2020)

Öffentliche Anhörung, Ausschuss Arbeit und Soziales des Deutschen Bundestages am 2.11.2020

Diakonie Deutschland
Evangelisches Werk für Diakonie
und Entwicklung e. V.

Maria Loheide
Vorstand Sozialpolitik

Caroline-Michaelis-Straße 1
10115 Berlin
T +49 30 65211-1632
F +49 30 65211-3632
maria.loheide@diakonie.de
www.diakonie.de

Berlin, 28. Oktober 2020

Die Bundesregierung hat einen Gesetzentwurf für ein Regelbedarfsermittlungsgesetz (RbEG) in den Bundestag eingebracht, der auf Daten der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe von 2018 basiert. Die Diakonie Deutschland dankt für die Gelegenheit zur Stellungnahme in der Öffentlichen Anhörung des Ausschusses für Arbeit und Soziales am 2. November 2020 zum Gesetzentwurf sowie zu begleitenden Anträgen der Fraktionen. Der Gesetzentwurf hat wesentliche Mängel, die im Folgenden dargestellt werden. Im parlamentarischen Verfahren sollte eine gründliche Überarbeitung stattfinden.

Das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) hat sich 2010 und 2014 mit der Regelbedarfsermittlung befasst. Im Jahr 2010 erklärte es die Art der Regelbedarfsermittlung für unzulässig¹. 2014 äußerte das BVerfG deutliche Kritik², insbes. bei der Bedarfsermittlung für Kinder, den Stromkosten und Aspekten der Bedarfsermittlung im Detail, ohne aber die Methode insgesamt für unzulässig zu erklären. Bei der Regelbedarfsermittlung hat der Gesetzgeber einen großen Gestaltungsspielraum. Wie bereits 2010 vom BVerfG ausgeführt, muss die Methode insgesamt jedoch transparent, sach- und realitätsgerecht sein. Die Diakonie sieht nach wie vor deutlichen Verbesserungsbedarf und die Notwendigkeit, die 2014 geübte Kritik des Bundesverfassungsgerichts umzusetzen. Nach wie vor entsprechen die Regelbedarfe nicht den Bedürfnissen derer, die auf eine staatliche Sicherung des Existenzminimums angewiesen sind. Die Diakonie Deutschland nahm die abermalige Kritik des BVerfG zum Anlass, um mit der Regelbedarfsermittlung 2016 ein eigenes Konzept vorzulegen, das auf einem Gutachten der Sozialwissenschaftlerin Dr. Irene Becker basiert. Ausgehend von diesem Konzept folgen Anmerkungen zum vorgelegten Gesetzentwurf eines RbEG und ergänzende Hinweise auf im Entwurf 2020 erneut gestrichene Bedarfspositionen.

Die umfassenden Mängel der im Gesetzentwurf vorgenommenen Regelbedarfsermittlung nimmt die Diakonie zum Anlass, in diesem Jahr eine grundlegende alternative Bedarfsermittlung vorzunehmen, für die derzeit die Daten der EVS 2018 ausgewertet werden.

¹ BVerfG, Urteil des Ersten Senats vom 09. Februar 2010 – Az 1 BvL 1/09, Rn. 1-220

² BVerfG, Beschluss des Ersten Senats vom 23. Juli 2014 – Az 1 BvL 10/12, Rn. 1-149

Inhalt

I.	Kritik der Diakonie Deutschland am Gesetzentwurf	3
a)	Methodische Schwachstellen	4
b)	Kürzungen am Existenzminimum	6
c)	Weitere unschlüssige Regelungen und Annahmen	8
d)	Kritik am RbEG von Bundesrat und Oppositionsfraktionen sowie Gewerkschaften, Wohlfahrts- und Sozialverbänden.....	9
II.	Exemplarische Darstellung von Fehlauswertungen der Statistik.....	11
a)	Alleinstehende	11
b)	Kinder und Familien	13
III.	Anhang: methodische Kritik und Nachweise	15
a)	Asylbewerberleistungsgesetz verwirklicht Existenzsicherung nicht	15
b)	Schlechterstellung von Menschen mit Behinderung in besonderen Wohnformen.....	16
c)	Gesamtdarstellung: Willkürliche Abzüge	17

I. Kritik der Diakonie Deutschland am Gesetzentwurf

Die bereits 2016 mit den Stellungnahmen zum damaligen Regelbedarfsermittlungsgesetz formulierten Forderungen der Diakonie Deutschland sind nach Analyse des vorgelegten Gesetzentwurfes weiterhin aktuell. Ein konsistentes Statistikmodell für eine faire Regelsatzermittlung muss die folgenden Anforderungen erfüllen:

- Es werden nicht nur die Grundleistungsbeziehenden ohne Erwerbseinkommen, sondern alle Grundsicherungsbeziehenden aus der statistischen Vergleichsgruppe ausgeklammert. Denn auch die Konsumausgaben der so genannten Aufstocker, die den Grundsicherungsbezug und Zuverdienst kombinieren, sind von den Regelbedarfssätzen geprägt.
- Haushalte, die zustehende Leistungen nicht in Anspruch nehmen – die sogenannten „verdeckt Armen“ - werden ausgeklammert: Sie leben unterhalb der Grundsicherungsschwelle. Die Einbeziehung ihrer Ausgaben verzerrt das Grundsicherungsniveau systematisch nach unten.
- Die pauschalierbaren Bedarfe werden stärker eingegrenzt. Nicht nur die Kosten für Unterkunft und Heizung, sondern auch Stromkosten sowie Ausgaben für größere Anschaffungen werden als nicht pauschalierbar eingestuft und müssten außerhalb des Regelbedarfs erstattet werden.
- Eine politisch-normative Gestaltung erfolgt nicht durch die Streichung von einzelnen Konsumausgaben, sondern bei der Definition des unteren Einkommensbereichs, für den angenommen werden kann, dass das soziokulturelle Existenzminimum erreicht ist.
- Zur Klärung der methodischen Streitfragen sollte eine Expert*innenkommission eingesetzt werden, an der Wohlfahrts- und Sozialverbände, Sozialpartner, Wissenschaftler*innen und Interessenvertretungen der Betroffenen beteiligt sind. Diese Expert*innenkommission soll dem Bundestag berichten.

Die mit dem vorliegenden Entwurf erfolgten Berechnungen sind nicht transparent, in vielen Fällen nicht sachgerecht, oft unrealistisch und insgesamt methodisch falsch.

Ein konsequentes Statistikmodell muss auch den methodischen Vorgaben folgen, dass ein „interner Ausgleich“ zwischen verschiedenen Ausgabenpositionen auf Grundlage individueller Entscheidungen möglich ist.

Sollte ein Warenkorbmodell gewünscht sein, müsste dieses auch so dargestellt und transparent hergeleitet werden. Es wäre aber einer hohen subjektiven Beliebigkeit unterworfen.

Die Diakonie Deutschland fordert das BMAS auf, die sachlichen Fehler im Entwurf zu korrigieren und die Rechengrundlagen offenzulegen, damit nachvollziehbar wird, wie sich die Kürzungen an den in der statistischen Vergleichsgruppe ermittelten Ausgaben im Einzelfall auswirken.

Die Diakonie Deutschland bewertet den vorliegenden Gesetzentwurf insgesamt als nicht geeignet, um eine wie vom Bundesverfassungsgericht geforderte transparente, sach- und realitätsgerechte Ermittlung des Existenzminimums umzusetzen. Im Folgenden wird diese Kritik an den einzelnen Regelungsinhalten des Gesetzentwurfes entwickelt.

a) Methodische Schwachstellen

Die Methodik des BMAS für die Regelbedarfsermittlung weist deutliche Schwachstellen auf:

1. Der Entwurf schreibt die seit 2010 bestehende Problematik fort: Maßstab für die Regelbedarfsermittlung von Einzelhaushalten sind nicht mehr wie zuvor die Haushalte mit den unteren 20 Prozent der Einkommen, sondern die Haushalte mit den **unteren 15 Prozent der Einkommen**. In Kombination mit der Problematik von Zirkelschlüssen aufgrund der Berücksichtigung von Haushalten in der statistischen Vergleichsgruppe, die selbst Anspruch auf Sozialleistungen haben oder hätten, führt dies zu einer deutlichen Absenkung des Regelsatzes. Bei der Festlegung der Referenzgruppen (§ 4) bleibt die seit 2010 bestehende unsinnige Begrenzung der Auswertung auf die Haushalte mit den unteren 15 Prozent der Einkommen bestehen.
2. Es kommt in der Ermittlung zu **Zirkelschlüssen**, weil Haushalte, die unterhalb des Existenzminimums leben, nicht konsequent aus der statistischen Vergleichsgruppe ausgeschlossen werden (§3 „Auszuschließende Haushalte“). Dadurch werden z.B. Haushalte, die selbst Anspruch auf Sozialleistungen hätten und diese nicht in Anspruch nehmen – sogenannte „verdeckt Arme“ - oder neben Sozialleistungen weiteres Einkommen aufweisen, zum Maßstab der festzulegenden Höhe von Sozialleistungen. Auch gibt es keinen systematischen Ausschluss von Studierenden aus der statischen Vergleichsgruppe.
3. Das **Statistikmodell**, das beliebige Warenkorbannahmen verhindern und für eine kongruente Ermittlung des Existenzminimums sorgen soll, wurde **nicht konsequent angewandt**. Wie bereits 2010 und 2016 werden Ausgaben als „nicht regelbedarfsrelevant“ definiert und gestrichen. Das führt zu statistischen und methodischen Fehlern, die den vom Bundesverfassungsgericht für wesentlich erachteten sogenannten „**internen Ausgleich**“³ verhindern. Wenn eine bestimmte Ausgabe, die gehäuft auftritt, für alle Haushalte gestrichen wird, die Grundsicherungsleistungen beziehen, betrifft dies auch die Haushalte, die diese als „unnötig“ definierte Ausgaben nicht tätigen würden. Ein konsistentes Statistikmodell setzt jedoch die Möglichkeit zum „internen Ausgleich“ voraus: Leistungsberechtigte können in ihrem Ausgabeverhalten individuell entscheiden. Diese Entscheidungsfreiheit muss der pauschalisierte Regelsatz ermöglichen, und genau dies wurde bei Einführung der Grundsicherung 2005 als wesentliche Begründung für die weitere Pauschalierung genannt.
Im Einzelnen kommt es im Gesetzentwurf kaum zu Verbesserungen bei der Anwendung des Statistikmodells. Die nunmehr vorgenommene Berücksichtigung von Handykosten bei der Regelbedarfsermittlung ist überfällig. Hierdurch wird aber bei lediglich einer Bedarfssposition ein drängender Fehler korrigiert, der zudem einen minimalen Korrekturbedarf von weniger als 3,50 Euro erbringt. Die grundsätzliche Problematik einer Mischung von Statistik- und Warenkorbmodell aufgrund der Annahme von nicht regelsatzrelevanten Positionen bleibt bestehen. Mit der Festlegung auf „Regelbedarfsrelevante Verbrauchsausgaben“ in §5 und §6 erfolgt eine Unterscheidung von „regelbedarfsrelevanten“ und „nicht regelbedarfsrelevanten“ Ausgaben der statistischen Vergleichsgruppe. Dies durchbricht die Logik eines statistikbasierten Modells der Regelbedarfsermittlung und führt indirekt mit Hilfe von relativ beliebigen Einzelentscheidungen wiederum ein Warenkorb-Modell ein – das methodisch als

³ BVerfG, Urteil des Ersten Senats vom 09. Februar 2010 – Az1 BvL 1/09 -, Rn. 172

alternativer Ansatz neben dem Statistik-Modell steht und zudem weder transparent dargestellt noch begründet ist.

4. Aus der Regelsatzermittlung sinnvollerweise und methodisch korrekt herausgenommen werden können nur die **in der statistischen Vergleichsgruppe ermittelten Ausgaben, die dort normalerweise vorkommen, aber insgesamt bei der Festlegung der Pauschale keine Rolle spielen**, weil sie entweder a) nicht Gegenstand von Ausgaben bei Leistungsberechtigten in der Grundsicherung sein können oder aber b) durch eine andere Form der Leistungsgewährung berücksichtigt werden. Ein Beispiel für a) sind Kitagebühren. Wenn für alle Leistungsberechtigten in der Grundsicherung Kitagebühren nicht erhoben werden, können diese auch nicht Teil des Regelsatzes sein. Ein Beispiel für b) sind die Kosten der Unterkunft. Wenn Mietkosten anderweitig erstattet werden, können sie nicht Teil des Regelsatzes sein.
5. Gleichwohl gibt es **einmalige und besondere Ausgaben**, die ergänzend zur Regelsatzpauschale berücksichtigt werden müssen. So sieht das SGB II in bestimmten Fällen Härtefallregelungen oder personenbezogene Bedarfe etwa aus medizinischen Gründen vor. Ebenfalls gibt es Dienstleistungen und Unterstützungsmaßnahmen, die ergänzend zum Regelsatz gewährt werden können, soweit dies im Einzelfall notwendig ist. Dies bedarf aber klarer Maßstäbe. Es ist lebensfremd, z.B. für den Erwerb eines Kühlschranks jahrelange Ansparungen von Beträgen in Höhe von 1,67 Euro im Monat anzunehmen. In der Praxis werden solche Bedarfe oft als Darlehen gewährt, das in monatlichen Raten mit einem Teil des Regelsatzes zurückgezahlt werden muss. Tatsächlich mindern solche Darlehen dauerhaft die Lebensgrundlage der Betroffenen. Die Diakonie spricht sich wie schon 2010 und 2016 dafür aus, für größere Anschaffungen zusätzliche Beihilfen vorzusehen und diese im Gegenzug nicht mehr zur Regelbedarfsermittlung heranzuziehen.
6. Bestimmte Ausgaben können nicht durch die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe abgebildet werden, weil die **Ausgaben nicht sinnvoll mit Bezug zum Konsumverhalten einer statistischen Vergleichsgruppe im unteren Einkommensbereich ermittelt** werden können. So werden mit dem „Stromspiegel Deutschland“ jährlich die typischen Stromkosten für verschiedene Haushaltsgrößen bei normaler Ausstattung statistisch ermittelt (siehe www.stromspiegel.de). In der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe krankt die Ermittlung der Stromkosten dagegen unter anderem daran, dass viele Personen und Haushalte im unteren Einkommensbereich aufgrund besonderer Wohnverhältnisse keine separat darstellbaren Stromkosten in die Statistik einbringen. Sie verbrauchen tatsächlich Strom, werden in der EVS aber z.B. in einem Untermiet- oder Heimwohnverhältnis so behandelt, als verursachten sie keine Stromkosten. Darum ist es notwendig, die Stromkosten aus der Regelsatzermittlung herauszunehmen und eine gesonderte Pauschale mit Hilfe des „Stromspiegel Deutschland“ zu ermitteln. Eine solche Herangehensweise schlägt auch der Deutsche Verein für öffentliche und private Fürsorge in einer Stellungnahme vor (siehe <https://www.deutscher-verein.de/de/presse-2019-stromkosten-der-hartz-iv-haushalte-neubemessen-3550,1621,1000.html>).
7. Pauschalen sind nicht sinnvoll, wenn **nicht das Konsumverhalten einer statistischen Vergleichsgruppe, sondern regionalpolitische Weichenstellungen Schwankungen bei den Ausgaben in bestimmten Regionen auslösen**. Eine deutschlandweite Mobilitätspauschale beispielsweise geht an der Realität vorbei, da die Einführung von Sozialtickets und deren Finanzierung in die kommunale Selbstverwaltung fallen und die Kosten regional variieren. Zudem halten nicht alle Kommunen ein solches Ticket vor. Schließlich ist vor allem

in ländlichen Regionen der ÖPNV so schlecht ausgebaut, dass es kaum eine Alternative zur Nutzung eines PKW gibt. Vergleichbare Fehlannahmen finden sich z.B. bei schulischen Bedarfen, für die der Entwurf ohne weitere Bedarfsermittlung einen für ganz Deutschland geltenden Pauschalbetrag zugrunde legt, der weder den Unterschieden zwischen den Bundesländern (welche Lernmittel werden gestellt?) noch den zwischen den Altersstufen der Schulkinder (Malstifte oder Taschenrechner?) berücksichtigt.

8. Bei **Kindern** kommt es weiterhin zu statistischen Verwerfungen aufgrund mangelnder methodischer Klarheit, etwa, wenn Computer für den schulischen Gebrauch weder als Einzelleistung erstattet werden, noch sinnvoll in einer Regelsatzpauschale abgebildet werden können.

b) Kürzungen am Existenzminimum

Die oben beschriebenen Fehlauswertungen der statistischen Daten hatten nach Berechnungen für die Diakonie Deutschland im Jahr 2016 dazu geführt, dass für Alleinstehende und Alleinerziehende der Regelsatz 150 Euro höher sein müsste, bei Paaren zusammengerechnet 144 Euro und bei Kindern je nach Altersgruppe 18 bis 78 Euro (siehe: <https://www.diakonie.de/stellungnahmen/regelsatzgutachten-von-dr-irene-becker-und-diakonie-materialien-zum-thema>).

2020 haben sich diese Abzüge weiter erhöht. Nach den Berechnungen der Diakonie machen die willkürlichen Streichungen am Regelsatz bei Erwachsenen 160 Euro aus, bei Kindern bis fünf Jahre 44 Euro, bei Kindern von 6 bis 13 Jahren 82 Euro und bei Jugendlichen 97 Euro. Auch sind die statistischen Vergleichszahlen für die Ermittlung der Kinderregelsätze weiterhin unseriös. So bilden bei Jugendlichen nur 14 Haushalte den Maßstab für die Ermittlung der Mobilitätskosten und lediglich 105 Haushalte werden zur Ermittlung der weiteren Konsumkosten herangezogen. Bei Kindern bis fünf Jahren bilden 278 Haushalte die allgemeine Vergleichsgruppe und bei den 6- bis 13-Jährigen 144 Haushalte. Lediglich die üblichen Verbrauchskosten für alleinstehende Erwachsene sind mit einer statistischen Vergleichszahl von 2.311 Haushalten annähernd repräsentativ.

Vor dem Hintergrund dieser grundsätzlichen methodischen Schwächen wird die Diakonie Deutschland in Kürze eine Neuberechnung der Regelsätze auf Grundlage der 2016 mit Dr. Irene Becker entwickelten sachgerechten, realitätsgerechten und transparenten Methodik vorlegen.

Die Diakonie Deutschland erkennt an, dass der vorliegende Gesetzentwurf einzelne statistische Fehldeutungen korrigiert. So kommt es zu punktuellen Korrekturen (z.B. bei den Abzügen für Mobilfunk in Abteilung 08 von vorher 3,34 Euro bei Alleinstehenden). Bei Kindern werden weitere kleine Korrekturen umgesetzt. Dennoch bleiben die grundsätzlichen methodischen Probleme bestehen, und der Gesetzentwurf belässt es dabei, die bisherigen Ansätze fortzuschreiben. Vor diesem Hintergrund bleibt die avisierte Erhöhung der Regelbedarfe in allen Altersgruppen weiterhin hinter den Bedarfen zurück.

Die neu errechneten Regelsätze und die weiterhin bestehenden Fehlbeträge stellen sich in der Übersicht in einer Abschlagsrechnung wie folgt dar.

Tabelle Regelsätze: Bedarfe und Abzüge nach Diakonie-Berechnungen⁴

Personengruppen	Vom BMAS errechneter Regelsatz (€), in Klammern bisheriger Regelsatz	Regelsatz ohne willkürliche Abzüge (€, nach Diakonie-Berechnungen)	Berechnung Fehlbetrag (€)	Vom BMAS errechnete weitere Fortschreibung zu 2021 (€)
Alleinstehende	439 (432)	599	160	7
Kind bis unter 6 Jahre	278 (250)	322	44	5
6 bis unter 14 Jahre	304 (308*)	386	82	1
14 bis unter 18 Jahre	367 (328)	464	97	6

*(wird weiterhin angewendet, da rechtlich keine Absenkung zulässig ist)

Die vom BMAS errechneten Regelsätze werden noch für das Jahr 2021 fortgeschrieben werden. Die Ergebnisse des dafür anzuwendenden Anpassungsmodus auf Grundlage eines Mischindex aus Lohn- und Preisentwicklung sollen auf dem Weg eines Änderungsantrages in den vorliegenden Gesetzentwurf nachgetragen werden⁵. Die jährliche Fortschreibung der Regelsätze auf Basis der Lohn- und Preisentwicklung mindert den Fehlbetrag zwischen den Neuberechneten Regelsätzen und den gestrichenen Positionen nicht.

Die oben dargestellten Regelsätze bilden auch die Grundlage für die Ermittlung der Regelbedarfsstufen 2 für Erwachsene in Partnerschaften oder „neuen Wohnformen“ (in Höhe von 90 % des ermittelten Regelsatzes für erwachsene Alleinstehende) und der Regelbedarfsstufe 3 für in stationären Einrichtungen untergebrachte Personen (in Höhe von 80 %). Sie werden durch prozentuale Abschläge vom Regelsatz nach Stufe 1 hergeleitet.

Die Kürzungen am Existenzminimum wirken sich nicht nur auf die Leistungsberechtigten in der Grundsicherung aus. In der politischen Argumentation wird immer wieder das sogenannte „Lohnabstandsgebot“ betont. Dieser Grundsatz begründet niedrige Regelsätze mit der Notwendigkeit, den Anreiz für die Übernahme auch von geringfügig bezahlten Beschäftigungen aufrecht zu erhalten.

Diese Begründung ist nicht schlüssig. Das durch die Regelbedarfsermittlung festgestellte Existenzminimum fließt direkt in die Festlegung des steuerlichen Grundfreibetrags ein. Der steuerliche Grundfreibetrag für alle Einkommensteuerschuldigen folgt dem Regelsatz und vollzieht mit einem entsprechenden Abstand dessen Entwicklung mit. Vor diesem Hintergrund besteht keine Notwendigkeit eines niedrigen Regelsatzes, um Erwerbsarbeit im Vergleich zu Sozialleistungen besser zu stellen. Die im RbEG-E angelegte möglichst niedrige Anpassung der Regelsätze, bei der wichtige ermittelte Bedarfspositionen gestrichen werden, kann sogar bewirken, dass Steuern auf einen Teil

⁴ Für eine detaillierte und im Detail genaue Berechnung willkürlicher Abzüge liegt in der Anlage eine genauere Auswertung der Datensätze vor, die das BMAS genutzt hat

⁵ Siehe <https://www.bmas.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2020/hoehere-regelbedarfe-in-der-grundsicherung-und-sozialhilfe.html>

des Einkommens von Steuerpflichtigen erhoben werden, der an sich für die Befriedigung der Grund-Lebensbedürfnisse steuerfrei gestellt sein müsste. Dies betrifft Personen umso stärker, je niedriger ihr Einkommen ist und je weniger sie auf andere Einkommensquellen – etwa aus Vermietung oder Kapitaleinkünften – zugreifen können.

c) Weitere unschlüssige Regelungen und Annahmen

Neben der fehlerhaften Ermittlung des Regelsatzes selbst sind weitere zentrale Regelungen und Annahmen im vorliegenden Entwurf nicht schlüssig:

1. Ausstattung mit persönlichem Schulbedarf (§ 9)

Der Gesamtbetrag für Schüler*innen von 153 Euro ist willkürlich angesetzt ohne Bedarfsermittlung. Zudem macht eine bundeseinheitliche Pauschale aufgrund der Bildungshoheit der Länder keinen Sinn. Anschaffungskosten von Computern – nach Marktauswertungen der Diakonie sind dies rund 400 Euro für Computer, Drucker und Software – sind kein Teil des Betrages, aber gleichwohl für die Unterrichtsvorbereitung sowohl grundsätzlich als auch in Zeiten der Corona-Krise und Home-schooling absolut notwendig.

2. Krisenbezogene Sonderbedarfe

Höhere Kosten, wie sie in der Corona-Krise von den Wohlfahrts- und Sozialverbänden deutlich gemacht wurden, finden keinen Niederschlag im SGB II.

3. Einmalige und Sonderbedarfe

Für Mobilität, Energie, große elektrische Geräte oder weitere besondere Bedarfe bleibt es bei der bisherigen lebensfernen Bedarfsermittlung, Pauschalierung und Darlehensregelung.

4. Asylbewerberleistungsgesetz (Artikel 3)

Eine gesonderte Festlegung von Bedarfen bei Geflüchteten ist nicht notwendig, statistisch falsch und folgt allein politischen Vorgaben. Das Existenzminimum dieser Personen ist nicht geringer als das anderer Menschen. Auch ihnen muss das Lebensnotwendige in vollem Umfang zur Verfügung stehen. Hierauf wird noch näher eingegangen.

5. Regelbedarfsstufe 2 und besondere Wohnformen

Die Anwendung der Regelbedarfsstufe 2 für Menschen mit Behinderung, die in besonderen Wohnformen leben, ist nicht korrekt und führt zu einer Gefährdung des Existenzminimums. Dies wird noch ausführlicher dargestellt.

d) Kritik am RbEG von Bundesrat und Oppositionsfractionen sowie Gewerkschaften, Wohlfahrts- und Sozialverbänden

Die umfassende Kritik der Diakonie Deutschland am vorgelegten Gesetzentwurf entspricht einer durchweg negativen Kommentierung von Wohlfahrts- und Sozialverbänden und Gewerkschaften. Auch der Bundesrat und die Oppositionsfractionen im Bundestag kritisieren den Entwurf deutlich und weisen auf methodische Mängel hin.

So stellt der Bundesrat in seiner Stellungnahme vom 9.10.2020 fest, dass der Gesetzgeber gehalten ist, „bei den periodisch anstehenden Neuermittlungen der Regelbedarfe zwischenzeitlich erkennbare Bedenken aufzugreifen und unzureichende Berechnungsmethoden zu korrigieren. Der vorliegende Gesetzentwurf bleibt hinter diesen Erwartungen allerdings weit zurück. Er lässt nicht erkennen, ob und in welchem Umfang neuere Erkenntnisse und Methoden der Regelbedarfsfestlegung geprüft und welche Begründungen zur Nichtberücksichtigung dieser alternativen Methoden geführt haben. Dies wäre aber das Mindeste, um dem Auftrag des Bundesverfassungsgerichtes gerecht zu werden.“ (Drs. 486/20, S. 2). Wie die Diakonie weist der Bundesrat darauf hin, dass Zirkelschlüsse bei der Bedarfsermittlung erfolgen, die Energiekosten nicht anhand der EVS ermittelt werden können, für langlebige Konsumgüter („weiße Ware“) keine Pauschalierungslösung in Frage kommt, die Kinderregelsätze aufgrund der niedrigen Fallzahlen mangelhaft ermittelt wurden, der Ansatz für Brillen und therapeutische Geräte zu gering ist und die Regelbedarfsstufe 2 für Bewohner*innen besonderer Wohnformen ungeeignet ist.

Bündnis 90 / Die Grünen fordern in ihrem Antrag (Drs. 19/23124) ebenfalls die Anwendung eines methodisch korrekten Verfahrens, das die genannten Mängel ausschließt. Die von der grünen Bundestagsfraktion vorgelegten Vorschläge und Alternativberechnungen werden diesem Anspruch gerecht und sind geeignet, Regelsätze transparent, sach- und realitätsgerecht zu ermitteln. Die so ermittelten höheren Regelsätze würden soziale, kulturelle und materielle Teilhabe ermöglichen. Bündnis 90 / Die Grünen fordern Änderungen, wie etwa die direkte Finanzierung großer elektronischer Geräte („weiße Ware“), den Verzicht auf Zirkelschlüsse und willkürliche Streichungen statistisch ermittelter Bedarfspositionen, Kontrollrechnungen zur Vermeidung eines zu großen Abstandes des Existenzminimums zum Ausgabenverhalten von Haushalten mit mittleren Einkommen, einen Umgangsmehrbedarf, die Regelbedarfsstufe 1 für Menschen mit Behinderung in besonderen Wohnformen und den Verzicht auf Kürzungen des Existenzminimums bei Leistungsberechtigten nach dem Asylbewerberleistungsgesetz.

Auch die Fraktion Die Linke äußert in ihrem Antrag (Dr. 19/23113) Kritik und fordert eine alternative Regelbedarfsermittlung. Hier werden Vorschläge zur Vermeidung von Zirkelschlüssen bei der Ermittlung der Regelbedarfe gemacht, die Direktfinanzierung großer elektronischer Geräte gefordert, die Regelbedarfsstufen 2 und 3 kritisiert und die Finanzierung weiterer Sonderbedarfe gefordert.

Die FDP-Fraktion betont in ihrem Antrag (Drs. 19/15040), dass die Grundsicherung systematische Fehlanreize setzt, auf Zuverdienstmöglichkeiten zu verzichten. Die FDP fordert stärkere Anreize für Zuverdienst ein. Ebenfalls müssen die negativen Effekte der Sanktionsregelungen überwunden werden, Beratungsmöglichkeiten ausgebaut und arbeitsmarktpolitischer Förderungsmöglichkeiten für Erwerbslose durch eine Verbesserung von Weiterbildung und Kompetenzerfassung niedrigschwelliger werden. Die Diakonie weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass sozialarbeiterische Hilfen zur Abdeckung des psychosozialen Hilfebedarfs durch personenbezogene Soziale Dienste bedarfsgerecht im Sozialraum für alle - auch unabhängig vom vom SGB-II-Leistungsbezug

-vorgehalten werden müssten. Diese personenbezogenen Sozialen Dienste sollten ihre Hilfe unabhängig, vertrauensbasiert und ohne Kostenbeteiligung der Ratsuchenden anbieten. Sie wären damit entlang der wesentlichen Wirkfaktoren von psychosozialen Hilfen konzeptioniert und würden auch strukturell die Voraussetzungen für eine wirksame und nachhaltige Hilfe bieten. Die Jobcenter sollten sich auf Ziele der Ausbildung, Beschäftigung und Vermittlung konzentrieren.

Wohlfahrts- und Sozialverbände und Gewerkschaften kritisieren einmütig Systematik und Auswirkungen der unveränderten Methodik zur Regelbedarfsermittlung⁶:

- Leistungsberechtigte leben mit existentiellen materiellen Mangel.
- Die Leistungen liegen deutlich unterhalb der Armutsschwelle. Der Abstand zur Armutsrisikoschwelle vergrößert sich von Jahr zu Jahr.
- Der steuerliche Grundfreibetrag ist infolge der mangelhaften Ermittlung des Existenzminimums zu niedrig.
- Die Regelbedarfsermittlung ist durch mehrfache Zirkelschlüsse geprägt.
- Ermittelte Bedarfe werden willkürlich aus dem Existenzminimum gestrichen, langlebige Gebrauchsgüter und Energiekosten nicht ausreichend finanziert.
- Die ermittelten Sätze bleiben hinter den tatsächlichen Mobilitätskosten weit zurück.
- Die Leistungen für Kinder und Familien sind durchgehend zu niedrig angesetzt.
- Besondere Bedarfe für Menschen mit Behinderung und für Senior*innen werden kaum gewährleistet.
- Aufgrund der hohen Arbeitslosenquote in Ostdeutschland und der strukturellen wirtschaftlichen Probleme, die immer noch fortwirken, leben dort viele Menschen sehr lange mit Grundversicherungsleistungen und somit deutlich unterhalb des Existenzminimums, ohne dass sie eine realistische Chance auf Verbesserung ihrer Situation haben.

Notwendig ist ein System der Ermittlung des Existenzminimums, das wesentliche Mängel beseitigt. Dies müsste spätestens für die folgende Regelbedarfsermittlung vorbereitet werden. Expertise aus Verbänden, Gewerkschaften und der Wissenschaft könnte im Rahmen einer Kommission des Bundestages für die Weiterentwicklung genutzt werden.

⁶ Eine Zusammenfassung der einmütigen Kritik von Verbänden und Gewerkschaften wurde durch die Koordinierungsstelle gewerkschaftlicher Arbeitslosengruppen als „Arbeitspapier: Kritikpunkte am RBEG / Kabinettsbeschluss vom 19. August 2020“ veröffentlicht (download unter https://www.erwerbslos.de/images/Kritik_am_Kabinettsbeschluss_zum_Regelbedarfs-Ermittlungsgesetz.docx)

II. Exemplarische Darstellung von Fehlauswertungen der Statistik

Statistische Fehlauswertungen im Entwurf des Regelbedarfsermittlungsgesetzes aufgrund der Mischung von Statistik- und Warenkorbmodell stellt die Diakonie Deutschland exemplarisch nach den jeweiligen Abteilungen an den folgenden Beispielen dar:

a) Alleinstehende

Abteilung 01 und 02: Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren

Der Ausschluss von Alkohol und Tabakwaren aus der Regelbedarfsermittlung führt zu einer Absenkung des Regelsatzes für alle Haushalte. Denn die statistischen Durchschnittsbeträge werden auch bei Haushalten gestrichen, die Alkohol und Tabak begrenzt oder gar nicht konsumieren. Die wertende Annahme, dass diese Ausgaben nicht regelsatzrelevant sind und z.B. durch Beträge für Mineralwasser substituiert werden, bewirkt, dass der ermittelte und substituierte Betrag für den „internen Ausgleich“ nicht mehr zur Verfügung steht.

Abteilung 03: Bekleidung und Schuhe

Kosten für die Reinigung von Kleidung werden nicht anerkannt, da nach Abteilung 05 die Kosten für die Anschaffung einer Waschmaschine – dort mit unrealistisch geringen Pauschalbeträgen für die Ansparung eines solchen Geräts – ermöglicht wird. Damit entfällt aber auch die Finanzierung von Reinigungskosten etwa bei Haushalten, die einen Waschsalon aufsuchen müssen. Letztlich sind Reinigungskosten für Kleidung im Regelsatz nicht realistisch abgebildet. Die Höhe der erfolgten Kürzung an den ermittelten Bedarfen ist in der Begründung des Gesetzentwurfes nicht transparent ausgewiesen.

Abteilung 04: Wohnungsmieten, Energie und Wohnungsinstandhaltung mit Sonderauswertung Strom (Haushalte, die nicht mit Strom heizen)

Die Begrenzung der Sonderauswertung Strom auf Mieterhaushalte mit niedrigen Einkommen ist nicht sachgerecht, da die Stromkosten keiner beliebigen Konsumententscheidung folgen, vielmehr ein Zusammenhang zwischen Haushaltsgröße und Verbrauchsausgaben entsprechend „Stromspiegel Deutschland“ besteht (siehe <https://www.stromspiegel.de/fileadmin/ssi/stromspiegel/Broschuere/stromspiegel-faktenblatt-2019.pdf>). Anhand der mit dem Stromspiegel ermittelten mittleren Verbrauchsgrößen wäre zu überprüfen, welche Stromtarife Leistungsberechtigten in der Grundsicherung tatsächlich zugänglich sind, und aus den so ermittelten Durchschnittswerten eine Pauschale zu bilden.

Abteilung 05: Innenausstattung, Haushaltsgeräte und -gegenstände, laufende Haushaltsführung

Für die Anschaffung von Haushaltsgeräten werden die folgenden Pauschalbeträge ausgewiesen, zugleich wird aber deutlich gemacht, dass die Zahl der statistisch ermittelten Haushalte mit solchen Anschaffungen eigentlich zu gering ist, um belastbare Aussagen zu treffen:

1,67 Euro Kühlschrank, 1,60 Euro Waschmaschine, 0,85 Euro sonstige größere elektrische Geräte und 2,31 Euro für kleine elektrische Geräte. Für das Angebot eines Kühlschranks zum Sonderpreis von 214 Euro müssten Leistungsberechtigte in der Grundsicherung über 128 Monate – also fast elf

Jahre – sparen, um ein Gerät kaufen zu können. Diese Regelung sollte durch eine anlassbezogene Sonderzahlung ersetzt werden.

Ebenfalls lebensfremd sind Annahmen, dass Gartenpflege bei Grundsicherungsberechtigten nicht anfallen könne, oder dass Alleinstehende keine Kinderbetreuungskosten hätten. Das führt dazu, dass notwendige Kosten für die Wahrnehmung eines Umgangsrechts weder aus dem Pauschalbetrag finanziert noch als Sonderbedarf ausgeglichen werden.

Auch in dieser Abteilung werden Streichungen tatsächlich ermittelter statistischer Werte nicht transparent ausgewiesen.

Abteilung 06: Gesundheitspflege

Ohne Darstellung der Summe wird ein großer Teil von gesundheitsbezogenen Ausgaben der statischen Vergleichsgruppe gestrichen mit der Begründung, dass diese über die Krankenversicherung oder die Hilfen nach SGB XII abgedeckt wären. Sie sind aber weder begründet, noch transparent nachgewiesen. So können beispielsweise Kosten über den gesetzlichen Eigenanteil hinausgehen oder Kosten durch die Begleitung des Partners/der Partnerin entstehen. Auch bei privat mit dem Mindestumfang versicherten Personen können Zusatzkosten entstehen.

Abteilung 07: Verkehr

Das Ansetzen einer bundesweiten Pauschale bildet örtliche ÖPNV-Kosten oder die Kosten für einen PKW bei fehlender ÖPNV-Anbindung nicht ab. Sinnvoll wäre es, die tatsächlichen Kosten für ein ÖPNV-Ticket zu erstatten und im begründeten Einzelfall eine eigenständige PKW-Pauschale.

Die Nicht-Berücksichtigung von sogenanntem „Urlaubsreiseverkehr“ passt nicht zu Fällen, in denen für einen begrenzten Zeitraum das Umgangsrecht für Kinder aus Trennungsfamilien in Anspruch genommen wird. Auch bleibt offen, wie der Entwurf „Urlaubsreiseverkehr“ definiert und ob z.B. Kosten für die Teilnahme an ortsfernen Bildungsveranstaltungen oder politischen Veranstaltungen davon miterfasst sind.

Abteilung 08: Post und Telekommunikation

Da die zugrundeliegenden Daten nicht im Einzelnen, sondern nur in der Aufsummierung des BMAS dargestellt sind, lässt sich nicht überprüfen, ob ggf. Kommunikationskosten jenseits von Handy und Festnetz nicht übernommen wurden. Die Anschaffungskosten von jährlich unter 3 Euro für ein Telefon sind nicht realistisch.

Abteilung 09: Freizeit, Unterhaltung und Kultur

In der Abteilung 09 kommt es wie bei der vorherigen Regelbedarfsermittlung zu beliebigen Setzungen: Mit „Schnittblumen“ werden auch Kosten für Adventsschmuck und Weihnachtsbaum herausgerechnet, Pay-TV wird nicht berücksichtigt, Kabelfernsehen fließt auch dann nicht in die Bedarfsermittlung ein, wenn es nicht auszusparenden Teil eines Mietvertrages ist, Musikstreaming bleibt offenbar unberücksichtigt, obwohl es deutlich günstiger ist als die Anschaffung von CDs, Haustiere werden nicht berücksichtigt. Diese Gesamtstreichungen, die den „internen Ausgleich“ unmöglich machen, werden nicht transparent ausgewiesen.

Abteilung 10: Bildungswesen

Ermittelte Kosten von 1,57 Euro sind offensichtlich unzureichend, beispielsweise ist ein Volkshochschulkurs selbst mit Ermäßigung teurer als der angesetzte Betrag. Sinnvoll wäre eine Einzelerstattung von Bildungsmaßnahmen. Falsch ist auch die Annahme, dass Kosten für Kinderbetreuung bei Alleinstehenden nicht anfallen können – etwa, wenn sie das Umgangsrecht wahrnehmen, tagesweise für das Kind sorgen und aus beruflichen Gründen einen Babysitter benötigen.

Abteilung 11: Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen

Zum sozialen Leben gehört die Möglichkeit, Freunde an öffentlichen Orten zu treffen oder an Veranstaltungen, z.B. kultureller oder politischer Natur, teilzunehmen. Die Begrenzung der ermittelten Ausgaben auf den Sachwert der Nahrungsmittel ignoriert diese Teilhabefunktion und macht auch hier den „internen Ausgleich“ von Ausgabenoptionen unmöglich. Mit diesen engst möglichen Auslegungen und der lebensfremden Umrechnung der in Restaurants verzehrten Speisen in ihren reinen Warenwert bleibt der Entwurf hinter zwei deutlichen Aussagen des Bundesverfassungsgerichts zurück: zum Einen zählt der Umgang mit Bekannten zu den wesentlichen Elementen des soziokulturellen Existenzminimums⁷. Gesellschaftliche Teilhabe muss auch in dem Rahmen und der Form erfolgen können, in denen diese üblicherweise stattfindet; sie kann deshalb nicht auf kostenfreie Umgebungen reduziert werden. Die Streichung von Übernachtungskosten bedeutet, dass keine Beiträge für Maßnahmen der politischen oder kulturellen Beteiligung und Bildung als gesellschaftlich üblich in Betracht gezogen werden, ebenso wenig Besuche bei Freunden oder Verwandten an anderen Orten, die kein Gästezimmer haben, oder die Wahrnehmung des Umgangsrechts für Kinder in Trennungsfamilien. Kantinenkosten bei Personen, die dazuverdienen, werden nicht berücksichtigt. Da die Kürzungen auch hier nicht ausgewiesen sind, bleibt die erfolgte Absenkung des Regelsatzes intransparent. Zudem verstößt auch hier die wertende Nichtberücksichtigung der relevanten Verbrauchspositionen gegen das Prinzip des „internen Ausgleichs“.

Abteilung 12: andere Waren und Dienstleistungen

Vielfältige Streichungen betreffen Alltagsgegenstände, Versicherungen und Weiteres. Die so erreichte Summe an Streichungen wird nicht beziffert. Die eingerechneten Beträge wie der Ansatz von weniger als 2 Euro für einen Friseurbesuch sind unrealistisch. Mit den angesetzten Beträgen könnten Leistungsberechtigte in der Grundsicherung sich einmal in fünf Monaten die Haare schneiden lassen.

b) Kinder und Familien

Bei Kindern und Familien lassen sich u.a. folgende Kürzungen und Leerstellen nachweisen:

- Die oben dargestellten Schwächen der Stromkostenermittlung bestehen auch beim Regelsatzansatz für Kinder und Familien.
- Kosten für die Anschaffung von Waschmaschinen und elektronische Großgeräte werden kaum berücksichtigt, dürften aber gerade bei Familien von besonderer Bedeutung sein, die eine Sonderfinanzierung von elektrischen Geräten erfordert.
- Dass gerade bei Kindern kaum Reparaturkosten für Gegenstände angesetzt werden, erscheint lebensfremd.

⁷ BVerfG Urteil vom 9.2.2010 Rn. 165, 166

- Kosten für Eltern, die ihre Kinder ins Krankenhaus begleiten, sind weder Teil des Regelsatzes, noch können sie gesondert beantragt werden.
- Computer für die Schule werden weder pauschal noch einzeln erstattet. Weniger als 2,30 Euro monatlich sind für Software und Geräte vorgesehen.
- Die Anschaffung eines Fahrrades für Kinder ist nicht vorgesehen, ihre Teilhabe beispielsweise an der Verkehrserziehung in der Schule nicht berücksichtigt.
- Lebensfremd ist die Annahme, dass Kinder keinen Zugang zu Fernsehern haben oder nicht Musik hören.
- Für Ausflüge mit der Familie oder Feste wie Konfirmation o.ä. gibt es keinen Mittelansatz. Hiervon ausgeschlossen zu sein, hat gravierende stigmatisierende Wirkung für Kinder im Umgang mit Gleichaltrigen.
- Zeichenmaterial wird unrealistisch mit weniger als 2 Euro Kosten angesetzt.
- Ein Kinderhaarschnitt für Grundschülerinnen kostet mehr als die veranschlagten 80 Cent im Monat.
- 12 Euro jährlich für Handycosten sind unzureichend, dabei wird ein Smartphone für den Klassenchat oder online-Hausaufgaben vorausgesetzt.

Berlin, 27. Oktober 2020

Gez.
Maria Loheide
Vorstand Sozialpolitik
Diakonie Deutschland

III. Anhang: methodische Kritik und Nachweise

Im Einzelnen weist die Diakonie Deutschland wesentliche systematische Fehler der Regelbedarfs-ermittlung und ihrer Anwendung für bestimmte Personengruppen wie folgt methodisch nach:

a) Asylbewerberleistungsgesetz verwirklicht Existenzsicherung nicht

Die Diakonie Deutschland kritisiert die durch das Asylbewerberleistungsgesetz verwirklichten Sonderregelungen. Die existenzsichernden Leistungen sollten einheitlich im Rahmen der Grundsicherung nach den SGB II und SGB XII erbracht werden. Übereinstimmend mit der von der Bundestagsfraktion von Bündnis 90 / Die Grünen in ihrem Antrag (Drs. 19/2324) formulierten Kritik fordert die Diakonie, das Asylbewerberleistungsgesetz abzuschaffen und in einem ersten Schritt Leistungskürzungen nach § 1a AsylbLG abzuschaffen, für Leistungsberechtigte außerhalb von Erstaufnahmeeinrichtungen und Gemeinschaftsunterkünften die gleichen Regelsätze wie für alle Grundsicherungsbeziehenden vorzusehen und bei der Berechnung der Regelsätze im Fall der Unterbringung in Unterkünften nur Ausgaben herauszurechnen, wenn adäquate Leistungen auch tatsächlich anderweitig erbracht werden.

Die Diakonie Deutschland spricht sich gemeinsam mit den Verbänden der Freien Wohlfahrtspflege seit Einführung dieses Sonderleistungsrechts für Geflüchtete und Geduldete im Jahr 1993 für die Abschaffung des AsylbLG und die Anwendung der Grundsicherungssysteme der SGB II und XII auf AsylbLG-Berechtigte aus. Sie ist der Auffassung, dass mit den nach AsylbLG gewährten Leistungen das verfassungsrechtlich garantierte Existenzminimum nicht gesichert wird und dass die Schlechterstellung von Asylbewerber*innen und Geduldeten gegenüber anderen Teilen der Bevölkerung im Hinblick auf das Existenzminimum verfassungsrechtlich nicht gerechtfertigt ist. Spätestens seit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 18.7.2012 (1 BvL 10/10) zur unbedingten Wahrung des physischen und soziokulturellen Existenzminimums als Ausdruck der Menschenwürde ist deutlich, dass Inhalt und Konzeption des AsylbLG nicht nur integrationspolitisch und vor dem Hintergrund eines christlichen Menschenbildes verfehlt, sondern auch verfassungswidrig sind. Mit dem sog. „Geordnete-Rückkehr-Gesetz“ und dem Dritten Gesetz zur Änderung des Asylbewerberleistungsgesetzes 2019 wurden erneut Leistungseinschränkungen beschlossen. Insbesondere sind die auf den sog. „unabweisbaren Bedarf“ abgesenkten Leistungen des AsylbLG durch die inzwischen 22 Sanktionstatbestände des § 1a AsylbLG abzuschaffen. Dieser hat in den letzten Gesetzesänderungen eine deutliche Ausweitung erfahren, obwohl dem Bundesgesetzgeber nach eigenen Angaben aufgrund der Länderzuständigkeit keine eigenen Erkenntnisse zur Wirksamkeit, Eignung, Erforderlichkeit und Angemessenheit der Sanktionsregelungen vorliegen.⁸ Die Diakonie Deutschland ist der Auffassung, dass das bereits im AsylbLG gekürzte physische und soziokulturelle Existenzminimum nicht noch einmal deutlich unterschritten werden darf.

Alleinstehende in einer Gemeinschaftsunterkunft oder einer Erstaufnahmeeinrichtung erhalten seit 2019 Leistungen nach der Regelbedarfsstufe 2 (10% weniger als zuvor). Die Leistungsreduzierung wurde mit einer angenommenen „Solidarisierung in der Gemeinschaftsunterbringung“ und sich daraus ergebender Synergie- und Einspareffekte ähnlich einer Bedarfsgemeinschaft begründet. Eine

⁸ Antwort auf die schriftliche Frage der Abgeordneten Ulla Jelpke vom 20.12.2019, BT-Drs. 19/16190, Nr. 90, S.55

solche Bedarfsgemeinschaft mit einem gemeinsamen Wirtschaften und Einkaufen unter alleinstehenden Personen in einer Gemeinschaftsunterkunft unterschiedlicher Herkunft und Sprachen anzunehmen, ist lebensfremd und schränkt die Bedarfsdeckung in unzulässiger Weise ein.

Im Übrigen ist das Sachleistungsprinzip zur Bedarfsdeckung ungeeignet. Die 2019 verstärkte Rückkehr zum Sachleistungsprinzip behindert selbstbestimmte Lebensführung und Teilhabe und führt oft zur Bedarfsunterdeckung und ist daher abzulehnen.

b) Schlechterstellung von Menschen mit Behinderung in besonderen Wohnformen

Der Gesetzentwurf enthält weiterhin eine nicht begründete Schlechterstellung von Menschen mit Behinderungen in besonderen Wohnformen, denen allein oder mit weiteren Personen ein persönlicher Wohnraum und zusätzliche Räumlichkeiten zur gemeinschaftlichen Nutzung überlassen sind. Diese Personen werden sachlich falsch der Regelbedarfsstufe 2 zugeordnet und erfahren dadurch im Vergleich zu anderen Personen eine weitere Minderung ihres Existenzminimums. (§ 8 Abs. 1 Ziffer 2 HS 2 RBEG 2021 –E)

Im Gesetzgebungsverfahren 2016 war die Zuordnung zur Regelbedarfsstufe 2 u.a. damit begründet worden, dass gem. § 42a Abs. 5 SGB XII regelsatzrelevante Bedarfe über die Kosten der Unterkunft finanziert werden können und somit entsprechende Bedarfe gedeckt seien. Bislang liegen jedoch keine schlüssigen Datenerhebungen vor, die die formulierten Annahmen der Gesetzesbegründung aus 2016 (Deckung regelsatzrelevanter Bedarfe über Kosten der Unterkunft und Vergleichbarkeit mit Paarhaushalten bzgl. der Ersparnisse) valide belegen würden.

Auch im Rahmen der umfangreichen BTHG-Evaluation konnten keine validen Daten erhoben werden, die die Annahmen der Gesetzesbegründung 2016 zum RbEG stützen würden. Wie dem „Bericht zum Stand und zu den Ergebnissen der Maßnahmen nach Art. 25 Abs. 2-4 BTHG“ vom Januar 2020 zu entnehmen ist, gibt es weder zum Regelungsbereich 6 (Trennung der Fachleistungen der EGH von den Leistungen zum Lebensunterhalt) noch zum Regelungsbereich 7 (Sicherungsmechanismus „Betrag zur freien Verfügung“) belastbare Aussagen, u.a. wegen fehlender valider Daten. (s. h. Unterrichtung durch die Bundesregierung/ Bundesdrucksache 19/16470 vom 08.01.2020)

Vor diesem Hintergrund fordert die Diakonie Deutschland den Gesetzgeber im Zuge des aktuellen Gesetzgebungsverfahrens erneut auf, Menschen mit Behinderungen in gemeinschaftlichen besonderen Wohnformen der Eingliederungshilfe künftig der Regelbedarfsstufe 1 zuzuordnen, denn:

Die Zuordnung zur Regelbedarfsstufe 2 von Menschen mit Behinderungen in besonderen Wohnformen beruht auf einer freihändigen Schätzung und nicht auf einer validen Datenbasis. Das Bundesverfassungsgericht hatte in seiner Entscheidung auf die Notwendigkeit einer verlässlichen statistischen Grundlage hingewiesen. Diese liegen für die besonderen Wohnformen nicht vor. Somit werden auch spezifische Kosten von Menschen mit Behinderungen, die in besonderen Wohnformen mit 24-stündigen Assistenz- und Unterstützungsleistungen leben, nicht berücksichtigt. Sie haben beispielsweise in den Bereichen Ernährung, Kleidung, Hygiene, Körperpflege, Hausrat sowie Barrierefreiheit behinderungsspezifische Aufwendungen. So fallen die Kosten für nicht verschreibungs- jedoch apothekenpflichtige Arzneimittel sowie Gesundheitspflegeprodukte in der Regel deutlich höher aus als bei anderen Personen. Hinzu kommt, dass es z.B. für Menschen mit kognitiver Behinderung deutlich schwerer sein kann, die monatlich vorgesehenen Konsummengen einzuteilen. Auch ist damit zu rechnen, dass bei der Haushaltsführung Gebrauchsgegenstände öfter ersetzt werden müssen. In diesem Zusammenhang bringt auch die im BTHG vorgesehene Mög-

lichkeit, behindertenspezifische Bedarfe als Fachleistungen zu qualifizieren, keine adäquate Lösung, da es hier an sich um Leistungen im Rahmen des täglichen Lebens geht, die adäquat und bedarfsgerecht bemessen werden müssen.⁹

Die Übertragung von Einspareffekten auf die Lebenssituationen von Menschen mit Behinderungen in besonderen Wohnformen ist nicht sachgerecht. Die Regelbedarfsstufe 2 bezieht sich auf gemeinsame Haushalte von Ehe-/ Lebenspartner/innen, bei denen Einspareffekte durch eine gemeinsame Haushaltsführung angenommen werden. Die Übertragung von Einspareffekten in Paarhaushalten auf die Lebens- und Bedarfssituationen von Menschen mit Behinderungen in gemeinschaftlichen besonderen Wohnformen (aufgrund des Zusammenlebens mehrerer Personen) ist aus fachpolitischer Sicht nicht akzeptabel. Für eine solche Annahme des gemeinsamen Wirtschaftens in besonderen Wohnformen fehlen entsprechende empirische Daten. Eine solche Annahme lässt sich auch nicht auf die Einspareffekte stützen, die sich beim Zusammenleben in gemeinsam zu nutzenden, bereits ausgestatteten Gemeinschaftsräumlichkeiten gegenüber der Bedarfsguppe 1 ergeben (können). Ein Maßstab für die Auskömmlichkeit der Regelsätze könnten Vergleiche mit der spezifischen Situation von Menschen mit Behinderungen in besonderen Wohnformen sein.

Erschwerend kommen Probleme bei der Ermittlung angemessener Kosten der Unterkunft hinzu. Dort wird außer Acht gelassen, dass deutliche Unterschiede zwischen den Unterkunftskosten in besonderen Wohnformen und den Mietkosten eines Einpersonenhaushalts bestehen, da im herkömmlichen Mietwohnungsbau weder ordnungsrechtliche Maßgaben zu beachten sind, noch barrierefreie Infrastrukturen/Ausstattungen wie in den besonderen Wohnformen zu berücksichtigen sind.

c) Gesamtdarstellung: Willkürliche Abzüge

Auf Grundlage des vom Statistischen Bundesamt ermittelten Datenmaterials legt die Diakonie Deutschland nachfolgend eine umfassende Analyse vor, die die Gesamtsumme der willkürlichen Kürzungen in den direkt ermittelten Regelbedarfsstufen 1, 4, 5 und 6 transparent macht.

1.1 ⁹ Siehe dazu die Stellungnahme des Deutschen Vereins zum Referentenentwurf eines Gesetzes zur Stärkung der Teilhabe und Selbstbestimmung von Menschen mit Behinderungen (Bundesteilhabegesetz) vom 18.5.2016.

Regelbedarfsstufe 1: Erwachsene / Alleinstehende

Erfasste Haushalte: 2.311
HH Stromauswertung extra: 2.120
HH ohne Kfz: 1.500

Zusammenfassung: Ermittlung des Fehlbetrags aufgrund willkürlicher Streichungen

Abteilung 01 und 02: Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren
Summe Fehlbetrag:
17,16 Euro

Abteilung 03: Bekleidung und Schuhe
Summe Fehlbetrag:
0,96 Euro

Abteilung 04: Wohnungsmieten, Energie und Wohnungsinstandhaltung mit Sonderauswertung Strom
Summe: **unklar bzw. nicht valide ermittelt (Strom)**

Abteilung 05: Innenausstattung, Haushaltsgeräte und –gegenstände, laufende Haushaltsführung
Diakonie plädiert für Einzelleistungen / Erstattung der Anschaffungskosten für Waschmaschine, Kühlschrank und große Elektrogeräte, dafür Abzug der geringen Pauschale:
-1,63 Euro

Abteilung: 06: Gesundheitspflege
10,30 Euro

Abteilung 07: Verkehr
37,80 Euro

Abteilung 08: Post und Telekommunikation
Berechnungen insgesamt richtig

Abteilung 09: Freizeit, Unterhaltung, Kultur
28,22 Euro

Abteilung 10: Bildungswesen
Abzug vom Regelsatz, der sich aus methodischen Fehlern in der Konzeption der statistischen Vergleichsgruppe ergibt: **Ausgleich systematischer Fehler**
7,29 Euro

Abteilung 11: Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen
37,49 Euro

Abteilung 12: Andere Waren und Dienstleistungen
22,26 Euro

Summe Fehlbetrag Abteilung 1-12:
159,85 Euro

Die einzelnen willkürlichen Streichungen werden im Folgenden im Detail dargestellt:

- Abteilung 01 und 02: Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren**

Lfd. Nr.	Code	Gegenstand der Nachweisung	Durchschnittliche monatliche Ausgaben der Referenzhaushalte (Euro)	Regelbedarfsrelevanter Anteil laut BMAS (Euro)	Regelbedarfsrelevante Verbrauchsausgaben gestrichen (Euro)
	0210 000	alkoholische Getränke (auch alkoholfreie Biere und Weine)	9,47	3,13	6,34
	0220 000	Tabakwaren	10,82	-	10,82
Summe nicht berücksichtigter Ausgaben					17,16

Anmerkung: Da die Streichung der durchschnittlichen Ausgaben einer Minderheit für Genussmittel zur Kürzung der möglichen Lebensmittelausgaben der Mehrheit führen, ist dies widersinnig und führt zu einem zu geringen Ansatz für Ernährung.

Summe: **17,16 Euro**

- Abteilung 03: Bekleidung und Schuhe**

Lfd. Nr.	Code	Gegenstand der Nachweisung	Durchschnittliche monatliche Ausgaben der Referenzhaushalte (Euro)	Regelbedarfsrelevanter Anteil (Euro)	Regelbedarfsrelevante Verbrauchsausgaben gestrichen (Euro)
	0314 200	chemische Reinigung, Waschen, Bügeln und Färben von Bekleidung	0,52	100 %	0,52
	0312 300	Bekleidung für Kinder unter 14 Jahren	0,44	100 %	0,44
Summe nicht berücksichtigter Ausgaben					0,96

Anmerkungen: 0312 300 enthält den Bedarf von Trennungseltern und Geschenke an Verwandte.

Summe: **0,96 Euro**

- **Abteilung 04: Wohnungsmieten, Energie und Wohnungsinstandhaltung mit Sonderauswertung Strom**

Summe: **unklar bzw. nicht valide ermittelt (Strom)**

Ermittelte Kosten decken nicht die notwendigen Kosten für einen normalen Haushalt ab, wie sie mit dem Stromspiegel Deutschland nachgewiesen werden.

<https://www.stromspiegel.de/stromverbrauch-verstehen/stromverbrauch-im-haushalt/>

- **Abteilung 05: Innenausstattung, Haushaltsgeräte und –gegenstände, laufende Haushaltsführung**

Lfd. Nr.	Code	Gegenstand der Nachweisung	durchschnittliche monatliche Ausgaben der Referenzhaushalte (Euro)	Regelbedarfsrelevanter Anteil	Regelbedarfsrelevante Verbrauchsausgaben gestrichen (Euro)
	0520 901	Anfertigen sowie fremde Reparaturen von Heimtextilien	0,07	100 %	0,07
	0552 901	nicht motorbetriebene Gartengeräte (inkl. Reparaturen, Miete)	(0,24)	100 %	(0,24)
	0562 900	Haushaltshilfen und andere häusliche Dienstleistungen	1,33	100 %	1,33
Summe nicht berücksichtigter Ausgaben					1,64

Sinnvoller als Einzelleistung, denn als Teil des Regelsatzes zu finanzieren wären:

23	0531 100	Kühlschränke, Gefrierschränke und –truhen	(1,67)	100 %	(1,67)
24	0531 200	Waschmaschinen, Wäschetrockner, Geschirrspül- und Bügelmaschinen	(1,60)	100 %	(1,60)
Summe hierdurch freiwerdender Ausgaben					3,27

Anmerkungen:

- Kinderbetreuung durch Privatpersonen konnte nicht ermittelt werden, keine Zahlen
- Haushaltshilfen werden von Älteren und Menschen mit Behinderung benötigt

Summe: **1,64 Euro**

Die geringen Summen für Kühlschränke, Waschmaschinen und Ähnliches mit dem geringen Betrag von insgesamt 3,27 Euro (davon 1,67 Euro Waschmaschine) gehören nicht in den Regelsatz, sondern sollten Gegenstand einer Einzelleistung werden.

Ergebnis: Diese Abteilung wäre in der Summe um 1,63 Euro zu kürzen, dafür wären dann aber einmalige Leistungen für Waschmaschine und Kühlschrank („weiße Ware“) einzuführen.

Summe Abzug: -1,63 Euro

- **Abteilung: 06: Gesundheitspflege**

Lfd. Nr.	Code	Gegenstand der Nachweisung	Durchschnittliche monatliche Ausgaben der Referenzhaushalte (Euro)	Regelbedarfsrelevanter Anteil	Regelbedarfsrelevante Verbrauchsausgaben gestrichen (Euro)
	0613 072	Zahnersatz Materialkosten (einschl. Eigenanteile)	1,45	100 %	1,45
	0621 901	Arztleistungen (einschl. Eigenanteile)	2,95	100 %	2,95
	0622 000	Zahnarztleistungen (einschl. Eigenanteile)	3,87	100 %	3,87
	0623 900	sonstige medizinische Versorgung außerhalb von Krankenhäusern (einschl. Eigenanteile)	1,40	100 %	1,40
	0630 000	Dienstleistungen der Krankenhäuser (einschl. Eigenanteile)	(0,63)	100 %	0,63
Summe nicht berücksichtigter Ausgaben					10,30

Summe: **10,30 Euro**

- **Abteilung 07: Verkehr**

Sonderauswertung für Haushalte ohne Ausgaben für die Position „Kraftstoffe, Autogas, Strom für Elektroautos, Schmiermittel“

Lfd. Nr.	Code	Gegenstand der Nachweisung	Durchschnittliche monatliche Ausgaben der Referenzhaushalte (Euro)	Regelbedarfsrelevanter Anteil	Regelbedarfsrelevante Verbrauchsausgaben (Euro)
41	0713 000	Kaufpreis für Fahrräder	(1,31)	100 %	(1,31)
42	0721 070	Zubehör, Einzel- und Ersatzteile für Fahrräder	1,61	100 %	1,61
43	0723 000	Wartungen, Pflege und Reparaturen von Fahrzeugen	(0,93)	100 %	(0,93)
44	0731 - 0736	Fremde Verkehrsdienstleistungen	33,28	Umgerechnet*	33,28
Summe regelbedarfsrelevanter Ausgaben					39,01

*Rechnerische Berücksichtigung aller Aufwendungen für fremde Verkehrsdienstleistungen ohne Luftverkehr bei Haushalten mit Kraftstoffausgaben

Überblick nicht berücksichtigte Ausgaben:

Die Ausgaben für Verkehr sind nicht schlüssig. Die ermittelten Kosten reichen vielerorts nicht aus, um ein Sozialticket für den ÖPNV zu erwerben. Wenn argumentiert wird, dass in einer Großstadt Alternativen zum Auto bestehen, müssen diese zugänglich sein. Dann müsste ein Sozialticket als Sachleistung ausgegeben werden. Auf dem Land gilt dies in der Regel nicht. Darum wäre es richtig, zumindest hier den vollen ermittelten Mobilitätsbedarf zu gewähren. Zudem dürfte die Jobsuche kaum möglich sein, wenn eine Person nicht mobil ist. Die tatsächlichen Ausgaben für Verkehr stellen sich in der EVS-Auswertung wie folgt dar:

Lfd. Nr.	Code	Gegenstand der Nachweisung	Durchschnittliche monatliche Ausgaben der Referenzhaushalte (Euro)	Regelbedarfsrelevanter Anteil	Regelbedarfsrelevante Verbrauchsausgaben gestrichen (Euro)
	0712, 0713	Kraft- und Fahrräder	(2,29)	100 %	(2,29)
	0721 070	Zubehör, Einzel- und Ersatzteile für Fahrräder	1,35	100 %	1,35

	0721 900	Ersatzteile und Zubehör für Kraftfahrzeuge und Krafträder	2,66	100 %	2,66
	0722 000	Kraftstoffe, Autogas, Strom für Elektroauto, Schmiermittel	19,24	100 %	19,24
	0723 000	Wartungen, Pflege und Reparaturen von Fahrzeugen	8,72	100 %	8,72
	0724 900	sonstige Dienstleistung (z.B. Park-, TÜV-Gebühren, mit Arbeitsstelle verbundene Garagen-/Stellplatzmiete)	2,79	100 %	2,79
	0731 - 0736	fremde Verkehrsdienstleistungen	28,19	100 %	28,19
Summe nicht berücksichtigter Ausgaben Verkehr insgesamt					76,81

Summe relevanter Fehlbetrag: **37,80 Euro**

(EVS-Verkehrsbetrag minus Betrag Sonderauswertung Verkehr ohne Kfz)

- **Abteilung 08: Post und Telekommunikation**

Keine Abzüge.

- **Abteilung 09: Freizeit, Unterhaltung, Kultur**

Lfd. Nr.	Code	Gegenstand der Nachweisung	Durchschnittliche monatliche Ausgaben der Referenzhaushalte (Euro)	Regelbedarfsrelevanter Anteil	Regelbedarfsrelevante Verbrauchsausgaben gestrichen (Euro)
	0912 000	Foto- und Filmausrüstungen, optische Geräte und Zubehör	(0,74)	100 %	(0,74)
	0932 020	Campingartikel	(0,29)	100 %	(0,29)

	0933 900	Gartenerzeugnisse und Verbrauchsgüter für die Gartenpflege	1,81	100 %	1,81
	0933 901	Schnittblumen und Zimmerpflanzen	2,95	100 %	2,95
	0934 900	Haustiere einschl. Veterinär- u. a. Dienstleistungen	6,19	100 %	6,19
	0942 330	Gebühren für Kabelfernsehen	2,79	100 %	2,79
	0942 340	Gebühren für Pay-TV, Online-Videotheken	0,89	100 %	0,89
	0942 901	Miete/Leihgebühren für Fernseher, DVD-Player/Recorder u. Ä., Videofilme, DVDs	(0,12)	100 %	(0,12)
	096	Pauschalreisen	12,44		12,44
Summe nicht berücksichtigter Ausgaben					28,22

Summe: **28,22 Euro**

- **Abteilung 10: Bildungswesen**

Überblick nicht berücksichtigte Ausgaben, methodisch unsauber

Lfd. Nr.	Code	Gegenstand der Nachweisung	Durchschnittliche monatliche Ausgaben der Referenzhaushalte (Euro)	Regelbedarfsrelevanter Anteil	Regelbedarfsrelevante Verbrauchsausgaben gestrichen (Euro)
	1020 900	Studien-, Lehrgangs- und Prüfungsgebühren Schulen / Hochschulen	7,29	so methodisch nicht ermittelbar	7,29
Summe nicht berücksichtigter Ausgaben					7,29

In der statistischen Vergleichsgruppe sind Auszubildende und Studierende enthalten. Wenn deren typische Ausgaben nicht mit Maßstab für den Regelsatz sein sollen, wären sie aus der statistischen Vergleichsgruppe auszuschließen.

Summe aus methodischen Fehlern in der Konzeption der Vergleichsgruppe: **7,29 Euro**

• **Abteilung 11: Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen**

Lfd. Nr.	Code	Gegenstand der Nachweisung	Durchschnittliche monatliche Ausgaben der Referenzhaushalte (Euro)	Regelbedarfsrelevanter Anteil	Regelbedarfsrelevante Verbrauchsausgaben gestrichen (Euro)
69	1111 000	Speisen und Getränke in Restaurants, Cafés, Eisdiensten, an Imbissständen und vom Lieferservice	31,61	100 % (+68,7 %)	21,72
70	1112 000	Speisen und Getränke in Kantinen und Mensen	4,69	100 % (+68,7 %)	3,22
	1120 000	Übernachtungen	12,55	100 %	12,55
Summe nicht berücksichtigter Ausgaben					37,49

Anmerkungen:

Die in der Begründung gemachte Feststellung, dass a) Essen außer Haus an sich jenseits des Warenwertes der Speisen nicht regelbedarfsrelevant wäre, b) Leistungsbeziehende in der Grundsicherung nicht Kantinen oder Mensen aufsuchen müssten sowie c) Übernachtungen immer in Zusammenhang mit Urlaub stünden und insofern abzuziehen wären, sind insgesamt nicht schlüssig. Grundsicherungsleistungen sollen die soziale Teilhabe gewährleisten. Treffen und Austausch mit anderen, im privaten Kontext wie auch im Rahmen von Engagement, politischen Versammlungen, Elternstammtisch o.ä. finden oft in Gaststätten und Cafés statt. Dass die Regelsatzermittlung dies ausschließt, bedeutet eine starke Form gesellschaftlicher Ausgrenzung. Treffen mit anderen sind dann kaum möglich. Auch Einladungen zu sich nach Hause müssten ja durch die Leistungsanteile finanziert werden, die für die eigene Ernährung vorgesehen sind. Somit sind Kosten für soziale Kontakte insgesamt gestrichen. Ebenfalls unsinnig ist die Annahme, dass Kantinenkosten nicht anfallen können. Sofern Leistungsbeziehende ihr Erwerbseinkommen aufstocken, werden sie in diesem Kontext auch Speisen zu sich nehmen. Das gemeinsame Essen mit Kolleg*innen ist ein wichtiger sozialer Austausch. Auch die Annahme, dass Übernachtungen immer Urlaubscharakter haben, ist falsch. Sie können bei Ausübung des Umgangsrechtes anfallen, bei Krankenhausbesuchen Verwandter, bei der Pflege sozialer Kontakte oder im Rahmen eines gesellschaftlichen oder politischen Engagements.

Summe: **37,49 Euro**

• **Abteilung 12: Andere Waren und Dienstleistungen**

Lfd. Nr.	Code	Gegenstand der Nachweisung	Durchschnittliche monatliche Ausgaben der Referenzhaushalte (Euro)	Regelbedarfsrelevanter Anteil	Regelbedarfsrelevante Verbrauchsausgaben gestrichen (Euro)
	1231 901	Schmuck, auch Reparaturen	1,04	100 %	1,04
	1232 000	sonstige persönliche Gebrauchsgegenstände	2,31	100 %	2,31
	1533 000	Kfz-Haftpflicht- und Kaskoversicherungen	8,76	100 %	8,76
	1539 100	Private Haftpflichtversicherungen	4,07	100 %	4,07
	1539 300	Hausratversicherungen	3,96	100 %	3,96
	1542 000	Geldspenden und sonstige unregelmäßige Übertragungen an Organisationen ohne Erwerbszweck	2,07	100 %	2,07
	1545 000	Gerichtskosten, Geldstrafen, gebührenpflichtige Verwarnungen u. Ä.	0,40	100 %	0,40
Summe nicht berücksichtigter Ausgaben					22,61

Anmerkungen:

- Einfacher wäre die Direktfinanzierung der Kosten eines Personalausweises.
- Der Abzug von Schmuck und Gebrauchsgegenständen ist willkürlich.
- Wer ein Auto hat, muss eine Haftpflichtversicherung abschließen. Im SGB II ist der Besitz eines Autos als zulässig definiert.
- Haftpflicht- und Hausratversicherung versichern Risiken am Existenzminimum. Haftungsschäden können lebenslang die Existenzgrundlage gefährden.

Summe: **22,26 Euro**

Regelbedarfsstufe 6: Kinder 0 bis unter 6 Jahre

Erfasste Haushalte: 278

HH Strom extra: 259

HH ohne Kfz: 46

Zusammenfassung: Ermittlung des Fehlbetrags aufgrund willkürlicher Streichungen

Abteilung 03: Bekleidung und Schuhe

0,31 Euro

Abteilung 05:

Innenausstattung, Haushaltsgeräte und –gegenstände, laufende Haushaltsführung

0,71 Euro

Abteilung: 06: Gesundheitspflege

4,53 (+ 1,45 Euro)

Abteilung 07: Verkehr

8,25 Euro

Abteilung 09: Freizeit, Unterhaltung, Kultur:

8,73 Euro

Abteilung 11: Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen

10,59 Euro

Abteilung 12: Andere Waren und Dienstleistungen

9,20 Euro

Nicht gerechtfertigte Abzüge gesamt:

(wobei Waschmaschine und Kühlschrank als Einzelleistung gewährt werden)

42,32 Euro

Plus **1,45 Euro** aus methodischen Unklarheiten und Fehlern

Summe Fehlbetrag Abteilung 1-12:

43,78 Euro

Die einzelnen willkürlichen Streichungen werden im Folgenden im Detail dargestellt:

- **Abteilung 01 und 02: Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren**

Rechnung korrekt

- **Abteilung 03: Bekleidung und Schuhe**

Lfd. Nr.	Code	Gegenstand der Nachweisung	durchschnittliche monatliche Ausgaben der Referenzhaushalte; hochgerechnet pro Kind (Euro)	Regelbedarfsrelevanter Anteil	Regelbedarfsrelevante Verbrauchsausgaben gestrichen (Euro)
	0314 200	chemische Reinigung, Waschen, Bügeln und Färben von Bekleidung	(0,31)	100 %	0,31
Summe nicht berücksichtigter Ausgaben					0,31

Summe: **0,31 Euro**

- **Abteilung 04: Wohnungsmieten, Energie und Wohnungsinstandhaltung mit Sonderauswertung Strom**

Summe relevanter Fehlbetrag: **unklar bzw. nicht valide ermittelt (Strom)**

- **Abteilung 05: Innenausstattung, Haushaltsgeräte und –gegenstände, laufende Haushaltsführung**

Lfd. Nr.	Code	Gegenstand der Nachweisung	Durchschnittliche monatliche Ausgaben der Referenzhaushalte; hochgerechnet pro Kind (Euro)	Regelbedarfsrelevanter Anteil	Regelbedarfsrelevante Verbrauchsausgaben gestrichen (Euro)
	0531 200, 900, 901	sonstige größere Haushaltsgeräte einschließlich Reparaturen	2,35	100 %	2,35
	0552 901	nicht motorbetriebene Gartengeräte (inkl. Reparaturen, Miete)	(0,17)	100 %	(0,17)
Summe nicht berücksichtigter Ausgaben					2,52

Sinnvoller als Einzelleistung, denn als Teil des Regelsatzes zu finanzieren wären:

	0531 200, 900, 901	sonstige grö- ßere Haus- haltsgeräte einschließlich Reparaturen	2,35	100 %	2,35
23	0531 100	Kühlschränke, Gefrier- schränke und – truhen	?	100 %	?
Summe hierdurch freiwerdender Ausgaben					2,35

Summe: **2,52 Euro**

Allerdings gehören die geringen Summen für Kühlschränke, Waschmaschinen und Ähnliches mit dem geringen Betrag von **2,35 Euro nicht in den Regelsatz**, sondern sollten Gegenstand einer Einzelleistung werden.

Ergebnis:

Summe: **0,17 Euro**

- **Abteilung: 06: Gesundheitspflege**

Lfd. Nr.	Code	Gegenstand der Nachwei- sung	Durchschnittliche monatliche Aus- gaben der Refe- renzhaushalte; hochgerechnet pro Kind (Euro)	Regelbe- darfsrele- vanter Anteil	Regelbedarfs- relevante Ver- brauchsausga- ben gestrichen (Euro)
	0621- 0630	Dienstleistun- gen für die Ge- sundheits- pflege	4,53	100 %	4,53
Summe nicht berücksichtigter Ausgaben					4,53

Überblick nicht berücksichtigte Ausgaben, unklar, ob sachlich falsch oder richtig

Lfd. Nr.	Code	Gegenstand der Nachwei- sung	durchschnittliche monatliche Aus- gaben der Refe- renzhaushalte; hochgerechnet pro Kind (Euro)	Regelbe- darfsrele- vanter Anteil	Regelbedarfs- relevante Ver- brauchsausga- ben gestrichen (Euro)
	0613	Gebrauchsgü- ter für die Ge- sundheits- pflege, darin:	1,45	? % (EVS-Da- tenbasis unklar)	1,45
	0613 072	<i>Zahnersatz Materialkosten</i>		100 %	

		(einschl. Eigenanteile)			
	0613 050	orthopädische Schuhe (einschl. Eigenanteile)	--	(nein, gesonderter Anspruch)	--
	0613 090	Reparaturen von therapeutischen Geräten und Ausrüstungen (einschl. Eigenanteile)	/	(nein, gesonderter Anspruch)	nicht ermittelt
Summe nicht berücksichtigter Ausgaben					1,45

Anmerkungen:

- Die Streichung der Oberkategorie „Gebrauchsgüter für die Gesundheitspflege“ lässt nicht erkennen, ob die Unterpositionen durch Einzelleistungen ausgeglichen sind oder nicht. Da die Fallzahlen insgesamt niedriger als 25 sind, wird nur die Oberkategorie ausgewiesen.

Summe relevanter Fehlbetrag: **4,53 Euro (+ ggf. 1,45 Euro)**

- Abteilung 07: Verkehr**

Sonderauswertung für Haushalte ohne Ausgaben für die Position „Kraftstoffe, Autogas, Strom für Elektroautos, Schmiermittel“

Lfd. Nr.	Code	Gegenstand der Nachweisung	durchschnittliche monatliche Ausgaben der Referenzhaushalte pro Kind (Euro)	Regelbedarfsrelevanter Anteil	Regelbedarfsrelevante Verbrauchsausgaben in Euro pro Kind
39	0713 000	Kaufpreis für Fahrräder	/	100 %	/
40	0721 070	Zubehör, Einzel- und Ersatzteile für Fahrräder	/	100 %	/
41	0723 000	Wartungen, Pflege und Reparaturen von Fahrzeugen	/	100 %	/
42	0731 - 0736	Fremde Verkehrsdienstleistungen	16,60	Umgerechnet*	21,64
Summe regelbedarfsrelevanter Ausgaben Verkehr insgesamt					25,39

*Rechnerische Berücksichtigung aller Aufwendungen für fremde Verkehrsdienstleistungen ohne Luftverkehr bei Haushalten mit Kraftstoffausgaben

Lfd. Nr.	Code	Gegenstand der Nachweisung	Durchschnittliche monatliche Ausgaben der Referenzhaushalte; hochgerechnet pro Kind (Euro)	Regelbedarfsrelevanter Anteil	Regelbedarfsrelevante Verbrauchsausgaben gestrichen (Euro)
	0712, 0713	Kraft- und Fahrräder	/	100 %	/
	0721 070	Zubehör, Einzel- und Ersatzteile für Fahrräder	(0,79)	100 %	(0,79)
	0721 900	Ersatzteile und Zubehör für Kraftfahrzeuge und Krafträder	(1,58)	100 %	(1,58)
	0722 000	Kraftstoffe, Autogas, Strom für Elektroauto, Schmiermittel	14,25	100 %	14,25
	0723 000	Wartungen, Pflege und Reparaturen von Fahrzeugen	3,97	100 %	3,97
	0724 900	sonstige Dienstleistungen (z. B. Park-, TÜV-Gebühren, mit Arbeitsstelle verbundene Garagen/Stellplatzmiete)	2,22	100 %	2,22
	0731 - 0736	fremde Verkehrsdienstleistungen	10,22	100 %	10,22
Summe nicht berücksichtigter Ausgaben: Verkehr insgesamt					33,63

Summe: **8,25 Euro**

(EVS-Verkehrsbetrag minus Betrag Sonderauswertung Verkehr ohne Kfz)

- **Abteilung 08: Post und Telekommunikation**

Die Berechnung ist richtig.

• **Abteilung 09: Freizeit, Unterhaltung, Kultur**

Lfd. Nr.	Code	Gegenstand der Nachweisung	Durchschnittliche monatliche Ausgaben der Referenzhaushalte; hochgerechnet pro Kind (Euro)	Regelbedarfsrelevanter Anteil	Regelbedarfsrelevante Verbrauchsausgaben gestrichen (Euro)
	0921, 0932	Abzug von Gesamtkosten bei: sonstige langlebige Gebrauchsgüter und Ausrüstungen für Kultur, Sport, Camping u. Ä.; BMAS akzeptiert nur Sportartikel	1,44	100 %	1,44
	0933 900	Gartenerzeugnisse und Verbrauchsgüter für die Gartenpflege	(0,55)	100 %	(0,55)
	0933 901	Schnittblumen und Zimmerpflanzen	0,79	100 %	0,79
	0934 900	Haustiere einschl. Veterinär- u. a. Dienstleistungen	(2,41)	100 %	(2,41)
	0942 330	Gebühren für Kabelfernsehen	/	100 %	/
	0942 340	Gebühren für Pay-TV, Online-Videotheken	/	100 %	/
	0942 901	Miete/Leihgebühren Fernseher, DVD-Player /Recorder u.ä., Videofilme, DVDs	/	100 %	/
	0952, 0953	Zeitungen, Zeitschriften u.ä.	3,54	100 %	3,54
Summe nicht berücksichtigter Ausgaben					8,73

Anmerkungen:

- Viele Haushalte mit Kindern haben ein Haustier.
- Streichung von „Schnittblumen“ heißt auch: kein Osterstrauch, kein Adventsschmuck, kein Weihnachtsbaum.

Summe: **8,73 Euro**

- **Abteilung 10: Bildungswesen**

Anmerkung: Betreuungskosten außerhalb von Randzeiten z.B. durch Babysitter sind nicht erhoben, könnten aber im Falle von nicht existenzsichernder Erwerbstätigkeit nötig sein. Auch sind Posten wie Gruppenkasse etc. nicht berücksichtigt.

Ergänzende Erhebung über doch bestehende Zusatzkosten wäre sinnvoll.

- **Abteilung 11: Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen**

Lfd. Nr.	Code	Gegenstand der Nachweisung	Durchschnittliche monatliche Ausgaben der Referenzhaushalte laut BMAS; hochgerechnet pro Kind (Euro)	Regelbedarfsrelevanter Anteil	Regelbedarfsrelevante Verbrauchsausgaben gestrichen (Euro)
65	1111 000	Speisen und Getränke in Restaurants, Cafés, Eisdieleen, an Imbissständen und vom Lieferservice	7,33	100 % (+68,7 %, die BMAS streicht)	5,04
66	1112 000	Speisen und Getränke in Kantinen und Mensen	2,62	100 % (+68,7 %, die BMAS streicht)	1,80
	1120 000	Übernachtungen	(3,75)	100 %	(3,75)
Summe nicht berücksichtigter Ausgaben					10,59

Anmerkungen:

- Kinder müssen auch ein Eis essen können – jenseits des Warenwertes.
- Die Summe für Übernachtungen würde einmal im Jahr eine Übernachtung mit den Eltern in der Jugendherberge oder auf dem Campingplatz ermöglichen. Im BuT wird Freizeit lediglich mit anderen Anbietern finanziert, nicht aber mit den Eltern.

Summe: **10,59 Euro**

• **Abteilung 12: Andere Waren und Dienstleistungen**

Lfd. Nr.	Code	Gegenstand der Nachweisung	Durchschnittliche monatliche Ausgaben der Referenzhaushalte; hochgerechnet pro Kind (Euro)	Regelbedarfsrelevanter Anteil	Regelbedarfsrelevante Verbrauchsausgaben gestrichen (Euro)
	1231 901	Schmuck, auch Reparaturen	Von 2,01 € ermittelten Ausgaben pro Haushalt wird nichts auf Kinder umgerechnet	100 %	?; keine Daten ausgewiesen
	1232 000	sonstige persönliche Gebrauchsgegenstände	3,81	100 %	3,81
	1533 000	Kfz-Haftpflicht- und Kaskoversicherungen	Von 40,05 Haushaltsausgaben wird nichts aufs Kind umgerechnet	100 %	?; keine Daten ausgewiesen
	1539 100	Private Haftpflichtversicherungen	2,87	100 %	2,87
	1539 300	Hausratversicherungen	2,52	100 %	2,52
	154	Mitgliedsbeiträge und Spenden	Von 18,81 € pro Haushalt nichts aufs Kind umgerechnet; zwar gibt es im BuT Beiträge, aber nicht bedarfsdeckend	100 %	?; keine Daten ausgewiesen
	1545 000	Gerichtskosten, Geldstrafen, gebührenpflichtige Verwarnungen u. Ä.	/	100 %	/
Summe nicht berücksichtigter Ausgaben					9,20

Anmerkungen:

- Haftpflichtversicherungen und Hausratversicherungen sollten berücksichtigt werden.

Summe: **9,20 Euro**

Regelbedarfsstufe 5: Kinder 6 bis unter 14 Jahre

- **Erfasste Haushalte: 144**

HH Strom extra: 136

HH ohne Kfz: 15

- **Zusammenfassung: Ermittlung des Fehlbetrags aufgrund willkürlicher Streichungen**

Abteilung 03: Bekleidung und Schuhe:

0,26 Euro

Abteilung 05: Innenausstattung, Haushaltsgeräte und –gegenstände, laufende Haushaltsführung

0,61 Euro

Abteilung 06: Gesundheitspflege

3,40 Euro (+ Korrektur methodische Fehler **2,90 Euro**)

Abteilung 07: Verkehr

11,77 Euro

Abteilung 09: Freizeit, Unterhaltung, Kultur

26,96 Euro

Abteilung 10: Bildungswesen

1,56 Euro (+ Korrektur methodisch unsauber: **8,09**)

Abteilung 11: Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen

19,52 Euro

Abteilung 12: Andere Waren und Dienstleistungen

6,68 Euro

Insgesamt willkürliche Abzüge:

70,75 Euro

Plus Korrektur methodischer Unsauberkeiten:

10,99 Euro

Summe Fehlbetrag Abteilung 1-12:

81,74 Euro

Die einzelnen willkürlichen Streichungen werden im Folgenden im Detail dargestellt:

- **Abteilung 01 und 02: Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren**

Die Berechnung ist richtig.

- **Abteilung 03: Bekleidung und Schuhe**

Lfd. Nr.	Code	Gegenstand der Nachweisung	Durchschnittliche monatliche Ausgaben der Referenzhaushalte; hochgerechnet pro Kind (Euro)	Regelbedarfsrelevanter Anteil	Regelbedarfsrelevante Verbrauchsausgaben gestrichen (Euro)
	0311, 0313	sonstige Bekleidung und Zubehör	0,52	100 %	0,26
Summe nicht berücksichtigter Ausgaben					0,26

Summe: **0,26 Euro**

- **Abteilung 04: Wohnungsmieten, Energie und Wohnungsinstandhaltung mit Sonderauswertung Strom**

Summe Fehlbetrag: **unklar bzw. nicht valide ermittelt (Strom)**

- **Abteilung 05: Innenausstattung, Haushaltsgeräte und –gegenstände, laufende Haushaltsführung**

Lfd. Nr.	Code	Gegenstand der Nachweisung	Durchschnittliche monatliche Ausgaben der Referenzhaushalte; hochgerechnet pro Kind (Euro)	Regelbedarfsrelevanter Anteil	Regelbedarfsrelevante Verbrauchsausgaben gestrichen (Euro)
	0520 901	Anfertigen sowie fremde Reparaturen von Heimtextilien	0,03	100 %	0,03
	054, 055	Sonstige Gebrauchsgüter für die Haushaltsführung	3,31	100 %	0,58
Summe nicht berücksichtigter Ausgaben					0,61

Anmerkungen:

- Ansatz für Waschmaschinen, Kühlschrank oder andere große elektrische Geräte nicht gegeben oder methodisch unklar, daher keine Summe für Abzug bei Einzelleistung ermittelt.

Summe: **0,61 Euro**

- **Abteilung: 06: Gesundheitspflege**

Überblick nicht berücksichtigte Ausgaben, teilweise sachlich richtig, teilweise falsch

Lfd. Nr.	Code	Gegenstand der Nachweisung	Durchschnittliche monatliche Ausgaben der Referenzhaushalte; hochgerechnet pro Kind (Euro)	Regelbedarfsrelevanter Anteil	Regelbedarfsrelevante Verbrauchsausgaben gestrichen (Euro)
	0613	Gebrauchsgüter für die Gesundheitspflege	2,90	100 %	2,90
	0613 050	orthopädische Schuhe (einschl. Eigenanteile)	/	(nein, gesonderter Anspruch)	/
	0613 090	Reparaturen von therapeutischen Geräten und Ausrüstungen (einschl. Eigenanteile)	/	(nein, gesonderter Anspruch)	/
	0613 072	Zahnersatz Materialkosten (einschl. Eigenanteile)	/	100 %	/
Summe nicht berücksichtigter Ausgaben					2,90

Willkürliche Abzüge

Lfd. Nr.	Code	Gegenstand der Nachweisung	Durchschnittliche monatliche Ausgaben der Referenzhaushalte; hochgerechnet pro Kind (Euro)	Regelbedarfsrelevanter Anteil	Regelbedarfsrelevante Verbrauchsausgaben gestrichen (Euro)
	0621-0630	Dienstleistungen für die Gesundheitspflege	3,4	100 %	3,4
	0621 901	Arztleistungen (einschl. Eigenanteile)	/	100 %	/

	0622 000	Zahnarztleistungen (einschl. Eigenanteile)	/	100 %	/
	0623 900	sonstige medizinische Versorgung außerhalb von Krankenhäusern (einschl. Eigenanteile)	/	100 %	/
	0630 000	Dienstleistungen der Krankenhäuser (einschl. Eigenanteile)	/)	100 %	/
Summe nicht berücksichtigter Ausgaben					3,40

Summe: **3,40 Euro (+ ggf. 2,90 Euro)**

- **Abteilung 07: Verkehr**

Sonderauswertung für Haushalte ohne Ausgaben für die Position „Kraftstoffe, Autogas, Strom für Elektroautos, Schmiermittel“

Lfd. Nr.	Code	Gegenstand der Nachweisung	Durchschnittliche Ausgaben der Referenzhaushalte pro Kind (Euro)	Regelbedarfsrelevanter Anteil	Regelbedarfsrelevante Verbrauchsausgaben in Euro pro Kind
40	0713 000	Kaufpreis für Fahrräder	/	100 %	/
41	0721 070	Zubehör, Einzel- und Ersatzteile für Fahrräder	/	100 %	/
42	0723 000	Wartungen, Pflege und Reparaturen von Fahrzeugen	/	100 %	/
43	0731 - 0736	Fremde Verkehrsdienstleistungen	(16,6)	Umgerechnet*	21,64
Summe regelbedarfsrelevanter Ausgaben					23,99

*Rechnerische Berücksichtigung aller Aufwendungen für fremde Verkehrsdienstleistungen ohne Luftverkehr bei Haushalten mit Kraftstoffausgaben

Anmerkungen:

- Kein Kinderfahrrad, hierfür gibt es aber auch keine Sachleistung.
- Summe ist höher als Einzelleistungen, da diese mitunter weniger als 25 Fallzahlen hatten und daher die entsprechenden Summen aus der Oberkategorie, die nicht differenzierter angegeben wurde, zur Ermittlung der Summe herangezogen wurden.

Die tatsächlichen Ausgaben für Verkehr stellen sich in der EVS-Sonderauswertung wie folgt dar:

Lfd. Nr.	Code	Gegenstand der Nachweisung	Durchschnittliche monatliche Ausgaben der Referenzhaushalte in Euro; hochgerechnet pro Kind	Regelbedarfsrelevanter Anteil	Regelbedarfsrelevante Verbrauchsausgaben in Euro gestrichen
	0712, 0713	Kraft- und Fahrräder	/	100 %	/
	0721 070	Zubehör, Einzel- und Ersatzteile für Fahrräder	(0,63)	100 %	1,35
	0721 900	Ersatzteile und Zubehör für Kraftfahrzeuge und Krafträder	(2,57)	100 %	2,66
	0722 000	Kraftstoffe, Autogas, Strom für Elektroauto, Schmiermittel	16,43	100 %	19,24
	0723 000	Wartungen, Pflege und Reparaturen von Fahrzeugen	7,30	100 %	8,72
	0724 900	sonstige Dienstleistungen (z.B. Park-, TÜV-Gebühren, Stellplatzmiete Arbeit)	(1,47)	100 %	2,79
	0731 - 0736	fremde Verkehrsdienstleistungen	7,04	100 %	28,19
Summe nicht berücksichtigter Ausgaben Verkehr insgesamt					35,76

Summe relevanter Fehlbetrag: **11,77 Euro**

(EVS-Verkehrsbetrag minus Betrag Sonderauswertung Verkehr ohne KfZ)

- **Abteilung 08: Post und Telekommunikation**

Korrekt, keine Abzüge

• **Abteilung 09: Freizeit, Unterhaltung, Kultur**

Lfd. Nr.	Code	Gegenstand der Nachweisung	Durchschnittliche monatliche Ausgaben der Referenzhaushalte o; hochgerechnet pro Kind (Euro)	Regelbedarfsrelevanter Anteil	Regelbedarfsrelevante Verbrauchsausgaben gestrichen (Euro)
	0932 020	Campingartikel	1,09	100 % (über Ansatz nächsthöherer Kategorie Differenz ermittelt)	1,09
	0933 900	Gartenerzeugnisse und Verbrauchsgüter für die Gartenpflege	(0,92)	100 %	(0,92)
	0933 901	Schnittblumen und Zimmerpflanzen	(0,66)	100 %	(0,66)
	0934 900	Haustiere einschl. Veterinär- u. a. Dienstleistungen	3,88	100 %	3,88
	0941 040	Miete und Leihgebühren für Sport- und Campingartikel	9,07	100 %	9,07
	0952, 0953	Zeitungen, Zeitschriften u.ä.	5,11	100 %, aber nur 4,85 aus Unterkategorien einberechnet	0,26
	096	Pauschalreisen	12,44		12,44
Summe nicht berücksichtigter Ausgaben					28,32
Davon abziehen: nicht ausgewiesener Ausgleichbetrag des BMAS					1,37
					26,96

Anmerkung:

- Aufgrund der niedrigen Fallzahlen sind teilweise keine Fallzahlen in für das BMAS relevanten Unterkategorien ermittelt. Hierfür setzt das BMAS einen Korrekturbedarf an, der aus Ausgaben der nächsthöheren Kategorie ermittelt wird.

Summe relevanter Fehlbetrag: **26,96 Euro**

- **Abteilung 10: Bildungswesen**

Überblick nicht berücksichtigte Ausgaben, methodisch unsauber

Lfd. Nr.	Code	Gegenstand der Nachweisung	Durchschnittliche monatliche Ausgaben der Referenzhaushalte; hochgerechnet pro Kind (Euro)	Regelbedarfsrelevanter Anteil	Regelbedarfsrelevante Verbrauchsausgaben gestrichen (Euro)
	1010, 1020, 1050 900	Kinderbetreuung	8,09	so methodisch nicht herleitbar	8,09
Summe nicht berücksichtigter Ausgaben					8,09

Anmerkung:

- Im Grundsicherungszug fallen keine Kita- oder Hort-Gebühren an, aber Gruppenkasse, Zusatzangebote, Geschenke in Kita, Vorschule, Hort oder Schule; bei Erwerbstätigkeit Babysitter für Betreuung in Randzeiten.

Summe: **1,56 Euro (+ Korrektur methodisch unsauber: 8,09 Euro)**

- **Abteilung 11: Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen**

Lfd. Nr.	Code	Gegenstand der Nachweisung	Durchschnittliche monatliche Ausgaben der Referenzhaushalte, Hochgerechnet pro Kind (Euro)	Regelbedarfsrelevanter Anteil	Regelbedarfsrelevante Verbrauchsausgaben gestrichen (Euro)
65	1111 000	Speisen und Getränke in Restaurants, Cafés, Eisdieleen, an Imbissständen und vom Lieferservice	16,91	100 % (+68,7 %)	11,61
66	1112 000	Speisen und Getränke in Kantinen und Mensen	(4,86)	100 % (+68,7 %)	3,34
	1120 000	Übernachtungen	(4,57)	100 %	(4,57)
Summe nicht berücksichtigter Ausgaben					19,52

Summe: **19,52 Euro**

- **Abteilung 12: Andere Waren und Dienstleistungen**

Lfd. Nr.	Code	Gegenstand der Nachweisung	Durchschnittliche monatliche Ausgaben der Referenzhaushalte in Euro	Regelbedarfsrelevanter Anteil	Regelbedarfsrelevante Verbrauchsausgaben in Euro gestrichen
	1231 901	Schmuck, auch Reparaturen	?; keine Berechnung des Anteils für Kinder	100 %	?; Daten fehlen
	1232 000	sonstige persönliche Gebrauchsgegenstände	1,80	100 %	1,80
	1539 100	Private Haftpflichtversicherungen	(2,36)	100 %	(2,36)
	1539 300	Hausratversicherungen	(2,52)	100 %	(2,52)
Summe nicht berücksichtigter Ausgaben					6,68

Summe: **6,68 Euro**

Regelbedarfsstufe 4: Kinder 14 bis unter 18 Jahre

Erfasste Haushalte: 105

HH Strom extra: 99

HH ohne Kfz: 14

Hinweis: aufgrund der sehr geringen Fallzahlen in dieser Altersgruppe setzt das BMAS verschiedene Korrekturbedarfe an, da oft Unterkategorien nicht ausgewiesen werden können.

Zusammenfassung: Ermittlung des Fehlbetrags aufgrund willkürlicher Streichungen

Abteilung 01 und 02: Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren

9,23 Euro

Abteilung 03: Bekleidung und Schuhe

0,16 Euro

Abteilung 05: Innenausstattung, Haushaltsgeräte und –gegenstände, laufende Haushaltsführung

0,62 Euro

Abteilung 06: Gesundheitspflege

1,93 Euro (+methodisch unsauberer Abzug von 6,78 Euro)

Abteilung 07: Verkehr

11,70 Euro

Abteilung 09: Freizeit, Unterhaltung, Kultur

23,39 Euro

Abteilung 10: Bildungswesen

6,64 Euro ergeben sich aus methodischer Inkonsistenz; lassen sich im Einzelnen nicht valide bewerten, sind als Ausgaben aber vorhanden und müssten berücksichtigt werden.

Abteilung 11: Beherbergungs- und Gaststätdienstleistungen

27,13 Euro

Abteilung 12: Andere Waren und Dienstleistungen

9,18 Euro

Insgesamt willkürliche Abzüge:

83,34 Euro

Plus Korrektur unsinniger Rechnungen:

13,42 Euro

Summe Fehlbetrag Abteilung 1-12:

96,76 Euro

Die einzelnen willkürlichen Streichungen werden im Folgenden im Detail dargestellt:

- **Abteilung 01 und 02: Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren**

Lfd. Nr.	Code	Gegenstand der Nachweisung	Durchschnittliche monatliche Ausgaben der Referenzhaushalte; hochgerechnet pro Kind (Euro)	Regelbedarfsrelevanter Anteil	Regelbedarfsrelevante Verbrauchsausgaben gestrichen (Euro)
	0210 000	alkoholische Getränke (auch alkoholfreie Biere und Weine)	9,29	100%	9,29
	0220 000	Tabakwaren	12,25	-	12,25
Summe nicht berücksichtigter Ausgaben					21,54
Abzüglich BMAS-Korrekturbetrag (bei ½ der Summe Alkohol Umrechnung in Mineralwasser; bei Tabak nur ½ der Summe im Korrekturbetrag)					12,31
Fehlbetrag					9,23

Summe: **9,23 Euro**

- **Abteilung 03: Bekleidung und Schuhe**

Es fehlen 16 Cent in der Berechnung des BMAS.

Summe: **0,16 Euro**

- **Abteilung 04: Wohnungsmieten, Energie und Wohnungsinstandhaltung mit Sonderauswertung Strom**

Summe Fehlbetrag: **unklar bzw. nicht valide ermittelt (Strom)**

- **Abteilung 05: Innenausstattung, Haushaltsgeräte und –gegenstände, laufende Haushaltsführung**

Anmerkungen:

Die in der BMAS-Tabelle ausgewiesene Summe von 16,59 Euro ist nicht die Summe der aufgeführten Unterkategorien.

Da aber entweder alle Kategorien diese Abteilung für die Regelsatzermittlung übernommen wurden oder aber für diese gar keine Fallzahlen nachgewiesen sind – auch nicht in der nächsthöheren Kategorie – irritiert die Differenz zur Summe des Statistischen Bundesamtes von 17,21 Euro für diese Abteilung.

Vermutlich ergibt sie sich daraus, dass sehr wenige Fälle für in anderen Altersgruppen nicht berücksichtigte Kategorien wie Gartengeräte abgezogen wurden. Das wird aber weder erläutert, noch nachgewiesen.

Daher ergibt sich eine fehlende Summe von 0,62 Euro.

Summe Fehlbetrag: **0,62 Euro**

• **Abteilung: 06: Gesundheitspflege**

Lfd. Nr.	Code	Gegenstand der Nachweisung	Durchschnittliche monatliche Ausgaben der Referenzhaushalte; hochgerechnet pro Kind (Euro)	Regelbedarfsrelevanter Anteil	Regelbedarfsrelevante Verbrauchsausgaben gestrichen (Euro)
	0621-0630	Dienstleistungen für die Gesundheitspflege; davon	5,27	100 %	5,27
	0613 072	Zahnersatz Materialkosten (einschl. Eigenanteile)	/	100 %	/
	0623 330	Miete von therapeutischen Geräten	/	100 %	/
	0621 901	Arztleistungen (einschl. Eigenanteile)	/	100 %	/
	0622 000	Zahnarztleistungen (einschl. Eigenanteile)	/	100 %	/
	0623 900	sonstige medizinische Versorgung außerhalb von Krankenhäusern (einschl. Eigenanteile)	/	100 %	/
	0630 000	Dienstleistungen der Krankenhäuser (einschl. Eigenanteile)	/	100 %	/
Summe nicht berücksichtigter Ausgaben					5,27

Überblick nicht berücksichtigte Ausgaben, nicht im Einzelnen nachvollziehbar

Lfd. Nr.	Code	Gegenstand der Nachweisung	Durchschnittliche monatliche Ausgaben der Referenzhaushalte; hochgerechnet pro Kind (Euro)	Regelbedarfsrelevanter Anteil	Regelbedarfsrelevante Verbrauchsausgaben gestrichen (Euro)
----------	------	----------------------------	--	-------------------------------	--

	0613	Gebrauchsgüter für die Gesundheitspflege; davon:	6,78	unklar	6,78
	0613 050	orthopädische Schuhe (einschl. Eigenanteile)	/	(nein, gesonderter Anspruch auf Sachleistung)	/
	0613 072	Zahnersatz Materialkosten einschließlich Eigenanteile	/	100 %	/
	0613 090	Reparaturen von therapeutischen Geräten und Ausrüstungen (einschl. Eigenanteile)	/	(nein, gesonderter Anspruch auf Sachleistung)	/
Summe nicht berücksichtigter Ausgaben					6,78

Anmerkungen:

nicht gerechtfertigte Abzüge: 5,27 Euro

methodisch intransparente Abzüge: 6,78 Euro

Abziehen: Ausgleichbetrag BMAS: -3,34 Euro

(in BMAS-Berechnung Teil-Korrekturbetrag aufgrund geringer Fallzahlen in Unterkategorien)

Summe relevanter Fehlbetrag: **1,93 Euro**

+ intransparenter Abzug: 6,78 Euro

• **Abteilung 07: Verkehr**

Sonderauswertung für Haushalte ohne Ausgaben für die Position „Kraftstoffe, Autogas, Strom für Elektroautos, Schmiermittel“

Lfd. Nr.	Code	Gegenstand der Nachweisung	Durchschnittliche monatliche Ausgaben der Referenzhaushalte pro Kind (Euro)	Regelbedarfsrelevanter Anteil	Regelbedarfsrelevante Verbrauchsausgaben pro Kind (Euro)
43	0713 000	Kaufpreis für Fahrräder	--	100 %	--
44	0721 070	Zubehör, Einzel- und Ersatzteile für Fahrräder	/	100 %	/

45	0723 000	Wartungen, Pflege und Reparaturen von Fahrzeugen	/	100 %	/
46	0731 - 0736	Fremde Verkehrsdienstleistungen	(16,60)	Umgerechnet*	21,64
Summe regelbedarfsrelevanter Ausgaben					22,92

*Rechnerische Berücksichtigung aller Aufwendungen für fremde Verkehrsdienstleistungen ohne Luftverkehr bei Haushalten mit Kraftstoffausgaben

Die tatsächlichen Ausgaben für Verkehr stellen sich in der EVS-Sonderauswertung wie folgt dar:

Lfd. Nr.	Code	Gegenstand der Nachweisung	Durchschnittliche monatliche Ausgaben der Referenzhaushalte; hochgerechnet pro Kind (Euro)	Regelbedarfsrelevanter Anteil	Regelbedarfsrelevante Verbrauchsausgaben gestrichen (Euro)
	0721	Ersatzteile und Zubehör	(3,23)	100 %	(3,23)
	0722 000	Kraftstoffe, Autogas, Strom für Elektroauto, Schmiermittel	(15,81)	100 %	(15,81)
	0723 000	Wartungen, Pflege und Reparaturen von Fahrzeugen	(3,86)	100 %	(3,86)
	0724 900	sonstige Dienstleistungen (z. B. Park-, TÜV-Gebühren, mit Arbeitsstelle verbundene Garagen/Stellplatzmiete)	(3,21)	100 %	(3,21)
	0731 - 0736	fremde Verkehrsdienstleistungen	(7,33)	100 %	(7,33)
Summe nicht berücksichtigter Ausgaben					34,62

Anmerkungen:

- Insgesamt ermittelt das Statistische Bundesamt anteilig 34,62 Euro. Da Fallzahlen in Unterkategorien aufgrund geringer Fallzahlen nicht ausgewiesen sind, bleibt diese Gesamtsumme relevant für die zu berücksichtigenden Ausgaben.

Summe relevanter Fehlbetrag **11,70 Euro**

(EVS-Verkehrsbetrag minus Betrag Sonderauswertung Verkehr ohne KfZ)

- **Abteilung 08: Post und Telekommunikation**

Rechnung richtig.

- **Abteilung 09: Freizeit, Unterhaltung, Kultur**

Lfd. Nr.	Code	Gegenstand der Nachweisung	Durchschnittliche monatliche Ausgaben der Referenzhaushalte; hochgerechnet pro Kind (Euro)	Regelbedarfsrelevanter Anteil	Regelbedarfsrelevante Verbrauchsausgaben gestrichen (Euro)
	0912 000	Foto- und Filmausrüstungen, optische Geräte und Zubehör	/	100 %	/
	0932 020	Campingartikel	/	100 %	/
	0933	Blumen und Gärten, davon:	2,88		2,88
	0933 900	<i>Gartenerzeugnisse und Verbrauchsgüter für die Gartenpflege</i>	1,7	100 %	1,7
	0933 901	<i>Schnittblumen und Zimmerpflanzen</i>	1,18	100 %	1,18
	0934 900	Haustiere einschl. Veterinär- u. a. Dienstleistungen	4,69	100 %	4,96
	094	Freizeit- und Kulturdienstleistungen	10,13	100 % (nicht voll eingerechnet)	3,72
	0942 901	Miete/Leihgebühren für Fernseher, DVD-Player/Recorder u. Ä., Videofilme, DVDs	/	100 %	/
	0952, 0953	Zeitungen und Zeitschriften	5,23	100 %	0,42

	0954 900	Schreibwaren, Zeichenmaterial und übrige Verbrauchsgüter	2,59	BuT nicht ausreichend	2,59
Summe nicht berücksichtigter Ausgaben					14,57
Davon abziehen: Korrekturbetrag BMAS					8,29
Verbleibender Fehlbetrag					6,28

Summe relevanter Fehlbetrag scheinbar: **6,28 Euro, aber:**

- Niedrige Fallzahlen bei Pauschalreisen sind nicht eingerechnet
- Insgesamt hat das Statistische Bundesamt 67,86 Euro errechnet. Somit wäre der Fehlbetrag $67,86 - (38,19 + 6,28) = 23,39$ Euro. Das ist die eigentliche Summe, da in der Auflistung des Amtes nicht einzeln nachgewiesen wird, was nachvollziehbar zu streichen wäre. Da die Statistik aufgrund der sehr geringen Fallzahlen aber intransparent ist, lässt sich das kaum im Einzelnen nachvollziehen.

Fehlbetrag: **23,39 Euro**

- **Abteilung 10: Bildungswesen**

Überblick nicht berücksichtigte Ausgaben, sachlich teilweise richtig, teilweise methodisch unsauber

Lfd. Nr.	Code	Gegenstand der Nachweisung	Durchschnittliche monatliche Ausgaben der Referenzhaushalte; hochgerechnet pro Kind (Euro)	Regelbedarfsrelevanter Anteil	Verbrauchsausgaben in Euro gestrichen
	10	Bildungswesen Gesamtsumme	6,64	so methodisch nicht herleitbar	6,64
Summe nicht berücksichtigter Ausgaben					6,64

Summe relevanter Fehlbetrag: es bleibt unklar, ob es hier einen Fehlbetrag gibt und wie hoch dieser wäre. Die Einzelausgaben werden bis auf gewisse Kosten für Kinderbetreuung in Höhe des vom BMAS übernommenen Betrages nicht ausgewiesen, dürften aber eigentlich in dieser Altersgruppe weniger relevant sein. Dafür sind andere Gebühren wie für Prüfungen gestrichen, die aber nur teilweise im Rahmen des SGB II oder XII übernommen werden. Ebenfalls nicht dargestellt sind Kosten für Nachhilfe, die aber im BuT übernommen sind. Es bleibt also diffus, was von den 6,64 Euro als relevant angesehen wird. Methodisch konsequent im Rahmen des Statistikmodells wäre daher, diese Kosten zu übernehmen. Davon abgesehen entstehen Fehlrechnungen noch durch studierende Erwachsene in der Vergleichsgruppe, die eigentlich nicht in diese gehören.

Bewertung: Abzug vom Regelsatz, der sich aus vielfältigen methodischen Fehlern ergibt: **6,64 Euro**

• **Abteilung 11: Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen**

Lfd. Nr.	Code	Gegenstand der Nachweisung	Durchschnittliche monatliche Ausgaben der Referenzhaushalte; hochgerechnet pro Kind (Euro)	Regelbedarfsrelevanter Anteil	Regelbedarfsrelevante Verbrauchsausgaben gestrichen (Euro)
68	1111 000	Speisen und Getränke in Restaurants, Cafés, Eisdieleen, an Imbissständen und vom Lieferservice	30,14	100 % (+68,7 %, die noch einzurechnen sind)	20,17 (entspricht 68,7 %)
69	1112 000	Speisen und Getränke in Kantinen und Mensen		100 % (+68,7 %)	Hochrechnung: 1,85 (hergeleitet anhand obiger Summe)
	1120 000	Übernachtungen	5,11	100 %	5,11
Summe nicht berücksichtigter Ausgaben					27,13

Summe: **27,13 Euro**

• **Abteilung 12: Andere Waren und Dienstleistungen**

Lfd. Nr.	Code	Gegenstand der Nachweisung	Durchschnittliche monatliche Ausgaben der Referenzhaushalte; hochgerechnet pro Kind (Euro)	Regelbedarfsrelevanter Anteil	Regelbedarfsrelevante Verbrauchsausgaben gestrichen (Euro)
	1231 901	Schmuck, auch Reparaturen	/	100 %	/
	1211 101, 1211 102, 1211 200	Friseurdienstleistungen insgesamt	5,13	100 % nicht nur „für Kinder“, da anderer Stelle ab 14 als Dame / Herr geführt wurde	1,21 (weiterer Betrag durch Berücksichtigung „ab 14 Jahre“)

	1220, 1240- 1270	Sonstige Dienstleistun- gen	(1,41)	100 %	(1,41)
	1232 000	sonstige per- sönliche Ge- brauchsgegen- stände	1,31	100 %	1,31
	1539 100	Private Haft- pflichtversiche- rungen	2,70	100 %	2,70
	1539 300	Hausratversi- cherungen	3,66	100 %	3,66
Summe nicht berücksichtigter Ausgaben					10,29
Abzug BMAS-Korrekturbetrag					1,11
Summe Fehlbetrag					9,18

Summe: **9,18 Euro**

Schriftliche Stellungnahme

Deutscher Landkreistag

zur öffentlichen Anhörung von Sachverständigen in Berlin am 2. November 2020 von
13 bis 14:30 Uhr zum

a) Gesetzentwurf der Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes zur Ermittlung von Regelbedarfen und zur Änderung des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch sowie des Asylbewerberleistungsgesetzes - BT-Drucksache 19/22750

b) Antrag der Abgeordneten Uwe Witt, Jürgen Pohl, Jörg Schneider, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD

Taschengeld für die in Heimen lebenden Bürger - BT-Drucksache 19/23128

c) Antrag der Abgeordneten Pascal Kober, Michael Theurer, Jens Beeck, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP

Liberales Bürgergeld einführen – Einstiegs- und Aufstiegsdynamik im Arbeitsmarkt verbessern – Hartz IV reformieren - BT-Drucksache 19/15040

d) Antrag der Abgeordneten Katja Kipping, Matthias W. Birkwald, Susanne Ferschl, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.

Rechentricks überwinden - Regelbedarfe sauber berechnen - BT-Drucksache 19/23113

e) Antrag der Abgeordneten Sven Lehmann, Anja Hajduk, Markus Kurth, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN

Teilhabe am gesellschaftlichen Leben garantieren - Regelbedarfsermittlung reformieren - BT-Drucksache 19/23124

siehe Anlage



Deutscher Landkreistag, Postfach 11 02 52, 10832 Berlin

Deutscher Bundestag
Ausschuss für Arbeit und Soziales
Herrn Vorsitzenden
Dr. Matthias Bartke, MdB

per E-Mail: arbeitundsoziales@bundestag.de

Ulrich-von-Hassell-Haus
Lennéstraße 11
10785 Berlin

Tel.: 030 590097-312
Fax: 030 590097-412

E-Mail: Markus.Mempel@Landkreistag.de

AZ: IV-429-06/10

Datum: 28.10.2020

Öffentliche Anhörung am 2.11.2020 zu den Vorlagen

- a) **Gesetzentwurf der Bundesregierung „Entwurf eines Gesetzes zur Ermittlung von Regelbedarfen und zur Änderung des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch sowie des Asylbewerberleistungsgesetzes“ (BT-Drs. 19/22750)**
- b) **Antrag der Fraktion der AfD „Taschengeld für die in Heimen lebenden Bürger“ (BT-Drs. 19/23128)**
- c) **Antrag der Fraktion der FDP „Liberales Bürgergeld einführen – Einstiegs- und Aufstiegsdynamik im Arbeitsmarkt verbessern – Hartz IV reformieren“ (BT-Drs. 19/15040)**
- d) **Antrag der Fraktion DIE LINKE. „Rechentricks überwinden – Regelbedarfe sauber berechnen“ (BT-Drs. 19/23113)**
- e) **Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN „Teilhabe am gesellschaftlichen Leben garantieren – Regelbedarfsermittlung reformieren“ (BT-Drs. 19/23124)**

Sehr geehrter Herr Dr. Bartke,

vielen Dank für die Einladung zur Anhörung am 2.11.2020. Wie bereits mitgeteilt, wird der Deutsche Landkreistag durch den Unterzeichner vertreten werden. Vorab nehmen wir wie folgt schriftlich Stellung.

Zusammenfassung

- 1. **Der Deutsche Landkreistag begrüßt die mit der Neuermittlung der Regelbedarfe verbundenen Anpassungen im SGB XII und im SGB II, insbesondere im Hinblick auf die vollständige Anerkennung der Verbrauchsausgaben für Kommunikationsdienstleistungen als regelbedarfsrelevant.**
- 2. **Ebenso befürworten wir, dass der Mehrbedarf für die dezentrale Warmwassererzeugung im SGB XII überarbeitet werden soll. Die Regelung sollte auf das SGB II**

übertragen werden, um auch dort zu einer Vereinfachung der Verwaltungspraxis zu gelangen. Besser noch wäre es allerdings, auf eine getrennte Betrachtung von dezentraler und zentraler Warmwasserversorgung zu verzichten und stattdessen die Aufwendungen für die Warmwasserversorgung in die pauschalierten Regelbedarfe zu integrieren.

3. Der Deutsche Landkreistag unterstützt darüber hinaus die Forderungen nach einer allgemeinen Bagatellgrenze für Rückforderungen im SGB II, einer Diskussion der Hinzuverdienstregeln, Änderungen bei den Sanktionen sowie nach einer Verantwortung der Krankenversicherung für Brillen und weitere gesundheitlich notwendige Sonderbedarfe.
4. Klar ablehnend stehen wir hingegen Forderungen nach einer Betreuung von SGB II-Aufstockern durch die Arbeitsagenturen, einer Ausweitung des Schonvermögens sowie nach einer Abschaffung des AsylbLG gegenüber.

Zu a) Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Ermittlung von Regelbedarfen und zur Änderung des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch sowie des Asylbewerberleistungsgesetzes

Berücksichtigung der Kommunikationsausgaben

Wir begrüßen, dass im Entwurf des Regelbedarfs-Ermittlungsgesetzes (RBEG) im Unterschied zu den vorangegangenen Regelbedarfsermittlungen die Verbrauchsausgaben für Kommunikationsdienstleistungen vollständig als regelbedarfsrelevant anerkannt werden sollen. Dies hat zur Folge, dass die laufenden Aufwendungen für Mobilfunkverträge (Gesprächseinheiten und Datenvolumen) neben den bereits berücksichtigten Ausgaben für eine Flatrate für Festnetzanschlüsse (Telefon und Internet) berücksichtigt werden. Dies ist zeitgemäß und entspricht einer realitätsgerechten Abbildung der Kommunikationsbedarfe.

Mehrbedarfsregelung für dezentrale Warmwassererzeugung

Zu befürworten ist des Weiteren, dass der Mehrbedarf für die dezentrale Warmwassererzeugung im SGB XII in Anbetracht der Rechtsprechung der Sozialgerichtsbarkeit überarbeitet werden soll. Vorgesehen ist, die Höhe des Mehrbedarfs auf einen bestimmten Betrag zu begrenzen, weil es für eine abweichende Festsetzung im Einzelfall an den dafür erforderlichen objektiven Kriterien fehle.

Dies entspricht auch unserer Einschätzung und greift eine Forderung der kommunalen Praxis auf. Die Regelung des § 30 Abs. 7 SGB XII-E bewirkt, dass eine verwaltungsaufwendige abweichende Berechnung der Bedarfe künftig entfallen kann. Die geltende Regelung hat in Einzelfällen zu aufwendigen Ermittlungen sowie zu Rechtsstreitigkeiten geführt. Jobcentern und Sozialämtern war es in aller Regel nicht möglich, über den gesetzlichen Mehrbedarf hinausgehende tatsächliche Kosten zu ermitteln, gerade deshalb, weil entsprechende technische Messeinrichtungen nicht existieren.

Erforderlich ist es daher, eine entsprechende Regelung auch für § 21 Abs. 7 SGB II vorzusehen, da die Schwierigkeiten dort ebenso bestehen. Eine Anpassung des SGB II sollte nicht bis zu dem vom BMAS angekündigten 11. SGB II-Änderungsgesetz aufgeschoben werden, sondern mit dem Regelbedarfs-Ermittlungsgesetz erfolgen.

Besser wäre es allerdings, auf eine getrennte Betrachtung von dezentraler und zentraler Warmwasserversorgung zu verzichten und stattdessen die Aufwendungen für die Warmwasserversorgung in die pauschalierten Regelbedarfe zu integrieren. Damit ginge eine weitere Vereinfachung für die Verwaltung, aber auch für die Leistungsberechtigten einher.

Begriff „Wohnungsmieten“

Bislang wird in Bezug auf die regelbedarfsrelevanten Verbrauchsausgaben der Einpersonenhaushalte in Abteilung 4 der Begriff „Wohnung“ verwendet. Nun soll diese Begrifflichkeit in § 5 Abs. 1 RBEG-E durch „Wohnungsmieten“ ersetzt werden. Dies ist irreführend, da Mieten bei den Kosten der Unterkunft berücksichtigt werden und gerade nicht regelbedarfsrelevant sind.

Zu b) Antrag der Fraktion der AfD „Taschengeld für die in Heimen lebenden Bürger“

Zu der im Antrag der Fraktion der AfD geforderten Anhebung des Barbetrags nach § 27b SGB XII von 27 % auf 36 % der Regelbedarfsstufe 1 verweisen wir auf die Ermittlung der Regelbedarfe durch die Bundesregierung, die bereits zu einer Erhöhung des absoluten Barbetrags führt.

Zugleich sei angemerkt, dass für Menschen mit Behinderungen nach der Neuregelung der Personenzentrierung durch das Bundesteilhabegesetz kein eigener Barbetrag mehr gewährt wird. Ihnen verbleibt in besonderen Wohnformen vielmehr ein bestimmter Anteil des Regelsatzes als Barmittelanteil. Über die Höhe wird im Rahmen der Gesamtplanung beraten. Das Ergebnis ist verpflichtender Bestandteil des Gesamtplans nach § 121 SGB IX.

Zu c) Antrag der Fraktion der FDP „Liberales Bürgergeld einführen – Einstiegs- und Aufstiegsdynamik im Arbeitsmarkt verbessern – Hartz IV reformieren“

Bagatellgrenze für Rückforderungen

Wir bekräftigen die Ausführungen im Antrag der FDP-Fraktion zur Notwendigkeit einer allgemeinen Bagatellgrenze für Rückforderungen im SGB II. Diese Forderung wird vom Deutschen Landkreistag seit Jahren erhoben.

Aktuell gilt nach den Bestimmungen der Bundeshaushaltsordnung eine Bagatellgrenze von 7 €. Zugleich muss aber für Beträge unter 7 € ein Aufhebungs- und Erstattungsbescheid gefertigt werden, auch wenn der offene Betrag nicht beigetrieben wird. Der Zeitaufwand von der Feststellung der Überzahlung bis zur Beendigung der Einziehungsverfahren bei mittlerer Komplexität des Falles einschl. Anhörung der Leistungsberechtigten umfasst bis zu 1,5 Stunden. Kosten und Nutzen stehen damit in keinem angemessenen Verhältnis.

Von zentraler Bedeutung ist, durch Einziehung einer Bagatellgrenze auf die Erstellung von Aufhebungs- und Erstattungsbescheiden zu verzichten. Gleiches gilt für Aufrechnungsbescheide, Anhörungen der Leistungsberechtigten und die Abgabe an das Inkasso (bei Korrektur für die Zukunft). Die Bagatellgrenze muss daher kraft Gesetzes im Rahmen der §§ 45ff. SGB X greifen und die vorgenannten Arbeitsschritte entfallen lassen, um eine deutliche Vereinfachung zu erreichen.

Darüber hinaus darf die Anwendung der Bagatellgrenze nicht mit neuen umfangreichen Prüfschritten belastet werden. Insbesondere sollte außer Acht bleiben, ob die Rückforderung auf schuldhaftem Handeln der Leistungsberechtigten beruht. Anderenfalls droht eine komplexe Prüfung, die mit dem Ziel der Arbeitserleichterung nicht zu vereinbaren wäre.

Damit eine Entlastungswirkung ebenso bei vorläufigen Entscheidungen eintritt, sollte auch bei nachträglichen Einkommensänderungen die Bagatellgrenze gelten. Um diese auch auf eine endgültige Festsetzung anwenden zu können, muss § 41a Abs. 6 S. 3 SGB II angepasst werden, dass Überzahlungen bis zum festgelegten Bagatellbetrag nach der Anrechnung nicht zu erstatten sind.

Die Bagatellgrenze für Rückforderungen sollte in einer sachangemessenen Größenordnung angesiedelt sein, wobei die konkret gesetzlich festzulegende Höhe entscheidend vom Betrachtungszeitraum abhängt. Die Jobcenter sehen dem Grunde nach zwar Missbrauchspotenziale, ordnen dies aber dem prioritären Entlastungseffekt für die Verwaltung bis zu einem bestimmten Punkt unter. Es wird nicht möglich sein, eine maximal entlastende Bagatellregelung zu finden bei gleichzeitig in maximaler Art und Weise zu vermeidender Missbrauchsmöglichkeit. Hier ist eine Abwägung durch den Gesetzgeber vorzunehmen.

Eine maximale Vereinfachung wäre die Betrachtung des jeweiligen Rückforderungssachverhalts pro Bedarfsgemeinschaft, weil dann lediglich eine gegenwärtige Beurteilung stattzufinden hätte und die Leistungssachbearbeiter nicht in der Fallhistorie nach bereits zuvor vermerkten Beträgen suchen müssten. In diesem Fall wäre der Bagatellbetrag in einer Größenordnung von 20 bis 30 € anzusiedeln.

Um auch in dieser Konstellation Missbrauchsmöglichkeiten zu minimieren, könnten Ausnahmen formuliert werden, bei deren Vorliegen die Bagatellgrenze nicht gelten soll: etwa bei rechtsmissbräuchlicher Anwendung oder wenn Tatsachen bewusst zurückgehalten werden, um das Rückforderungsrisiko zu minimieren.

Passiv-Aktiv-Transfer

Ebenso befürworten wir die Forderung nach Ermöglichung des breiteren Einsatzes eines Passiv-Aktiv-Transfers (PAT), die die FDP-Fraktion in ihrem Antrag ausführt. Der Passiv-Aktiv-Transfer folgt der Intention, Arbeit statt Arbeitslosigkeit zu finanzieren. Dafür werden alle Geldleistungen, die ein SGB II-Empfänger vom Jobcenter erhält – das Arbeitslosengeld II einschl. Unterkunftskosten und Mehrbedarfe –, zusammengefasst. Gemeinsam mit dem Geld, das der Arbeitgeber zahlt, ergibt dies das Arbeitsentgelt für eine sozialversicherungspflichtige Tätigkeit. Durch diese Verwendung der dem Arbeitslosengeld II entsprechenden Mittel stehen den Jobcentern erweiterte Handlungsmöglichkeiten zur Verfügung.

Hinzuverdienstgrenzen und Schonvermögen

In Bezug auf die Forderungen nach einer Verbesserung der Hinzuverdienstmöglichkeiten erachten wir es für gut und richtig, sich diesem Thema zu widmen. Unserer Auffassung nach sollte es darum gehen, die Transferentzugsrate beim Erzielen höherer Einkommen abzusenken, um für Personen, die ergänzend zum Erwerbseinkommen SGB II-Leistungen erhalten, Anreize zu schaffen, den Umfang der Erwerbstätigkeit über den geringfügigen Bereich hinaus auszuweiten. Die Ausweitung der Beschäftigung über den geringfügigen Bereich hinaus muss sich immer finanziell bezahlbar machen.

Aufgrund der hohen Transferentzugsrate bei höheren Bruttoeinkommen schafft das derzeitige System der Einkommensanrechnung im SGB II vor allem Anreize, geringfügige Beschäftigungen aufzunehmen. Für eine Weiterentwicklung der Hinzuverdienstvorschriften im SGB II erscheint es daher angezeigt, insbesondere die Motivation zur Aufnahme existenzsichernder Beschäftigung zu stärken. Wie dies konkret gesetzgeberisch umgesetzt werden kann, muss – auch anhand von Modellrechnungen – ausführlich untersucht werden.

Demgegenüber lehnen wir eine Ausweitung des nicht zu berücksichtigenden Schonvermögens im SGB II ab. Insofern halten wir die derzeit geltenden Regelungen zur sehr großzügigen Freistellung von Vermögen für eine in der Pandemie richtige Maßnahme, die allerdings nach Bewältigung der Krise wieder zurückgeführt werden muss.

Betreuung von SGB II-Aufstockern durch die Arbeitsagenturen

Gleichfalls ablehnend stehen wir dem Vorschlag gegenüber, die Zuständigkeit für die Betreuung und Arbeitsvermittlung von sozialversicherungspflichtig beschäftigten Arbeitslosengeld II-Bezieherinnen und -Beziehern vollständig auf die Agenturen für Arbeit zu übertragen. Vielmehr müsste umgekehrt die nach geltendem Recht bestehende Zuständigkeit der Arbeitsagenturen für die Eingliederungsleistungen für diesen Personenkreis wieder zurückgeführt werden, so dass die Jobcenter sowohl für passive als auch aktive Leistungen verantwortlich wären.

Sanktionen

Den Forderungen nach verschiedenen Anpassungen des gesetzlichen Rahmens von Sanktionen nach §§ 31 ff. SGB II stehen wir offen gegenüber. Ohnehin muss es infolge des Sanktions-Urteils des Bundesverfassungsgerichts vom 5.11.2019 zu verschiedenen Änderungen kommen. Das Gericht hat zwar die Sanktionsregelungen im SGB II grundsätzlich bestätigt, jedoch zahlreiche Anpassungen im Detail angemahnt hat.

In Bezug auf die auch im Bereich der Sanktionsregelungen notwendige Rechtsvereinfachung hält der Deutsche Landkreistag eine Streichung der Sonderregelungen für Leistungsberechtigte unter 25 Jahren für notwendig. Die Unterscheidung zwischen den Altersgruppen wird im Rahmen der Übergangsregelung des genannten Urteils derzeit nicht mehr vorgenommen. Dieser Fortschritt sollte auch im Zuge einer gesetzlichen Neuregelung der §§ 31 ff. SGB II erhalten bleiben.

Zu d) Antrag der Fraktion DIE LINKE. „Rechentricks überwinden – Regelbedarfe sauber berechnen“

Ermittlung der Regelbedarfe

Hinsichtlich der im Antrag der Fraktion DIE LINKE. geübten grundsätzlichen Kritik an der Ermittlung der Regelbedarfe gehen wir davon aus, dass die Höhe der Regelsätze im Gesetzentwurf der Bundesregierung auf der Grundlage der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe im Großen und Ganzen auf sachgerechte Weise ermittelt und in nachvollziehbarer Weise dargestellt worden ist. Insofern befürworten wir wie dargestellt die Berücksichtigung der Kommunikationsausgaben. Im Einzelnen halten wir weitere Änderungen zugunsten der Leistungsberechtigten für erforderlich. Auf unsere obigen Ausführungen zum Mehrbedarf für dezentrale Warmwassererzeugung oder zur Bagatellgrenze für Rückforderungen sei verwiesen.

Nicht nachvollziehen können wir die Forderung des Antrags, die Regelbedarfsstufen 2 und 3 abzuschaffen. Diese Regelbedarfsstufen gehen davon aus, dass beim Zusammenleben und gemeinsamen Wirtschaften Synergieeffekte entstehen, die zu einem etwas geringeren Bedarf führen. Dies ist lebensnah und daher richtig. Auch das Bundesverfassungsgericht hat dies in seinen Regelsatz-Entscheidungen bestätigt.

Des Weiteren erschließt sich uns nicht, warum bei der Ermittlung der Regelbedarfe Ausgaben, für die es im Sozialleistungsbezug Mehrbedarfe oder Freistellungen gibt, unberücksichtigt bleiben sollen. Da der Bedarf in diesen Fällen bereits anderweitig gedeckt ist, halten wir es für systemgerecht, ihn nicht noch einmal über die Regelbedarfe zu decken.

„Weiße Ware“

Mit Blick auf die Forderung des Antrags, für die Anschaffung von langlebigen Gebrauchsgütern für den Haushalt (sog. weiße Ware) die Einführung einmaliger Bedarfe in Form von Geldleistungen vorzusehen, geben wir zu bedenken, dass seit Inkrafttreten des SGB XII im Jahr 2005 weiße Ware im Regelsatz berücksichtigt wird. Wenn diese „Einpreisung“ der vormaligen

einmaligen Beihilfen in den Regelsatz nicht die erwartete Bewirtschaftung durch die Leistungsberechtigten ermöglicht und deswegen wieder einmalige Leistungen vorgesehen werden sollen, müsste die weiße Ware aus dem Regelsatz heraus gerechnet werden. Andernfalls käme es zu einer Doppelung.

Brillen

Die Forderung, Brillen und alle weiteren gesundheitlich notwendigen Sonderbedarfe im Rahmen der Krankenversicherung zu erbringen, teilen wir uneingeschränkt. Es handelt sich um medizinisch notwendige Hilfen, für die das SGB V verantwortlich sein muss. Für die betroffenen Leistungsberechtigten wäre es ein großer Fortschritt, wenn die Krankenversicherung dieser Verantwortung nachkäme.

Zu e) Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN „Teilhabe am gesellschaftlichen Leben garantieren – Regelbedarfsermittlung reformieren“

Ermittlung der Regelbedarfe

Auch der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN übt grundsätzliche Kritik an der Ermittlung der Regelbedarfe. Wir gehen demgegenüber wie dargestellt davon aus, dass die Höhe der Regelsätze im Gesetzentwurf der Bundesregierung auf der Grundlage der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe im Großen und Ganzen auf sachgerechte Weise ermittelt und in nachvollziehbarer Weise dargestellt worden ist.

Die Forderung nach einer Abschaffung der Regelbedarfsstufe 3 können wir, wie auch unter d) dargestellt, nicht nachvollziehen. Da beim Zusammenleben und Zusammenwirtschaften in bestimmten Bereichen geringere Ausgaben entstehen, ist es systemgerecht, dies bei der Ermittlung der Bedarfe zu berücksichtigen.

Umgangsmehrbedarf

Des Weiteren ist die Forderung nach einem Umgangsmehrbedarf für die Bedarfe der Kinder, die zwischen den Haushalten ihrer getrenntlebenden Eltern wechseln, nachvollziehbar, wenn auch im Detail mit Folgeproblemen behaftet.

Die rechtliche Konstruktion der temporären Bedarfsgemeinschaft führt in der praktischen Umsetzung zu vielen Problemen. Nach der geltenden Regelung wird ein minderjähriges Kind, das sich im Laufe eines Kalendermonats in beiden Haushalten seiner getrennt lebenden Eltern aufhält, zeitgleich beiden Bedarfsgemeinschaften zugeordnet. Die gesetzliche Regelung geht davon aus, dass das Umgangsrecht zwischen den Elternteilen in aller Regel über eine Umgangsvereinbarung einvernehmlich geregelt wird. In der Praxis treten aber häufig Fälle auf, in denen die Elternteile unterschiedliche Angaben zu den Anwesenheitstagen des Kindes machen oder die Anwesenheitstage beim anderen Elternteil bestreiten. Darüber hinaus führt die anteilige Auszahlung des monatlichen Regelbedarfs zu Ungleichgewichten, da bei kalendertäglichen Ansprüchen auch Kosten für Bekleidung, Ersatzbeschaffungen, Schulmaterialien, etc. enthalten sind, die beim umgangsberechtigten Elternteil i.d.R. nicht anfallen. Das aufwendige Verfahren der vorläufigen Bewilligung und endgültigen Festsetzung nach § 41a SGB II steht in der überwiegenden Zahl der Fälle außer Verhältnis zu den ausgezahlten Beträgen.

Als Alternative dazu kommt ein (zusätzlicher) Mehrbedarf für den umgangsberechtigten anderen Elternteil bei Auszahlung des ungeschmäleren Regelbedarfs des Kindes an den hauptbetreuenden Elternteil in Betracht. Allerdings ist die adäquate Bemessung eines solchen pauschalen Mehrbedarfes schwierig, der sich wieder nach den Umgangsanteilen des anderen Elternteils richten müsste, um keine unbilligen Ergebnisse herbeizuführen. Eine Abbildung

sämtlicher Konstellationen – namentlich des etwa im Verhältnis 60/40 betreuten Kindes auf der einen Seite und eines Kindes, das nur an jedem zweiten Wochenende für zwei Tage zum anderen Elternteil wechselt, auf der anderen Seite – würde ebenso die Notwendigkeit einer Ermittlung der jeweiligen Umgangsanteile nach sich ziehen.

Einfacher wird das System deshalb nur dann, wenn man dem umgangsberechtigten Elternteil einen pauschalierten Mehrbedarf auszahlt und Unschärfen sämtlicher Konstellationen mit unterschiedlichen Umgangsanteilen in Kauf nimmt. Nur im Falle des echten Wechselmodells müssten eine hälftige Aufteilung des Mehrbedarfs sowie eine ebenfalls hälftige Aufteilung des Regelbedarfes des Kindes auf die zwei Haushalte erfolgen.

„Weiße Ware“

Auch dieser Antrag befürwortet die Einführung einmaliger Leistungen für „weiße Ware“. Wir verweisen insofern auf unsere oben genannten Bedenken.

Abschaffung des AsylbLG

Die Forderungen des Antrags, das Asylbewerberleistungsgesetz abzuschaffen und in einem ersten Schritt auf diesem Weg die Leistungskürzungen nach § 1a AsylbLG abzuschaffen und für Leistungsberechtigte, die nicht in einer Erstaufnahmeeinrichtung oder einer Gemeinschaftsunterkünften leben, dieselben Regelsätze vorzusehen wie für Grundsicherungsbezieher, teilen wir nicht.

Zwar hat der Gesetzgeber nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom Juli 2012 zur Höhe der Geldleistungen nach dem AsylbLG das Leistungsniveau im AsylbLG weitgehend den Regelsystemen SGB II und SGB XII angeglichen. Nach wie vor finden sich jedoch Unterschiede bei der Unterbringung (Gemeinschaftsunterkünfte zulässig statt freier Wahl auf dem Wohnungsmarkt), der Form der Leistungen (Sachleistungen statt Geldleistungen möglich) und der Gesundheitsversorgung (beschränkter Leistungsumfang im Vergleich zur Krankenversicherung). Zugleich gibt es Anspruchseinschränkungen bei vollziehbarer Ausreisepflicht und bei rechtsmissbräuchlicher Einflussnahme auf die Aufenthaltsdauer, die wir auch in der Sache für richtig halten.

Wir sprechen uns daher gegen eine Abschaffung des Asylbewerberleistungsgesetzes aus. Es käme zu einer Besserstellung von Asylbewerbern und Flüchtlingen im Vergleich zur heutigen Situation. Dies wäre ein kontraproduktives Signal in den nach wie vor anhaltenden gemeinsamen Bemühungen von Bund, Ländern und Kommunen, die Zuwanderung von Flüchtlingen, insbesondere solcher ohne Bleibeperspektive, zu reduzieren.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag



Dr. Mempel

Schriftliche Stellungnahme

Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände

zur öffentlichen Anhörung von Sachverständigen in Berlin am 2. November 2020 von
13 bis 14:30 Uhr zum

a) Gesetzentwurf der Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes zur Ermittlung von Regelbedarfen und zur Änderung des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch sowie des Asylbewerberleistungsgesetzes - BT-Drucksache 19/22750

b) Antrag der Abgeordneten Uwe Witt, Jürgen Pohl, Jörg Schneider, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD

Taschengeld für die in Heimen lebenden Bürger - BT-Drucksache 19/23128

c) Antrag der Abgeordneten Pascal Kober, Michael Theurer, Jens Beeck, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP

Liberales Bürgergeld einführen – Einstiegs- und Aufstiegsdynamik im Arbeitsmarkt verbessern – Hartz IV reformieren - BT-Drucksache 19/15040

d) Antrag der Abgeordneten Katja Kipping, Matthias W. Birkwald, Susanne Ferschl, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.

Rechentricks überwinden - Regelbedarfe sauber berechnen - BT-Drucksache 19/23113

e) Antrag der Abgeordneten Sven Lehmann, Anja Hajduk, Markus Kurth, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN

Teilhabe am gesellschaftlichen Leben garantieren - Regelbedarfsermittlung reformieren - BT-Drucksache 19/23124

siehe Anlage

Grundsicherung entbürokratisieren und Fokus auf Integration in Beschäftigung richten

Stellungnahme zur öffentlichen Anhörung am 2. November 2020 zum Entwurf eines Gesetzes zur Ermittlung von Regelbedarfen und zur Änderung des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch sowie des Asylbewerberleistungsgesetzes und zu Anträgen der Opposition zur Grundsicherung

28. Oktober 2020

Zusammenfassung

Der Entwurf eines Gesetzes zur Ermittlung von Regelbedarfen und zur Änderung des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch sowie des Asylbewerberleistungsgesetzes kommt der Verpflichtung nach, bei Vorliegen einer neuen Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS), die Regelbedarfe nach SGB II, dem SGB XII und dem Asylbewerberleistungsgesetz neu zu ermitteln.

Die Regelbedarfe

- werden in einem transparenten und verfassungsgemäßen Verfahren ermittelt,
- decken das Existenzminimum ab,
- wahren den Lohnabstand und
- wurden – wo erforderlich – fortentwickelt.

Statt die Regelbedarfe so zu erhöhen, dass sie über das Existenzminimum hinausgehen wie es die Opposition fordert, muss der Fokus auf die Vermittlung und (Re-)Integration in den Arbeitsmarkt gelegt werden. Dazu muss insbesondere die im Antrag der Fraktion der FDP angesprochene Überbürokratisierung der Grundsicherung jetzt gezielt angegangen werden. Statt sich mit überbordenden bürokratischen Regelungen zu beschäftigen, sollten sich die Mitarbeitenden in den Jobcentern stärker als bisher auf die Beratung, Betreuung und Unterstützung der Menschen konzentrieren dürfen.

Wer eine Anhebung von Regelsätzen fordert, muss sich im Klaren darüber sein, dass dadurch die Zahl der Leistungsempfänger steigen und nicht sinken würde, weil mehr Menschen anspruchsberechtigt würden. Statt mehr Transferempfänger zu schaffen, muss die Unabhängigkeit von staatlichen Transfers das Ziel sein. Gezielte individuelle Aktivierung, passgenaue Beratung, bedarfsgerechte Förderung und Qualifizierung und ein Setzen richtiger Anreize, sich selbst aus der Hilfebedürftigkeit soweit es geht herauszuarbeiten, bleiben daher zentral.



Im Einzelnen

Verfahren zur Ermittlung der Regelbedarfe verfassungsgemäß und gerecht - Regelbedarfe werden sauber berechnet

Das Vorgehen bei der Ermittlung der Regelsätze ist transparent und nachvollziehbar. Es beruht auf einer zuverlässigen Methode, die mit der EVS auch auf einer aussagefähigen Datengrundlage basiert. Zur Ermittlung der Bedarfe wird eine Referenzgruppe gebildet. Weil dabei nicht-erwerbstätige Leistungsbezieher nach dem SGB II und dem SGB XII explizit ausgenommen werden, ist die Gefahr eines Zirkelschlusses – anders als im Antrag der Fraktion DIE LINKE (BT.-Drs. 19/23113) dargestellt – gerade ausgeschlossen. Eine Anhebung der Referenzgruppe für Erwachsene auf die unteren 20 Prozent der einkommensgeschichteten Haushalte mit voller Übernahme aller Ausgaben dieser Referenzgruppe, wie im selben Antrag gefordert, ist nicht geboten. Mit dem vorliegenden Gesetzesentwurf kommt der Gesetzgeber den Anforderungen des Bundesverfassungsgerichtes nach, die Bedarfe auf der Grundlage einer tauglichen und sachgerechten Methode zu ermitteln. Diese Methode hat er zudem überprüft und dort weiterentwickelt, wo es erforderlich war. Das Grundgesetz verpflichtet nur zur Abdeckung des existenzsichernden Bedarfs, nicht jedoch dazu, durch Einbeziehung aller denkbaren Faktoren eine optimale Bestimmung des Existenzminimums vorzunehmen. Dies hat das Bundesverfassungsgericht klargemacht. Aus denselben Gründen ist auch die Orientierung an den Ausgaben der gesellschaftlichen Mitte – wie im Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (BT.-Drs. 19/23124) gefordert – nicht geboten.

Das Bundesverfassungsgericht hat die grundsätzliche methodische Vorgehensweise zur Ermittlung der Regelbedarfe als verfassungsgemäß bestätigt. Auch gegen das konkret verwendete Statistikmodell auf der Grundlage der EVS bestanden keine verfassungsrechtlichen Bedenken.

Existenzminimum sicherstellen – Lohnabstand wahren

Der Gesetzesentwurf gewährleistet, dass die Regelsätze das Existenzminimum sicherstellen. Zu Recht verfügt der Gesetzgeber über einen Gestaltungsspielraum bei der Frage, welche einzelnen Positionen bei der Berechnung des Existenzminimums berücksichtigt werden müssen und welche nicht. So kann der Gesetzgeber z. B. festlegen, dass alkoholische Getränke, Tabakwaren sowie Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen nicht zum existenzsichernden Bedarf gehören. Von diesem Recht macht der Gesetzesentwurf in nachvollziehbarer Weise Gebrauch.

Der Regelbedarf wird im vorliegenden Gesetzesentwurf dahingehend erweitert, dass die Verbrauchsausgaben für Kommunikationsdienstleistungen vollständig als regelbedarfsrelevant anerkannt werden. Das bedeutet, dass laufende Aufwendungen für Mobilfunkverträge neben den bereits berücksichtigten Kosten für eine Flatrate für Festnetzanschlüsse berücksichtigt werden. Die Nutzung von Mobilfunkgeräten ist zum allgemeinen Standard geworden und wird daher zu Recht als Bestandteil des soziokulturellen Existenzminimums betrachtet.

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordert in ihrem Antrag die Anwendung eines reinen Statistikmodells gänzlich ohne Streichungen einzelner Ausgabenpositionen. Eine solche Anhebung der Regelsätze über den existenzsichernden Bedarf hinaus, wäre wie bereits beschrieben nicht geboten und nicht nur mit Blick auf die finanziellen Mehrausgaben, sondern vor allem wegen der damit verbundenen Verschärfung von negativen Anreizen zur Arbeitsaufnahme problematisch. Grundsätzlich muss ein Lohnabstand zwischen Leistungsbezug und Erwerbseinkommen bestehen, damit Arbeit auch finanziell attraktiver bleibt als Nichterwerbstätigkeit. Bereits jetzt ist das nicht mehr bei allen Haushaltskonstellationen gegeben.



So hat derzeit ein in Berlin lebendes arbeitsloses Paar mit zwei Kleinkindern Anspruch auf Grundsicherungsleistungen, die bei Vollzeitbeschäftigung einer alleinverdienenden Person einem Bruttostundenlohn von knapp 13 € pro Stunde entsprächen. Eine unverhältnismäßige Anhebung des existenzsichernden Bedarfs würde hier die Arbeitsanreize weiter senken.

Zudem ist es denjenigen, die nur über ein geringes Einkommen verfügen und die Grundsicherung mit ihren Steuern mitfinanzieren, nicht vermittelbar, warum jemand der nicht arbeitet, ähnlich viel oder mehr Geld zur Verfügung hat als er oder sie selbst.

Entbürokratisierung und weitere Rechtsvereinfachung im SGB II vorantreiben

Zu Recht fordert die Fraktion der FDP in ihrem Antrag (BT.-Drs. 19/15040) eine weitere Entbürokratisierung des SGB II. Mit einer wirklich nennenswerten „Entbürokratisierung“ können personelle Ressourcen für Vermittlung, Beratung, Förderung gewonnen werden. Ziel muss sein, die Regeln klarer, einfacher und transparenter zu gestalten. Die Mitarbeitenden der Jobcenter sollten sich im Kern um die Menschen, weniger um die Bürokratie kümmern dürfen. Das würde auch deren Motivation für ihre gesellschaftlich wichtige Arbeit einen enormen Schub verleihen.

Notwendig dafür sind deutliche Verwaltungsvereinfachungen und stärkere Pauschalierungen bei der Leistungsgewährung. Die nun „echte“ Pauschalierung im Rahmen des Mehrbedarfs bei einer dezentralen Warmwasserversorgung durch Streichung der Einzelfallklausel geht dabei in die richtige Richtung. Jedoch sind weitere stärkere Pauschalierungen und Vereinfachungen notwendig:

Beispielsweise sollte statt der horizontalen sog. Bedarfsanteilmethode bei der Einkommensanrechnung die vertikale Einkommensanrechnung als Individualprinzip gesetzlich vorgeschrieben werden. Bei der horizontalen Anrechnung wird ein Einkommen auf alle Mitglieder der Bedarfsgemeinschaft angerechnet. Mit der vertikalen Einkommensanrechnung würde Erwerbseinkommen zunächst beim Erwerbstätigen selbst angerechnet und nur das Einkommen, das nicht zu seiner eigenen Existenzsicherung benötigt wird, auf die Bedarfe der übrigen Mitglieder der Bedarfsgemeinschaft angerechnet werden. Das führt dazu, dass Leistungsbezieher, die ihren eigenen Bedarf decken können, aus dem Leistungsbezug fallen, gleichzeitig aber bei weiteren Bedarfsgemeinschaftsmitgliedern nicht der Leistungsanspruch sinkt bzw. solche mit nur geringem Einkommen nicht schon deshalb aus dem Leistungsbezug fallen. Die vertikale Einkommensanrechnung ist damit auch deutlich weniger verwaltungsaufwändig.

Zu kompliziert ist auch die Berechnung von Mehrbedarfen für Alleinerziehende oder bei Schwangerschaft. Außerdem müssen zur Entbürokratisierung Verwaltungsdienstleistungen der Jobcenter digitalisiert und ein stärkerer Datenaustausch zwischen den Jobcentern und anderen Leistungsträgern ermöglicht werden. So sollte z. B. der elektronische Abruf der Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung auch für die Jobcenter möglich sein.

Die Einführung einer Bagatellgrenze für Rückforderungen wie sie die FDP fordert ist seit langem überfällig. Aufwändige Aufhebungs- und Erstattungsverfahren, die häufig ein Vielfaches an Verwaltungsaufwänden produzieren müssen durch eine Bagatellgrenze von 50 € vermieden werden. Eine solche Bagatellgrenze darf keinen Anspruch auf ein Behalten-Dürfen von zu viel gewährten Leistungen begründen, wenn aber die Forderungen der Jobcenter unter 50 € in Summe ca. 18 Mio. € betragen und der Verwaltungsaufwand dafür rund 60 Mio. € beträgt, muss hier im Rahmen des Ermessens des Sachbearbeiters auf die Rückforderung verzichtet werden können.



Wege aus der Grundsicherung unterstützen – Anreize zur Aufnahme einer (vollzeitnahen) Beschäftigung verbessern

Der beste Weg, das Existenzminimum zu sichern ist die dauerhafte Integration in Beschäftigung. Daher sollte das Gesetzgebungsverfahren für Änderungen im SGB II genutzt werden, die eine schnelle Integration in Arbeit begünstigen. Es müssen Brücken in Beschäftigung gebaut werden und zwar so, dass es sich auch lohnt diese Brücken zu überqueren. Statt den kleinen Hinzuverdienst zur Grundsicherung attraktiv zu gestalten, müssen diejenigen belohnt werden, die sich teilweise mühsam aus dem Leistungsbezug herausarbeiten. Dazu müssen die Hinzuverdienstregelungen entsprechend geändert werden.

- Die Regelungen müssen so angepasst werden, dass lediglich geringfügige Einkommen unattraktiver werden. Der Vorschlag der FDP einer Staffelung der effektiven Grenzbelastung, die sinkt, je mehr der Hinzuverdienst steigt, geht dabei in die richtige Richtung. Besser wäre allerdings ein einfacheres und damit bürokratieärmeres Verfahren.
- Grundlage für eine erfolgreiche Integration jedes und jeder Langzeitarbeitslosen sind die präzise Feststellung der individuellen Stärken und Schwächen sowie die dazu passende Förderung, damit die persönlichen Potenziale unter Berücksichtigung realistischer Perspektiven am Arbeitsmarkt entfaltet werden können. Richtig ist, dass Langzeitarbeitslose auch nach Aufnahme einer Beschäftigung in der Einarbeitungsphase eine gewisse Zeit weiter betreut werden können, um Abbrüche zu vermeiden und das Beschäftigungsverhältnis zu stabilisieren. Dieses Instrument muss gezielt genutzt werden.
- Bestehende arbeitsmarktpolitische Förderinstrumente müssen flexibler kombiniert und sinnvolle Förderketten gebildet werden, an deren Ende möglichst eine erfolgreiche Integration in Beschäftigung steht.
- Wie auch von der FDP gefordert, müssen Sanktionen im SGB II weiterhin möglich bleiben. Das Bundesverfassungsgericht hat in seinem Urteil vom 5. November 2019 klar bestätigt, dass die Durchsetzung von Mitwirkungspflichten in Form von Sanktionen verfassungsrechtlich zulässig ist. Es ist und bleibt richtig, für eine von der Allgemeinheit finanzierte Unterstützung eine Gegenleistung zu erwarten und zu verlangen. Wer Solidarität durch alle diejenigen erfährt, die mit ihren Steuern die Grundsicherung finanzieren, muss sie durch Eigenanstrengungen auch selbst rechtfertigen. Ohne die Möglichkeit, Sanktionen verhängen zu können, hätten die Mitarbeitenden in den Jobcentern keinerlei Möglichkeit, Mitwirkungspflichten durchzusetzen. Wenn zumutbare Arbeit oder zumutbare Maßnahmen angenommen bzw. angetreten sowie Termine eingehalten werden müssen, wird nichts Unmögliches verlangt. Die Mitarbeitenden der Jobcenter haben bewiesen, dass sie Sanktionen verantwortungsvoll einsetzen.

Ansprechpartner:

BDA | DIE ARBEITGEBER

Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände

Arbeitsmarkt

T +49 30 2033-1400

arbeitsmarkt@arbeitgeber.de



Die BDA organisiert als Spitzenverband die sozial- und wirtschaftspolitischen Interessen der gesamten deutschen Wirtschaft. Wir bündeln die Interessen von einer Million Betrieben mit rund 20 Millionen Beschäftigten. Diese Betriebe sind der BDA durch freiwillige Mitgliedschaft in Arbeitgeberverbänden verbunden.

Schriftliche Stellungnahme

Statistisches Bundesamt

zur öffentlichen Anhörung von Sachverständigen in Berlin am 2. November 2020 von
13 bis 14:30 Uhr zum

a) Gesetzentwurf der Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes zur Ermittlung von Regelbedarfen und zur Änderung des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch sowie des Asylbewerberleistungsgesetzes - BT-Drucksache 19/22750

b) Antrag der Abgeordneten Uwe Witt, Jürgen Pohl, Jörg Schneider, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD

Taschengeld für die in Heimen lebenden Bürger - BT-Drucksache 19/23128

c) Antrag der Abgeordneten Pascal Kober, Michael Theurer, Jens Beeck, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP

Liberales Bürgergeld einführen – Einstiegs- und Aufstiegsdynamik im Arbeitsmarkt verbessern – Hartz IV reformieren - BT-Drucksache 19/15040

d) Antrag der Abgeordneten Katja Kipping, Matthias W. Birkwald, Susanne Ferschl, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.

Rechentricks überwinden - Regelbedarfe sauber berechnen - BT-Drucksache 19/23113

e) Antrag der Abgeordneten Sven Lehmann, Anja Hajduk, Markus Kurth, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN

Teilhabe am gesellschaftlichen Leben garantieren - Regelbedarfsermittlung reformieren - BT-Drucksache 19/23124

siehe Anlage

Statistisches Bundesamt • 65180 Wiesbaden • Deutschland

Deutscher Bundestag
Ausschuss für Arbeit und Soziales

Bearbeiter/-in: Holger Breiholz
Telefon: +49 (0) 228 / 99-643-8706
Telefax: +49 (0) 228 / 99-643-8962
holger.breiholz@destatis.de

www.destatis.de
www.destatis.de/kontakt

Geschäftszeichen: H302/36320000

Bonn, 29.06.2020
Seitenanzahl: 3

Schriftliche Stellungnahme des Statistischen Bundesamtes zum Entwurf des Regelbedarfsermittlungsgesetzes und den Anträgen der Fraktionen

Einladung zur öffentlichen Anhörung im Ausschuss für Arbeit und Soziales am 02.11.2020

Sehr geehrter Herr Dr. Bartke,

zum Entwurf des Regelbedarfsermittlungsgesetzes und den Anträgen der Fraktionen nehmen wir wie folgt Stellung:

1. Entwurf eines Gesetzes zur Ermittlung von Regelbedarfen und zur Änderung des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch sowie des Asylbewerberleistungsgesetzes (Drucksache 19/22750)

Grundlage der aktuellen Neubemessung der SGB-Regelbedarfe nach SGB II und SGB XII sind Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) 2018. Für die EVS 2018 gilt wie für die früheren Erhebungen, dass sie insbesondere wegen des großen Stichprobenumfangs, des differenzierten Quotenplans und der detaillierten Anpassung an Ergebnisse des Mikrozensus (1%-Großstichprobe mit Auskunftspflicht) valide und zuverlässige Daten zu den Konsumstrukturen der privaten Haushalte in Deutschland bereitstellen kann.

Im Vergleich zur vorangegangenen EVS 2013 wurde das Erhebungskonzept der EVS 2018 nicht verändert. Auch die Datenaufbereitung (Datenerfassung und –plausibilisierung) und Hochrechnung erfolgte in gleicher Weise wie bei der EVS 2013. Bei Vergleichen zwischen 2013er- und 2018er-Ergebnissen der EVS ist daher davon auszugehen, dass keine methodisch bedingten Brüche in den regel-satzrelevanten Ergebnissen vorhanden sind.

Die Genauigkeit der EVS-Ergebnisse resultiert sowohl aus dem stichprobenbedingten als auch aus dem nichtstichprobenbedingten Fehler. Das Ausmaß des Nicht-Stichprobenfehlers ist wie in jeder anderen Erhebung nicht quantifizierbar. Durch umfangreiche qualitätssichernde Maßnahmen bei der Rücklaufkontrolle, der Erfassung und der Nachbereitung einschließlich der Hochrechnung wurde die-

Wiesbaden
Postanschrift:
65180 Wiesbaden
Haus-/Lieferanschrift:
Gustav-Stresemann-Ring 11
65189 Wiesbaden

Zweigstelle Bonn
Postanschrift:
Postfach 170377, 53029 Bonn
Hausanschrift:
Graurheindorfer Straße 198
53117 Bonn
Lieferanschrift:
Arminiusstraße 10, 53117 Bonn

i-Punkt Berlin
Post- und Lieferanschrift:
Friedrichstraße 50
(Checkpoint Charlie)
10117 Berlin

Bankverbindung
Bundeskasse - Dienstort Trier -
IBAN: DE81 5900 0000 0059 0010 20
BIC: MARKDEF1590
Umsatzsteuer-Identifikationsnummer:
DE 206511374

sem jedoch so gut wie möglich entgegengewirkt. Die qualitätssichernden Maßnahmen der Datenaufbereitung beinhalteten nach den manuellen Sichtkontrollen der von den Haushalten eingereichten Erhebungsunterlagen und vielen Rückfragen bei den Haushalten eine Vielzahl an Plausibilitätsprüfungen, die in die Erfassungs- und Aufbereitungsprogramme integriert wurden. Besonders hervorzuheben ist die Integration einer Budgetierung der Einnahmen und Ausgaben in die Aufbereitung der EVS, um konsistente Einnahmen-Ausgaben-Salden zu gewährleisten.

Zur Abschätzung des stichprobenbedingten Fehlers wurde für die EVS 2018 eine Fehlerrechnung durchgeführt. Ergebnisse, die auf den Angaben von weniger als 25 Haushalten basieren, werden als nicht veröffentlichungsfähig eingestuft, weil der zu erwartende relative Standardfehler bei 20% oder höher liegt. In veröffentlichten Tabellen wurden solche Ergebnisse durch einen Schrägstrich „/“ ersetzt. Bei einer zugrundeliegenden Fallzahl zwischen 25 und unter 100 Haushalten ist das veröffentlichte Ergebnis in Klammern „()“ gesetzt, um so die statistisch unsichere Aussagekraft des Ergebnisses (geschätzter relativer Standardfehler zwischen 10 % und unter 20 %) zu signalisieren. Allen anderen Ergebnissen liegt schätzungsweise ein einfacher relativer Standardfehler von weniger als 10% zugrunde. Sie werden vom Statistischen Bundesamt als uneingeschränkt veröffentlichungsfähig eingestuft und ohne zusätzliche Symbole dargestellt.

Nach Abschluss der Aufbereitungsarbeiten wurden gemäß §28 Abs. 1 SGB XII Sonderauswertungen aus der EVS 2018 nach genauen Vorgaben des BMAS für folgende Haushaltsgruppen („Referenzgruppen“) vorgenommen:

- die unteren 15% der nach ihrem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen aufsteigend gereihten Einpersonenhaushalte,
- die unteren 20% der nach ihrem Haushaltsnettoeinkommen aufsteigend gereihten Paarhaushalte mit einem Kind unter 18 Jahren, untergliedert in solche mit unter 6-jährigem, 6- bis unter 14-jährigem und 14- bis unter 18-jährigem Kind.

Um Zirkelschlüsse zu vermeiden, wurden entsprechend der Vorgaben des BMAS vor Bildung der Referenzgruppen alle Haushalte mit Bezug von Laufender Hilfe zum Lebensunterhalt, Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung, Arbeitslosengeld II / Sozialgeld und Asylbewerberleistungen ausgeklammert, sofern sie über kein Einkommen aus Erwerbstätigkeit verfügten.

Für die Referenzgruppen wurden die privaten Konsumausgaben in tiefst möglicher Untergliederung und ausgewählte Ausgabenpositionen aus dem Nichtkonsumausgabenbereich (z.B. Mitgliedsbeiträge für Vereine u. Ä.) ausgewertet, und zwar monatliche Durchschnitte je Haushalt und je Haushalt mit jeweiligen Ausgaben sowie die Zahl der Haushalte mit jeweiligen Ausgaben (hochgerechnet und ungewichtet als Fallzahl in der Stichprobe). Des Weiteren wurden Sonderauswertungen speziell zu Verkehrs- und Energieausgaben durchgeführt (Verkehrsausgaben von Haushalten ohne Ausgaben für Kraftstoffe und Schmiermittel; Ausgaben der nicht mit Strom heizenden Haushalte für Energie).

2. Antrag der Fraktion der AfD (Drucksache 19/23128)

Die Einbeziehung von Menschen in Alters- und Pflegeheimen in die EVS kommt mangels verlässlicher Eckwerte für den Stichproben- und Hochrechnungsrahmen der EVS derzeit nicht in Betracht.

Fraglich ist, ob die EVS mit ihrer hohen Belastung für die Teilnehmenden (u. a. drei Monate Haushaltsbuchführung) das geeignete Instrument ist, um Bedarfe von Menschen in Alters- und Pflegeheimen zu ermitteln.

3. Antrag der Fraktion der FDP (Drucksache 19/15040)

Keine Anmerkungen des Statistischen Bundesamtes.

4. Antrag der Fraktion DIE LINKE (Drucksache 19/23113)

Die Identifizierung „verdeckt armer“ Haushalte durch Befragung (z.B. durch Erhebung aller Tatbestände, die für die Feststellung der Bedürftigkeit relevant sind) würde die EVS angesichts der vielfältigen sonstigen Anforderungen an diese Erhebung sowie der Komplexität und Sensibilität eines solchen Erhebungstatbestands überfordern und sich sehr negativ auf die Teilnahmebereitschaft der Haushalte für die EVS und damit auf die Datenqualität der EVS auswirken. Folglich kann ein Ausschluss von verdeckt Armen auch weiterhin nur auf Basis von Schätzungen erfolgen.

Die genannten Fallzahlen auf Seite 4, vorletzter Absatz, sind fehlerhaft. Bei den aus dem Entwurf des Regelbedarfsermittlungsgesetzes zitierten Zahlen handelt es sich nicht um Stichprobenfallzahlen, sondern um hochgerechnete Haushaltszahlen in 1000 in der jeweiligen Referenzgruppe.

Die Formulierung auf Seite 4, letzter Satz („Bei 48 Prozent der regelbedarfsrelevanten Ausgabenposten für Kinder zwischen 6 und 13 Jahren ist ein Standardfehler von mehr als 20 Prozent zu vermuten; entsprechend fragwürdig ist das Gesamtergebnis.“) ist – statistisch gesehen – nicht korrekt. Die Teilausgaben können zwar aufgrund geringer Stichprobenfallzahl mit großer Unsicherheit verbunden sein. Dies bedeutet jedoch nicht, dass folglich auch die Gesamtausgaben zu unsicher oder „fragwürdig“ sein müssen. Entscheidend für die Genauigkeit der Gesamtausgaben ist die Zahl der Haushalte, die in die Berechnung der gesamten regelsatzrelevanten Ausgaben der jeweiligen Referenzgruppe eingehen. Ergebnisse aus der EVS 2018 werden üblicherweise ab einer Fallzahl von 100 Haushalten uneingeschränkt veröffentlicht, da in diesen Fällen die von der amtlichen Statistik gesetzten Qualitätsanforderungen erfüllt sind. Die Berechnung der Regelsätze aller Kinderaltersgruppen beruht auf Stichprobenfallzahlen von mehr als 100 Haushalten.

5. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN (Drucksache 19/23124)

Zur Identifizierung „verdeckt armer“ Haushalte in der EVS durch Befragung (z.B. durch Erhebung aller Tatbestände, die für die Feststellung der Bedürftigkeit relevant sind) siehe die diesbezüglichen Ausführungen zum Antrag der Fraktion DIE LINKE.

Keine weiteren Anmerkungen des Statistischen Bundesamtes.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag

Holger Breiholz

Schriftliche Stellungnahme

Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge e.V.

zur öffentlichen Anhörung von Sachverständigen in Berlin am 2. November 2020 von
13 bis 14:30 Uhr zum

a) Gesetzentwurf der Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes zur Ermittlung von Regelbedarfen und zur Änderung des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch sowie des Asylbewerberleistungsgesetzes - BT-Drucksache 19/22750

b) Antrag der Abgeordneten Uwe Witt, Jürgen Pohl, Jörg Schneider, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD

Taschengeld für die in Heimen lebenden Bürger - BT-Drucksache 19/23128

c) Antrag der Abgeordneten Pascal Kober, Michael Theurer, Jens Beeck, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP

Liberales Bürgergeld einführen – Einstiegs- und Aufstiegsdynamik im Arbeitsmarkt verbessern – Hartz IV reformieren - BT-Drucksache 19/15040

d) Antrag der Abgeordneten Katja Kipping, Matthias W. Birkwald, Susanne Ferschl, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.

Rechentricks überwinden - Regelbedarfe sauber berechnen - BT-Drucksache 19/23113

e) Antrag der Abgeordneten Sven Lehmann, Anja Hajduk, Markus Kurth, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN

Teilhabe am gesellschaftlichen Leben garantieren - Regelbedarfsermittlung reformieren - BT-Drucksache 19/23124

siehe Anlage

Stellungnahme der Geschäftsstelle des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge e.V. zum Gesetzentwurf der Bundesregierung eines Gesetzes zur Ermittlung von Regelbedarfen und zur Änderung des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch sowie des Asylbewerberleistungsgesetzes und zu den Anträgen der Oppositionsfractionen anlässlich der öffentlichen Anhörung des Ausschusses für Arbeit und Soziales im Deutschen Bundestag am 2. November 2020

Stellungnahme (DV 28/20) vom 29. Oktober 2020

Inhalt

Zusammenfassung	3
I. Zum Gesetzentwurf der Bundesregierung	3
A. Zu Artikel 1: Regelbedarfs-Ermittlungsgesetz	4
1. Zu § 3	5
2. Zu § 5	5
3. Zu § 8	5
4. Zu § 9	7
B. Zu Artikel 2 Änderung des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch, hier: Nr. 3	7
C. Anpassungsbedarf bei der Ermittlung der Stromkosten	8
II. Zu den Anträgen der Oppositionsfractionen	11
Zum Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	11
Statistikmodell	11
Vermeidung von Zirkelschlüsseln und verdeckt Arme	11
Weiße Ware	11
Regelbedarfsstufe 2	12
Zum Antrag der Fraktion DIE LINKE	12
Kosten für Haushaltsstrom	12
Existenzminimum von Kindern und Jugendlichen	13
Zum Antrag der Fraktion der FDP	13

Zusammenfassung

Das Statistikmodell ist ein grundsätzlich geeignetes Verfahren zur Bemessung der Regelbedarfe auf der Grundlage von Daten der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS). Allerdings ist der Einschluss von Leistungsberechtigten mit anrechenbarem Einkommen in die Referenzgruppen nicht sachgerecht. Der Gesetzgeber sollte Verfahren prüfen, „verdeckt Arme“ aus den Referenzgruppen auszuschließen.

Um normative Warenkorb-Entscheidungen transparent darzustellen, sollte dem Gesetz ein Verzeichnis über die Ausgabenpositionen und zugehörigen Beträge angefügt werden, die als nicht oder nur anteilig regelbedarfsrelevant bewertet wurden.

Leistungsberechtigte, die nicht ehelich oder lebenspartnerschaftlich verbunden sind und in besonderen Wohnformen leben, sollten nicht der Regelbedarfsstufe 2 zugeordnet werden, da dies eine sachlich nicht begründete Ungleichbehandlung zur Folge hat.

Die im Regierungsentwurf festgestellten Unterschiede der Konsumausgaben bei den Regelbedarfsstufen 4 und 6 auf der einen, der Regelbedarfsstufe 5 auf der anderen Seite stellen eine statistische Auffälligkeit dar, die aufgeklärt werden muss, wenn die Legitimität der Regelbedarfsermittlung auf Basis der EVS 2018 erhalten bleiben soll.

Die Bedarfe für den persönlichen Schulbedarf sollten zukünftig auf der Basis von regelmäßigen empirischen Untersuchungen bemessen werden, um ihre realitätsgerechte Bemessung zu gewährleisten.

Auf die im Regierungsentwurf vorgesehene Streichung der Einzelfallklausel des § 30 Abs. 7 SGB XII – Mehrbedarf für dezentrale Warmwasserbereitung – sollte verzichtet werden.

Aufgrund der Besonderheiten des Gutes „Strom“ birgt die Bemessung des Haushaltsstroms auf Basis der EVS erhebliche Risiken einer Untererfassung und Unterdeckung. Der Gesetzgeber sollte diese Bedenken aufgreifen und Verfahren prüfen, den Bedarf an Haushaltsstrom auf der Basis von Daten über Stromverbräuche realitätsgerechter zu bemessen.

I. Zum Gesetzentwurf der Bundesregierung

Diese Stellungnahme der Geschäftsstelle des Deutschen Vereins zum Regierungsentwurf des Regelbedarfs-Ermittlungsgesetzes hat ausschließlich Artikel 1 und 2 des Entwurfs zum Gegenstand.

Zum dritten Mal werden die Regelbedarfe bundeseinheitlich auf gesetzlicher Grundlage ermittelt. Das Bundesverfassungsgericht bestätigte in seinem Beschluss vom 23. Juli 2014¹, dass die im Jahr 2010 geschaffene gesetzliche Grundlage verfassungsgemäß ist. Das Bundesverfassungsgericht stellte jedoch auch fest, dass der Gesetzgeber sich „an der Grenze dessen (bewege), was zur Siche-

Ihr Ansprechpartner
im Deutschen Verein:
Dr. Andreas Kuhn.

1 BVerfG, Beschluss vom 23. Juli 2014, 1 BvL 10/12.

zung des Existenzminimums verfassungsrechtlich erforderlich ist“ (Rdnr. 121) und definierte Anpassungsbedarf, der in der weiteren Gesetzgebung umzusetzen sei. Zu den vom Bundesverfassungsgericht als Anpassungsbedarf formulierten Positionen äußerte sich der Deutsche Verein in seinen Stellungnahmen zum Regelbedarfsermittlungsgesetz 2017 (Fixkosten großer Familienhaushalte/betreuungsbedingt erhöhter Aufwand bei Paaren mit Kind für Gesundheit sowie soziale und kulturelle Teilhabe von Kindern, Mobilität, Weiße Ware, Sehhilfen, finanzieller Spielraum).² Der Anpassungsbedarf bei der Ermittlung des Bedarfs an Haushaltsenergie ist Gegenstand dieser Stellungnahme und wird gesondert dargestellt.³

Aus dem Anpassungsbedarf bei der Ermittlung der Stromkosten und den neuen Regelungen für die Bedarfsermittlung bei dezentraler Warmwasserbereitung in Nr. 3 des Artikels 2 Änderung des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch ergibt sich, dass bis zur Gesetzgebung des nächsten Regelbedarfs-Ermittlungsgesetzes fundierte Informationen über eine besser geeignete Datenbasis als die derzeitige Sonderauswertung der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe für die diesbezüglichen Bemessungen vorliegen sollten, um diese Bedarfe dann adäquat und zuverlässig bemessen zu können. Das sollte in diesem Regelbedarfs-Ermittlungsgesetz als verpflichtende Aufgabe des zuständigen Bundesministeriums für Arbeit und Soziales gesetzlich geregelt werden.

Eine solche Regelung darf nicht dazu führen, dass anzuerkennende Bedarfe entfallen, weil diese nach diesem Gesetz nicht zu bemessen sind. Um das zu vermeiden, müssen Übergangsregelungen in das Gesetz aufgenommen werden.

A. Zu Artikel 1: Regelbedarfs-Ermittlungsgesetz

Das Statistikmodell ist ein grundsätzlich geeignetes Verfahren zur Bemessung der Regelbedarfe auf der Grundlage von Daten der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS). Durch die Eingrenzung von Referenzgruppen für unterschiedliche Haushaltstypen können bei einzelnen Gütergruppen jedoch so geringe Fallzahlen auftreten, dass dazu eine statistisch zuverlässige Aussage nicht möglich ist. Der Anteil fehlender Angaben bei Stromaushgaben war und ist Anlass zu prüfen, ob hier eine adäquate Erfassung durch die EVS vorliegt. Bei Mobilität und Haushaltsenergie sind regional bedingte Unterschiede des Bedarfs bzw. regionale Unterschiede der Preise so groß, dass eine bundesweit einheitliche Pauschalierung dieser Bedarfe an ihre Grenzen stößt.

Durch die Art und Weise der Referenzgruppenbildung und die Selektion regelbedarfsrelevanter Verbrauchsausgaben ist wiederum damit zu rechnen, dass die Regelbedarfe knapp bemessen sind.

2 Vgl. Stellungnahme der Geschäftsstelle des Deutschen Vereins zum Referentenentwurf eines Gesetzes zur Ermittlung von Regelbedarfen sowie zur Änderung des Zweiten und Zwölften Buches Sozialgesetzbuch vom 13. September 2016; Stellungnahme des Deutschen Vereins zum Regierungsentwurf eines Gesetzes zur Ermittlung von Regelbedarfen sowie zur Änderung des Zweiten und Zwölften Buches Sozialgesetzbuch vom 27. September 2016.

3 Der Deutsche Verein hat sich dazu eingehend geäußert in der „Problemanzeige des Deutschen Vereins zur Bemessung des Bedarfs an Haushaltsenergie und des Mehrbedarfs bei dezentraler Warmwasserbereitung in Haushalten der Grundsicherung und Sozialhilfe – Lösungsperspektiven“ vom 20. März 2019. Auf diese Problemanzeige wird hier Bezug genommen.

1. Zu § 3

§ 3 Abs. 2 des Entwurfs sieht (erneut) vor, Leistungsempfänger, denen Erwerbseinkommen angerechnet wurde, nicht als Referenzhaushalte auszuschließen. Der umfassende Einschluss von allen Leistungsberechtigten mit anrechenbarem Einkommen in die Referenzgruppen ist nicht sachgerecht. Es sollten zumindest jene Haushalte aus den Referenzgruppen ausgeschlossen werden, die über ein lediglich geringes Einkommen verfügen und daher nur eine Pauschale von 100 Euro vom Einkommen absetzen können (§ 11b Abs. 2 Satz 1 SGB II). Denn wer erwerbstätig ist, hat Ausgaben im Zusammenhang mit der Berufstätigkeit. Der Lebensstandard von erwerbstätigen Leistungsberechtigten mit einem kleinen Einkommen liegt somit nicht signifikant über der Bedürftigkeitsgrenze. Um „Zirkelschlüsse“ zu vermeiden, sollten sie daher nicht als Referenzhaushalte zur Bemessung des Regelbedarfs berücksichtigt werden.

„Zirkelschlüssel“, also die Ableitung von Regelbedarfen aus den in der EVS erfassten Ausgaben von Leistungsberechtigten, widersprechen den Grundgedanken eines Statistikmodells fundamental. Auch wenn der Gesetzgeber nicht von Verfassungs wegen verpflichtet ist, die Referenzgruppen um Haushalte zu bereinigen, die einen Anspruch auf existenzsichernde Leistungen haben, diesen aber nicht realisieren (sog. „verdeckt Arme“), sollte er Verfahren prüfen, die zu einer entsprechenden Korrektur der Referenzgruppen geeignet sind. Solche Verfahren stehen zur Verfügung, auch wenn sie der Sache nach nicht immer zu einem statistisch vollständig gesicherten Ergebnis kommen können. Ihnen wäre der Vorzug vor einem Datensatz zu geben, bei dem sicher davon auszugehen ist, dass er zu Zirkelschlüssen führt.

2. Zu § 5

Es ist zu begrüßen, dass die Nutzung von Mobilfunk nun als Teil des soziokulturellen Existenzminimums anerkannt und in voller Höhe bei der Bemessung des Regelbedarfs berücksichtigt wird; die Anzahl der Smartphone-Nutzer in Deutschland ist von 33,4 Millionen im Jahr 2013 auf 57 Millionen im Jahr 2018 gestiegen.

Wie in den Regelbedarfs-Ermittlungsgesetzen zuvor, werden andererseits in beträchtlicher Anzahl Ausgabenpositionen der Referenzgruppen gekürzt oder gestrichen, sodass die Höhe der Regelbedarfe knapp gehalten wird und der Spielraum für interne Ausgleichs und das Ansparen aus dem Regelbedarf gering ist.

Um die normativen Warenkorb-Entscheidungen transparent darzustellen, ist dem Gesetz ein Verzeichnis beizufügen, in dem die Ausgabenpositionen der EVS, die als nicht oder nur anteilig regelbedarfsrelevant bewertet wurden, aufgelistet und mit dem zugehörigen Betrag ausgewiesen werden.

3. Zu § 8

In § 8 Abs. 1 Nr. 2 werden Personen der Regelbedarfsstufe 2 zugeordnet, die nicht ehelich oder lebenspartnerschaftlich verbunden sind. Es handelt sich um Personen, die Leistungen nach dem SGB IX beziehen und allein oder zu zweit in neuen Wohnformen leben.

Nach der neuen Systematik der Regelbedarfsstufen, die mit dem Regelbedarfs-Ermittlungsgesetz 2017 eingeführt wurde, wird bei Erwachsenen nicht mehr auf das gemeinsame Wirtschaften und die hierbei entstehenden Einsparungen abgestellt. Bezugspunkt für Regelbedarfsstufe 2 ist vielmehr das gegenseitig füreinander Einstehen von Ehegatten oder Lebenspartnern.

Nach diesem Ansatz wäre es folgerichtig, bei dem in § 8 Abs. 1 Nr. 2b-E genannten Personenkreis einen Bedarf nach der Regelbedarfsstufe 1 anzuerkennen. Denn in den neuen Wohnformen besteht keine gegenseitige Einstandspflicht der Bewohner.

In der Gegenäußerung vom 21. Oktober 2020 zur Stellungnahme des Bundesrates weist die Bundesregierung darauf hin, dass in neuen Wohnformen Regelbedarfe durch Leistungen für Kosten der Unterkunft gedeckt werden. Wenn dem so ist, dann muss transparent gemacht werden, in welchem Maße diese Leistungen der Differenz zwischen der Regelbedarfsstufe 1 und der Regelbedarfsstufe 2 entsprechen.

Für die Regelbedarfsstufe 5, Kinder vom Beginn des siebten bis zur Vollendung des 14. Lebensjahres, wurde auf Grundlage der Sonderauswertung der EVS 2018 ein geringerer Regelbedarf ermittelt als bei der Sonderauswertung der EVS 2013. Um das Besitzstandsrecht zu wahren, wird für die Regelbedarfsstufe 5 ein Regelbedarf in Höhe des Regelbedarfs anerkannt, der sich aus dem Regelbedarfs-Ermittlungsgesetz 2017 und den darauf folgenden Fortschreibungen ergibt, dies sind 308 Euro.

Wie bei den Paarhaushalten der Regelbedarfsstufen 4 (Kind im Alter 14 bis unter 18 Jahren) und 6 (Kind im Alter bis unter 6 Jahren), ist auch das Einkommen der Paare mit Kindern der Regelbedarfsstufe 5 gestiegen. Nach den Daten der EVS 2018 sind im Vergleich zu den Daten der EVS 2013 besonders hohe Zuwächse der regelbedarfsrelevanten Konsumausgaben aber nur in Haushalten der Regelbedarfsstufen 4 und 6 festzustellen, bei Paaren der Regelbedarfsstufe 5 nur relativ geringe. Die Gesetzesbegründung weist darauf hin, dass der Zuwachs der Konsumausgaben nach der EVS 2013 im Vergleich zu den Konsumausgaben nach der EVS 2008 in dieser Gruppe mit 17,2 % weit überdurchschnittlich ausfiel. Das ist keine Erklärung für den deutlich niedrigeren Ausgabenzuwachs im Vergleich der Daten von 2018 und 2013, sondern zeigt an, dass die Datenbasis dieser Ergebnisse überprüft werden muss.

Es ist plausibel und gehört zum gesicherten ökonomischen Wissen, dass bei Haushalten mit geringen Einkommen Zuwächse an Einkommen zu einem hohen Anteil für Konsum ausgegeben werden. Nach §§ 4 und 5 wird in dem hier angewendeten Statistikmodell dafür Sorge getragen, dass nur die Haushalte mit den geringsten Einkommen in der jeweiligen Einkommens- und Verbrauchsstichprobe die Datenbasis für die Ermittlung des Regelbedarfs bilden.

Deshalb handelt es sich bei den festgestellten Unterschieden der Konsumausgaben um eine statistisch auffällige Abweichung, die aufgeklärt werden muss, um die Legitimität der aktuellen Regelbedarfsermittlung auf Basis der EVS 2018 zu erhalten. Eine mögliche statistische Anomalität für eine gesamte Regelbedarfsstufe ist nicht durch eine Besitzschutzregelung zu heilen.

4. Zu § 9

Der Regierungsentwurf sieht in § 9 die Erhöhung der Teilbeträge für Ausstattung mit persönlichem Schulbedarf für das in 2021 beginnende erste Schulhalbjahr auf 102 Euro und für das im Kalenderjahr 2021 beginnende zweite Schulhalbjahr auf 51 Euro vor.

Die Erhöhung des Schulbedarfspakets entspricht damit § 34 Abs. 3a SGB XII in der ab 1. Juli 2020 geltenden Fassung und schreibt die Beträge fort. Die Begründung des Regierungsentwurfs macht keinerlei Ausführungen darüber, inwieweit die Beträge den Bedarf abdecken können und orientiert sich an der Entwicklung der Regelbedarfsstufe 1, im konkreten Fall an der Entwicklung der Regelbedarfsstufe 1 von 2020 zu 2021 und der sich daraus ergebenden prozentualen Erhöhung. Die Geschäftsstelle des Deutschen Vereins regt an, zum persönlichen Schulbedarf, insbesondere im Hinblick auf die Digitalisierung, zukünftig regelmäßig empirische Untersuchungen durchzuführen, um die Bedarfe realitätsgerecht und zuverlässig zu ermitteln.⁴

B. Zu Artikel 2 Änderung des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch, hier: Nr. 3

Durch die Regelung des Artikels 2 Nr. 3 wird die Einzelfallklausel des § 30 SGB XII Abs. 7 gestrichen – Mehrbedarf für dezentrale Warmwasserbereitung. Leistungsträger hätten keine ausreichend qualifizierte Möglichkeit, die Stromkosten festzustellen, die im Einzelfall durch eine dezentrale Warmwasserbereitung entstehen.

Statt des Mehrbedarfs im Einzelfall könne der Leistungsträger einen Regelsatz für Haushaltsenergie abweichend von der maßgebenden Regelbedarfsstufe festzusetzen, wenn die Voraussetzungen nach § 27a Abs. 4 Satz 1 Nr. 2 SGB XII erfüllt sind.

Den Leistungsträgern stehen für die Anwendung des § 27a SGB XII auf die Festsetzung eines abweichenden Regelbedarfs bei den Stromkosten wegen dezentraler Warmwasserbereitung keine anderen Möglichkeiten zur Verfügung als die Anwendung der Einzelfallklausel nach § 30 Abs. 7 SGB XII a.F., der Stromverbrauch für die Warmwasserbereitung kann nicht ohne weiteres gemessen oder festgestellt werden.

Unter den gegebenen Bedingungen ist die Forderung des Bundessozialgerichts zu erfüllen, dass die Verwaltung und im Klageverfahren das Gericht von Amts wegen ermitteln, ggf. den Kläger befragen und technischen Sachverstand einholen, und schließlich im Rahmen der Beweiswürdigung entscheiden, solange nicht davon ausgegangen werden kann, dass die pauschalen Bemessungsansätze nach § 21 Abs. 7 Satz 2 Halbsatz 1 SGB II den Bedarf bei dezentraler Warmwassererzeugung im Allgemeinen hinreichend decken können (B 14 AS 6/17 R).

Der Bedarf an Haushaltsenergie für dezentrale Warmwasserbereitung ist nicht als bloße Erhöhung des Stromverbrauchs eines Haushalts anzusehen. Bei diesem

⁴ Siehe hierzu: Stellungnahme der Geschäftsstelle des Deutschen Vereins zum Entwurf eines Gesetzes zur zielgenauen Stärkung von Familien und ihren Kindern durch die Neugestaltung des Kinderzuschlags und die Verbesserung der Leistungen für Bildung und Teilhabe (Starke-Familien-Gesetz – StaFamG) vom 27. November 2018.

Bedarf handelt es sich um einen Grundbedarf privater Haushalte, der in Deutschland dem physischen Existenzminimum zuzuordnen ist. Der Sache nach muss der Bedarf für dezentrale Wasserbereitung genauso wie der Bedarf für zentrale Warmwasserversorgung in tatsächlicher Höhe anerkannt werden, soweit dieser angemessen ist (§ 35 Abs. 4 SGB XII).

Die Ermittlung des Bedarfs an dezentraler Warmwasserbereitung ist auf Basis der EVS nicht möglich. Die Gewährleistung des Existenzminimums wird aber verfehlt, wenn wegen einer nicht vorhandenen Bemessungsmöglichkeit ein notwendiger Bedarf nicht gedeckt wird. In diesem Fall ist eine geeignete Bemessungsmöglichkeit zu schaffen und dann anzuwenden.

Es sind Datenerfassungssysteme etabliert und Datenbanken vorhanden, die aufzeigen, dass eine geeignete Bemessungsmöglichkeit für den Bedarf an dezentraler Wasserversorgung geschaffen werden kann. Aktuell gültige Strompreise vor Ort zu ermitteln, ist ohne größeren Aufwand möglich.

Die nach den Regelbedarfsstufen differenzierten Prozentwerte für die pauschale Bemessung des Mehrbedarfs bei dezentraler Warmwasserbereitung gehen auf Empfehlungen des Deutschen Vereins aus dem Jahr 1991 (!) zurück. Inzwischen gibt es neue Erkenntnisse und Darlegungsbedarfe. Diese Werte müssen daher durch eine adäquate Studie, die wissenschaftlichen Kriterien genügt, geprüft und ggf. korrigiert werden.

Für die Fortschreibung des Bedarfs für elektrische Warmwasserbereitung ist zu gewährleisten, dass die Regelbedarfsstufen immer mindestens so erhöht werden, wie der Strompreis steigt. Nur dann ist gesichert, dass die Erhöhung des Mehrbedarfs dem Anstieg der Kosten für elektrische Warmwasserbereitung entspricht.

C. Anpassungsbedarf bei der Ermittlung der Stromkosten

Das Bundesverfassungsgericht stellt in seinem Beschluss vom 23. Juli 2014 fest⁵, dass die „Ermittlung des existentiellen Bedarfs wegen der anfallenden Kosten für Haushaltsstrom den grundgesetzlichen Anforderungen“ genüge (Rdnr. 111). Die nicht ausgewiesenen Stromkosten bei 7,4 % der befragten Haushalte in der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe stellten die Sicherung der menschenwürdigen Existenz insgesamt nicht infrage. Die Werte für die Stromkosten seien „nicht unsachlich verzerrt“ worden (Rdnr. 112).

Bei einer derart gewichtigen Ausgabeposition wie den Stromkosten sei der Gesetzgeber allerdings verpflichtet, auf außergewöhnliche Preissteigerungen zu reagieren. Wenn solche festzustellen sind, müsse nicht nur der Index für die Fortschreibung der Regelbedarfe, es müssten auch die grundlegenden Vorgaben für die Ermittlung des Bedarfs hinsichtlich des Haushaltsstroms überprüft und, falls erforderlich, angepasst werden (vgl. Rdnrn. 111 und 144).

Der Anstieg der Strompreise liegt regelmäßig über denen der Verbraucherpreise insgesamt. Das wird auf Grundlage des regelbedarfsrelevanten Preisindex entsprechend dem Anteil der Ausgaben für Strom nach dem Wägungsschema in der

⁵ BVerfG, Beschluss vom 23. Juli 2014, 1 BvL 10/12.

Fortschreibung der Regelbedarfe berücksichtigt. Wenn die Strompreise im Folgejahr deutlich höher steigen als in dem Jahr, das der Fortschreibung zugrunde liegt, dann liegen die Stromkosten jedoch über dem dafür berechneten Anteil am Regelbedarf.

Die Strompreise zeichnen sich nicht nur durch einen im Bundesdurchschnitt oftmals höheren Anstieg aus als die Verbraucherpreise insgesamt. Die Strompreise zeichnen sich auch dadurch aus, dass diese regional sehr unterschiedlich steigen. In einigen Regionen Deutschlands liegt der Strompreisanstieg deutlich über dem Bundesdurchschnitt. Auf Basis der Sonderauswertung der EVS wird aus den Angaben der Referenzhaushalte ein bundeseinheitlicher Durchschnitt der Ausgaben für Strom berechnet. Dementsprechend gibt es Haushalte, die deutlich höhere Stromkosten haben als der Bundesdurchschnitt. Die Differenz kann mit den Fortschreibungen des Regelbedarfs größer werden.

Eine dritte Besonderheit der Strompreise besteht darin, dass es eine Grundversorgung gibt und eine größere Anzahl anderer Tarife der Stromversorgung. Generell sind die Tarife der Grundversorgung teurer als die anderen Tarife der Stromversorgung. Auch die Preise der Grundversorgungstarife sind regional unterschiedlich hoch, und der Anstieg dieser Preise unterscheidet sich von Region zu Region. Auch das kann ein bundeseinheitlicher Betrag für Haushaltsenergie nicht abbilden.

Es ist sehr wahrscheinlich, dass der Anteil der Haushalte in der Grundsicherung und Sozialhilfe, die ihren Strom nach dem örtlichen Grundversorgungstarif beziehen, deutlich höher ist als der Anteil der Haushalte mit dieser Stromversorgung in den Referenzgruppen nach §§ 3 und 4 des RBEG. Dementsprechend sind die Stromausgaben der Grundsicherungshaushalte höher als die der Referenzhaushalte des RBEG.

Hinzu kommt, dass aufgrund der Referenzhaushalte, für die keine Stromkosten nachgewiesen sind, die Ausgaben für Strom in der Sonderauswertung der EVS statistisch geringer sind als die realen Stromausgaben dieser Haushalte; in Deutschland ist davon auszugehen, dass jeder Haushalt Ausgaben für Strom hat.

Der Deutsche Verein fasst diese hier aufgezeigte Konstellation für die Ermittlung des Bedarfs an Haushaltsenergie auf Basis der EVS als Risiko einer systematischen Untererfassung zusammen. Diese Feststellung impliziert nicht, dass die Werte für die Stromkosten unsachlich verzerrt worden seien.

Es ist plausibel, dass für eine beträchtliche Anzahl von Haushalten der Grundsicherung und Sozialhilfe – zum Teil deutliche – Unterdeckungen beim Anteil des Regelbedarfs für Stromkosten nachgewiesen werden können.

Die Haushalte der Grundsicherung und Sozialhilfe sollten nicht gezwungen sein, einen Teil ihrer Stromkosten aus dem Regelbedarf insgesamt auszugleichen. Jeder Haushalt muss die Chance haben, die Stromkosten aus dem dafür vorgesehenen Anteil am Regelbedarf zu bezahlen.

Haushaltsenergie ist ein Grundbedarf mit geringer Elastizität der Nachfrage. Steigende Preise können die Haushalte nur sehr begrenzt durch Konsumverzicht oder Investitionen ausgleichen, Haushalte der Grundsicherung und Sozialhilfe relativ noch weniger als Haushalte mit höherem Einkommen. Dementsprechend tragen

diese Haushalte ein erhöhtes Risiko bei Stromschulden, die oftmals Teil einer Überschuldung sind. Bei einer beträchtlichen Anzahl dieser Haushalte werden Stromsperrern durchgeführt.

Ein sicherer Zugang zu Haushaltsenergie und eine sichere Finanzierung des Stromverbrauchs sind beim gegenwärtigen Entwicklungsstand des Gemeinwesens und bei den bestehenden Lebensbedingungen nicht nur ein Grundbedarf, sondern auch Teil des sozio-kulturellen Existenzminimums. Die Nutzung digitaler Technik ist immer mehr Voraussetzung für soziale Teilhabe, für Teilhabe an Bildung und am Arbeitsmarkt. Diese Technik ist nur mit elektrischer Energie nutzbar, und ihre Nutzung erhöht den Stromverbrauch.

In Anlehnung an den Beschluss des Bundesverfassungsgerichts vom 23. Juli 2014 ist deshalb festzustellen, dass der Gesetzgeber die hier aufgezeigten ernsthaften Bedenken, „die auf tatsächliche Gefahren der Unterdeckung verweisen, nicht einfach auf sich beruhen lassen und fortschreiben (darf). Er ist vielmehr gehalten, bei den periodisch anstehenden Neuermittlungen des Regelbedarfs zwischenzeitlich erkennbare Bedenken aufzugreifen und unzureichende Berechnungsschritte zu korrigieren“ (Rdnr. 141).

Da in Deutschland die Messgeräte für den Stromverbrauch der privaten Haushalte zuverlässig und gegen Manipulation gesichert sind und von seriösen Firmen betrieben werden, besteht für die Träger der Grundsicherung und Sozialhilfe ohne größeres Risiko die Möglichkeit, die tatsächlichen Stromkosten der einzelnen Haushalte zu übernehmen. Weit überdurchschnittlicher Stromverbrauch eines Haushalts könnte anlassbezogen aufgeklärt und ggf. ermittelt werden. Die Feststellung dieses Anlasses kann automatisiert erfolgen. Wegen der o.g. aufgezeigten Unterdeckung werden den Trägern der Grundsicherung und Sozialhilfe bei dieser Vorgehensweise höhere Kosten entstehen, diese werden aber bei weitem nicht das Ausmaß annehmen, das bei der Übernahme der tatsächlichen Kosten der Unterkunft entstehen würde.

Es ist auch möglich, die tatsächlich Stromkosten soweit anzuerkennen, wie diese angemessen sind. Für die Festlegung der Angemessenheitsgrenze sollte eine zuverlässig statistisch auswertbare Datenbasis geschaffen werden, diese Festlegung sollte nicht ausschließlich normativ erfolgen. Vorhandene Datenbanken zum Stromverbrauch in Deutschland zeigen, dass das möglich ist.

Im Unterschied zu den Kosten der Unterkunft, sind Stromkosten in den privaten Haushalten relevant beeinflussbar. Durch Beratung, technische Veränderungen, die Anschaffung energieeffizienter Endgeräte, die Nutzung moderner Systeme der Vorauszahlung (Prepaid) und Verhaltensänderungen sind Haushalte in der Lage, den Stromverbrauch so zu senken, dass sie die Angemessenheitsgrenze einhalten.

II. Zu den Anträgen der Oppositionsfractionen

Aufgrund der kurzen Fristsetzung ist neben der Stellungnahme zur Ermittlung der Regelbedarfe im Gesetzentwurf der Bundesregierung leider nur eine summarische Bewertung der Anträge der Oppositionsfractionen möglich. Die Geschäftsstelle äußert sich an dieser Stelle nur zu einigen grundsätzlichen Positionen zu den in den Anträgen aufgeworfenen Themen.

Zum Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Statistikmodell

Nach Einschätzung der Geschäftsstelle des Deutschen Vereins ist das Statistikmodell ein grundsätzlich geeignetes Verfahren zur Bemessung der Regelbedarfe auf der Grundlage von Daten der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS). Der Gesetzgeber ist berechtigt, normative Warenkorb-Entscheidungen vorzunehmen. Die Geschäftsstelle des Deutschen Vereins hält es allerdings für erforderlich, diese transparent darzustellen. Deshalb soll dem Gesetz ein Verzeichnis über die Ausgabenpositionen und zugehörigen Beträge angefügt werden, die als nicht oder nur anteilig regelbedarfsrelevant bewertet wurden.

Die Position in dem Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, ein reines Statistikmodell zu verwenden, hält die Geschäftsstelle des Deutschen Vereins nicht für sachgerecht.

Vermeidung von Zirkelschlüsseln und verdeckt Arme

Die Position in dem Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Leistungsberechtigte mit geringen Einkommen, die nur eine Pauschale von 100 € absetzen können, aus der Referenzgruppe auszuschließen, wird von der Geschäftsstelle des Deutschen Vereins geteilt. Dies trifft auch auf die Position zu, Haushalte in verdeckter Armut nicht in die Grundgesamtheit aufzunehmen. Die Geschäftsstelle des Deutschen Vereins tritt dafür ein, dass der Gesetzgeber zur Verfügung stehende Verfahren auf ihre Realisierbarkeit prüft, die es ermöglichen, Referenzgruppen entsprechend zu korrigieren.

Weißer Ware

In dem Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen wird gefordert, die Neuanschaffung oder, wenn wirtschaftlich vertretbar, die Reparatur von weißer Ware zusätzlich durch Leistungen außerhalb des Regelsatzes abzudecken. Der Deutsche Verein hat in seinen Stellungnahmen zum letzten Regelbedarfs-Ermittlungsgesetz 2017 festgestellt, dass die Prüfaufträge aufgrund des Beschlusses des Bundesverfassungsgerichts vom 23. Juli 2014 (Rdnr. 121) hinsichtlich der zukünftigen Bedarfsdeckung bei der (kostenträchtigen) Weißen Ware im damaligen Referenten- bzw. Regierungsentwurf nicht hinreichend abgearbeitet wurden.⁶ Diese Einschätzung trifft auch auf diesen Regierungsentwurf zu.

⁶ Vgl. Stellungnahme der Geschäftsstelle des Deutschen Vereins zum Referentenentwurf eines Gesetzes zur Ermittlung von Regelbedarfen sowie zur Änderung des Zweiten und Zwölften Buches Sozialgesetzbuch

Hieraus ist allerdings aus Sicht der Geschäftsstelle des Deutschen Vereins nicht zwingend zu schließen, dass der Bedarf an weißer Ware zusätzlich durch Leistungen außerhalb des Regelsatzes abzudecken ist. Eine Schlussfolgerung hierzu ist vielmehr erst auf Grundlage einer vom Gesetzgeber durchzuführenden Prüfung gerechtfertigt.

Regelbedarfsstufe 2

In dem Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen wird gefordert, Menschen, die in Wohnheimen (besondere Wohnformen nach § 42b SGB XII) leben, zukünftig der Regelbedarfsstufe 1 anstatt der Regelbedarfsstufe 2 zuzuordnen.

Die Geschäftsstelle des Deutschen Vereins hält es aufgrund der neuen Regelbedarfsstufen, die mit dem Regelbedarfs-Ermittlungsgesetz 2017 eingeführt wurden, für folgerichtig, bei den genannten Erwachsenen in besonderen Wohnformen einen Bedarf nach der Regelbedarfsstufe 1 anzuerkennen, da keine Einstandspflicht der Bewohnerinnen und Bewohner besteht. Wenn eine Zuordnung zur Regelbedarfsstufe 2 mit der Begründung erfolgt, dass in neuen Wohnformen Regelbedarfe durch Leistungen für Kosten der Unterkunft gedeckt werden – wie dies der Gegenäußerung der Bundesregierung vom 21. Oktober 2020 zur Stellungnahme des Bundesrates zu entnehmen ist –, dann wäre dies aus Sicht der Geschäftsstelle des Deutschen Vereins nur dann zulässig, wenn transparent gemacht wird, in welchem Maße diese Leistungen der Differenz zwischen der Regelbedarfsstufe 1 und der Regelbedarfsstufe 2 entsprechen.

Zum Antrag der Fraktion DIE LINKE

Der Antrag der Fraktion DIE LINKE umfasst einige Forderungen, die auch von dem Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen umfasst sind, wenn auch zum Teil in weitergehendem Maße, so beispielsweise zur Herausnahme von Leistungsberechtigten mit einem Einkommen bis maximal 100 € aus der Referenzgruppe, zur Regelbedarfsstufe 2 (hier wird allerdings eine vollständige Abschaffung gefordert) und zur Weißen Ware. Insoweit es sich um solche gleichlautenden Forderungen handelt, wird auf die vorausgegangenen Positionierungen der Geschäftsstelle des Deutschen Vereins zum Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen verwiesen.

Kosten für Haushaltsstrom

Darüber hinaus wird im Antrag der Fraktion DIE LINKE gefordert, die Kosten für Haushaltsstrom eigenständig und orientiert am Bedarf zu übernehmen. Der Deutsche Verein sieht für die Ermittlung des Bedarfs an Haushaltsenergie auf Basis der EVS ein hohes Risiko der systematischen Untererfassung. In einer Problemanzeige hat er deshalb Verfahren aufgezeigt, die es ermöglichen, den Strombedarf von Haushalten und Grundsicherung und Sozialhilfe außerhalb der EVS zu erfassen.⁷

vom 13. September 2016; Stellungnahme des Deutschen Vereins zum Regierungsentwurf eines Gesetzes zur Ermittlung von Regelbedarfen sowie zur Änderung des Zweiten und Zwölften Buches Sozialgesetzbuch vom 27. September 2016.

7 Problemanzeige des Deutschen Vereins zur Bemessung des Bedarfs an Haushaltsenergie und des Mehrbedarfs bei dezentraler Warmwasserbereitung in Haushalten der Grundsicherung und Sozialhilfe – Lösungs-

Dennoch ist der Gesetzgeber nach Einschätzung der Geschäftsstelle des Deutschen Vereins dem Beschluss des Bundesverfassungsgerichts vom 23. Juli 2014, dass der Gesetzgeber gehalten ist, „... bei den periodisch anstehenden Neuermittlungen des Regelbedarfs zwischenzeitlich erkennbare Bedenken aufzugreifen und unzureichende Berechnungsschritte zu korrigieren“ (Rdnr. 141) an dieser Stelle nicht ausreichend gefolgt.

Die Geschäftsstelle des Deutschen Vereins fordert nicht, jedwede Stromkosten zu übernehmen. Vielmehr sollten vorhandene Datenbanken zum Stromverbrauch in Deutschland so herangezogen sowie Beratung und technische Veränderungen in den Haushalten so genutzt werden, dass tatsächliche Stromkosten soweit anerkannt werden können, wie diese angemessen sind.

Existenzminimum von Kindern und Jugendlichen

In dem Antrag der Fraktion DIE LINKE wird gefordert, das Existenzminimum von Kindern und Jugendlichen neu zu ermitteln und bis zu dieser Neuermittlung einen Gesetzentwurf zur Einführung einer Kindergrundsicherung vorzulegen.

Hierzu kann an dieser Stelle darauf verwiesen werden, dass der Deutsche Verein aufgrund von Schnittstellenproblemen und unterschiedlichen Handlungsbedarfen die Neu- und Umstrukturierung des Systems monetärer Leistungen für Familien und Kinder für dringend notwendig erachtet. Die sogenannte „Kindergrundsicherung“ ist eine Möglichkeit, Kinderarmut effektiver zu bekämpfen und Chancengerechtigkeit zu fördern. Dabei würden Kinder aus dem Leistungsbezug nach SGB II ausgegliedert und ihr Existenzminimum außerhalb des SGB II-Bezugs abgesichert. Hierzu hat der Deutsche Verein bislang Eckpunkte vorgelegt für die weitere Diskussion. Eine Festlegung auf ein bestimmtes Modell erfolgte nicht.⁸

Zum Antrag der Fraktion der FDP

Die Fraktion der FDP hat einen Antrag zur umfassenden Reform der Grundsicherung für Arbeitsuchende vorgelegt. Auf die Forderungen hierzu kann hier nicht im Einzelnen eingegangen werden. Eine Veränderung von Zuverdienstregelungen und Regelungen zum Schonvermögen in der Grundsicherung für Arbeitsuchende sowie Entlastungen im Verwaltungsaufwand werden gegenwärtig auch in den Gremien des Deutschen Vereins erörtert. Es ist zu erwarten, dass der Deutsche Verein im kommenden Jahr substantielle Vorschläge hierzu vorlegen wird.

Die Forderung in dem Antrag der Fraktion der FDP, Sanktionen der Kosten für Unterkunft aufzuheben und für die Jobcenter die Möglichkeiten zu erweitern, Minde-rungszeiträume bei Sanktionen in Abhängigkeit von der Mitwirkungsbereitschaft der Leistungsberechtigten zu verkürzen, wird von der Geschäftsstelle des Deutschen Vereins geteilt.⁹

perspektiven vom 20. März 2019.

8 Siehe hierzu: Empfehlungen des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge e.V. zur Weiterentwicklung des Systems monetärer Unterstützung von Familien und Kindern vom 11. September 2019.

9 Siehe hierzu: Stellungnahme der Geschäftsstelle des Deutschen Vereins anlässlich der Anhörung des Ausschusses für Arbeit und Soziales im Deutschen Bundestag zu Sanktionen im SGB II am 4. Juni 2018.

Schließlich teilt der Deutsche Verein im Grundsatz die Forderung in dem Antrag der Fraktion der FDP, Weiterbildung in der Grundsicherung für Arbeitsuchende zu verbessern. Insoweit der Ausbau von Teilqualifizierung die modulare abschlussbezogene Qualifizierung stärkt und für die Teilnehmenden tatsächlich die Erfolge erweitert, einen vollwertigen anerkannten Berufsabschluss zu erlangen, wird diese Position in dem Antrag der FDP vom Deutschen Verein geteilt.¹⁰

10 Siehe dazu: Empfehlungen des Deutschen Vereins zur Förderung von Bildung und beruflicher Weiterbildung in der Grundsicherung für Arbeitsuchende vom 30. April 2020; Stellungnahme der Geschäftsstelle des Deutschen Vereins zum Referentenentwurf des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales eines Gesetzes zur Förderung der beruflichen Weiterbildung im Strukturwandel und zur Weiterentwicklung der Ausbildungsförderung vom 14. Februar 2020.

Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge e.V. – seit 140 Jahren das Forum des Sozialen

Der Deutsche Verein für öffentliche und private Fürsorge e.V. ist das gemeinsame Forum von Kommunen und Wohlfahrtsorganisationen sowie ihrer Einrichtungen, der Bundesländer, der privatgewerblichen Anbieter sozialer Dienste und von den Vertretern der Wissenschaft für alle Bereiche der Sozialen Arbeit, der Sozialpolitik und des Sozialrechts. Er begleitet und gestaltet durch seine Expertise und Erfahrung die Entwicklungen u.a. der Kinder-, Jugend- und Familienpolitik, der Sozial- und Altenhilfe, der Grundsicherungssysteme, der Pflege und Rehabilitation. Der Deutsche Verein wird gefördert aus Mitteln des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.

Impressum

Herausgeber:

Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge e.V.

Michael Löher, Vorstand

Michaelkirchstr. 17/18

10179 Berlin

www.deutscher-verein.de

E-Mail info@deutscher-verein.de

Information für den Ausschuss

AWO Bundesverband e.V.

Unaufgeforderte Stellungnahme zur öffentlichen Anhörung von Sachverständigen in Berlin am 2. November 2020 von 13 bis 14:30 Uhr zum

a) Gesetzentwurf der Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes zur Ermittlung von Regelbedarfen und zur Änderung des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch sowie des Asylbewerberleistungsgesetzes - BT-Drucksache 19/22750

b) Antrag der Abgeordneten Uwe Witt, Jürgen Pohl, Jörg Schneider, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD

Taschengeld für die in Heimen lebenden Bürger - BT-Drucksache 19/23128

c) Antrag der Abgeordneten Pascal Kober, Michael Theurer, Jens Beeck, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP

Liberales Bürgergeld einführen – Einstiegs- und Aufstiegsdynamik im Arbeitsmarkt verbessern – Hartz IV reformieren - BT-Drucksache 19/15040

d) Antrag der Abgeordneten Katja Kipping, Matthias W. Birkwald, Susanne Ferschl, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.

Rechentricks überwinden - Regelbedarfe sauber berechnen - BT-Drucksache 19/23113

e) Antrag der Abgeordneten Sven Lehmann, Anja Hajduk, Markus Kurth, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN

Teilhabe am gesellschaftlichen Leben garantieren - Regelbedarfsermittlung reformieren - BT-Drucksache 19/23124

siehe Anlage

AWO Bundesverband e.V. • Blücherstraße 62/63 • 10961 Berlin

Deutscher Bundestag
Ausschuss für Arbeit und Soziales
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Per E-Mail

Heinrich-Albertz-Haus
Blücherstraße 62/63
10961 Berlin
Tel 030 263 09-0
Fax 030 263 09-325 99
info@awo.org

awo.org

Ihre Zeichen / Ihr Schreiben vom

Unser Zeichen

Email / Durchwahl

Datum

23.10.2020


**Stellungnahme des AWO Bundesverbandes zum Entwurf eines Gesetzes zur
Ermittlung von Regelbedarfen und zur Änderung des Zwölften Buches
Sozialgesetzbuch sowie des Asylbewerberleistungsgesetz**

Sehr geehrter Herr Dr. Bartke,
sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,

anlässlich der öffentlichen Anhörung im Ausschuss für Arbeit und Soziales zum
Gesetzesentwurf zur Ermittlung von Regelbedarfen am 2. November 2020, übersenden wir
Ihnen anliegend unsere schriftliche Stellungnahme mit der Bitte um Berücksichtigung.

Für Rückfragen erreichen Sie Herrn Dr. Ragnar Hoenig, Leiter der Abteilung Arbeit,
Soziales, Europa unter ragnar.hoenig@awo.org bzw. 030 26309 201.

Mit freundlichen Grüßen



Prof. Dr. Jens M. Schubert
Bundesgeschäftsführer nach §30 BGB

Stellungnahme des AWO Bundesverbandes

zum Regierungsentwurf
vom 17. August 2020 (Bearbeitungsstand 12:09 Uhr)

Entwurf eines Gesetzes zur Ermittlung von Regelbedarfen und zur Änderung des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch sowie des Asylbewerberleistungsgesetzes

Stand: 23. Oktober 2020

Inhalt

I. Zusammenfassende Bewertung	2
II. Zum Gesetzentwurf im Einzelnen	4
1. Berechnung der Regelbedarfe	4
a) Allgemeines zum Statistikmodell	4
b) Referenzhaushalte	5
c) Abweichungen von der EVS	7
d) Ansparsystematik und langlebige Gebrauchsgüter	10
e) Regelbedarfsstufen	11
f) Fortschreibung	12
2. Einzelproblematiken	13
a) Zu § 30 Abs. 7 SGB XII-E	13
b) Stromkosten	15
c) Digitalisierungsdefizit	16
III. Schlussbemerkungen	18

I. Zusammenfassende Bewertung

In ständiger Rechtsprechung leitet das Bundesverfassungsgericht aus der Verbindung der Menschenwürdegarantie des Art. 1 Abs. 1 GG und des Sozialstaatsprinzips aus Art. 20 Abs. 1 GG ein Grundrecht auf Gewährleistung eines menschenwürdigen Existenzminimum ab. Danach muss der Gesetzgeber die physische und die soziokulturelle Existenz als einheitliche Gewährleistung sichern. Bei der Konkretisierung dieses Anspruchs muss er alle existenznotwendigen Aufwendungen folgerichtig in einem transparenten und sachgerechten Verfahren realitätsgerecht bemessen. Zudem hat er das dergestalt gefundene Ergebnis fortwährend zu überprüfen und weiterzuentwickeln. Diesen verfassungsrechtlichen Auftrag soll der vorliegende Gesetzentwurf umsetzen. Die ab dem 1. Januar 2021 geltenden Regelbedarfe sollen in Anlehnung an die letzten beiden Regelbedarfsgesetze und auf Grundlage der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2018 neu berechnet und auf das derzeitige Preis- und Lohnniveau angehoben werden.

Zwar ist zu begrüßen, dass die Verbrauchsaufwendungen für den Mobilfunk bei den Regelbedarfen künftig berücksichtigt werden sollen. Gleichwohl kann die Regelbedarfsneuberechnung im Ergebnis nicht zufrieden stellen. Obgleich das Bundesverfassungsgericht das Statistikmodell, das der Regelbedarfsberechnung zugrunde liegt, als eine verfassungsrechtlich zulässige Berechnungsmethode und die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe als eine geeignete empirische Datengrundlage anerkannt hat, weisen die Berechnungsmethode und die Datengrundlage Schwachstellen auf, für die im vorliegenden Gesetzentwurf keine besseren Lösungen gesucht werden. Die Kritik, die die AWO bei Bildung der Referenzhaushalte für die Regelbedarfsberechnung in den vergangenen Jahren immer wieder geübt hat, wird kaum aufgegriffen. Auch das Bundesverfassungsgericht hat anerkannt, dass die Verbrauchsausgaben der Leistungsberechtigten selbst nicht zur Grundlage ihrer Leistungen gemacht werden können. Zwar sollen die Verbrauchsausgaben der Asylbewerber*innen künftig bei der Regelsatzberechnung unberücksichtigt bleiben. Die anderen, von der AWO seit Jahren monierten Zirkelschlüsse werden hingegen fortgeführt.

Ferner fließen in die Berechnung der neuen Regelbedarfe nach wie vor die Verbrauchsausgaben von Berechtigten von Leistungen der Ausbildungsförderung, von Aufstocker*innen sowie von verdeckt armen Menschen ein, so dass die Datengrundlagen für die Regelbedarfe erhebliche statistische Verzerrungen aufweisen. Im Ergebnis besonders ins Gewicht fallen jedoch die in der Vergangenheit immer wieder kritisierten Abweichungen von der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe. Nachträgliche Streichungen an dem statistisch ermittelten Regelbedarf erfolgen erneut in hohem Umfang. Die Begründungen für diese Streichungen sind aus Sicht der AWO oft wenig überzeugend. Teilweise wird der gesetzgeberische Gestaltungsspielraum nach unserer Auffassung sogar falsch eingeschätzt, wie etwa bei der Frage, ob und inwieweit Verbrauchsausgaben aus dem soziokulturellen Bereich bei der Regelbedarfsberechnung zu berücksichtigen sind. Infolge der zahlreichen Abschlüsse von der

Einkommens- und Verbrauchsstichprobe ist der finanzielle Spielraum, den die Leistungsbezieher*innen haben müssten, um individuell höhere Bedarfe intern ausgleichen zu können, faktisch nicht gegeben. Insgesamt erreichen diese Abschläge nach Auffassung der AWO somit ein Ausmaß, das die Tauglichkeit der Regelbedarfsberechnung insgesamt in Frage stellt.

Bei der Bildung der Regelbedarfsstufen ist aus Sicht der AWO problematisch, dass sich die Erwachsenenregelbedarfe ausschließlich auf der Grundlage von Einpersonenhaushalten berechnen. Hierdurch werden die besonderen Bedarfe, die Erwachsene mit Kindern haben, nicht hinreichend berücksichtigt. Die AWO fordert zudem eine Neugestaltung der Absicherung von Kindern im Rahmen einer Kindergrundversicherung.

Folgerichtig werden die aus der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2018 ermittelten Regelbedarfe auf ein aktuelles Niveau angehoben werden. Bei der endgültigen Fortschreibung liegt zum Teil ein Zeitraum zu Grunde, in dem die Coronakrise ihren (vorläufigen) Höhepunkt erreichte. Aus unserer Sicht ist es zwingend und dringend erforderlich die durch Corona entstandenen Mehrausgaben schon heute angemessen und rückwirkend zu kompensieren.

Daneben gibt es einige Einzelproblematiken, die im Gesetzentwurf besonders hervorstechen. Die AWO hält die Neuregelung zur Abrechnung besonderer Formen der Warmwasserversorgung für problematisch, da dadurch höhere Hürden für die Betroffene entstehen. Daneben schätzt die AWO die aktuell vorgesehene Höhe der Stromkosten als nicht sachgerecht ein. Zudem bleibt mit den aktuell geplanten Anpassungen ein Digitalisierungsdefizit für Betroffene bestehen. Hier sollten, insbesondere mit Blick auf die aktuelle Pandemielage und der damit einhergehenden schnellen Digitalisierung des Alltags, Nachbesserungen vorgenommen werden.

Insgesamt knüpft der vorliegende Gesetzentwurf weitgehend an die beiden vorangegangenen Regelbedarfsneuberechnungen in den Jahren 2011 und 2016 an. Obgleich der Gesetzgeber gehalten ist, seine Berechnungen stetig zu überprüfen und weiterzuentwickeln, setzt der vorliegende Gesetzentwurf kaum neue, innovative Impulse. Die Lebenssituation derjenigen, die auf existenzsichernde Leistungen angewiesen sind, wird sich mit der hier vorgeschlagenen Neuberechnung nicht durchgreifend verbessern. Dies ist aus Sicht der AWO enttäuschend.

II. Zum Gesetzentwurf im Einzelnen

1. Berechnung der Regelbedarfe

a) Allgemeines zum Statistikmodell

Inhalt des Gesetzentwurfes

Der Referentenentwurf hält an den geltenden Regelungen des SGB XII zur Berechnung der Regelbedarfe nach dem so genannten Statistikmodell fest. Grundlage für die Berechnung sind gemäß § 28 Abs. 2 S. 2 SGB XII die tatsächliche Verbrauchsausgaben von unteren Einkommensgruppen, wie sie sich aus der jeweils neuesten Erhebung der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) ergeben. Die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) wird vom Statistischen Bundesamt alle fünf Jahre – zuletzt im Jahr 2018 – erhoben und erfasst die Einkommens-, Vermögens-, und Schuldensituation sowie die Konsumausgaben der Haushalte. Für die Berechnung der Regelbedarfe ab dem 1. Januar 2021 wurden entsprechend § 28 Abs. 3 S. 1 SGB XII Sonderauswertungen zu den Verbrauchsausgaben der Einpersonnen- und Familienhaushalte ausgewertet. Mit Hilfe dieser Sonderauswertungen wurden im Referentenentwurf gemäß § 28 Abs. 3 S. 3, Abs. 4 S. 1 SGB XII zunächst so genannte Referenzhaushalte gebildet und anschließend deren regelbedarfsrelevanten Ausgaben festgelegt – also die Aufwendungen, die zur Sicherung des Existenzminimums notwendig sind und eine einfache Lebensweise ermöglichen.

Bewertung der AWO

Das Bundesverfassungsgericht hat das Statistikmodell als eine mit der Verfassung vereinbare Berechnungsmethode und die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe als eine geeignete empirische Datengrundlage anerkannt. Gleichwohl bleiben fachliche Schwachstellen, auf die der vorliegende Gesetzentwurf keine Antworten gibt.

So wird etwa nicht hinterfragt, ob und inwieweit alle regelbedarfsrelevanten Ausgaben von den befragten Haushalten an der richtigen Stelle verbucht wurden. Derartige Fehlbuchungen werden bei der Regelbedarfsberechnung dann zu einem Problem, wenn einzelne Verbrauchspositionen ganz oder teilweise als nicht regelbedarfsrelevant ausgeschlossen werden. Ebenso wenig wird im Referentenentwurf untersucht, ob die Kostenstruktur der befragten Haushalte für die Haushalte der Leistungsberechtigten typisch ist. Da die zu Grunde gelegten Haushalte in ihrer Alters- und Erwerbsstruktur nicht repräsentativ sind, stellt sich die Frage, ob und inwieweit hieraus Rückschlüsse für die Verbrauchsausgaben von Haushalten in der Grundsicherung gezogen werden können. Problematisch ist weiterhin, dass viele regelbedarfsrelevante Verbrauchsausgaben nur auf sehr geringen Fallzahlen beruhen. Dies ist insbesondere bei den Regelbedarfen für Kinder zu beobachten. Daten, die nur durch geringe Fallzahlen belegt werden, sind fehleranfälliger und werfen damit die Frage der Aussagekraft auf.

Es ist nicht zufriedenstellend, dass diese und weitere Schwachstellen des aktuellen Statistikmodells ausgeblendet werden, obgleich der Gesetzgeber nach Auffassung der AWO verpflichtet ist, auch das Statistikmodell als verfassungsrechtlich grundsätzlich zulässige Berechnungsmethode stetig zu überprüfen und weiterzuentwickeln. Der bloße Verweis auf die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts wird dieser gesetzgeberischen Konkretisierungs- und Aktualisierungspflicht nicht gerecht.

b) Referenzhaushalte

Inhalt des Gesetzentwurfes

Für die Regelbedarfsermittlung sollen nach § 1 Abs. 1, § 2 Abs. 1 S. 1 Entwurf des Regelbedarfsermittlungsgesetz 2021 (RBEG 2021-E) nur die Verbrauchsausgaben einkommensschwacher Einpersonen- und Familienhaushalte maßgeblich sein. Zugleich sollen Zirkelschlüsse bei der Bemessung vermieden werden, die entstehen, wenn die Regelbedarfe nach dem Verbraucherverhalten der Leistungsbeziehenden selbst bemessen werden. Daher sollen nach § 3 RBEG 2021-E zunächst die Haushalte ausgeschlossen werden, die im Erhebungszeitraum Leistungen der Hilfe zum Lebensunterhalt oder der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung nach dem SGB XII, zur Sicherung des Lebensunterhalts nach dem SGB II oder Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz erhalten haben. Erst dann sollen die einkommensschwachen Haushalte ermittelt werden, indem als Referenzhaushalte für die Regelbedarfsberechnung nach § 4 RBEG 2021-E von den Einpersonenhaushalten die unteren 15 Prozent der Haushalte und von den Familienhaushalten die unteren 20 Prozent der Haushalte abgeschichtet werden.

Bewertung der AWO

Das Bundesverfassungsgericht hat bereits in seinen Regelsatzurteilen vom 9. Februar 2010 und vom 23. Juli 2014 betont, dass die Herausnahme der Bezieher*innen von Sozialhilfeleistungen aus der Regelbedarfsberechnung zur Vermeidung von Zirkelschlüssen geboten ist. Man dürfe das Verbrauchsverhalten der Leistungsbeziehenden selbst nicht zur Grundlage der Leistungen machen.

Die AWO hat daher stets gefordert, dass neben den Verbrauchsausgaben von Bezieher*innen von SGB XII-Leistungen auch die Verbrauchsausgaben der Bezieher*innen von Leistungen des Asylbewerberleistungsgesetzes und der Ausbildungsförderung aus der Regelbedarfsberechnung herausgenommen werden müssen. Der vorliegende Gesetzentwurf greift die Kritik der AWO zumindest teilweise auf und schließt erstmals auch das Verbrauchsverhalten von Bezieher*innen von Leistungen des Asylbewerberleistungsgesetzes nach § 3 Abs. 1 Nr. 4 RBEG 2021-E aus. Für eine vollständige Entkräftung der AWO-Kritik reicht dies jedoch nicht. Denn obwohl andere Zirkelschlussprobleme im Referentenentwurf erkannt werden, bleiben sie ungelöst. Personen die in jeglicher Form auf sozialstaatliche Unterstützung angewiesen sind, um ihren Lebensunterhalt bestreiten zu können, dürfen nicht Teil der Berechnungsgrundlage. Da dies jedoch weiterhin der Fall ist, muss auch bei dieser Regel-

bedarfsberechnung von erheblichen Verzerrungen im statistischen Datenmaterial ausgegangen werden.

So sind etwa die Bezieher*innen von Leistungen der Ausbildungsförderung nach wie vor in den Referenzhaushalten für die Regelbedarfe enthalten. Besonders gravierend ist aus Sicht der AWO zudem, dass die Verbrauchsausgaben der Aufstocker*innen, also der Bezieher*innen von ergänzenden Fürsorgeleistungen neben einem Erwerbseinkommen, nach § 3 Abs. 2 RBEG 2021-E ausdrücklich in die Regelbedarfsberechnung einbezogen werden sollen. Dieser Zirkelschluss wird im Referentenentwurf damit gerechtfertigt, dass die betroffenen Aufstocker*innen aufgrund der teilweisen Freistellung des Erwerbseinkommens im SGB II und SGB XII über ein Gesamteinkommen oberhalb der Sozialhilfeschwelle verfügen würden. Diese Argumentation verkennt aber, dass dem höheren Gesamteinkommen auch ein höherer existenzieller Bedarf gegenübersteht. Die Freistellung des Erwerbseinkommens dient nämlich dazu, die arbeitsbedingten Mehrbedarfe zu decken, die ansonsten weder im SGB II noch im SGB XII gesondert anerkannt werden. Zudem sind auch Einkünfte bei Aufstocker*innen wesentlich durch die Höhe der Grundsicherung geprägt. Die AWO bekräftigt daher ihre Forderung, auch die Verbrauchsausgaben der Haushalte von Aufstocker*innen aus der Regelbedarfsberechnung auszuschließen.

Weitgehend unbestritten ist, dass vor allem die Berücksichtigung der Verbrauchsausgaben der so genannten verdeckt Armen zu statistischen Verzerrungen führt. Dabei handelt es sich um Personen, die dem Grunde nach Anspruch auf existenzsichernde Leistungen hätten, diese aber aus den unterschiedlichsten Gründen nicht geltend machen. Wenn die Verbrauchsausgaben dieser Personen bei der Regelbedarfsberechnung berücksichtigt werden, dann basiert die Höhe der Regelbedarfe zu einem entsprechenden Anteil auf dem Verbrauchsverhalten von Personen, denen tatsächlich weniger als das zur Verfügung steht, was nach dem Grundgesetz für ein menschenwürdiges Dasein gewährt werden muss. Dies ist aus Sicht der AWO nicht hinnehmbar. Dass über die Lebenssituation der verdeckt armen Menschen wenig bekannt ist und ihre Herausnahme aus der Regelbedarfsberechnung deshalb schwierig ist, liegt in der Natur der Sache. Denn wer trotz Anspruchs keinen Antrag auf existenzsichernde Leistungen stellt, bleibt in der jeweiligen existenziellen Notlage zunächst unentdeckt. Untersuchungen deuten darauf hin, dass die Nichtinanspruchnahme von berechtigten existenzsichernden Leistungen ein weit verbreitetes Phänomen darstellt. So hat etwa eine jüngst veröffentlichte Untersuchung im Auftrag des Forschungsnetzwerks Alterssicherung aus dem Jahr 2019 frühere Untersuchungen darin bestätigt, dass die Nichtinanspruchnahmequote bei der Grundsicherung im Alter bei mehr als 60 Prozent liegt (vgl. Buslei, H./Geyer, J./Haan, P., Harnisch, M., Wer bezieht Grundsicherung im Alter? Eine empirische Analyse der Nichtinanspruchnahme, FNA-Journal Heft 4/2019). Zu der Schätzung einer Nichtinanspruchnahmequote von Grundsicherungsleistungen von mehr als 50 Prozent der Anspruchsberechtigten gelangt auch eine Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (vgl. Harnisch, M.: Non-Take-Up of Means-Tested Social Benefits in Germany. DIW Discussion Paper 1793).

Vor diesem Hintergrund überzeugt es nicht, wenn eine Herausnahme der verdeckt Armen aus der Regelbedarfsberechnung mit dem bloßen Hinweis auf statistische Unsicherheiten abgelehnt und auf entsprechende Forschungsergebnisse für die Regelbedarfsermittlung 2016 Bezug genommen wird. Die statistischen Unsicherheiten liegen – wie ausgeführt – in der Natur der Sache und aktuelle Forschungsergebnisse zeigen, dass die verdeckte Armut in Deutschland derzeit so weit verbreitet ist, dass sich die Notwendigkeit einer Herausnahme bei der Regelbedarfsberechnung geradezu aufdrängt. Die Behauptung im Referentenentwurf, das Bundesverfassungsgericht habe die Nichtherausrechnung der verdeckt Armen für verfassungsgemäß erklärt, verkennt, dass das Gericht den Gesetzgeber ausdrücklich zu einer stetigen Fortentwicklung seines Bedarfsermittlungssystems aufgefordert hat. Die bloße Bezugnahme auf die Forschungsergebnisse für die Regelbedarfsermittlung 2016 genügt dieser Pflicht in keiner Weise. Solange eine exakte Herausnahme der Haushalte von verdeckt armen Menschen bei der Regelbedarfsberechnung aufgrund von statistischen Unsicherheiten nicht möglich ist, bleibt dem Gesetzgeber zumindest die Möglichkeit, bei der Abgrenzung der Referenzhaushalte großzügigere Maßstäbe anzulegen und diese weiter zu fassen als die unteren 15 % der Einpersonen- bzw. die unteren 20 % der Familienhaushalte. Irene Becker und Verena Tobsch (2016) legten hierzu einen Vorschlag vor und rechnen verdeckt arme Haushalte approximativ aus der Grundgesamt der Referenzhaushalte heraus. (vgl. Becker, I. / Tobsch, V.: Regelbedarfsbemessung – methodisch konsistente Berechnungen auf Basis der EVS 2013 unter Berücksichtigung von normativen Vorgaben der Diakonie Deutschland. Riedstadt und Berlin 2016)

c) Abweichungen von der EVS

Inhalt des Gesetzentwurfes

Wie im geltenden Recht des SGB XII vorgesehen, werden in §§ 5 f. RBEG 2021-E die regelbedarfsrelevanten Verbrauchsausgaben der Einpersonen- bzw. der Familienhaushalte festgelegt. Dabei werden – wie bei den vergangenen Regelbedarfsberechnungen – bestimmte Verbrauchsausgaben durch gesonderte Berechnungen ersetzt oder gar „als nicht regelbedarfsrelevante Ausgaben“ vollständig ausgeschlossen. So werden etwa die Verbrauchsausgaben für Alkohol durch eigene Berechnungen für die gleiche Flüssigkeitsmenge an Mineralwasser ersetzt. In ähnlicher Weise ersetzt werden die Ausgaben für Strom und für fremde Verkehrsdienstleistungen. Als nicht regelbedarfsrelevant herausgerechnet werden unter anderem die Verbrauchsausgaben für PKW und Krafträder sowie für die Unterhaltung eines Gartens. Bei den Einpersonenhaushalten werden zudem die Verbrauchsausgaben für die Kinderbetreuung ausgenommen. Die Verbrauchsausgaben für chemische Reinigung, Waschen, Bügeln und Färben von Bekleidung werden mit der Begründung herausgerechnet, dass hierfür die Verbrauchsausgaben für die Anschaffung von Wasch- und Bügelmaschinen, sowie für Waschmittel in vollem Umfang berücksichtigt würden.

Bei dem Ausschluss von Verbrauchsausgaben aus dem Bereich Freizeit, Unterhaltung und Kultur (Abteilung 9) beruft sich der Referentenentwurf auf einen größeren Ge-

staltungsspielraum, den der Gesetzgeber beim soziokulturellen Existenzminimum im Gegensatz zum physischen Existenzminimum habe. Auch bei Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen (Abteilung 11) wird ausschließlich eine Wareneinsatzquote von 31,3 Prozent als regelbedarfsrelevant übernommen. Andere Verbrauchsausgaben, wie etwa für Zahnersatz oder für orthopädische Schuhe werden mit dem Argument ausgeschlossen, sie würden bereits durch andere Leistungstatbestände berücksichtigt.

Bewertung der AWO

Die AWO hält es für überaus bedenklich, dass wie in der Vergangenheit zahlreiche Abschlüsse vorgenommen werden. Zwar hat das Bundesverfassungsgericht dem Gesetzgeber bei der wertenden Entscheidung, welche Ausgaben zum Existenzminimum gehören, einen gewissen Gestaltungsspielraum zugestanden. Allerdings hat es für Kürzungen von Ausgabenpositionen der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe eine sachgerechte, vertretbare und transparente Begründung verlangt. Zudem hat es verlangt, dass die Abweichungen von der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe kein Ausmaß erreichen dürfen, das die Tauglichkeit des Modells für die Regelbedarfsermittlung in Frage stellt. Insoweit erkennt die AWO für den vorliegenden RGesetzentwurf erheblichen Nachbesserungsbedarf.

Für unzutreffend hält die AWO die Begründung, mit der die Verbrauchsausgaben für chemische Reinigung, Waschen, Bügeln und Färben von Bekleidung unberücksichtigt bleiben. Saubere Kleidung gehört zum menschenwürdigen Existenzminimum. Dies betrifft nicht nur die Bekleidung, die sich selbst waschen lässt, sondern auch diejenigen Kleidungsstücke, die sich aufgrund der Art des Stoffes oder der Verarbeitung ausschließlich in einer chemischen Reinigung waschen und bügeln lassen. Für ebenfalls sachwidrig erachtet die AWO die Herausnahme der Ausgaben für Kinderbetreuungskosten. Zwar ist richtig, dass diese Kosten bei kinderlosen Alleinstehenden regelmäßig nicht anfallen. Insoweit wird jedoch verkannt, dass die Regelbedarfstufe 1 auch für Alleinerziehende maßgeblich ist und zugleich die Grundlage für die Partnerregelbedarfe in Familienhaushalten bildet. Hier bedarf es einer entsprechenden Anpassung.

Auch die Herausnahme der Verbrauchsausgaben für PKW und Krafträder hält die AWO nicht für sachgerecht. Insoweit besteht ein Wertungswiderspruch zu § 12 Abs. 3 S. 1 Nr. 2 SGB II, der ein angemessenes Kfz für jeden erwerbsfähigen Leistungsberechtigten einer Bedarfsgemeinschaft als Schonvermögen anerkennt. Zudem wird verkannt, dass gerade in strukturschwachen ländlichen Regionen regelmäßig kein hinreichender ÖPNV existiert. Betroffene aus diesen Regionen sind daher oftmals zwingend auf ein PKW oder ein Kraftrad angewiesen. Durch die insgesamt knappe Bemessung der Regelbedarfe kann ein Ausgleich nicht hinreichend geschaffen werden. Vielmehr droht hier die Gefahr einer Unterdeckung.

Wegen der Herausnahme der Verbrauchsausgaben für PKW und Krafträder werden im Referentenentwurf alternative Berechnungen zum Bedarf an öffentlichen Ver-

kehrsdienstleistungen durchgeführt. Anstelle von statistischen 33,28 Euro sollen für den Regelbedarf für Alleinstehende 35,16 Euro berücksichtigt werden.¹ In seinem Beschluss vom 23. Juli 2014 hatte das Bundesverfassungsgericht den Gesetzgeber indes aufgefordert, bei einer Herausnahme der Verbrauchsausgaben für PKW und Krafträder die entsprechenden höheren Aufwendungen für die Nutzung von öffentlichen Verkehrsmitteln zu berücksichtigen. Diesen Vorgaben wird der ermittelte Alternativbetrag von 35,16 Euro nicht gerecht. Dieser Betrag reicht weiterhin bei einigen Trägern des öffentlichen Personennahverkehrs nicht einmal für das Sozialticket aus. So kostete etwa das Sozialticket für den Verkehrsverbund Rhein-Ruhr aktuell 39,35 Euro. In Hannover beginnen die Preise für Sozialtickets schon in der ersten Zone bei 39,40 € monatlich. In Stuttgart sprengen Tickets ab Zone 2 dann mit Preisen ab 44,20 € den finanziellen Rahmen. Dies legt zumindest nahe, dass die Mobilitätsbedarfe eine strukturelle Unterdeckung aufweisen. Zudem sind notwendige Mobilitätsbedarfe im Fernverkehr nicht berücksichtigt.

Soweit Verbrauchsausgaben für die Unterhaltung eines Gartens oder aus den Bereichen Unterhaltung und Kultur herausgenommen werden, wird der gesetzgeberische Gestaltungsspielraum schlicht verkannt. Zwar ist richtig, dass das Bundesverfassungsgericht dem Gesetzgeber bei der Bestimmung des soziokulturellen Existenzminimums einen größeren Gestaltungsspielraum zugebilligt hat. Im Sanktionsurteil vom 5. November 2019 hat es jedoch klargestellt, dass damit den Bedarfen des soziokulturellen Existenzminimums keineswegs eine geringere Bedeutung beigemessen werden sollte als den Bedarfen des physischen Existenzminimums. Vielmehr sei das menschenwürdige Existenzminimum als eine einheitliche Gewährleistung zu verstehen. Mit dem größeren Gestaltungsspielraum werde lediglich der höheren Wandelbarkeit des soziokulturellen Existenzminimums Rechnung getragen. Sofern also bei der Regelbedarfsermittlung Verbrauchsausgaben aus den Bereichen Freizeit, Unterhaltung und Kultur gestrichen werden, unterliegt der Gesetzgeber den gleichen strengen Begründungspflichten wie bei den Verbrauchsausgaben, die dem physischen Existenzminimum zuzuordnen sind. Daher reicht es für eine Streichung nicht aus, auf einen vermeintlich größeren Gestaltungsspielraum zu verweisen.

Ebenso übersieht der Gesetzgebung bei den Streichungen im Bereich der Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen, dass über den Warenwert der eingenommenen Speisen und Getränke hinaus eine gesellschaftliche und kulturelle Dimension des Besuchs einer Gaststätte oder einem Cafe. In angemessenem Umfang gehören daher auch diese Ausgaben zu den Teilhabebedarfen eines Menschen und sind daher nach Auffassung der AWO regelbedarfsrelevant.

Das Bundesverfassungsgericht hat mehrfach angemahnt, dass der Gesetzgeber auf Unterdeckungen existenzieller Bedarfe reagieren und die vollständige Deckung des aktuellen Bedarfs sicherstellen muss. Er kann dies, so das Bundesverfassungsgericht, entweder durch zusätzliche Ansprüche gewährleisten oder dadurch, dass ein ausreichender finanzieller Spielraum für einen internen Ausgleich eingeräumt wird.

¹ Die Summe erhöht sich auf Grund der Fortschreibung noch marginal.

Der vorliegende Gesetzentwurf räumt weder zusätzliche Ansprüche noch einen ausreichenden finanziellen Spielraum für einen internen Ausgleich ein. Denn Streichungen, für die nicht durch eine Sonderauswertung oder angemessene Umrechnung kompensiert wird und die nicht auf Grund einer Anerkennung an anderer Stelle (z. B. KdU) erfolgen, führen zu einer, aus Sicht der AWO fragwürdigen Absenkung des Regelbedarfs. Wenn beispielsweise die ermittelten Ausgaben für alkoholische Getränke in Höhe von 9,47 Euro mit Mineralwasser substituiert und in Höhe von 3,13 Euro anerkannt werden, fehlt auch allen abstinenten Menschen ein Differenzbetrag in Höhe von 6,34 Euro für den internen Ausgleich.²

Alles in allem erreichen die im Gesetzentwurf vorgenommenen Abschlüsse nach Auffassung der AWO erneut ein Ausmaß, das die Tauglichkeit der Regelbedarfsberechnung insgesamt in Frage stellt. Das Berechnungsergebnis ist derart „auf Kante genäht“, dass ein interner Ausgleich von im Einzelfall höheren Ausgaben nicht ohne verfassungsrechtlich bedenkliche Unterdeckungen bei anderen Ausgabepositionen möglich ist. Hierfür dürfen vor allem auch die im Regelbedarf enthaltenen Beträge nicht zur Verfügung stehen, die auf langlebige Gegenstände entfallen, die in zeitlichen Abständen von mehreren Jahren angeschafft werden (z. B. Kühlschränke, Brillen oder Fahrräder). Hier sieht die AWO ganz dringenden Handlungsbedarf, den der Gesetzentwurf völlig unbeachtet lässt.

d) Ansparsystematik und langlebige Gebrauchsgüter

Inhalt Gesetzentwurfes

Der Gesetzentwurf sieht keine Veränderung im System der Ansparungen für langlebige Gebrauchsgüter und andere Großanschaffungen vor. Die aus der EVS erhobenen Summen werden stets monatlich abgebildet. Ausnahmen hiervon bilden weiterhin regelmäßig nur die in § 21 SGB II spezifisch genannten Mehrbedarfe, sowie Kosten im Rahmen des Bildungs- und Teilhabepaketes.

Bewertung der AWO

Die Ansparsystematik gestaltet sich bei langlebigen Gebrauchsgütern mit hohen Anschaffungskosten problematisch. Die monatlich anzusparenden Summen sind oft Cent-Beträge oder Kleinstsummen. So müssen nach Gesetzessystematik beispielsweise für einen Personalausweis monatlich 0,25 Euro angespart werden.³ Dies ist zwar in seiner Systematik nachvollziehbar, scheitert aber in erheblichem Maße in der Umsetzung.

In der Beratungspraxis beobachtet die AWO, dass bei Großanschaffungen das notwendige Geld oftmals nicht akut verfügbar ist. Es bleibt dann nur die Finanzierung im Rahmen eines behördlichen Darlehens nach § 24 Abs. 2 SGB II. Um Großanschaffungen kurzfristig tätigen oder ausreichende Rücklagen hierfür bilden zu können, fehlt es am ausreichenden finanziellen Spielraum. Dass bei den Regelbedarfen der

² Vgl. Fußnote 1

³ Vgl. Fußnote 1

verfassungsrechtlich gebotene, finanzielle Handlungsspielraum für den internen Ausgleich ganz grundsätzlich zu niedrig ist, hat damit zur Folge, dass die Ansparsystematik für langlebige Verbrauchsgüter mit hohen Anschaffungskosten ungeeignet ist

Auf diese Problemlage hat auch das Bundesverfassungsgericht in seinem Beschluss aus 2014 beim Thema Kühlschränke ausdrücklich hingewiesen (BVerfG, 23.07.2014, 1 BvL 10/12, Rn. 120). Gerade bei Haushaltsgroßgeräten werden zudem der ökologische Mehrwert und auch die energetischen Einsparmöglichkeiten von Neugeräten nicht mitgedacht. Fehlen hier die finanziellen Mittel, kommt es zum sog. „lock-in Effekt“ für die Betroffenen.

e) Regelbedarfsstufen

Inhalt des Gesetzentwurfes

Nach dem geltenden Recht des SGB XII ist der existenznotwendige Regelbedarf in Stufen unterteilt, die gemäß § 27a Abs. 1 S. 2 SGB XII insbesondere bei Kindern und Jugendlichen altersbedingte Unterschiede und bei erwachsenen Personen deren Anzahl im Haushalt zu berücksichtigen haben. Die entsprechenden Festlegungen für die Regelbedarfe ab dem 1. Januar 2021 werden in §§ 5 f., 8 RBEG 2021-E getroffen. Dabei wird für Partner*innen in § 8 Abs. 1 Nr. 2 RBEG 2021-E ein Regelbedarf festgelegt, der rund 90 Prozent der Regelbedarfsstufe 1 entspricht. Eine Begründung hierfür bleibt der Referentenentwurf schuldig. Stattdessen verweist er auf das Regelbedarfsermittlungsgesetz 2016, in dem der Ableitungssatz von 90 Prozent für die Regelbedarfsstufe 2 sehr eingehend begründet wurde (vgl. BT-Drucksache 18/9984, S. 85). Im Übrigen soll der Partner*innenregelbedarf nach § 8 Abs. 1 Nr. 2 Halbsatz 2 RBEG 2021-E auch für volljährige Personen gelten, „die nicht in einer Wohnung leben, weil ihr allein oder mit einer weiteren Person ein persönlicher Wohnraum und mit weiteren Personen zusätzliche Räumlichkeiten nach § 42a Absatz 2 Satz 3 [SGB XII] zur gemeinschaftlichen Nutzung überlassen sind“.

Für Regelbedarfsstufe 5 wird eine Besitzschutzregel eingeführt, um eine rein rechnerisch notwendige Reduzierung des Regelbedarfs für Kinder in dieser Stufe zu verhindern.

Bewertung der AWO

Der Referentenentwurf orientiert sich bei der Festlegung der Regelbedarfsstufen an der letzten Regelbedarfsberechnung im Jahr 2016. Insoweit ist aus Sicht der AWO problematisch, dass die Regelbedarfe für alle Erwachsenen auf Grundlage der Verbrauchsausgaben für Einpersonenhaushalte ermittelt werden. Besondere Bedarfe von Familien, wie etwa die Kinderbetreuungskosten oder elterlichen Begleitkosten, werden durch diese Vorgehensweise systematisch ausgeblendet. Dies betrifft die Regelbedarfe für Alleinerziehende ebenso wie die Regelbedarfe für Partner*innen in Haushalten mit Kindern. Die AWO sieht hier die Gefahr einer verfassungswidrigen Unterdeckung und fordert den Gesetzgeber auf, Abhilfe zu schaffen.

Mit § 8 Abs. 1 Nr. 2 Halbsatz 2 RBEG 2021-E wird der Partner*innenregelbedarf auf Personen erstreckt, die dem Grunde nach nicht wie Ehe- oder eheähnliche Partner*innen zusammenleben. Vielmehr geht es um Erwachsene, die in einer der neu eingeführten besonderen Wohnformen nach Bundesteilhabegesetz (BTHG) leben. Im Rahmen der besonderen Wohnform werden Betroffenen persönlicher Wohnraum und zusätzliche Räumlichkeiten zur gemeinsamen Nutzung überlassen und es werden Leistungen der Eingliederungshilfe erbracht. Das Argument der Kosteneinsparung der Leistungsbezieher*innen durch eine gemeinsame Haushaltsführung kann dabei als Grund zur Einstufung in Regelbedarfsstufe 2 nicht überzeugen. Leistungsbezieher*innen ohne Behinderung erhalten nämlich jeweils die Regelbedarfsstufe 1, wenn sie beispielweise in einer Wohngemeinschaft zusammen leben. Abgegrenzt wird hierbei stringent nur anhand der Frage, ob die Betroffenen in einer Ehe oder eheähnlichen Partnerschaft sind, d.h. Verantwortung füreinander tragen und füreinander eintreten wollen. Personen in besonderen Wohnformen hingegen grundsätzlich in Regelbedarfsstufe 2 einzuordnen, widerspricht dieser Gesetzessystematik. Die AWO sieht daher in § 8 Abs. 1 Nr. 2 Halbsatz 2 RBEG 2021-E eine ungerechtfertigte Ungleichbehandlung von Personen in besonderen Wohnformen gegenüber anderen Leistungsempfänger*innen. Es ist nicht nachvollziehbar, warum ihnen nur der reduzierte Regelsatz der Regelbedarfsstufe 2 zustehen soll. Aus Sicht der AWO muss hier nachgebessert werden.

Die AWO begrüßt hingegen die in Regelbedarfsstufe 5 eingeführte Besitzschutzregel, die eine Reduktion der Regelbedarfshöhe bei Kindern im Alter zwischen 6 und 13 Jahren verhindert. Um finanzielle Sicherheit für alle Betroffenen zu schaffen, wird die Einführung einer generellen Besitzschutzregel angeregt. Diese soll künftig bei allen regelmäßigen Fortschreibungen und für alle Regelbedarfsstufen Anwendung finden. Auch Empfänger*innen von Sozialhilfeleistungen brauchen ein Mindestmaß an finanzieller Planungssicherheit.

Grundproblem bleibt jedoch, dass es erheblichen Schwankungen in den verschiedenen Altersstufen im Vergleich zur letzten Regelbedarfsermittlung gibt. Diese weisen auf Schwächen in der Datenbasis hin. Aus Sicht der AWO ist das aktuelle Verfahren ungeeignet, um die Bedarfe von Kindern und Familien sachgerecht und valide darzustellen. Wir fordern daher eine Neuermittlung des kindlichen Existenzminimums, das sich insbesondere an Kriterien eines Aufwachsens im Wohlergehen orientieren. Insbesondere bei Bildungs- und Teilhabebedarfen ist die Orientierung an der gesellschaftlichen Mitte angebracht. Ein kindgerechtes Existenzminimum sollte alsdann die Berechnungsgrundlage einer einkommensabhängigen Kindergrundsicherung bilden.

f) Fortschreibung

Inhalt des Gesetzentwurfes

Da die Daten der aktuellen Einkommens- und Verbrauchsstichprobe im Laufe des Kalenderjahres 2018 erhoben wurden, sieht § 7 RBEG 2021-E zunächst nur eine Fortschreibung bis zum 1. Januar 2020. Die Fortschreibung bis zum 1. Januar 2021

soll im Rahmen eines Änderungsantrages im Gesetzgebungsprozess Eingang in den Regierungsentwurf finden. Die Fortschreibung richtet sich nach dem geltenden Mischindex im Sinne des § 28a Abs. 2 SGB XII.

Bewertung der AWO

Nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts muss gewährleistet sein, dass die aktuell bestehenden existenziellen Bedarfe stets in vollem Umfang gedeckt sind. Diesem verfassungsrechtlichen Aktualisierungsgebot soll die Fortschreibung nach § 7 RBEG 2021-E Rechnung tragen. Die aus den Daten der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2018 gewonnenen Regelbedarfe sollen auf diesem Wege auf das Preis- und Einkommensniveau bis einschließlich Monats Juni 2020 angehoben werden. Diese Fortschreibung muss sicherstellen, dass die Corona-bedingten Mehrkosten und Preissteigerungen im ersten Halbjahr dieses Jahres in vollem Umfang bei den neuen Regelbedarfen berücksichtigt werden. Da die neuen Regelbedarfe erst ab dem 1. Januar 2021 gelten, muss zusätzlich gewährleistet sein, dass die Corona-bedingten Mehraufwendungen schon bei den geltenden Regelbedarfen ausgeglichen werden. Denn die geltenden Regelbedarfe bewegen sich auf einem Niveau des Jahres 2019 und lassen die Corona-bedingten Mehraufwendungen im ersten Halbjahr dieses Jahres völlig unberücksichtigt. Der Gesetzgeber lehnt die Forderung der AWO nach einer einmaligen Corona-Zulage nach wie vor ab. Es ist aber weiterhin notwendig die Mehraufwendungen angemessen zu beziffern und in entsprechender Höhe für das erste Halbjahr dieses Jahres rückwirkend anzupassen. Corona-bedingte Sonderleistungen finden auch in der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts eine Stütze. Denn im Beschluss vom 23. Juli 2014 hat das Bundesverfassungsgericht dem Gesetzgeber aufgegeben, bei außergewöhnlichen Preissteigerungen eine entsprechende Anpassung der Leistungen auch außerhalb der regelmäßigen Regelbedarfsfortschreibung vorzunehmen (Vgl. BVerfG vom 23.07.2014, 1BvL 10/12, Rn 111).

2. Einzelproblematiken

a) Zu § 30 Abs. 7 SGB XII-E

Inhalt des Gesetzentwurfes

Wird das Warmwasser über eine zentrale Heizungsanlage bezogen, werden die hierfür anfallenden Kosten als Bestandteil der Bedarfe für Unterkunft und Heizung bis zur Grenze der Angemessenheit übernommen. Demgegenüber sind die Aufwendungen bei einer dezentralen Warmwasserversorgung (z. B. Boiler) in der Regel über den Haushaltsstrom bezahlt, der nicht Bestandteil der Bedarfe für Unterkunft und Heizung ist. Für die zuletzt genannten Fälle sehen § 21 Abs. 7 SGB II bzw. § 30 Abs. 7 SGB XII seit dem Regelbedarfsermittlungsgesetz 2011 einen Mehrbedarfszuschlag vor. Die beiden Vorschriften enthalten jeweils drei Bemessungssätze, nämlich

- einen pauschalen Warmwasserbedarf in Höhe eines bestimmten prozentualen Anteils des maßgeblichen Regelbedarfes nach § 21 Abs. 7 S. 2 Halbsatz 1 SGB II bzw. § 30 Abs. 7 S. 2 Halbsatz 1 SGB XII,
- einen individuell festzulegenden Warmwasserbedarf bei einem von den Warmwasserpauschalen abweichenden Bedarf im Einzelfall nach § 21 Abs. 7 S. 2 Halbsatz 2 Alt. 1 SGB II bzw. § 30 Abs. 7 S. 2 Halbsatz 2 Alt. 1 SGB XII und
- eine spezielle Bedarfsbestimmung bei einer teils dezentralen und teils zentralen Warmwassererzeugung nach § 21 Abs. 7 S. 2 Halbsatz 2 Alt. 2 SGB II bzw. § 30 Abs. 7 S. 2 Halbsatz 2 Alt. 2 SGB XII.

Für den zweiten Bemessungssatz, die abweichende Festlegung des Warmwasserbedarfs nach § 21 Abs. 7 S. 2 Halbsatz 2 Alt. 1 SGB II hat das Bundessozialgericht mit Urteil vom 7. Dezember 2017 (B 14 AS 6/17 R) entschieden, dass ein individuell abweichender Warmwasserbedarf nicht durch besondere technische Vorkehrungen nachgewiesen werden müsse, sondern das tatsächliche Bestehen eines solchen abweichenden Warmwasserbedarfes ausreiche.

Mit der in Art. 2 Nr. 3 des Referentenentwurfs vorgeschlagenen Neuregelung für § 30 Abs. 7 SGB XII sollen bei den Warmwassermehrbedarfen der existenzsichernden Leistungen im SGB XII zwei Änderungen vorgenommen werden. Zum einen soll die Anerkennung eines im Einzelfall abweichenden Warmwasserbedarfs aus der Vorschrift des § 30 SGB XII gestrichen werden. Betroffene Leistungsbezieher*innen sollen künftig auf eine abweichende Regelbedarfsbemessung nach § 27a Abs. 4 S. 1 Nr. 2 SGB XII verwiesen werden. Nach dieser Vorschrift kann ein individuell abweichender Bedarf berücksichtigt werden, wenn er „unausweichlich in mehr als geringem Umfang oberhalb durchschnittlicher Bedarfe liegt, wie sie sich nach den bei der Ermittlung der Regelbedarfe zugrundeliegenden durchschnittlichen Verbrauchsausgaben ergeben, und die dadurch bedingten Mehraufwendungen begründbar nicht anderweitig ausgeglichen werden können“. Zum anderen soll der Warmwassermehrbedarf nach § 30 Abs. 7 SGB XII nicht mehr für Personen mit der Regelbedarfsstufe 3 gelten, weil diese seit dem 1. Januar 2020 nur noch für volljährige Personen in stationären Einrichtungen gelte und der Warmwassermehrbedarf hier nicht relevant sei.

Bewertung der AWO

Die AWO hält die vorgeschlagene Neuregelung für problematisch. Die abweichende Festlegung des Regelbedarfes nach § 27a Abs. 4 S. 1 Nr. 2 SGB XII unterliegt höheren Hürden, als dies bei der Anerkennung eines abweichenden Warmwasserbedarfes nach § 30 Abs. 7 S. 2 Halbsatz 2 Alt. 1 SGB XII der Fall ist. Der Verweis auf die abweichende Regelbedarfsbemessung ist überdies in systematischer Hinsicht fragwürdig.

Mit der Mehrbedarfsregelung des § 30 Abs. 7 SGB XII wollte der Gesetzgeber zum Ausdruck bringen, dass die Aufwendungen für eine dezentrale Warmwassererzeugung – wie in Fällen der zentralen Warmwassererzeugung – nicht von den Regelbedarfen erfasst sind. Soweit die Aufwendungen für eine dezentrale Warmwassererzeugung im Einzelfall die gesetzlich geregelten Pauschalen übersteigen, werden sie gegenwärtig als individuell abweichender Mehrbedarf anerkannt. Nur soweit die Mehraufwendungen unangemessen sind, können sie nicht übernommen werden. Hierdurch ist eine Gleichbehandlung mit denjenigen Leistungsbezieher*innen sichergestellt, die die Aufwendungen für eine zentrale Warmwassererzeugung über die Kosten für Unterkunft und Heizung geltend machen. Wenn Leistungsbezieher*innen individuelle Mehraufwendungen für eine dezentrale Warmwassererzeugung künftig über die abweichende Regelbedarfsbemessung nach § 27a Abs. 4 S. 1 Nr. 2 SGB XII geltend machen, müssten sie darlegen, dass es sich bei diesen Mehraufwendungen um einen unausweichlichen überdurchschnittlichen Bedarf im Sinne des § 27a Abs. 4 S. 1 Nr. 2 SGB XII handelt. Sie müssten mithin begründen, dass die Mehraufwendungen auch durch Umschichtungen innerhalb des Regelbedarfes nicht mehr aufgefangen werden können und andere Maßnahmen der Bedarfsdeckung unzumutbar sind. Aus Sicht der Betroffenen stellt dies eine Verschlechterung gegenüber dem status quo dar.

Zudem würden die Mehrbedarfe, die im Einzelfall über den Warmwasserpauschalen des § 30 Abs. 7 S. 2 Halbsatz 1 SGB XII liegen, wieder de facto dem Regelbedarf zugeordnet. Soweit die Betroffenen die Unausweichlichkeit der Aufwendungen nicht begründen können, müssten sie diese Aufwendungen aus den Regelbedarfen bestreiten. Dies hätte wiederum eine Ungleichbehandlung gegenüber denjenigen Leistungsbezieher*innen zur Folge, die das Warmwasser über eine zentrale Heizungsanlage erzeugen und die Aufwendungen hierfür als Teil der Kosten der Unterkunft und Heizung in tatsächlicher Höhe und ohne weiter gehende Darlegungspflichten geltend machen können.

b) Stromkosten

Inhalt des Gesetzentwurfes

Die Stromkosten werden weiterhin als Kostenpauschale und nicht über die Kosten der Unterkunft abgerechnet. Für Strom werden dabei im RBEG-E (Anhang zu § 5, S. 22) 35,30 Euro⁴ anhand der EVS als monatlicher Bedarf festgesetzt. Die Stromkosten sind als Pauschale angelegt und sind folglich nicht gegen zwischenjährlich Preisentwicklungen und -sprünge abgesichert.

Bewertung der AWO

Die Stromkosten haben bei Betroffenen in der Vergangenheit immer wieder zu Überschuldungsproblemen beigetragen. Insbesondere das Thema Energiearmut und Stromsperrern ist für viele Leistungsempfänger*innen Lebensrealität und hat gerade-

⁴ Vgl. Fußnote 1

zu systemische Problemzüge angenommen. Im Jahr 2018 wurden nach offiziellen Angaben⁵ etwa 4,9 Mio. Sperrandrohungen ausgesprochen, aus denen etwa 1 Mio. Sperrbeauftragungen folgten. Die Zahl tatsächlich durchgeführter Stromsperrungen lag 2018 bei 296.370.

Die AWO schließt daraus, dass die Festsetzungen der Stromkosten alleine über die Ergebnisse der EVS nicht sachgerecht sind. Bei Stromkosten muss vielmehr auch die perspektivische Kostenentwicklung berücksichtigt werden, um eine Unterdeckung zu vermeiden. Zwar werden auch die Leistungen für Haushaltsstrom nach dem gängigen Mischindex fortgeschrieben. Jedoch werden darüber hinausgehende Preissteigerungen und -sprünge nicht abgebildet. Da es sich beim Strom nicht um ein im Rahmen des internen Ausgleichs substituierbares Gut handelt, sondern eine verlässliche Bereitstellung für alle Haushalte elementar ist, fordert die AWO eine Weiterentwicklung des Verfahrens. Ein erster Schritt wäre es, die Stromkosten stärker nach der tatsächlichen Strompreisentwicklung fortzuschreiben. Doch selbst dann würde lediglich ein Durchschnittswert abgebildet, der die tatsächlichen Ausgaben vieler Haushalte unterschreiten könnte. Hinzukommt, dass Leistungsempfänger*innen immer öfter von alternativen Stromanbietern auf Grund ihrer Bonität als Kund*innen abgelehnt werden. Dadurch bleibt den Betroffenen zunehmend nur der Weg zu der, in der Regel teureren, regionalen Grundversorgung. Der regelbedarfsrelevante Anteil i.H.v. 35,30 Euro liegt jedoch unterhalb der durchschnittlichen Kosten für die Grundversorgung, wie eine Studie des Verbraucherportal VERIVOX kürzlich festgestellt hat⁶.

Aus den genannten Gründen ist grundsätzlich zu überdenken, wie Stromkosten im Regelbedarf sachgemäß zu verorten sind.

c) Digitalisierungsdefizit

Inhalt Gesetzentwurfes

Zu begrüßen ist, dass die Kosten für die Nutzung von Mobilfunk erstmals bei der Regelbedarfsberechnung in vollem Umfang berücksichtigt wurden, weil die Verwendung von Mobiltelefonen inzwischen gesellschaftliche Realität sei. Für andere Digitalisierungskosten werden nur Kleinstsummen ausgewiesen.

Bewertung der AWO

Für nachvollziehbar und richtig hält die AWO, dass die Ausgaben für Mobilfunk nunmehr bei der Regelbedarfsbemessung berücksichtigt werden sollen. Handys gehören, wie der Gesetzentwurf zu Recht feststellt, inzwischen zur gesellschaftlichen Wirklichkeit in Deutschland, auch bei unteren Einkommensgruppen. Daneben müssen aber auch dringend weitere technisch notwendige Bedarfe erfasst werden. Insbesondere die regelmäßige Neuanschaffung eines Computers fehlt weiterhin bei den

⁵ Vgl. Bundesnetzagentur / Bundeskartellamt: Monitoringbericht 2019, S. 30.

⁶ <https://www.verivox.de/presse/neuer-hartz-iv-satz-deckt-stromkosten-nicht-ausreichend-ab-1117389/>, abgerufen am 19.10.2020.

bestehenden Regelbedarfen. Der Gesetzentwurf hinkt insoweit der technischen Realität von heute hinterher. Gerade in der aktuellen Pandemielage wird deutlich, wie essentiell digitale Endgeräte für Regelungen des täglichen Bedarfs und der sozialen Teilhabe von erwachsenen Regelbedarfsempfänger*innen sind. Desweiteren verfügt mehr als ein Viertel der alleinstehenden Grundsicherungshaushalte aus finanziellen Gründen über keinen Internetanschluss.⁷ Hier ist dringendes staatliches Handeln geboten, um auch bei der digitalen Infrastruktur den gegenwärtigen gesellschaftlichen Entwicklungsstand abzubilden und die Menschen in der Grundsicherung nicht abzuhängen.

Auch Kinder sind immer mehr auf Computer zur digitalen Teilhabe, insbesondere im Bereich Bildung, angewiesen. Dies zeichnete sich bereits in den letzten Jahren immer mehr ab⁸ und wurde nun durch die Corona-Pandemie und das damit verbundene „Homeschooling“ zusätzlich beschleunigt. Ein entsprechender Bedarf ist aber weiterhin weder im bestehenden Bildungs- und Teilhabepaket (BuT) noch im vorliegenden Gesetzentwurf in bedarfsdeckendem Umfang vorgesehen. Die AWO fordert, dass für Kinder ein entsprechender Anspruch auf Kostenübernahme für Computer im BuT aufgenommen wird. Leihgeräte der Schulen können diesen Anspruch nicht ausreichend erfüllen. Aus der sozialgerichtlichen Rechtsprechung⁹ sowie aus eigener Beratungspraxis ist erkennbar, dass sich die flächendeckende Bereitstellung von digitalen Endgeräten für bedürftige Kinder und Jugendliche über den DigitalPakt Schule äußerst schwierig gestaltet. Die aufwändige gerichtliche Geltendmachung der Kostenübernahme im Einzelfall ist weder flächendeckend erfolgsversprechend¹⁰ noch eine hinreichend niedrigschwellige Lösung für die Vielzahl an betroffenen Schüler*innen. Es darf nicht hingenommen werden, dass viele sozial benachteiligte Kinder noch immer keinerlei oder nur eingeschränkten digitalen Zugang haben. Zudem sollte ermöglicht werden, dass die Geräte auch für informelles Lernen in der Freizeit, und schulergänzende Maßnahmen frei zur Verfügung stehen. Es ist aber haftungsrechtlich äußerst fraglich, ob die Leihgeräte der Schulen auch für außerschulische Zwecke, wie externe Nachhilfe oder Aktivitäten in der offenen Jugendarbeit, betrieben werden dürfen. Eigene Endgeräte für die Kinder sind hier deutlich zweckmäßiger.

⁷ Paritätischer Gesamtverband (2020): Expertise: Arm, abgehängt, ausgegrenzt. Eine Untersuchung zu Mangellagen eines Lebens mit Hartz IV, S.18.

⁸ SG Cottbus vom 13.10.2016, S 42 AS 1914/13; SG Gotha vom 17.08.2018, S 26 AS 3971/17; SG Hannover vom 02.06.2018, S 68 AS 344/18, LSG Schleswig-Holstein vom 01.11.2019, L 6 AS 238/18; SG Kiel vom 21.10.2019, S 40 AS 260/19; SG Kiel vom 25.10.2019, S 38 AS 348/18.

⁹ LSG NRW vom 22.05.2020, L 7 AS 719/20; SG Köln vom 11.08.2020, S 15 AS 456/19.

¹⁰ Bedarfsablehnend SG Frankfurt vom 10.07.2020, S 16 AS 716/20 und SG Frankfurt vom 07.08.2020, S 16 AS 790/20.

III. Schlussbemerkungen

Das Bundesverfassungsgericht hat mit seinen Entscheidungen zu den Regelbedarfen klare Vorgaben zu den verfassungsrechtlichen Grenzen des gesetzgeberischen Spielraums bei der Ausgestaltung des Grundrechts auf Gewährleistung eines menschenwürdigen Existenzminimums gemacht. Der Gesetzgeber darf sich allerdings nicht nur auf diese Vorgaben zurückziehen. Vielmehr bleibt er auch politisch gefordert, das Existenzminimum so zu konkretisieren und zu aktualisieren, dass in jedem Einzelfall das für ein menschenwürdiges Dasein Erforderliche tatsächlich gedeckt ist. In diesem Sinne ist der Gesetzgeber aufgefordert, nicht nur verfassungsrechtlich vertretbare, sondern auch sozialpolitisch sachgerechte Berechnungen des Existenzminimums anzustellen.

AWO Bundesverband
Berlin, im Oktober 2020

Information für den Ausschuss

Sozialverband VdK Deutschland e.V.

Unaufgeforderte Stellungnahme zur öffentlichen Anhörung von Sachverständigen in Berlin am 2. November 2020 von 13 bis 14:30 Uhr zum

a) Gesetzentwurf der Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes zur Ermittlung von Regelbedarfen und zur Änderung des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch sowie des Asylbewerberleistungsgesetzes - BT-Drucksache 19/22750

b) Antrag der Abgeordneten Uwe Witt, Jürgen Pohl, Jörg Schneider, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD

Taschengeld für die in Heimen lebenden Bürger - BT-Drucksache 19/23128

c) Antrag der Abgeordneten Pascal Kober, Michael Theurer, Jens Beeck, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP

Liberales Bürgergeld einführen – Einstiegs- und Aufstiegsdynamik im Arbeitsmarkt verbessern – Hartz IV reformieren - BT-Drucksache 19/15040

d) Antrag der Abgeordneten Katja Kipping, Matthias W. Birkwald, Susanne Ferschl, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.

Rechentricks überwinden - Regelbedarfe sauber berechnen - BT-Drucksache 19/23113

e) Antrag der Abgeordneten Sven Lehmann, Anja Hajduk, Markus Kurth, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN

Teilhabe am gesellschaftlichen Leben garantieren - Regelbedarfsermittlung reformieren - BT-Drucksache 19/23124

siehe Anlage

Stellungnahme des Sozialverbands VdK Deutschland e. V.

zum Entwurf eines Gesetzes zur Ermittlung von Regelbedarfen
und zur Änderung des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch sowie
des Asylbewerberleistungsgesetzes
(BT-Drucksache 19/22750)

Sozialverband VdK Deutschland e. V.
Abteilung Sozialpolitik
Linienstraße 131
10115 Berlin

Telefon: 030 9210580-300
Telefax: 030 9210580-310
E-Mail: sozialpolitik@vdk.de

Berlin, 28.10.2020

1. Zu den Zielen des Gesetzentwurfs und den Maßnahmen der Umsetzung

Der Gesetzgeber ist bei Vorliegen einer neuen Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) verpflichtet, die Höhe der Regelbedarfsstufen neu zu ermitteln. Diese bestimmen die Höhe der Regelsätze im Zweiten Sozialgesetzbuch (SGB II) sowie Zwölften Sozialgesetzbuch (SGB XII) und die Höhe der Leistungen im Asylbewerberleistungsgesetz. Gemäß der grundlegenden Urteile des Bundesverfassungsgerichts (BVerfG) 2010 und 2014 müssen die Regelbedarfe das sozio-kulturelle Existenzminimum einer Person absichern. Für die Ermittlung der Regelbedarfe werden Sonderauswertungen der EVS nach Vorgaben des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales (BMAS) durchgeführt.

Im vorliegenden Gesetzentwurf der Bundesregierung wurden zur Ermittlung der Regelbedarfe die gleichen Sonderauswertungen unter den gleichen Vorgaben wie schon in den Regelbedarfsermittlungsgesetzen 2011 und 2017 vorgenommen. Auch die Berechnungsweise ist gleichgeblieben, als einziger Unterschied wurden diesmal die Verbrauchsausgaben für die Nutzung von Handys nicht gestrichen, sondern berücksichtigt. Dies führt im Ergebnis, nach erfolgter Fortschreibung gemäß dem geltenden Mischindex für das Jahr 2021, zu folgenden Regelbedarfen:

- Regelbedarfsstufe 1: Alleinstehende von 432 € auf 446 € (+ 14 €)
- Regelbedarfsstufe 2: Paare je Partner von 389 € auf 401 € (+ 12 €)
- Regelbedarfsstufe 3: Unter 25 Jahre im Elternhaushalt von 345 € auf 357 € (+ 12 €)
- Regelbedarfsstufe 4: Jugendliche von 15 bis 17 Jahren von 328 € auf 373 € (+ 45 €)
- Regelbedarfsstufe 5: Kinder von 6 bis 14 Jahren von 308 € auf 309 € (+ 1 €)
- Regelbedarfsstufe 6: Kinder von 0 bis unter 6 Jahren von 250 € auf 283 € (+ 33 €)

Bewertung des Sozialverbands VdK Deutschland

Für den Sozialverband VdK Deutschland (VdK) ist es sehr enttäuschend, dass beim hier vorliegenden Gesetzentwurf der Bundesregierung keine Verbesserungen bei der Ermittlungsmethode und somit schlussendlich für die Leistungsempfänger vorgesehen sind. Nach Auffassung des VdK sind die hier berechneten Regelbedarfshöhen weiterhin nicht realitätsgerecht und reichen nicht zum Leben. Die moderaten Erhöhungen bei den Erwachsenen entsprechen kaum mehr als der sowieso stattfindenden jährlichen Fortschreibung der Regelbedarfe. Die etwas größeren Zuwächse bei den Kleinkindern und Jugendlichen ergeben sich nicht durch Verbesserungen bei der Ermittlungsmethode, sondern einfach aus dem Fakt, dass die Vergleichshaushalte mehr Geld für ihre Kinder ausgeben konnten.

Die schon damals stark kritisierten Schwachpunkte bei der Methodik – wie die Einbeziehung von „verdeckt Armen“ und Leistungsempfängern mit Erwerbseinkommen, den sogenannten Aufstockern, und den daraus resultierenden Zirkelschlüssen – bleiben erhalten. Diese Zirkelschlüsse sind nicht sachgerecht und dienen nur der Verringerung der Regelsatzhöhe. Beibehalten wurden auch die Streichungen von einzelnen Verbrauchsausgaben der Referenzhaushalte, weil sie als nicht notwendig für die Existenzsicherung bewertet wurden. Gerade

die willkürliche Herausnahme von Verbrauchsausgaben konterkariert das Statistikmodell. Statt die Regelsatzhöhe allein aus den Datensätzen herzuleiten, werden hier normative Setzungen vorgenommen, die auch nicht ausreichend als solche kenntlich gemacht und begründet werden. Es findet eine unzulässige Vermischung von Statistik- und Warenkorbmodell statt.

Nach Ansicht des VdK wird mit dem hier vorliegenden Gesetzentwurf zum Regelbedarfsermittlungsgesetz 2021 wieder die Chance vertan, die Herleitung der Regelbedarfe und somit die Ermittlung des sozio-kulturellen Existenzminimums auf eine solide und verfassungsgemäße Berechnungsgrundlage zu stellen.

Neben der Umsetzung von Sofortmaßnahmen, wie der Vermeidung von Zirkelschlüssen, der Berücksichtigung aller Verbrauchsausgaben, der Wiedereinführung von Einmalleistungen und der gesonderten Übernahme der Stromkosten, die den Betroffenen eine rasche Verbesserung bringen, muss mittelfristig eine dauerhafte konzeptionelle Umgestaltung der Regelbedarfsermittlung erfolgen.

Bisher werden die Regelsätze der Erwachsenen an den Ausgaben der untersten 15 Prozent der Single-Haushalte mit geringem Einkommen berechnet. Bei den Kindern an den untersten 20 Prozent der Paarhaushalte mit einem Kind. Die somit ermittelten Referenzhaushalte haben meist nur ein Einkommen unter der Armutsgefährdungsschwelle und durch die Zirkelschlüsse manchmal sogar unter der Grundsicherungsschwelle. Der hier herrschende Mangel wird zum Maßstab für die Herleitung des sozio-kulturellen Existenzminimums genommen.

Die schon begrenzten Mittel, die zum Beispiel die Referenzhaushalte für ihre Kinder ausgeben können, werden dann auch noch durch Kürzungen weiter reduziert. Besonders verheerend ist dies für Kinder und Jugendliche im Leistungsbezug, da der materielle Mangel ihre Bildungs- und Zukunftschancen erheblich beschneidet. Die zu geringen Regelsätze führen aber bei allen Leistungsbeziehern zu Einschränkungen im Bereich der sozialen Teilhabe. Dies kann nicht der Weg sein, um Menschen wieder in den Arbeitsmarkt zu integrieren.

Deswegen muss über ein Modell nachgedacht werden, welches sich an den Haushalten in der Mitte der Gesellschaft orientiert. Deren Ausgaben sollten Ausgangspunkt für die Regelsatzermittlung sein. Anschließend ist, differenziert nach unterschiedlich relevanten Ausgabenbereichen, politisch zu entscheiden, welche Abstände zu den Ausgaben mittlerer Einkommen in der Grundsicherung vertretbar sind und welche Prozentanteile von den Ausgaben der Mitte für die Festsetzung der Regelsätze maßgebend sein sollen.

Auf jeden Fall muss sichergestellt sein, dass die Ausgaben der festgelegten Referenzgruppe nicht lediglich die bestehende Armut der Gruppe zum Ausdruck bringt. Statt sich an den Ärmsten der Armen zu orientieren müssen politische Mindeststandards für eine ausreichende materielle Ausstattung und für soziale Teilhabe festgelegt werden.

Aber nicht alle Bedarfe lassen sich durch die durchschnittlichen Datenwerte der EVS pauschalisieren und festlegen. Gerade bei der Frage, was Kinder und Jugendliche für ein gesundes Aufwachsen mit allen Zukunftschancen brauchen und was Ältere oder Menschen mit Behinderung für ein selbstständiges und selbstbestimmtes Leben benötigen, braucht es

mehr Ermittlung und breite Diskussion. Deswegen setzt sich der VdK für die Bildung einer Sachverständigenkommission zur Ermittlung der Regelsätze ein.

Wir gehen davon aus, dass von Armut betroffene Menschen, aber auch Eltern und ihre Kinder sowie Ältere und Menschen mit Behinderung Experten in eigener Sache sind. Sie wissen meistens am besten, was ihnen fehlt und wo sie Hilfe und Unterstützung benötigen. Neben Wissenschaftlern sind daher insbesondere Betroffenenorganisationen sowie Vertreter aus Sozial- und Wohlfahrtsverbänden und Gewerkschaften in eine unabhängige Sachverständigenkommission mit einzubeziehen, da sie durch die tägliche Beratungspraxis viel über die Bedürfnisse von Menschen wissen, die von Armut betroffen beziehungsweise bedroht sind.

Die methodischen Schwachpunkte der augenblicklichen Ermittlungsberechnungen und die damit kleingerechneten Regelbedarfe betreffen nicht nur die Empfänger von Mindestsicherungsleistungen, sondern haben Auswirkungen auf alle Beschäftigten in Deutschland. Der Steuerfreibetrag stellt das Existenzminimum von der Steuerpflicht frei und ergibt sich mittelbar aus der Höhe der Regelbedarfe. Fakt ist, dass Verbesserungen bei der Regelbedarfsermittlung und eine Erhöhung der Regelsätze vielen zu Gute kämen und gerade auch Arbeitnehmer mit kleinen Einkommen durch steuerliche Erleichterungen unterstützen würden.

Für Grundsicherungsempfänger ist es dagegen existenzbedrohend, dass die Regelsätze nicht zum Leben reichen. Ganz aktuell hat die Corona-Krise gezeigt, dass ohne all die zusätzlichen kostenlosen Unterstützungsangebote wie Tafeln und Kleiderkammern die Leistungsbezieher nicht über die Runden kommen können. Uns als VdK haben sehr viele Hilferufe von Grundsicherungsempfängern erreicht, denen ohne die Lebensmittelpakete der Tafeln oder der Zusatzeinnahme aus einem Minijob, hierbei erschreckend viele Ältere, kein Geld mehr zum Ende des Monats blieb.

Gerade Menschen, die länger im Leistungsbezug sind, etwa weil sie nicht mehr erwerbsfähig sind oder kleine Kinder betreuen müssen, können nur ihren Lebensunterhalt bestreiten, weil sie zusätzliche Unterstützungsangebote in Anspruch nehmen. Es darf aber nicht sein, dass ein soziales Mindestsicherungssystem nur funktioniert, weil es durch nicht-staatliche Hilfsangebote flankiert wird. Unsere Verfassung mit ihren Geboten zur Würde des Menschen und dem Sozialstaatsprinzip verpflichtet zu einer staatlichen Absicherung des sozio-kulturellen Existenzminimums. Niemand darf zu einem Bittsteller degradiert werden, der auf private Wohltätigkeit angewiesen ist. Die Regelsätze müssen ein menschenwürdiges Existenzminimum abdecken und dementsprechend erhöht werden.

In diesem Zusammenhang möchte der VdK darauf hinweisen, dass die Corona-Krise auch zu zusätzlichen Ausgaben und höheren Kosten für Grundsicherungsbezieher geführt hat. Der Staat hat seine Handlungsfähigkeit bei der Abfederung der sozialen Folgen der Corona-Krise eindrucksvoll bewiesen und Hilfen wie das Kurzarbeitergeld und die Selbstständigenzuschüsse schnell und unbürokratisch gewährt. Die materielle Notlage der Einkommensschwächsten ist aber noch kein Gegenstand einer staatlichen Schutzmaßnahme geworden. Der VdK bekräftigt deshalb hier seine Forderung nach einem Corona-Krisen-Aufschlag in Höhe von 100 Euro monatlich, damit auch Grundsicherungsempfänger eine schnelle unbürokratische Hilfe zur temporären Überbrückung ihrer Notlage erhalten.

Die Corona-Krise hat aber auch noch eine andere wichtige Erkenntnis gebracht, nämlich dass eine soziale Teilhabe ohne digitale Teilhabe nicht mehr möglich ist und dass dies für alle Altersgruppen gilt. Die technischen Voraussetzungen zur digitalen Teilhabe müssen allen Leistungsbeziehern ermöglicht werden. Es ist sehr begrüßenswert, dass die Nutzungskosten für den Mobilfunk jetzt komplett im Regelsatz berücksichtigt werden. Allerdings sind die Anschaffungskosten für ein Handy, Tablett oder Notebook damit noch nicht abgesichert. Diese Anschaffungskosten müssen als Einmalleistungen ebenfalls gewährt werden.

Im Folgenden nimmt der Sozialverband VdK Deutschland zu ausgewählten Punkten Stellung.

2. Zu den Regelungen im Einzelnen

2.1. Ermittlungsmethode

Da sich die Bundesregierung entschieden hat, dem Gesetzentwurf wieder die gleiche Ermittlungsmethode zu Grunde zu legen, kann der VdK seine schon in der Stellungnahme zum RBEG 2016 geäußerte Kritik an den methodischen Schwachpunkten nur wiederholen und bestärken.

Der VdK weist auch noch einmal darauf hin, dass das Bundesverfassungsgericht mit seinen Urteilen vom 9. Februar 2010 und vom 23. Juli 2014 klare Vorgaben zur Regelbedarfsermittlung gemacht hat, insbesondere die Transparenz und die Bedarfsdeckung betreffend. Die Bundesregierung hat jedoch auch beim vorliegenden Gesetzentwurf diese Überarbeitungsaufträge nicht umgesetzt. Stattdessen nutzt es die Urteile des Bundesverfassungsgerichts erneut, um auf Begründungen für Ermittlungsschritte komplett zu verzichten und nur darauf zu verweisen, dass diese bisher nicht als verfassungswidrig bewertet wurden.

Nach Ansicht des VdK wird im Gesetzentwurf dabei verkannt, dass das Bundesverfassungsgericht in seinem Beschluss vom 23. Juli 2014 feststellte, dass der Gesetzgeber mit der Festlegung der Regelsätze an die Grenze dessen kommt, was zur Sicherung des Existenzminimums verfassungsrechtlich gefordert ist und als Höhe der Regelsätze derzeit noch mit dem Grundgesetz vereinbar ist. Hiermit hat das Bundesverfassungsgericht zum Ausdruck gebracht, dass eben nur mit der Erfüllung seiner Vorgaben und Prüfaufträge eine zukünftige Verfassungsmäßigkeit der Regelbedarfsbestimmung gegeben ist.

Indem im Entwurf insbesondere bei den punktuellen Unterdeckungen für existenznotwendige Einmalanschaffungen und bei außergewöhnlichen Preissteigerungen eine Handlungsverpflichtung negiert wurde, werden diese verfassungsrechtlichen Vorgaben eben nicht erfüllt. Insgesamt wurde der Verpflichtung zu einem transparenten und sachgerechten Verfahren nicht nachgekommen, da insbesondere die normativen Einstufungen von Verbrauchsausgaben als regelbedarfsrelevant oder nicht regelbedarfsrelevant nur unzureichend begründet werden.

2.1.1. Der Ermittlung der Regelbedarfe zugrundeliegende Referenzhaushalte

Die §§ 2, 3, 4 RBEG-E setzen die Vorgaben des § 28 SGB XII zur Bestimmung der Referenzhaushalte um, wobei es sich um Haushalte unterer Einkommensgruppen handelt, die nach Einpersonen- und Familienhaushalten und letztere nach Altersgruppen der Kinder differenziert werden. Damit die Leistungen von bedürftigen Haushalten nicht von den Verbrauchsausgaben dieser Haushalte selber abgeleitet werden, werden Haushalte im Grundsicherungsbezug ausgeschlossen. Dies gilt aber nicht, wenn diese Haushalte zusätzlich über Erwerbseinkommen verfügen.

Bewertung des Sozialverbands VdK Deutschland

Die Ermittlung der Referenzhaushalte anhand der alten unveränderten Methode ist lückenhaft und fehleranfällig. Das Bundesverfassungsgericht hatte schon 2010 zur Vorgabe gemacht, dass die Berechnungsmethode Zirkelschlüsse vermeiden muss, also die Verwendung von Verbrauchsausgaben von Haushalten, die selber Leistungsempfänger sind. Dies kann aber nur vermieden werden, wenn konsequenterweise auch die Haushalte herausgenommen werden, die neben der Grundsicherung noch Erwerbseinkommen haben.

Größtenteils handelt es sich hierbei um Personen, die nur geringfügig beschäftigt sind und oft nur einen Betrag von 100 Euro oder knapp darüber vom anrechenbaren Einkommen absetzen können. Dieser anrechnungsfreie Betrag wird meist schon durch die mit der Erwerbstätigkeit anfallenden Ausgaben aufgebraucht. Somit stehen diesen Haushalten effektiv kaum mehr Mittel zur Verfügung als einem Haushalt, der nur Grundsicherungsleistungen erhält. Die Anzahl dieser sogenannten Aufstockerhaushalte ist sehr groß und kann zu einer starken Verzerrung der Referenzgruppe führen. Nur ein Ausschluss der Aufstocker oder zumindest der nur geringfügig beschäftigten Aufstocker kann Zirkelschlüsse vermeiden.

Ein weiteres nicht angegangenes Problem stellen die „verdeckt Armen“ in den Referenzhaushalten dar. Das sind Personen, die über so geringes Einkommen verfügen, dass sie Anspruch auf Leistungen nach dem SGB II oder SGB XII hätten, diese aber nicht beantragen. Da diese Personen nicht im Leistungsbezug stehen, können sie auch nicht statistisch erfasst werden. Laut Begründung des Gesetzentwurfs ist man sich dieses Problems bewusst und das BMAS hatte 2011 ein Forschungsprojekt zu möglichen Berechnungsmethoden zur Ermittlung der Anzahl der „verdeckt Armen“ in Auftrag gegeben. Die dafür notwendigen Simulationsrechnungen sind laut Begründung des Gesetzentwurfs aber zu fehleranfällig und nicht geeignet als valide Datengrundlage zur Ermittlung der Referenzhaushalte. Aufgrund der Unsicherheit bei Simulationsrechnungen zu verdeckt armen Haushalten verzichtet die Bundesregierung laut Gesetzentwurf auf deren Ausschluss.

Nach Ansicht des VdK ist dies eine nicht tragbare Herangehensweise. Hier werden eindeutig negative Konsequenzen für die Höhe der Regelbedarfe herbeigeführt und mit einer schwierigen Datenlage begründet. Sehr wohl gibt es hier aber noch eine breitere Datenlage als im Gesetzentwurf dargestellt. So hat das Deutsche Institut für Wirtschaft 2019 eine sehr umfassende Studie zur verdeckten Altersarmut veröffentlicht, nach der rund 60 Prozent der Anspruchsberechtigten keine Grundsicherung im Alter in Anspruch nehmen. Man kann aufgrund der verschiedenen weiteren Studien zur Thematik davon ausgehen, dass circa

40 Prozent der Haushalte ihnen zustehende Grundsicherungsleistungen nicht in Anspruch nehmen. Bei dieser hohen Anzahl von Haushalten mit Einkommen unter dem Grundsicherungsniveau muss mit sehr großer Wahrscheinlichkeit von Zirkelschlüssen ausgegangen werden.

Diese für die Leistungsempfänger nachteilige Verzerrung bei der Regelbedarfsermittlung darf nicht einfach mit dem Verweis auf Unsicherheiten bei den Berechnungsmethoden abgetan werden. Diese Problematik ist schon seit langem bekannt und es wäre nach Auffassung des VdK die Aufgabe der Bundesregierung gewesen, entweder eine umfangreichere Datenbasis zur Berechnung einzuholen oder eine angemessene Simulationsrechnung heranzuziehen.

2.1.2. Die Ermittlung der Regelbedarfe anhand der regelbedarfsrelevanten Verbrauchsausgaben

In den §§ 5, 6 RBEG-E des Gesetzentwurfs sind die Verbrauchspositionen der Referenzhaushalte dargestellt, die zur Ermittlung der Regelbedarfe berücksichtigt werden. Diese sind gesondert für Einpersonenhaushalte und für Familienhaushalte und bei den Kindern und Jugendlichen nach Altersklassen aufgeschlüsselt. Einige Verbrauchsausgaben der Referenzhaushalte hat der Gesetzgeber herausgekürzt, da er sie nicht für regelbedarfsrelevant, also für nicht beachtlich für die Existenzsicherung erachtet. Dazu gehören zum Beispiel Ausgaben für Zimmerpflanzen, Haustiere, Gartenarbeit, chemische Reinigung, Weihnachtsbaum, Kantinen- und Gaststättenbesuche. Andere Ausgaben, wie sie für die Gesundheitspflege und Unterstützungsleistungen im Haushalt anfallen, werden mit Verweis der Zuständigkeit der Kranken- und Pflegeversicherungssysteme gestrichen. Als Unterschied zu den bisherigen Streichungen bei den Verbrauchspositionen werden diesmal die Kosten für die Mobilfunknutzung berücksichtigt und nicht nur wie bisher der Festnetzanschluss. Begründet wird dies damit, dass die Handynutzung nunmehr Bestandteil des Alltags ist und für die soziale Teilhabe unentbehrlich.

Bewertung des Sozialverbands VdK Deutschland

Im Gesetzentwurf wird die Herausnahme dieser Verbrauchspositionen damit begründet, dass sie nicht zum physischen Existenzminimum zählen. Die Grundsicherungshöhe soll aber nicht nur das physische Überleben garantieren, sondern auch die soziale Teilhabe absichern. Zur Teilhabe am gesellschaftlichen Leben gehören jedoch auch gelegentliche Treffen mit Freunden oder Familie in Gaststätten oder zum Beispiel das Aufstellen eines Weihnachtsbaums. Nach Ansicht des VdK verschärfen diese Kürzungen die soziale Ausgrenzung von Grundsicherungsempfängern. Die sich aus dem Ausschluss von der sozialen Teilhabe ergebende soziale Isolierung und Stigmatisierung kann besonders die Entwicklung von Kindern im SGB-II-Bezug nachhaltig schädigen. Aber auch das Risiko der Vereinsamung von älteren Menschen in der Grundsicherung steigt.

Das Bundesverfassungsgericht hatte nicht nur die Absicherung der Teilnahme am sozialen und kulturellen Leben gefordert, sondern auch, dass innerhalb des pauschal ermittelten Regelbedarfs ein finanzieller Ausgleich zwischen den Ausgabepositionen stattfinden kann. Dies ist notwendig, da der individuelle Bedarf eines Hilfebedürftigen in einzelnen Ausgabepositionen vom durchschnittlichen Bedarf abweichen kann und dann durch nicht benötigte

Ausgabebeträge gedeckt werden muss. Durch die im Gesetzentwurf vorgenommenen Kürzungen wird diese notwendige finanzielle Flexibilität extrem eingeschränkt.

Begrüßenswert ist, dass nunmehr die Kosten zur Mobilfunknutzung nicht mehr gestrichen werden. Dies war eine längst überfällige Entscheidung, da das Handy schon lange zur Lebensrealität gehört und viele Haushalte gar keinen Festnetzanschluss mehr besitzen, sondern ihre Telekommunikation vollständig über das Handy abwickeln. Deswegen ergeben sich daraus auch keine signifikant höheren Verbrauchsausgaben für den Bereich Post und Telekommunikation.

Ein weiteres sehr großes Problem stellt nach Ansicht des VdK die Nichtberücksichtigung von Gesundheitsausgaben bei den Verbrauchsausgaben dar, da diese Kosten ganz real entstehen und die Betroffenen laut aktueller Gesetzeslage eben keinen Anspruch auf Übernahme gegenüber der Krankenkasse gelten machen können. Solange diese Gesundheitskosten privat zu tragen sind, müssen sie in gleicher Höhe, wie sie in den Referenzhaushalten entstehen, übernommen werden. Zur besonderen Problematik der Gesundheitskosten bei Älteren und Erwerbsgeminderten siehe Punkt 2.4. der Stellungnahme.

Nach Ansicht des VdK sind die im Gesetzentwurf vorgesehenen Kürzungen bei den Verbrauchsausgaben zu unterlassen, da sie normative Setzungen darstellen, die auf unzulässige Weise in die statistischen Daten eingreifen. Dadurch kommt es zu einer Vermischung mit dem Warenkorbmodell, bei dem der Gesetzgeber festlegt, welche und wie viele Dinge ein Mensch zum Leben braucht. Solche Festlegungen müssten aber mindestens ausreichend begründet werden. Im vorliegenden Gesetzentwurf findet dies aber nicht statt. Die Streichungen und die dadurch hervorgerufenen Verzerrungen im Statistikmodell sind nach Meinung des VdK nicht hinnehmbar, da sie die soziale Teilhabe unangemessen einschränken und den verfassungsrechtlich geforderten finanziellen Spielraum innerhalb der pauschalisierten Regelbedarfsleistung zu stark verengen.

2.1.3. Außergewöhnliche Preissteigerungen, Sonderfall Corona-Krise

Weiterhin wurde dem Gesetzgeber vom Bundesverfassungsgericht aufgetragen, für eine fortwährende Deckung des Existenzminimums zu sorgen. Der Gesetzgeber muss also prüfen, ob sich eine erhebliche und offensichtliche Diskrepanz zwischen der Preisentwicklung und der Fortschreibung der Regelbedarfsstufen entwickelt hat und muss darauf zeitnah reagieren. Durch die Maßnahmen zur Vermeidung der Corona-Pandemie haben sich die Lebenshaltungskosten erhöht. Da es zeitweise zu Versorgungsengpässen kam, mussten auch Grundsicherungsempfänger auf teurere Produkte zurückgreifen. Zusätzlich stiegen die Preise für Grundnahrungsmittel stark an. Auch die vorgenommene Mehrwertsteuersenkung von zwei beziehungsweise drei Prozentpunkten wird diese Entwicklung nicht vollständig kompensieren können. So waren zum Beispiel die Preise für Obst laut Statistischem Bundesamt im Juni 2020 um 12,9 Prozent teurer als im Vorjahresmonat. Außerdem müssen auch Grundsicherungsempfänger Schutzmaßnahmen ergreifen, Desinfektionsmittel und Schutzbekleidung kaufen.

Bewertung des Sozialverbands VdK Deutschland

Diese Zusatzkosten und die erhöhten Lebenshaltungskosten spiegeln sich nicht in den Daten der EVS wieder, da diese aus dem Jahr 2018 stammt. Das Argument, die gestiegenen Preise würden sich im Mischindex niederschlagen, der für die Fortschreibung der Regelsätze 2021 herangezogen wird, und somit für einen nachträglichen Ausgleich sorgen, überzeugt hier auch nicht. Schließlich bildet dieser Index ein Mittel aus der durchschnittlichen Preis- und Lohnentwicklung. Die Lohnentwicklung ist im Moment aber durch die Wirtschaftskrise eher rückläufig. So sind die Löhne laut Statistischem Bundesamt real im ersten Quartal dieses Jahres so langsam gestiegen wie seit dem Jahr 2013 nicht mehr. Dies wird den Index eher niedrig halten. Außerdem handelt es sich um den Durchschnitt bei der Preisentwicklung, so dass die Steigerungen bei den Grundnahrungsmitteln nicht so stark ins Gewicht fallen werden.

Des Weiteren benötigen die Grundsicherungsempfänger die finanziellen Mittel jetzt, weil sie jetzt die Kosten haben und nicht in einem Jahr. Die Grundsicherung beruht auf dem Prinzip der Bedarfsdeckung, das heißt alle zum menschenwürdigen Existenzminimum notwendigen Ausgaben müssen in dem Moment, in dem sie anfallen, gedeckt werden.

Seit Beginn der Corona-Krise leiden Grundsicherungsempfänger unter der verstärkten Bedarfsunterdeckung und darauf muss der Gesetzgeber laut Bundesverfassungsgericht sofort reagieren und darf nicht die Neuermittlung der Regelbedarfe anhand der neuen Daten der EVS abwarten. Es muss sich um eine schnelle und unbürokratische Hilfe handeln. Da der Gesetzgeber sich bisher bei allen sozialen Corona-Unterstützungsmaßnahmen als sehr flexibel erwiesen hat, ist der VdK überzeugt, dass auch der temporäre Corona-Mehrbedarf zügig verabschiedet werden kann. Da keine Ermittlung zur Höhe des Aufschlags möglich ist, muss hier ein pauschalisierter Wert in Höhe von 100 Euro monatlich bewilligt werden. Solche pauschalisierten Werte hat der Gesetzgeber auch bei anderen Corona-Hilfen, wie dem Kinderbonus oder der Soforthilfe für Selbstständige, verwendet.

2.1.4. Außergewöhnliche Preissteigerungen, Sonderfall Stromkosten

Schon das Bundesverfassungsgericht hatte darauf hingewiesen, dass es bei der Bedarfsermittlung der Stromkosten aus der EVS die Gefahr der Unterdeckung sieht. Die teilweise sehr hohen Preissteigerungen bei der Energieversorgung werden durch die große Zeitspanne zwischen den Neuermittlungen nicht schnell genug berücksichtigt. Laut Gesetzentwurf wird hier allerdings die gleiche Berechnungsmethode wie schon bei den vorherigen RBEG angewandt und der Bedarf für die Stromversorgung soll 35,30 Euro monatlich betragen.

Bewertung des Sozialverbands VdK Deutschland

Wie auch schon bei den vorherigen RBEG liegt dieser Betrag unter den tatsächlichen Kosten. So hat eine Studie des Verbraucherportals Verivox aus dem Jahr 2018 ergeben, dass ein Single-Haushalt durchschnittlich 39,91 Euro pro Monat an den Stromanbieter zahlen muss. In der Grundversorgung, die viele Grundsicherungsempfänger nutzen müssen, belaufen sich die Stromkosten eines Einpersonenhaushalts sogar auf 44,16 Euro pro Monat.

Die Berechnung der Strombedarfe an den unteren 15 Prozent der einkommensschwachen Bevölkerungsgruppen und die jährliche Fortschreibung der Regelsätze haben sich hier als nicht sachgerecht erwiesen. Sie wird weder den regional unterschiedlichen Strompreisen noch der besonderen Lebenssituation von Grundsicherungsempfängern gerecht. Schließlich haben diese meist keine neuen energiesparenden Geräte, wohnen in schlecht isolierten Wohnungen, halten sich mehr in der Wohnung auf und verbrauchen dadurch mehr Strom. Auch die jährliche Fortschreibung der Regelsätze anhand der allgemeinen Lohn- und Preisentwicklung ist nicht geeignet, um die Besonderheiten des Energiemarktes zeitnah aufzufangen.

Uns als VdK ist dieses Thema sehr wichtig, da wir wissen, dass gerade der sprunghafte Preisanstieg für Haushaltsstrom viele Hilfebedürftige in große Bedrängnis gebracht hat. Den VdK erreichen immer wieder Zuschriften von Betroffenen, gerade älteren Menschen, die berichten, dass sie mit den Endjahresabrechnungen Nachzahlungen von mehreren hundert Euro zu leisten haben, die sie nicht bewältigen können. Durch die dann drohenden Stromsperrungen werden die Betroffenen von einer elementaren Daseinsvorsorge abgeschnitten. Ohne Strom ist eine Wohnung praktisch nicht mehr bewohnbar und die Hilfebedürftigkeit der Leistungsempfänger wird nur noch verstärkt.

Die bisherige Ermittlung der Strombedarfe als Pauschalbeträge aus der EVS hat sich nicht als effektives Mittel zur Vermeidung von Energiearmut erwiesen. Vielmehr müssen die Kosten anhand des durchschnittlichen Stromverbrauchs der unterschiedlichen Haushaltstypen (Alleinstehende, Paare, Familien mit Kindern) und anhand der regionalen und persönlichen Umstände bedarfsorientiert ermittelt werden und jährlich anhand der aktuellen Preisentwicklung für Strom überprüft und angepasst werden.

2.2. Einmalleistungen

Der Gesetzgeber hatte durch das Bundesverfassungsgericht den Auftrag erhalten, zu prüfen, ob die Gewährleistung der Bedarfsdeckung im Einzelfall immer gegeben ist. Falls dies nicht der Fall ist, seien zusätzliche Leistungsansprüche oder eine großzügigere Bemessung der Regelbedarfe in Erwägung zu ziehen. Bedarfsunterdeckungen können entstehen, wenn akut existenznotwendige, aber langlebige Konsumgüter angeschafft werden müssen. Hierbei ist insbesondere an sogenannte „Weiße Ware“, wie Kühlschränke und Waschmaschinen, oder Gesundheitskosten, wie Brillen, zu denken.

Bewertung des Sozialverbands VdK Deutschland

In diesen Fällen handelt es sich um hohe Anschaffungskosten, die in größeren Zeitabständen anfallen. Gerade deshalb ist zu bezweifeln, dass die EVS hier eine valide Datengrundlage bilden kann, da es sich nicht um Kosten des täglichen Lebens handelt. Ausgaben für langlebige Gebrauchsgüter fallen nur in großem zeitlichem Abstand an und daher bei sehr wenigen Haushalten im gleichen Zeitraum. Durch die Durchschnittsbildung des EVS ergeben sich dadurch Kleinstbeträge. So ist es nicht realistisch, dass mit den vorgesehenen monatlichen Ansparbeträgen, wie zum Beispiel von 1,60 Euro für eine Waschmaschine, die Leistungsempfänger in die Lage versetzt werden, diese Anschaffungen aus ihrem Regel-

bedarf vorzunehmen. Aufgrund der kritikwürdigen Bildung der Referenzhaushalte und der zusätzlichen Herausnahme von Verbrauchsausgaben enthalten die ermittelten Regelbedarfe keinen finanziellen Spielraum, der es den Betroffenen ermöglicht, anstehende Ausgaben innerhalb der Bedarfsposten auszugleichen.

Der VdK vertritt die Ansicht, dass es auch keine sachgerechte Lösung ist, wenn die Betroffenen auf die Möglichkeit eines Darlehens durch die Sozialleistungsträger verwiesen werden. Denn das Problem der Bedarfsunterdeckung wird somit keineswegs aufgehoben, sondern nur auf lange Sicht ausgedehnt. Schließlich wird zur Darlehensrückzahlung der Regelsatz um zehn Prozent gekürzt. Viele Grundsicherungsempfänger sehen sich mehreren Rückzahlungsforderungen der Grundsicherungsträger gegenüber, zum Beispiel für die Kautions der Wohnung, eine hohe Stromnachzahlung und den kaputten Kühlschrank. Das bedeutet, dass die Betroffenen über Jahre hinweg mit einem gekürzten Regelsatz leben.

Die nach dem RBEG ermittelten Regelsätze sollen das verfassungsgemäß geforderte Existenzminimum darstellen, durch die Praxis der Darlehensrückzahlung findet hier jedoch eine dauerhafte Unterdeckung statt. Der VdK findet es unverständlich, dass der Gesetzgeber diese ständige Unterschreitung des Existenzminimums als völlig unproblematisch ansieht und sie als gängige Praxis gesetzlich festgelegt hat. Der Verweis auf die Möglichkeit der Grundsicherungsträger, die Rückzahlungsmodalitäten so auszugestalten, dass keine individuellen Überforderungssituationen bei den Betroffenen entstehen, erscheint hier keine angemessene Lösung. Denn es handelt sich hierbei um eine Ermessensentscheidung der Grundsicherungsträger, die diese ganz unterschiedlich handhaben.

Der VdK fordert die Wiedereinführung der Möglichkeit zur Gewährung einmaliger typischer wie atypischer Leistungen. Kostendeckende Einmalbeihilfen sind für langlebige Gebrauchsgüter und energieeffiziente Geräte zu gewähren.

Es ist dem VdK in diesem Zusammenhang ein wichtiges Anliegen, auf die notwendige technische Ausstattung zur digitalen Teilhabe hinzuweisen, denn auch diese ist über das Anspruchsprinzip nicht zu gewährleisten. Gerade die Corona-Pandemie hat gezeigt, dass soziale Teilhabe stark von den eigenen digitalen Möglichkeiten abhängig ist. Kinder und Jugendliche müssen mit den technischen Voraussetzungen ausgestattet werden, um am digitalen Schulunterricht teilnehmen zu können. Dies dient nicht nur dem Zugang zu Bildung, sondern auch zur sozialen Teilhabe.

Es fehlt aber noch an weiteren Stellen an digitaler Ausstattung, zum Beispiel in Alten- und Pflegeheimen oder anderen Einrichtungen. Durch Ausgeh- und Besuchsverbote sind oder waren insbesondere Ältere, (chronisch) Kranke, Pflegebedürftige oder Menschen mit Behinderungen von der Außenwelt abgeschnitten. Wie im Gesetzentwurf richtig angeführt wird, hat der Gesetzgeber bei der Bestimmung der Höhe des sozio-kulturellen Existenzminimums auch gesellschaftliche und technische Veränderungen zu berücksichtigen. Dementsprechend müssen auch die Anschaffungskosten für die notwendigen Geräte für die digitale Teilhabe als Einmalleistung gewährt werden.

2.3. Bedürfnisorientierte Bedarfe für Kinder

Die Regelbedarfe für Jugendliche von 15 bis 17 Jahren sollen um 39 Euro steigen und für Kinder von Null bis unter sechs Jahren um 28 Euro. Die Regelbedarfe von Kindern von sechs bis 14 Jahren würden nach den Berechnungen sogar um vier Euro sinken, da sie einen geringeren Zuwachs haben als die jährliche Fortschreibung schon ergeben hatte. Aus Bestandsschutzgründen wird hier aber der bisherige Betrag beibehalten.

Bewertung des Sozialverbands VdK Deutschland

Wie auch schon beim RBEG 2016 verzeichnen die Altersgruppen bei den Kindern völlig unterschiedliche Berechnungsergebnisse. Zwei Altersklassen konnten moderate Zuwächse verzeichnen und die Dritte überhaupt nicht. Vor vier Jahren gab es ein genauso uneinheitliches Bild bei den Kinder- und Jugendregelsätzen. Dies ist erstaunlich, da keine logische Erklärung dafür ersichtlich ist, warum die Kosten für Kinder differenziert nach deren Alter unterschiedlich steigen sollten. Vielmehr liegt der Verdacht nahe, dass es zu Verzerrungen bei den Daten bei den Familienhaushalten kommt.

Die Datenbasis des EVS ist gerade für die Kinder- und Jugendregelsätze nicht ausreichend genug, um für alle Ausgabenpositionen ein valides Ergebnis zu erhalten, aus dem sich allgemeine Werte hochrechnen lassen. Es ist also eine Frage des Zufalls, wie viele Haushalte mit Kindern in der jeweiligen Altersgruppe vorhanden sind und welche Ausgaben gerade diese nun im Zeitraum der Befragung tätigen.

Entgegen der Ankündigung der Bundesregierung beruhen die Kinderregelsätze im Gesetzentwurf auch nicht auf einer breiteren Datenbasis, da die Anzahl der Referenzhaushalte fast identisch ist. So erfreulich die Steigerungen in zwei Altersklassen auch sind, sind diese doch allein auf die gestiegenen Einkommen und damit gesteigerten Ausgabemöglichkeiten bei den Referenzhaushalten zurückzuführen, wie es auch in der Begründung des Gesetzentwurfs angegeben wird.

Gerade bei dem sensiblen Thema der Existenzsicherung für Kinder werden die Zweifel an der angewandten Methode der Bedarfsermittlung hier noch verschärft. Eine wichtige Forderung des VdK, die Kinderregelsätze auf eine valide Datengrundlage zu stellen, bleibt somit bestehen.

Momentan erhalten Kinder im SGB-II-Bezug einen Regelsatz, der sich an den Ausgaben der ärmsten Haushalte orientiert. Dies hat zur Folge, dass der Mangel, der dort an ausreichenden finanziellen Mitteln herrscht, als Berechnungsgrundlage für Regelsätze herangezogen wird, die dann noch größeren Mangel nach sich ziehen. Diese materielle Unterversorgung führt zur sozialen Ausgrenzung und zu erheblichen Beeinträchtigungen beim Bildungsweg.

Dringend fordert der VdK, dass die Regelsätze für Kinder an deren tatsächlichen Bedarfen berechnet werden. Auch die notwendigen Ausgaben für eine Versorgung mit witterungs- und altersgerechter Kleidung, gesunder Ernährung und angemessener Mobilität müssen gesondert erfasst werden und als Berechnungsgrundlage dienen.

Langfristig braucht es aber eine eigene finanzielle Absicherung von Kindern, die außerhalb des SGB-II-Systems stattfindet, denn Kinder sind keine kleinen Arbeitslosen. Nur eine ausreichende materielle Absicherung sorgt dafür, dass der Armutskreislauf durchbrochen wird. Dies ist neben dem Ausbau der Kinderbetreuung und der Infrastrukturangebote Voraussetzung dafür, dass alle Kinder die gleichen Chancen für ihre Entwicklung erhalten.

2.4. Bedürfnisorientierte Bedarfe für Ältere und Erwerbsgeminderte

Bei der Ermittlung der Regelsätze für Kinder erfolgt zumindest noch eine Differenzierung zu den Erwachsenen und nach Altersklassen, auch wenn die bisherige Berechnungsmethode die Kinderarmut fest schreibt. Für Rentner, Erwerbsgeminderte, Pflegebedürftige, chronisch Kranke oder Menschen mit Behinderungen, die Leistungen nach dem SGB XII erhalten, gibt es eine solche gesonderte Berechnung nicht.

Bewertung des Sozialverbands VdK Deutschland

Bei der Grundsicherung nach dem Vierten Kapitel SGB XII geht es – anders als bei der Grundsicherung für Arbeitssuchende – um eine dauerhafte Unterstützungsleistung und nicht um die Überbrückung vorübergehender Notlagen. Hier müssen andere Maßstäbe an die Ausgestaltung des Existenzminimums, insbesondere für die Definition der sozialen Teilhabe, angelegt werden, gerade weil es den Betroffenen nicht mehr möglich ist, ihre Situation durch Erwerbstätigkeit zu verbessern.

Schließlich ist die Grundsicherung nach dem SGB II nur als Notfallsystem gedacht, welches eine kurzfristige Bedürftigkeit überbrücken soll. Dementsprechend sollen die Regelsätze auch nur das Existenzminimum abdecken. Dies steht aber im diametralen Widerspruch zum Konzept der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung, die eine dauerhafte Unterstützungsleistung darstellt.

So zeigt sich wie gerade der Langzeitbezug im SGB XII in eine Verschuldens- und Verelendungsspirale führt, da die Regelsätze eben nicht alle Kosten abdecken und irgendwann auch keine Ersparnisse mehr vorhanden sind, auf die man zurückgreifen könnte.

Zudem hat diese Personengruppe ganz spezielle Bedürfnislagen, da sie durch ihr Alter oder ihren gesundheitlichen Zustand in vielen Bereichen des Lebens eingeschränkt ist und dadurch höhere Ausgaben hat. So gibt ein durchschnittlicher Rentnerhaushalt 107 Euro monatlich für Medikamente, Hilfsmittel und Zuzahlungen aus (EVS 2018, die Ausgaben der Pensionäre sind hier bereits herausgerechnet). Die tatsächlichen Ausgaben sind also viel höher als die im Gesetzentwurf veranschlagten 16,60 Euro für Gesundheitspflege.

Da die Grundsicherung ein menschenwürdiges Existenzminimum sichern soll, muss den Leistungsbeziehern auch eine ausreichende medizinische Versorgung finanziert werden. Es ist richtig, dass die meisten Gesundheitskosten, die momentan privat getragen werden, eigentlich in den Leistungskatalog der Krankenkassen gehören, aber der Gesetzgeber hat hier nun einmal anders entschieden.

Solange diese Logik der finanziellen Beteiligung der Patienten weiter fortbesteht und entsprechende gesetzliche Neuregelungen ausbleiben, entstehen den Betroffenen daher Kosten und diese müssen übernommen werden. Denn gerade ältere und erwerbsgeminderte Grundsicherungsbezieher haben sehr hohe Gesundheitsausgaben. Diese Bedarfe müssen anerkannt werden und zwar solange, bis die Gesundheitskosten wieder regulär von den Krankenkassen getragen werden.

Aber es sind nicht nur die hohen Zuzahlungen und Eigenanteile bei Brillen, Zahnbehandlungen und Arzneimitteln, die die Älteren und Erwerbsgeminderten belasten. Wenn man gesundheitliche Probleme hat, ist man in vielen Lebensbereichen eingeschränkt. Man ist nicht mehr so mobil und kann nicht mehr einfach so auf das Fahrrad steigen oder oft nicht mal mehr den Bus nutzen, da dieser nicht barrierefrei ist. Das bedeutet, dass zum Beispiel Taxikosten und Kosten für Einkaufs- und Lieferdienste entstehen. Weiterhin müssen gewisse Anschaffungen getätigt werden, damit man in seinem eigenen Haushalt noch gut selbstständig leben kann, sei es die Antirutschmatte für die Badewanne, die Lupe für das Kleingedruckte oder eine Greifhilfe. Dies sind Folgekosten von gesundheitlichen Einschränkungen, aber keine Gesundheitskosten im eigentlichen Sinne und somit auch nicht durch die Krankenkassen zu tragen. Hier müssen die Betroffenen im Rahmen des derzeitigen Mindestsicherungssystems entlastet werden.

Deshalb fordert der VdK ergänzende Erhebungen zu den notwendigen Ausgaben von Älteren und Erwerbsgeminderten – insbesondere für Gesundheit, Mobilität und Barrierefreiheit – durchzuführen, die bedürfnisorientierten Bedarfe zu ermitteln und entweder durch Mehrbedarfe, Zuschläge oder gesonderte Regelsätze zu gewähren.

Information für den Ausschuss

SoVD Sozialverband Deutschland

Unaufgeforderte Stellungnahme zur öffentlichen Anhörung von Sachverständigen in Berlin am 2. November 2020 von 13 bis 14:30 Uhr zum

a) Gesetzentwurf der Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes zur Ermittlung von Regelbedarfen und zur Änderung des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch sowie des Asylbewerberleistungsgesetzes - BT-Drucksache 19/22750

b) Antrag der Abgeordneten Uwe Witt, Jürgen Pohl, Jörg Schneider, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD

Taschengeld für die in Heimen lebenden Bürger - BT-Drucksache 19/23128

c) Antrag der Abgeordneten Pascal Kober, Michael Theurer, Jens Beeck, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP

Liberales Bürgergeld einführen – Einstiegs- und Aufstiegsdynamik im Arbeitsmarkt verbessern – Hartz IV reformieren - BT-Drucksache 19/15040

d) Antrag der Abgeordneten Katja Kipping, Matthias W. Birkwald, Susanne Ferschl, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.

Rechentricks überwinden - Regelbedarfe sauber berechnen - BT-Drucksache 19/23113

e) Antrag der Abgeordneten Sven Lehmann, Anja Hajduk, Markus Kurth, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN

Teilhabe am gesellschaftlichen Leben garantieren - Regelbedarfsermittlung reformieren - BT-Drucksache 19/23124

siehe Anlage

Stellungnahme

Regelsätze in der Grundsicherung

Bundesgeschäftsstelle
Abteilung Sozialpolitik

Bei Rückfragen:

Tel. 030 726222-0

Fax 030 726222-328

sozialpolitik@sovd.de

Entwurf eines Gesetzes zur Ermittlung von Regelbedarfen und zur Änderung des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch sowie des Asylbewerberleistungsgesetzes

1 Zusammenfassung des Gesetzesentwurfs

Mit dem Gesetzesentwurf zur Ermittlung von Regelbedarfen und zur Änderung des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch sowie des Asylbewerberleistungsgesetzes setzt der Gesetzgeber verschiedene Vorgaben um: Bei Vorliegen der neuen Einkommens- und Verbrauchsstichprobe ist der Gesetzgeber verpflichtet, die Höhe der Regelbedarfe neu zu ermitteln und für das Asylbewerberleistungsgesetz die Höhe der Geldleistungen für den notwendigen Bedarf und den notwendigen persönlichen Bedarf neu festzusetzen. Der Gesetzgeber muss die Anforderungen aus den Urteilen des Bundesverfassungsgerichts vom 9. Februar 2010 (1 BvL 1/09, 1 BvL 3/09, 1 BvL 4/09) und vom 18. Juli 2012 (1 BvL 10/10, 1 BvL 2/11) sowie dem Beschluss vom 23. Juli 2014 (1 BvL 10/12, 1 BvL 12/12, 1 BvR 1691/13) beachten.

Der Gesetzesentwurf sieht nach den vorangegangenen Regelbedarfsermittlungen zum 1. Januar 2011 und zum 1. Januar 2017 erstmalig vor, bei den Kommunikationsausgaben die Nutzung von Mobilfunk zu berücksichtigen.

2 Gesamtbewertung

Der SoVD erhielt am 15. Juli 2020 den Referentenentwurf "Entwurf eines Gesetzes zur Ermittlung von Regelbedarfen und zur Änderung des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch sowie des Asylbewerberleistungsgesetzes". Die Möglichkeit zur Stellungnahme endete bereits am 21. Juli 2020. Diese kurze Stellungnahmefrist von nur sechs Tagen wird weder der Tragweite der Regelung für Grundsicherungsbeziehende gerecht, noch sichert sie eine angemessene

Beteiligung der Verbände. Der SoVD erneuert daher seine Forderung nach verbindlichen Partizipationsstandards.

Der Gesetzentwurf bleibt aus Sicht des SoVD weit hinter den Erwartungen zurück. Nach den Regelbedarfsermittlungsverfahren, die zum 1. Januar 2011 und 1. Januar 2017 in Kraft getreten sind, wird auch mit vorliegendem Gesetzentwurf kein Verfahren zu Grunde gelegt, das aus Sicht des SoVD eine soziokulturelle Existenzsicherung gewährleisten könnte. Vielmehr haben erhebliche methodische Mängel zur Folge, dass Grundsicherungsbeziehende ihr Recht auf ein Mindestmaß an sozialer Teilhabe nicht vollumfänglich wahrnehmen können.

Unter der Überschrift „Spaltungen verhindern, Zusammenhalt stärken – kein ‚Weiter so‘ bei den Regelsätzen“ haben sich der SoVD und weitere Verbände und Gewerkschaften mit einem Brief am 10. März 2020 an Bundesarbeitsminister Hubertus Heil und an Vertreter*innen demokratischer Parteien im Ausschuss für Arbeit und Soziales des Deutschen Bundestags gewandt. Die darin angebrachte Kritik an den vergangenen Verfahrensweisen zur Bemessung der Regelsätze fanden keinen Eingang in den Gesetzesentwurf.

Vielmehr weist die Verfahrensweise der Regelbedarfsermittlung die gleichen methodischen Mängel auf, die in der Vergangenheit vom SoVD und vielen weiteren Wohlfahrts- und Sozialverbänden sowie Gewerkschaften kritisch angemerkt worden sind: So soll die Höhe der Regelsätze auch bei dieser Regelbedarfsermittlung auf Basis der Konsumausgaben der unteren 15 Prozent der Ein-Personenhaushalte sowie des unteren Fünftels der Paar-Haushalte mit einem Kind, zu denen auch Aufstocker*innen und verdeckt Arme hinzugezählt werden, festgelegt werden. Dabei wird das Wenige, das einkommensschwache Haushalte ausgeben können, mit dem Existenzminimum gleichgesetzt, das sichergestellt werden soll. Das Statistikmodell wird mit dem Warenkorbmodell vermischt. So werden vielfach Ausgaben als „nicht relevant“ aus dem Regelsatz herausgestrichen, z.B. der Weihnachtsbaum, das Haustier oder Zimmerpflanzen.

Auch trägt der Gesetzentwurf der besonderen derzeitigen Situation während der Corona-Pandemie keinerlei Rechnung. Armutsbetroffene trifft diese Krise in besonderem Maße und trotzdem werden sie in den Sozialschutzpaketen oder dem Konjunkturpaket kaum berücksichtigt. Obwohl die Lebensmittelpreise während der Krise im Frühjahr gestiegen sind und ein erneuter Anstieg aufgrund der steigenden Infektionszahlen wieder zu erwarten ist, und darüber hinaus das Leerkaufen von Waren es vielen Grundsicherungsbeziehenden unmöglich macht, auf günstige Produkte zurückzugreifen, haben sie keine zusätzliche finanzielle Hilfe erhalten.

Und das obwohl das Bundesverfassungsgericht 2014 bereits Bedenken äußerte, dass durch zahlreiche Streichungen „der Gesetzgeber jedoch an die Grenze dessen [käme], was zur Sicherung des Existenzminimums verfassungsrechtlich gefordert ist.“ Die besonderen Hygieneregeln erhöhten in der speziellen Situation während der Pandemie darüber hinaus die Ausgaben für Gesundheit. Daher hat der SoVD in einem breiten Bündnis 100 Euro Soforthilfe für Grundsicherungsbeziehende zusätzlich pro Monat gefordert – bislang ohne Erfolg.

3 Zu einzelnen Regelungen

■ Zu Art. 1: § 3 Auszuschließende Haushalte

Art. 1 § 3 definiert, welche Haushalte vor der Abgrenzung der Referenzhaushalte auszuschließen sind. Das sind solche Haushalte, die im Erhebungszeitraum folgende Leistungen bezogen haben: Hilfe zum Lebensunterhalt nach dem Dritten Kapitel des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch, Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung nach dem Vierten Kapitel des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch, Arbeitslosengeld II/Sozialgeld nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch oder Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz. Explizit nicht auszuschließen sind nach Art. 1 § 3 solche Haushalte, die zwar oben genannte Leistungen beziehen, aber zusätzlich über Erwerbseinkommen verfügen – so genannte „Aufstocker*innen“.

SoVD-Bewertung: Um Zirkelschlüsse zu vermeiden, werden zwar diejenigen Haushalte nicht bei den Referenzhaushalten berücksichtigt, die ausschließlich Leistungen des SGB II oder SGB XII beziehen. Aus den Referenzhaushalten nicht herausgerechnet werden aber all jene Haushalte, die trotz Erwerbseinkommen auf aufstockende Leistungen zur Existenzsicherung angewiesen sind. 2019 waren 26,1 Prozent aller erwerbsfähiger ALG-II-Bezieher*innen erwerbstätig. Das sind knapp eine Millionen Menschen. Aus SoVD-Sicht ist nicht nachvollziehbar, dass Aufstocker*innen nicht wie Leistungsbezieher*innen ohne Einkommen von den Referenzhaushalten ausgeschlossen werden. Auf diese Weise wird das Wenige, das erwerbstätige Leistungsbezieher*innen ausgeben, unreflektiert mit dem Existenzminimum gleichgesetzt, das ermittelt werden soll. Nicht herausgerechnet werden ebenso solche Haushalte, die eigentlich Anspruch auf Grundsicherung haben, diesen aber nicht geltend machen. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung hat Ende 2019 dazu Zahlen veröffentlicht: Rund 60 Prozent anspruchsberechtigter Senior*innen nehmen die

Grundsicherung im Alter nicht in Anspruch¹. Die Ausgaben dieser Haushalte, die Anspruch auf Sozialleistungen hätten, weil ihr Einkommen nicht zur Absicherung ihrer Existenz ausreicht, werden aber zur Ermittlung der Regelbedarfe bei der statistischen Erfassung hinzugezogen.

■ Zu Art. 1: § 4 Abgrenzung der Referenzgruppen

Art. 1 § 4 definiert, welche Haushalte für die Regelsatzermittlung herangezogen werden. Hierfür werden die nach Ausschluss der Haushalte nach Art. 1 § 3 verbleibende Haushalte je Haushaltstyp nach ihrem Nettoeinkommen aufsteigend geschichtet. Als Referenzhaushalte werden dann berücksichtigt: 1) von den Einpersonenhaushalten die unteren 15 Prozent der Haushalte und 2) von den Familienhaushalten jeweils die unteren 20 Prozent der Haushalte.

SoVD-Bewertung: Aus SoVD-Sicht muss die Kritik am vorangegangenen veränderten Verfahren, ausschließlich die unteren 15 Prozent der Einpersonenhaushalte als Referenzgruppe zu berücksichtigen, an dieser Stelle wiederholt werden. Aufgrund der aufsteigenden Schichtung der Haushalte je Haushaltstyp nach dem Nettoeinkommen, führt die Verkleinerung der Referenzgruppe der Einpersonenhaushalte (bis 2011: untere 20-Prozent, seit 2011: untere 15 Prozent) zwangsläufig zu politisch gewollten, niedrigen Regelsätzen.

Hinzu kommt, dass das Ausgabenverhalten der Referenzhaushalte selbst auf der Verwaltung von Einkommensmangel beruht. Wenn sich die Referenzhaushalte bestimmte Ausgaben nicht leisten können, so finden diese Produkte/Dienstleistungen keine Berücksichtigung im Rahmen der Ermittlung des Existenzminimums. Daher kann aus Sicht des SoVD nicht das Konsumverhalten der unteren Einkommensgruppen als Grundlage für die Ermittlung des Existenzminimums dienen – es dokumentiert auch aus den oben genannten Gründen zwangsläufig bestehende Armut. Vielmehr sollten die Ausgaben von Haushalten in der Mitte der Gesellschaft den Ausgangspunkt zur Ermittlung der Regelsätze zur Existenzsicherung bilden. Die vertretbaren

¹ Vgl.

https://www.diw.de/de/diw_01.c.699978.de/grundsicherung_hohe_rate_der_nicht_inanspruchnahme_deutet_auf_hohe_verdeckte_altersarmut.html#:~:text=Mehr%20als%20die%20H%C3%A4lfte%20der,Deutschen%20Rentenversicherung%20Bund%20gef%C3%B6rdert%20wurde.

Abstände zu den Ausgaben mittlerer Einkommen sind dann politisch festzulegen.

■ Zu Art. 1: § 5 Regelbedarfsrelevante Verbrauchsausgaben der Einpersonenhaushalte

Art. 1 § 5 regelt, welche Verbrauchsausgaben der Referenzgruppe der Einpersonenhaushalte der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe für den Regelbedarf berücksichtigt werden.

SoVD-Bewertung: Das Bundesverfassungsgericht hatte bereits in seinem Urteil von 2010 seine Vorbehalte gegenüber dem Statistikmodell vorgebracht. Die mit dem Statistikmodell verbundenen Probleme wurden weiter oben bereits angeführt (Problem der Zirkelschlüsse etc.). Aus SoVD-Sicht ist es besonders problematisch, dass das Statistik- mit dem Warenkorbmodell bei der Regelbedarfsermittlung vermischt wird. Obwohl die Referenzgruppe der Einpersonenhaushalte sowohl erwerbstätige Leistungsbezieher*innen als auch verdeckte Arme miteinschließt, und deren geringe Konsumausgaben in Regelsätze überführt werden, werden darüber hinaus noch Streichungen vorgenommen. Es wird also politisch entschieden, welche Konsumausgaben existenzsichernd sind und welche nicht. Die Folge ist, dass etliche Bedarfspositionen gar nicht oder nur unzureichend berücksichtigt werden. Der Gesetzgeber trifft damit eine wertende Entscheidung, liefert aber keine ausreichende sachliche Rechtfertigung für die vorgenommenen Kürzungen. Die Herausrechnung einzelner Bedarfspositionen – aufgrund subjektiver Wertentscheidungen – stellt aus Sicht des SoVD ein willkürliches Herunterrechnen des Regelbedarfs dar. Als nicht regelbedarfsrelevant fließen beispielsweise die Kosten für alkoholische Getränke, Campingartikel (wie Schlafsäcke oder Luftmatratzen), Schnittblumen, Zimmerpflanzen oder Weihnachtsbäume, ein Haustier, das Färben von Kleidung oder die Reparatur von Heimtextilien (z.B. Gardinen) nicht in den Regelbedarf ein. Insbesondere in Bezug auf die letzten beiden Punkte ist dies allein aus Nachhaltigkeitserwägungen heraus nicht nachvollziehbar.

Am Beispiel „Verkehr“ wird aus SoVD-Sicht besonders deutlich, welche Konsequenzen die Vermischung von Statistik- und Warenkorbmodell für Leistungsbezieher*innen haben. Der niedrige Anteil für Verkehr liegt auch nach Auswertung der EVS-Daten von 2018 bei unter 40 Euro. Obwohl die Referenzgruppe bei der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe zum großen Teil ein Auto nutzt, werden die Ausgaben für Pkws und deren Nutzung (z.B. die

Kosten für Kraftstoff) bei der Regelleistungsberechnung prinzipiell ausgeklammert. Damit werden die Ausgaben für Mobilität systematisch kleingerechnet. Leistungsbezieher*innen müssen im Zweifel also an anderer Stelle sparen, wenn sie ihr Recht auf soziale Teilhabe wahrnehmen wollen. Darüber hinaus wird, anders als im Geltungsbereich des SGB II, bei der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung der Besitz eines PKWs zum Vermögen hinzugezählt. Aufgrund des niedrigen Vermögensfreibetrags kommt diese Regelung fast einem Verbot des Besitzes eines Kraftfahrzeugs gleich. Insbesondere im ländlichen Raum kann das für Grundsicherungsbeziehende zu Isolation und sozialer Ausgrenzung führen. Gerade ältere Menschen sind häufig mobilitätseingeschränkt und können daher auch nicht alternativ den Nahverkehr nutzen, weil dieser zum einen im ländlichen Raum nicht flächendeckend ausgebaut und häufig gar nicht barrierefrei ist. Aus SoVD-Sicht ist daher auch nicht nachvollziehbar, dass der Gesetzgeber ausschließlich auf den Nahverkehr und das Nutzen von Fahrrädern verweist. Aber auch diejenigen, die den Nahverkehr prinzipiell nutzen könnten, sehen sich folgender Problematik gegenüber: In vielen (aber nicht allen) Städten oder Landkreisen gibt es zwar Sozialtickets. Häufig übersteigt der Preis des Sozialtickets aber schon den vorgesehenen Anteil im Regelsatz für Verkehr.

Weiterhin sollen die pauschalierten Regelbedarfe neben den laufenden Bedarfen auch solche umfassen, die in unregelmäßigen bzw. großen Abständen anfallen. Einmalige Bedarfe, die nur in großen Zeitabständen anfallen und mit hohen Anschaffungskosten verbunden sind (wie z.B. Kühlschränke und Waschmaschinen), können aber aus Sicht des SoVD nicht bedarfsdeckend in den Regelbedarfen abgebildet werden. Ein Betrag von monatlich lediglich 1,60 Euro werden bei vorliegendem Gesetzesentwurf ab 1. Januar 2021 im Regelsatz für Einpersonenhaushalte für die Anschaffung von „Waschmaschinen, Wäschetrockner, Geschirrspül- und Bügelmaschinen“ berücksichtigt. Der SoVD spricht sich daher mit vielen weiteren Verbänden und Gewerkschaften dafür aus, dass einmalig oder sehr unregelmäßig anfallende Ausgaben aus dem Regelsatz herausgelöst werden und anstatt dessen Einmalbeihilfen zu gewähren. Im Bedarfsfall bestünde ein Rechtsanspruch, z.B. für langlebige Gebrauchsgüter wie Möbel, „weiße Ware“, Brillen etc. Um Bedarfs- und Einzelfallgerechtigkeit zu gewährleisten, fordert der SoVD daher die Einführung bedarfsdeckender Ergänzungsleistungen für notwendige größere Anschaffungen oder unregelmäßig auftretende Bedarfe.

Ferner setzt sich der SoVD dafür ein, dass die tatsächlich entstehenden, vertretbaren Heiz- und Energiekosten im Rahmen der Grundsicherung

übernommen werden. Aus SoVD-Sicht ist es nicht sinnvoll, den Regelbedarfsanteil über die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS), wie derzeit praktiziert, zu ermitteln. Stromkosten können insgesamt sehr unterschiedlich ausfallen – auch in Abhängigkeit von den Elektrogeräten, die ein Haushalt nutzt bzw. nutzen muss. Je älter die Geräte, desto höher fallen Stromrechnungen aus. Vielfach, insbesondere bei Untermietverträgen, werden Stromkosten auch nicht gesondert ausgewiesen – sie werden dann bei der EVS nicht bei den anfallenden Stromkosten berücksichtigt. Auf diese Weise fallen Stromkostenanteile bei der EVS entsprechend niedrig aus.

Der SoVD begrüßt, dass bei den Konsumausgaben bei der Regelbedarfsermittlung nun auch die Kommunikationsausgaben für die Nutzung eines Mobiltelefons berücksichtigt werden. Auf diese Weise wird dem Umstand Rechnung getragen, dass soziale Teilhabe auch immer mehr auf digitaler Ebene stattfindet und die Nutzung eines Smartphones (inklusive Internetzugang) hierfür unerlässlich ist. Auch die Corona-Pandemie hat dies einmal mehr verdeutlicht. Nicht nur Kinder und Jugendliche waren auf ein Mindestmaß an digitaler Ausstattung angewiesen, um beschult werden zu können, insbesondere auch für ältere Menschen eröffneten sich durch die digitale Welt Möglichkeiten, der zunehmenden Einsamkeit entgegenwirken zu können und den Anschluss an die Gesellschaft nicht zu verlieren. Das trifft in besonderem Maß auch auf Menschen zu, die in Einrichtungen leben, z.B. Ältere, (chronisch) Kranke, Pflegebedürftige oder Menschen mit Behinderung, die durch Besuchsverbote vielfach sozial isoliert sind.

Da viele Gesundheitskosten nicht mehr vollumfänglich von den Krankenkassen getragen werden und insbesondere ältere und chronisch kranke Menschen dadurch erhebliche Mehrkosten entstehen, ist es aus SoVD-Sicht unerlässlich, dass die Bedarfe von älteren und erwerbsgeminderten Menschen ermittelt werden. Die Mehrkosten müssen getragen werden. Das kann in Form der Anerkennung von Mehrbedarfen, Zuschlägen oder gesonderten Regelsätzen erfolgen.

■ Zu Art. 1: § 6 Regelbedarfsrelevante Verbrauchsausgaben der Familienhaushalte

Art. 1 § 6 regelt, welche Verbrauchsausgaben der Referenzgruppe der Familienhaushalte bei Kindern und Jugendlichen im Rahmen der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2018 für den Regelbedarf berücksichtigt werden. Der jeweilige Regelbedarf wird für Kinder 1. bis zur Vollendung des sechsten

Lebensjahres, 2. des siebten bis zur Vollendung des 14. Lebensjahres und 3. für Jugendliche vom Beginn des 15. bis zur Vollendung des 18. Lebensjahres festgelegt.

SoVD-Bewertung: Die Ausgestaltung der Regelsätze hat weitreichende Konsequenzen für das Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen. 2019 lebten 1,5 Millionen Kinder in Haushalten, die ALG-II-Leistungen erhielten. Um den Auswirkungen von Kinderarmut entgegenzuwirken, müssen aus SoVD-Sicht für alle Kinder gleiche Lebenschancen geschaffen werden. Ziel muss es sein, allen Kindern und Jugendlichen gleichermaßen Bildungschancen und soziale Teilhabe zu ermöglichen. Bei den Kinderregelsätzen sind daher kinderspezifische Bedarfe zu berücksichtigen.

Der vorliegende Gesetzentwurf erreicht diese Zielsetzung aus Sicht des SoVD nicht. Es ist nicht hinnehmbar, dass auch bei der Ermittlung der Regelsätze für Kinder und Jugendliche Streichungen vorgenommen werden und auf diese Weise das Statistik- mit dem Warenkorbmodell vermischt werden. Zwar verweist der Gesetzgeber auf Leistungen des Bildungs- und Teilhabepakets (BuT), die Leistungen werden von vielen Familien aber nicht oder nur in Teilen in Anspruch genommen – nicht zuletzt aufgrund des nach wie vor bestehenden bürokratischen Aufwands oder der Unkenntnis der Leistungen. Das Starke-Familien-Gesetz hat hier zwar Besserungen gebracht, aber die Leistungen sind weder empirisch begründet noch berechnet worden. So bleibt z.B. offen, welche Bedarfe unter die Prämisse, „der fortschreitenden Digitalisierung Rechnung tragen zu wollen“, fallen.

Häufig ist darüber hinaus das Mindestmaß an soziokultureller Teilhabe auch deswegen nicht gegeben, weil Leistungen des Bildungs- und Teilhabepakets an vielen Stellen an Infrastruktur anknüpft, die aber vielerorts gar nicht vorhanden ist. Ein weiteres Problem stellen die vielfach geringen Fallzahlen dar, die eine sachgerechte Ermittlung der Kinderregelsätze unmöglich macht.

Der Koalitionsausschuss hatte am 23. April 2020 beschlossen, Schulen mit 500 Millionen Euro bei der Digitalisierung zu unterstützen. 150 Euro Zuschuss sollte es für bedürftige Schüler*innen geben, damit sie mit dem notwendigen technischen Equipment (z.B. einem Laptop oder einem Tablet) für das Homeschooling ausgestattet werden können. Denn: im Regelsatz sind keine Kosten für die Anschaffung eines Schulcomputers berücksichtigt. Der SoVD begrüßte seinerzeit zwar, dass die Bundesregierung den Herausforderungen beim Homeschooling für einkommensschwache Familien

mit diesem Beschluss Rechnung tragen will und Zuschüsse für die technische Ausrüstung vorsah. Aus SoVD-Sicht reichten aber weder 150 Euro aus, um die notwendigen technischen Grundvoraussetzungen für das Homeschooling zu schaffen, noch, so zeichnete sich in jüngster Vergangenheit ab, war die Umsetzung dieses Vorhaben tatsächlich sichergestellt. Streitigkeiten um Zuständigkeiten zwischen Schulen und Jobcentern bedeuteten für zahlreiche Schüler*innen letztlich den Ausschluss aus dem digitalen Klassenraum.

Hier ist aus SoVD-Sicht dringend eine verlässliche und vor allem niedrigschwellige Lösung für Betroffene erforderlich, die bedarfsdeckend ist und letztlich die digitale Teilnahme am Online-Unterricht aller Schüler*innen lückenlos sicherstellt. Mit einer Verankerung im Bildungs- und Teilhabepaket nach §28 SGB II würde ein breiter Personenkreis erreicht. Denn auch Familien, die zwar keine Grundsicherungsleistungen, aber Wohngeld beziehen, haben einen Anspruch auf Leistungen aus dem Bildungs- und Teilhabepaket. Über das Bildungs- und Teilhabepaket (BuT) könnten damit neben Grundsicherungsbeziehenden auch solche Familien erreicht werden, die – ohne Wohngeld – trotz Arbeit als Aufstocker*innen auf Grundsicherungsleistungen angewiesen wären und deren Lebensverhältnisse ebenfalls als prekär zu bezeichnen sind. Eine Verankerung im BuT ist aber aus Sicht des SoVD nur dann sinnvoll, wenn die angebrachte Kritik am BuT ausgeräumt, eine verpflichtende Info an alle Leistungsberechtigten übermittelt und entsprechende Beratung in den Jobcentern und Wohngeldämtern erbracht würden.

■ **Zu Art. 1: § 7 Fortschreibung der regelbedarfsrelevanten Verbrauchsausgaben**

Art. 1 § 7 regelt die Fortschreibung der für das Jahr 2018 ermittelten regelbedarfsrelevanten Verbrauchsausgaben. Hierfür wird ein Mischindex hinzugezogen, der sich aus der Entwicklung der regelbedarfsrelevanten Preise und Nettolöhne und –gehälter je Arbeitnehmer vom Zeitraum Januar bis Dezember 2018 bis zum Zeitraum Juli 2018 bis Juni 2019 ergibt. Die Veränderungsrate, die sich aus dem Mischindex ergibt, beträgt laut Art. 1 § 7 für den genannten Zeitraum 0,93 Prozent.

SoVD-Bewertung: Gemeinsam mit weiteren Verbänden hat sich der SoVD dafür stark gemacht, die Dynamisierung der Regelsätze so auszugestalten, dass der Abstand zwischen den materiellen Mitteln der Grundsicherungsbeziehenden im Vergleich zu denjenigen der gesellschaftlichen Mitte nicht fortlaufend größer wird. Weil die Löhne in den letzten Jahren stärker gestiegen sind als die Preise,

ist dieser Fall jedoch eingetreten. Der Mischindex, der hierfür in der Vergangenheit genutzt wurde, wird in seiner vorangegangenen Form auch bei vorliegendem Gesetzentwurf fortgeschrieben: Er setzt sich zu 70 Prozent aus der Preisentwicklung für die regelbedarfsrelevanten Güter und Dienstleistungen und zu 30 Prozent aus der Lohnentwicklung zusammen. Der SoVD tritt dafür ein, dass die Regelsätze jährlich entsprechend der Lohnentwicklung fortgeschrieben werden. Sollte die Preisentwicklung über der Lohnentwicklung liegen, erfolgt die Anpassung anhand der Preisentwicklung. Auf diese Weise kann soziale Ungleichheit abgemildert und sozialer Exklusion begegnet werden.

Weitergehende Forderung:

Als SoVD setzen wir uns für eine Sachverständigenkommission ein, die konkrete Vorschläge für die Ermittlung des soziokulturellen Existenzminimums erarbeitet. Auf diese Weise würde die Ermittlung auf eine breitere (zivilgesellschaftliche) Basis gestellt. Denn die Herleitung der Regelsätze allein durch das Bundesarbeitsministerium, mit anschließendem Bundestagsbeschluss ohne weitere Prüfung, hält der SoVD nicht für sachgerecht. Die Sachverständigenkommission sollte sich aus Wissenschaftler*innen, Vertreter*innen von Sozial- und Wohlfahrtsverbänden sowie Gewerkschaften und Betroffenenorganisationen zusammensetzen.

Angesichts der aufgezeigten gravierenden Schwächen der gewählten Berechnungsmethode plädiert der SoVD dafür, die Regelsätze endlich mittels einer transparenten Methode zu ermitteln, die sich am tatsächlichen Bedarf orientiert und auf willkürliche, sachlich nicht begründbare Abschlüsse verzichtet. Die vorhandenen Daten aus der EVS müssen mit den tatsächlichen aktuellen Lebenshaltungskosten abgeglichen werden, um Regelbedarfe zu bestimmen, die die tatsächlichen Bedarfe abdecken.

Berlin, 28. Oktober 2020

DER BUNDESVORSTAND
Abteilung Sozialpolitik